



Protokoll

der 8. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 15. April 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Melanie Eberhard (SP), Johannes Sieber (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Wahl eines Mitglieds und des Ersatzmitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Melanie Eberhard)	3
4.	Wahl eines Mitglieds der Delegation Districtsrat (Nachfolge Erich Bucher)	5
5.	Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Erich Bucher)	5
6.	Ersatzwahl eines Präsidiums des Strafgerichts (50%) vom 8. März 2026, Antrag auf Validierung, Schreiben des RR	6
7.	Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für fürsorgerische Unterbringungen von 50 % auf 70 %, Ratschlag des Gerichtsrats	6
8.	Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne einer temporären Erhöhung der Pensen von lic. iur. Anita Heer, Dr. Eva Bachofner, lic. iur. Johannes Vontobel und lic. iur. Sara Lehner aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds am Zivilgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates	8
9.	Teilrevision des Notariatsgesetzes (Nachvollzug der Aktienrechtsrevision: neue Formen der Beschlussfassung), Bericht der JSSK	9
10.	Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel, Ratschlag des RR. 14	
10.1.	Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Erdbebenübungen Basel-Stadt, Ratschlag des RR	17
11.	Evaluationsbericht der Pilotphase 2021-2024 der sozialen Städtepartnerschaft Basel-Yopougon, Bericht des RR	18
12.	Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Bericht der FKom	23
13.	Anpassung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FiLa) und Nachtragskredit, Bericht der FKom	28
14.	Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen, Bericht der BKK	31
14.1.	Ausgabenbewilligung zur Umsetzung der Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen, Bericht der BKK	34
15.	Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2026-2029, Bericht des RR	35
17.	Petition P489 "Gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Strafverfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten", Bericht der PetKo	37
19.	Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Stärkung des Bereichs Menschenhandel bei der Kriminalpolizei, beim Fahndungsdienst und bei der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Projekts ReoS ..	39



Beginn der 8. Sitzung

Mittwoch, 15. April 2026, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[15.04.26 09:00:11]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen.

Rücktritt aus dem Erziehungsrat: Marco Natoli hat als Mitglied des Erziehungsrates auf den 30. April 2026 den Rücktritt erklärt. Ich danke dem Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Die Ersatzwahl ist für den Mai vorgesehen.

Vertretung in der GPK: Sandra Bothe wird Johannes Sieber bis zu den Sommerferien in der GPK vertreten. Johannes Sieber nimmt aus persönlichen Gründen eine politische Auszeit. Er grüsst uns heute Vormittag mit einer Kaffeespende (*Applaus*).

Kärtli einstecken: Ich werde nun öfters zu Beginn von Sitzungen darauf hinweisen, dass Sie die Abstimmungskarten ins System einstecken müssen. Nur wer sich so bis 30 Minuten nach Sitzungsbeginn im Abstimmungssystem angemeldet hat, gilt als anwesend und hat Anrecht auf Sitzungsgeld. Manuelle Korrekturen können nicht gemacht werden.

Anlass BVK: Ich möchte darauf hinweisen, dass heute um 13.30 Uhr bis 14.45 Uhr im Grossratssaal ein Informationsanlass der Pensionskasse BVK stattfindet. Für Mitglieder, die nicht daran teilnehmen können, wird ein Handout zur Verfügung gestellt.

Neue Interpellationen: Es sind heute 17 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 29, 31 bis 38, 41 bis 43 und 45 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung.

Antrag auf dringliche Behandlung sowie Terminierung: Die WAK beantragt, Traktandum 16 Lohnmassnahmen dringlich auf die Tagesordnung zu setzen. Zudem beantragt sie, die Behandlung auf nächsten Mittwoch um 9 Uhr anzusetzen. Wünscht der Präsident der WAK das Wort? Er wünscht es.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Namens der WAK darf ich kurz begründen, weshalb wir diese dringliche Traktandierung beantragen. Es ist ja so, wenn man es unvorteilhaft darstellen will, dass dieses Geschäft im Juni 2025 der WAK überwiesen wurde. Ich möchte aber der guten Ordnung halber festhalten, dass anschliessend die Sommerpause anstand und die erste mögliche Sitzung war erst im September. Und zunächst war zu klären, ob die WAK in diesem Punkt einen Kompromiss findet. Wie Sie dem Bericht entnehmen konnten, endete dies mit einem Mehr- und Minderheitsbericht. Wenn diese Berichte ausgearbeitet werden, muss immer wieder der Dialog auch mit der Verwaltung gesucht werden, ob die Dinge, die man da vorschlägt, auch statthaft sind. Und dieser Prozess hat einige Zeit in Anspruch genommen. Wir mussten ja auch noch andere Geschäfte nebenher bearbeiten. Ich sage wir, ich wurde ja erst durch dieses Parlament im Februar gewählt, also insofern hatte ich keinen Einfluss auf dieses Geschäft, aber das ist ja nur eine Nebensache.

Dann war die Frage, ob wir jetzt ordentlich traktandieren sollen, nachdem es schon so lange ging und wir wollten einfach ein Zeichen setzen, einerseits für die Staatsangestellten, die von dieser Massnahme betroffen sind, damit sie sehen, wir wollen, dass es vorwärtsgeht, jetzt auch da wir fertig beraten haben, und wir wollten es zu einem Zeitpunkt traktandieren, an dem es eben ordentlich dann auch gemacht werden kann, nicht statt der Interpellationen und darum war Mittwoch 9 Uhr die erste Wahl und auch abgesprochen mit den beiden zuständigen Regierungsrätinnen für dieses Geschäft.

Vielen Dank, wenn Sie diesen Antrag gutheissen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Dringlichkeit braucht es ein Zweidrittelmehr. Wir stimmen nun darüber ab.



2/3-Abstimmung

JA heisst Zustimmung zur Dringlichkeit, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008558, 15.04.26 09:05:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Traktandum 16 als dringlich, auf den 22. April 09:00 Uhr zu terminieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben der Dringlichkeit mit 87 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Gibt es zur Terminierung Wortmeldungen? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung am nächsten Mittwoch, 22. April, um 9 Uhr einverstanden sind.

Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt. Geschäft 1 ist erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[15.04.26 09:05:45]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds und des Ersatzmitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Melanie Eberhard)

[15.04.26 09:06:10]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 5 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008562, 15.04.26 09:07:20]



Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3 – 5.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme für offene Wahlen entschieden. Wir kommen damit zur Wahl als Mitglied des Oberrheinrats und als Ersatzmitglied des Oberrheinrats von der Regiokommission. Vorgeschlagen wurden Melanie Eberhard und Thomas Widmer-Huber als Ersatzmitglied. Wählbar sind Mitglieder der Regiokommission. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst Wahl von Melanie Eberhard, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008566, 15.04.26 09:08:34]

Der Grosse Rat wählt zu einem Mitglied des Oberrheinrates

Melanie Eberhard

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben Melanie Eberhard mit 93 Ja-Stimmen und einer Enthaltung als Mitglied des Oberrheinrats gewählt. Wer Thomas Widmer-Huber als Ersatzmitglied wählen will, stimmt Ja, wer die Wahl ablehnt, stimmt Nein. Wir starten die Abstimmung jetzt.

2/3-Abstimmung

JA heisst Wahl von Thomas Widmer-Huber, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008569, 15.04.26 09:09:15]

Der Grosse Rat wählt zu einem Ersatzmitglied des Oberrheinrates

Thomas Widmer-Huber

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Thomas Widmer-Huber als Ersatzmitglied gewählt. Ich gratuliere Melanie Eberhard und Thomas Widmer-Huber zur Wahl und wünsche ihnen Freude und Erfolg im neuen Amt.



4. Wahl eines Mitglieds der Delegation Districtsrat (Nachfolge Erich Bucher)

[15.04.26 09:09:46]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wählbar sind Mitglieder der Regiokommission. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst Wahl von Christian C. Moesch, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008572, 15.04.26 09:10:27]

Der Grosse Rat wählt zu einem Mitglied der Delegation Districtsrat

Christian C. Moesch

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 92 Ja-Stimmen und einer Enthaltung Christian C. Moesch gewählt. Ich gratuliere Christian Moesch zur Wahl als Mitglied der Delegation Districtrat und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Erich Bucher)

[15.04.26 09:10:45]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Wahl als Mitglied der IPK FHNW von der GPK vorgeschlagen wurde Christophe Haller. Wählbar sind Mitglieder der GPK. Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir kommen damit zur offenen Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst Wahl von Christophe Haller, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008574, 15.04.26 09:11:36]

Der Grosse Rat wählt zu einem Mitglied der IPK FHNW

Christophe Haller



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 90 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung Christophe Haller gewählt. Ich gratuliere Christophe Haller zur Wahl als Mitglied der IPK FHNW und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Ersatzwahl eines Präsidiums des Strafgerichts (50%) vom 8. März 2026, Antrag auf Validierung, Schreiben des RR

[15.04.26 09:12:00, 26.0097.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen dem Grossen Rat, vom Ergebnis der in Form einer stillen Wahl durchgeführten Ersatzwahl Kenntnis zu nehmen und diese Wahl gemäss Artikel 25 des Wahlgesetzes formell festzustellen. Demnach wird Monika Guth-Eichner, Dr. iur., FDP, als Präsidentin des Strafgerichts als gewählt erklärt. Eintreten ist obligatorisch. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008577, 15.04.26 09:13:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Die im Kantonsblatt vom 31. Januar 2026 publizierte stille Wahl eines Präsidiums des Strafgerichts (50%) wird für gültig erklärt.

Demnach ist gewählt worden:

Als Präsidentin des Strafgerichts (50%): **Monika Guth Eichner**, Dr. iur.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Wahl mit 93 Ja-Stimmen und einer Enthaltung validiert.

7. Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für fürsorgliche Unterbringungen von 50 % auf 70 %, Ratschlag des Gerichtsrats

[15.04.26 09:13:15, 26.5070.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die Kommission hat deren Präsidentin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Im Namen der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission spreche ich als erstes zum Ratschlag des Gerichtsrats. Betreffend die Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für fürsorgliche Unterbringungen, kurz FU-Gericht, von 50 auf 70%.



Die Kommission hat diesen Antrag an einer Sitzung im Beisein der entsprechenden Gerichtspräsidentin sowie des Gerichtsratspräsidenten beraten. Im Namen der JSSK möchte ich mich an dieser Stelle insbesondere für den interessanten Einblick in die Arbeit des FU-Gerichts bedanken. Es ist eine Arbeit, welche fernab der Öffentlichkeit stattfindet, rechtsstaatlich aber enorm wichtig ist, denn das FU-Gericht befasst sich zum einen mit Beschwerden, wie der Name schon sagt, gegen fürsorgliche Unterbringungen, die durch die Sozialmedizin Basel-Stadt verfügt worden sind. Zum anderen beurteilt es auch Beschwerden gegen medizinische Behandlungen ohne Zustimmung im Rahmen einer FU sowie gegen Entscheide der KESB, welche eine FU oder eine andere ambulante Massnahme beinhalten. Es entscheidet somit über Beschwerden im Zusammenhang mit schweren staatlichen Eingriffen in die persönliche Freiheit von Menschen in besonders verletzlichen Situationen.

Im Rahmen der Kommissionsberatung wurde seitens der Gerichte dann aufgezeigt, dass eine Analyse der letzten Jahre ergeben hat, dass für diese wichtige und anspruchsvolle Arbeit das heutige 50-Prozent-Pensum nicht mehr ausreicht. Die zahlenmässige Zunahme der Fälle können auch dem Antrag des Gerichtsrats entnommen werden. Ich verzichte an dieser Stelle auf ein Vorlesen derselben. Weiter wurde der Kommission berichtet, dass die Fälle nicht nur zahlenmässig mehr, sondern auch zunehmend komplexer, die Akten umfangreicher wurden und verschärfend oder einfach dazu kommt, dass die Entscheide auch in der Regel innerhalb von fünf Tagen gefällt werden müssen, so dass eine rasche Handlungsbereitschaft und eine hohe zeitliche Flexibilität seitens des Gerichts notwendig ist.

Die Kommission hat sich daher von der Tatsache überzeugen lassen, dass das aktuelle Pensum von 50% faktisch seit Jahren deutlich überschritten wurde. Der effektive Arbeitsaufwand ist deutlich höher. Dieser Aufwand wurde bis anhin nicht entschädigt und konnte grösstenteils auch nicht mit Freizeit oder Ferien kompensiert werden. Die Kommission war sich anlässlich der Beratung daher schnell einig, dass dieser Zustand nicht mehr weiter hinzunehmen ist.

Die JSSK ist dann auch der Frage nachgegangen, ob es Alternativen zu der Pensenerhöhung gibt. Insbesondere wurde die Frage aufgeworfen, ob der Anteil von rund 20% für administrative Arbeit, sei das Einsatzplanung, Personalplanung, Personalführung inklusive MAG, Arbeitszeugnissen etc. nicht durch anderweitige Massnahmen reduziert werden können. Die anwesenden Vertreter:innen des Gerichtes berichteten diesbezüglich, dass aktuell eine nähere Anbindung des FU-Gerichts an das Appellationsgericht geprüft werde, welche punktuell Entlastungen bringen sollen. Aber auch mit dieser organisatorischen Anpassung oder Entlastung brauche es die beantragte Aufstockung.

An dieser Stelle ist vielleicht auch noch darauf hinzuweisen, dass die mögliche Erhöhung auf 70% ausdrücklich im entsprechenden Gesetz vorgesehen ist, so dass dies vielleicht auch als leiser Wink unserer Vorgänger:innen in diesem Saal zu verstehen ist, dass die Erhöhung früher oder später auf das politische Parkett kommen wird. Heute ist dies nun der Fall. Es handelt sich dabei nicht um einen Ausbau auf Vorrat, sondern um eine teilweise Anpassung an das bereits heute geleistete Pensum respektive die bereits heute geleistete Arbeit.

Die Kommission beurteilt die vorgeschlagene Lösung deshalb als sachgerecht, verhältnismässig und auch notwendig und beantragt Ihnen daher, dem Antrag des Gerichtsrats zuzustimmen und die Erhöhung des Pensums des Präsidiums des FU-Gerichts von 50 auf 70% zu genehmigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat der Vorsitzende des Gerichtsrats Stefan Wohlschläger. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 12 des Ratschlags, und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008579, 15.04.26 09:19:20]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Pensum des Präsidiums des Gerichts für fürsorgliche Unterbringungen Basel-Stadt gemäss § 84 Abs. 2 GOG wird von 50% auf 70% erhöht.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

8. Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne einer temporären Erhöhung der Pensen von lic. iur. Anita Heer, Dr. Eva Bachofner, lic. iur. Johannes Vontobel und lic. iur. Sara Lehner aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds am Zivilgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates

[15.04.26 09:19:35, 26.5019.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die JSSK hat deren Präsidentin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Auch bei diesem Traktandum möchte ich mich kurz halten und verweise grundsätzlich auf den schriftlich vorliegenden Antrag des Gerichtsrates.

Auch Gerichtspräsidien können erkranken. Erfordert eine Erkrankung eine längere Abwesenheit von der Arbeitsstelle, muss eine geeignete Stellvertreterlösung gefunden werden. Das ist bei den Gerichten so und überall sonst auch. Das Gerichtsorganisationsgesetz sieht jedoch in Artikel 29 vor, dass über diese temporär befristete Zuwahl der Grosse Rat zu befinden hat, weshalb wir heute hier darüber abstimmen müssen.

Die JSSK hat den Antrag im Beisein eines Präsidenten des Zivilgerichts sowie des Präsidenten des Gerichtsrates an einer Sitzung behandelt, und ich bedanke mich bereits an dieser Stelle für den angenehmen und offenen Austausch. Gerne berichte ich zu der Kommissionsberatung in aller Kürze mündlich.

Die Ausgangslage zeigt sich wie folgt. Ein vollzeitig tätiges Präsidiumsmitglied des Zivilgerichts muss sich einem medizinischen Eingriff unterziehen und ist daher in den Monaten Juni, Juli und August nicht arbeitsfähig und wird ausfallen. Diese 100% müssen irgendwie kompensiert werden. Hiervon können 20% im Rahmen der bestehenden Pensen der anderen Gerichtspräsidien aufgefangen und übernommen werden. Darüber müssen wir nicht befinden. Im Umfang von 80% ist jedoch eine Zuwahl erforderlich. Der Gerichtsrat schlägt hier in Absprache mit dem betroffenen Zivilgericht vor, dass von diesen 80% 50% durch temporäre Pensenaufstockungen der Gerichtspräsidien Bachhofner, Vontobel und Heer kompensiert werden. Eine vollständige Kompensation durch bestehende Gerichtspräsidien ist jedoch nicht möglich, weshalb darüber hinaus eine vorübergehende Zuwahl von Frau Sara Lehner im Umfang von 30 Stellenprozenten beantragt wurde.

Sara Lehner ist seit 15 Jahren am Zivilgericht als Gerichtsschreiberin und als Schlichterin tätig. Auf Nachfrage der Kommission wurde dieser dann auch bestätigt, dass Frau Lehner die Wahlvoraussetzungen gemäss GOG 29 erfüllt. Da sie jedoch bis anhin nicht als ordentlich gewählte Gerichtspräsidentin amtierte, ist angedacht, dass Frau Lehner insbesondere den schlichtenden Teil, also dort, wo nicht entschieden wird, der Arbeitstätigkeit des Gerichtspräsidiums übernehmen soll. Richterliche Aufgaben mit direkten Entscheidungsbefugnissen sollen, wenn immer möglich, durch die anderen Gerichtspräsidien übernommen werden.

Im Rahmen der Kommissionsberatung wurde die Notwendigkeit einer temporären Zuwahl sowie auch die Sinnhaftigkeit der vorliegenden Lösung nicht in Frage gestellt, sondern explizit bejaht, dies insbesondere auch, da die finanzielle Mehrbelastung von rund 66'000 Franken intern kompensiert werden kann aller Voraussicht nach. Für mehr Diskussionen sorgte jedoch die Frage, und auch das sei an dieser Stelle erwähnt, ob es effektiv sinnvoll und notwendig ist, dass der Grosse Rat über einen derartigen Krankheitsausfall respektive dessen Bewältigung zu befinden hat. Hiermit wird sich die Kommission nochmals befassen. Für den Moment ist es aber klar gesetzlich so vorgesehen, weshalb Ihnen die JSSK einstimmig empfiehlt, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen.

Ich möchte aber den Abschluss nutzen, um dem betroffenen Gerichtspräsidium im Namen der Kommission rasche Genesung und gute Erholung zu wünschen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Vorsitzende des Gerichtsrats verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Ratschlags und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008581, 15.04.26 09:24:48]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird die Erhöhung der Pensen von drei Präsidien des Zivilgerichts Basel-Stadt sowie die Zuwahl einer Gerichtsschreiberin/Schlichterin des Zivilgerichts Basel-Stadt während der Monate Juni, Juli und August 2026 im Umfang von insgesamt 80 Stellenprozenten bewilligt. Falls erforderlich ist das Zivilgericht berechtigt, die Erhöhung der Pensen auf einen anderen Zeitraum im Jahr 2026 zu verschieben. Vorbehalten bleibt die Reduktion der Stellenprozente gemäss Ziffer 2 dieses Beschlusses.
 2. Sollte sich die Arbeitsunfähigkeit des Präsidiumsmitglieds auf Grund von früherer Genesung vorzeitig auf 80% oder weniger reduzieren, werden die mittels Zuwahl erhöhten Stellenprozente im gleichen Umfang reduziert, beginnend bei lic. iur. Sara Lehner.
 3. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird lic. iur. Anita Heer als Präsidentin am Zivilgericht, unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses, für die Monate Juni, Juli und August 2026 mit einem Pensum von 10 Stellenprozenten (vorübergehende Erhöhung der derzeit 90 Stellenprozente auf 100 Stellenprozente) gewählt.
 4. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird Dr. Eva Bachofner als Präsidentin am Zivilgericht, unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses, für die Monate Juni, Juli und August 2026 mit einem Pensum von 20 Stellenprozenten (vorübergehende Erhöhung der derzeit 80 Stellenprozente auf 100 Stellenprozente) gewählt.
 5. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird lic. iur. Johannes Vontobel als Präsident am Zivilgericht, unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses, für die Monate Juni, Juli und August 2026 mit einem Pensum von 20 Stellenprozenten (vorübergehende Erhöhung der derzeit 80 Stellenprozente auf 100 Stellenprozente) gewählt.
 6. Gestützt auf § 29 Abs. 1 GOG wird lic. iur. Sara Lehner als Präsidentin am Zivilgericht, unter Vorbehalt von Ziffer 2 dieses Beschlusses, für die Monate Juni, Juli und August 2026 mit einem Pensum von 30 Stellenprozenten gewählt.
- Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme.

9. Teilrevision des Notariatsgesetzes (Nachvollzug der Aktienrechtsrevision: neue Formen der Beschlussfassung), Bericht der JSSK

[15.04.26 09:25:02, 25.1376.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die JSSK hat deren Präsidentin Hanna Bay.



Hanna Bay (SP): Wir kommen nun zu einem eher technischen Traktandum. Es war mein erstes Geschäft als JSSK-Präsidentin und so viel vorweg, spannender könnte es nicht sein. Ich werde trotzdem versuchen, Sie ein bisschen mitzunehmen.

Anlass für diese Teilrevision bildet die bundesrechtliche Revision des Aktienrechts, welche bereits am 1. Januar 2023, also schon vor einer Weile, in Kraft getreten ist. Im Rahmen dieser bundesrechtlichen Revision wurden neue Formen der Beschlussfassung eingeführt. Also es ist eigentlich die Frage, wie zum Beispiel eine Aktionärsversammlung stattfinden kann. Neu können dies multilokale Versammlungen sein, also Versammlungen mit mehreren Tagesordnungen, einige sind in Basel, die anderen in Graubünden. Dann gibt es hybride Versammlungen, da ist ein grosser Teil irgendwo vor Ort und ein Teil schaltet sich online zu. Dann gibt es virtuelle Versammlungen, das sind Versammlungen, wie der Name schon sagt, die vollständig im virtuellen Raum stattfinden, und es gibt Beschlussfassungen neu auf schriftlichem Weg.

Währenddem das Bundesrecht bestimmt, dass gewisse Beschlüsse beurkundet werden müssen von einer Notarin oder einem Notar und in welcher Form die Beschlüsse zu fassen sind, legt das kantonale Notariatsrecht fest, wie diese Beurkundung zu erfolgen hat. Und da wie erläutert neue Formen der Beschlussfassung ins Aktienrecht aufgenommen wurden, muss auch das kantonale Notariatsgesetz angepasst werden, damit basel-städtische Notarinnen und Notare Beschlüsse, die in diesen neuen Formen gefasst werden, auch beurkunden können. Das ist der Kern der Vorlage.

Die Teilrevision wurde aber auch dazu genutzt, um einige Altlasten zu bereinigen. So erhält das Gesetz neu offiziell eine Abkürzung. Wir dürfen es jetzt NotG nennen, wenn Sie zustimmen. Die schon länger nicht mehr existierende Justizkommission wurde durch die auch nicht mehr so neue Notariatsaufsichtskommission ersetzt. Die Strafbestimmungen wurden an das aktuelle geltende Gesetz angepasst, eine Klärung der Unterschriftenregelung bei der Beurkundung von Versammlungsbeschlüssen wurde vorgenommen, also wer ein Protokoll zu unterschreiben hat, und schliesslich gab es noch eine Delegationsnorm für die Regelung der elektronischen Urkunde, die kommen wird.

Die JSSK hat sich an zwei Sitzungen und im Beisein der Vorsteherin des JSD sowie einer Juristin des Zentralen Rechtsdienstes mit dieser Vorlage befasst. Das Eintreten war unbestritten. Die Kommission folgt mit Ausnahme einer kleinen redaktionellen Änderung dem Ratschlag der Regierung. Ich beschränke mich im Folgenden somit auf jene Themen und Paragraphen, welche im Rahmen der Kommissionsberatung eingänglicher diskutiert wurden. Für die weiteren Details verweise ich auf die ausführlichen Ausführungen und Darstellungen im Ratschlag.

Intensiv wurde der Kern der Vorlage diskutiert, die sogenannte Fernbeurkundung in Artikel 39. Gemäss dieser soll es Notarinnen und Notaren möglich sein, Veranstaltungen ohne Tagungsort, also die virtuellen Versammlungen, aus der Ferne und somit ebenfalls elektronisch zu begleiten und zu beurkunden. Der Notar oder die Notarin ist folglich am Vorgang nicht physisch anwesend, sondern nimmt den Vorgang, also eine Abstimmung, einen Beschluss, etc. aus der Distanz und unter Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel wahr. Damit sei auch gesagt, dass der Grundsatz, wonach Notarinnen- und Notarenversammlungen am Ort der versammlungsleitenden Person, also der Präsidentin oder des Präsidenten, zu begleiten hat, weiterhin gilt, solange es einen oder mehrere Tagungsorte gibt. Eine Fernbeurkundung kommt nur in Frage, wenn es keinen Tagungsort mehr gibt. In diesen Fällen dürfen Notarinnen und Notaren neu oder sollen sie neu dürfen, diese Versammlungen ebenfalls elektronisch zu begleiten. Soll es auch bei dieser Form der Beschlussfassung, also bei der virtuellen Versammlung, weiterhin möglich sein, dass auch die Notarin oder der Notar am gleichen Ort wie die Versammlungsleitung sich befindet. Eine Fernbeurkundung ist also folglich auch in diesen Fällen nicht zwingend.

Im Rahmen der Vernehmlassung bei der Notariatskammer – und ich glaube, es sind die einzigen, die sich wirklich dafür interessieren – gab es durchaus auch kritische Stimmung. So wachse mit der Fernbeurkundung die Gefahr, dass die Notarin oder der Notar Beschlüsse einer gefälschten Versammlung, also sogenannte Deepfakes, wir kennen es, beurkunde, eine Befürchtung, welche gerade auch mit Blick auf die Schlagzeilen der letzten Woche nicht gänzlich von der Hand zu weisen ist. Dennoch ist die Kommission dieser technologiekritischen Argumentation nicht gefolgt. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Lösung erscheint der JSSK ein guter Weg. So soll der Grundsatz, wonach eben der Notar oder die Notarin am Ort der Versammlungsleitung sei, behalten werden, Fernbeurkundungen sollen die Ausnahme bleiben. Die Risiken der Technik sollen mit einem besonderen Fingerzeig in Richtung Notariat durch den neuen Absatz 3 des Artikel 38 begegnet werden, wonach er oder sie die Beurkundung abzulehnen hat, sofern sie den Vorgang nicht einwandfrei wahrnehmen kann.

Dies bedeutet im Konkreten, dass der Notar oder die Notarin sich im Rahmen der Vorbereitung einer virtuellen Versammlung zu versichern hat, dass die eingesetzte Versammlungssoftware sicher ist und es ihm oder ihr möglich ist, seine oder ihre gesetzlichen und standesrechtlichen Pflichten zu jeder Zeit wahrzunehmen. Sollte dies in irgendeinem Zeitpunkt des Vorganges nicht mehr möglich sein, muss er oder sie die Beurkundung ablehnen respektive den Vorgang abbrechen. Ein Restrisiko betreffend Deepfakes besteht zudem auch dann, wenn der oder die Notarin neben dem Vorsitz sitzt. Auch dann könnte ja der Rest der Versammlung gefälscht sein. Dennoch hat sich der Bundesgesetzgeber dazu entschieden, solche virtuellen und hybriden Versammlungen zu ermöglichen. Entsprechend war es auch innerhalb der Kommission grosso modo unbestritten, dass es auch basel-städtischen Notarinnen und Notaren ermöglicht werden soll, solche Fernbeurkundungen vorzunehmen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat eben gezeigt, dass die hiesigen Gesellschaften aufgrund der fehlenden



Möglichkeit der fehlenden Beurkundung im basel-städtischen Notariatsgesetz auf andere Notarinnen und Notare ausweichen. Wir könnten also sagen, wir stärken damit auch den Notariatsstandort Basel-Stadt.

Wichtig erschien der Kommission jedoch, dass die Notarinnen und Notare, welche vielleicht ein bisschen technologiekritischer sind und grundsätzliche Bedenken haben oder vielleicht auch nicht so technisch affin sind, auch in Zukunft frei steht, Anfragen für Fernbeurkundungen abzulehnen. Entsprechend sieht die Teilrevision diesbezüglich eine Aufweichung der Kontrahierungspflicht vor. Diese Bestimmung wurde dann auch als politisches Zugeständnis an die Digitalisierungskritiker gewertet und für gut befunden.

Für längere Diskussionen sorgte jedoch die Formulierung, wonach Versammlungen ohne Tagungsort aus der Ferne begleitet werden. Daran wurde kritisiert, dass es ohne Tagungsort auch weder eine Ferne noch eine Nähe gebe. Sie sehen, manchmal werden wir in der JSSK beinahe etwas philosophisch. Die Verwaltung wurde deswegen nochmals beauftragt, die Formulierung zu prüfen und sie tat dies dann auch gewissenhaft. Schlussendlich liess sich aber die gesamte Kommission davon überzeugen, dass die vorgeschlagene Formulierung am besten in das Gesamtkonzept der Teilrevision passt, weshalb an diesem Paragraphen keine Änderung vorgenommen wurde. Es wurde dann diskutiert, ob allenfalls Distanz besser ist als Ferne, dann wurde angemerkt, dass Distanz ja ursprünglich ein Fremdwort ist. Sie sehen, wir haben es nicht einfach.

Weiter für Diskussionen sorgte der bereits erwähnte Fingerzeichen Richtung Notariat, wonach der Notar oder die Notarin die Beurkundung abzulehnen haben, wenn die einwandfreie Wahrnehmung nicht möglich ist. Diskutiert wurde hier, ob allenfalls eine kürzere Formulierung mit einem Passivsatz nicht allenfalls sinnvoller wäre. Dagegen wurde eingewendet, dass die Er- oder Sie-Formulierung klarer zum Ausdruck bringe, dass der Notar respektive die Notarin die Beurkundung bei Ungereimtheiten aktiv ablehnen müsse. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde daher abgelehnt. Sie sehen, die JSSK legt jedes Wort auf die Goldwaage.

Schliesslich verdient die Delegationsnorm in Artikel 52a Notariatsgesetz Erwähnung. Diese wurde im Hinblick auf die Einführung der digitalen Urkunde auf Bundesebene erlassen. Die Einführung soll bis Ende 2028 erfolgen. Die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen sind derzeit auf Bundesebene in Arbeit, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, was diesbezüglich im kantonalen Recht angepasst werden muss. Die Delegationsnorm ist daher etwas Gesetzgebung auf Vorrat, die kantonalen Ausführungsbestimmungen werden aber wiederum eher technischer Natur sein, weshalb die JSSK einer entsprechenden Kompetenzdelegation gerne zustimmt. Schliesslich haben wir auch hier wieder eine sprachliche Diskussion geführt und haben uns gefragt, ob eine Kann-Bestimmung nicht sinnvoller wäre. Ein entsprechender Antrag wurde jedoch nicht gestellt, weshalb ich auch Ihnen heute die Details erspare.

Die weiteren Änderungen sorgten in der Kommission für keine grossen Diskussionen, weshalb ich auch an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehe, sondern nochmals auf den sehr detaillierten Ratschlag verweise. Einzig eine redaktionelle Änderung hat die JSSK schlussendlich vorgenommen. Ein Antrag, wonach die Strafbestimmung in Artikel 21, wonach dort das konkrete Strafmass sowie die Antragserfordernisse gestrichen werden sollen, wurde einstimmig und ohne Protest seitens der Verwaltung gutgeheissen. Das Strafmass ist im eidgenössischen Strafgesetzbuch geregelt, so dass es genügt, einfach darauf zu verweisen. Sollte nämlich das Strafmass angepasst werden, würden wir wieder hier sitzen und das würde ich uns gerne ersparen.

Ich komme zum Schluss. Es gibt wahrlich Geschäfte, die politisch kontroverser und aufgeladener sind. Dennoch verdienen auch solche Vorhaben unsere Beachtung und ich möchte mich an dieser Stelle bei der Verwaltung für die sehr gewissenhafte und saubere Vorarbeit bedanken. Diese Arbeit in diesen Themen resultiert meistens nicht in einem öffentlichen Blumenstrauß oder einem grossen Hurra, dennoch ist sie wichtig. Vielen Dank hierfür. Die JSSK beantragt Ihnen schliesslich einstimmig die Annahme des bereinigten Beschlussentwurfs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des JSD, Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Besten Dank an die JSSK für die Beratung dieser doch sehr spezifischen Materie und auch für die vertiefte und doch eben auch sehr lebhaft Auseinandersetzung mit dem Notariatsrecht. Ich denke, das kann man fast schon als Weiterbildung abbuchen. Schön, dass Sie mich auch mal als Justizvorsteherin hören dürfen, zu einem Thema, das nicht derart konfrontativ ist. Ich hoffe, Sie gönnen mir das für einmal.

Die JSSK-Präsidentin hat eigentlich alles Wesentliche schon mit der nötigen Prise Humor gesagt, so dass ich mich doch relativ kurz halten kann. Sie haben es gehört, mit der vorliegenden Teilrevision des Notariatsgesetzes vollziehen wir die notwendige Anpassung des revidierten Bundesrechts. Seit der Aktienrechtsrevision sind neue Formen der Beschlussfassung möglich, nämlich virtuelle Versammlungen, hybride Formate und schriftliche Beschlüsse auf elektronischem Weg. Dies soll eben nun auch das kantonale Recht ermöglichen und nachvollziehen.



Die Vorlage ist bewusst eng begrenzt. Es geht hier letztlich um die erforderlichen Anpassungen bei der Beurkundung von Versammlungsbeschlüssen sowie um die neue Regelung der schriftlichen Beschlussfassung. Besonders wichtig ist aus unserer Sicht, dass dabei die hohen Anforderungen an die notarielle Wahrheitspflicht und die Rechtssicherheit gewahrt bleiben. Gerade bei virtuellen Versammlungen ist es zentral, dass die Notarinnen und Notare nur dann beurkunden, wenn der Vorgang einwandfrei wahrgenommen werden kann. Dieser Grundsatz bleibt ausdrücklich bestehen. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats, dem Antrag der Kommission und damit der Teilrevision des Notariatsgesetzes zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 7 des Berichts. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

93 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008583, 15.04.26 09:41:01]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Notariatsgesetz des Kantons Basel-Stadt vom 18. Januar 2006 [1]) (Stand 1. Juli 2020) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Notariatsgesetz des Kantons Basel-Stadt (Notariatsgesetz, NotG)

§ 15 Abs. 1 (geändert)

1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons sind verpflichtet, und jede Person sonst ist berechtigt, bei Kenntnis von Ordnungswidrigkeiten in der Geschäftsführung einer Notarin oder eines Notars der Notariatsaufsichtskommission Anzeige zu erstatten.

§ 21 Abs. 1 (geändert)

1 Die Notarinnen und Notare sowie ihre Hilfspersonen, die ein Geheimnis offenbaren, das ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden ist, oder das sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben, werden gemäss Art. 321 des Schweizerischen Strafbuchbuches bestraft.

§ 38 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert), Abs. 6 (geändert), Abs. 7 (neu)

1 Bei der Beurkundung von Vorgängen muss sich die Notarin oder der Notar auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt befinden.

2 Wer einen Vorgang beurkundet, darf daran nicht in anderer Weise beteiligt sein. Zulässig ist das Führen bundesrechtlich vorgeschriebener Versammlungsprotokolle.

3 Ist nicht gewährleistet, dass die Notarin oder der Notar den Vorgang einwandfrei wahrnehmen kann, hat sie oder er die Beurkundung abzulehnen.

4 Bestehende Tatsachen sollen nur beurkundet werden, wenn die Notarin oder der Notar sich die Wahrheitsüberzeugung im Wesentlichen durch Ermittlungen innerhalb des Kantons oder aufgrund amtlicher Register und Auskünfte bilden kann.

5 Das Ersuchen um die Beurkundung muss von einer Person ausgehen, die daran ein erkennbares schützenswertes Interesse hat.

6 Beurkundungen zum Zwecke der Beweissicherung für ein streitiges Verfahren sind mit der notariellen Unparteilichkeit nicht vereinbar.

7 Beurkundungen zur Schaffung von Beweismitteln, die Drittpersonen belasten, sind mit der notariellen Unparteilichkeit nicht vereinbar.



§ 39 Abs. 1 (geändert), Abs. 1bis (neu), Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (geändert)

Beschlussfassung an Versammlungen (Überschrift geändert)

1 Notarinnen und Notare haben Versammlungen am Ort der versammlungsleitenden Person zu begleiten. Versammlungen, die gemäss Bundesrecht mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchgeführt werden, dürfen auch aus der Ferne begleitet werden. Es steht Notarinnen und Notaren frei, Ersuchen um Fernbeurkundung abzulehnen.

1bis Die Personalien und die verfahrensrechtliche Zuständigkeit der versammlungsleitenden Person sind zu überprüfen und in der Urkunde anzugeben.

2 Die Notarin oder der Notar nimmt von der versammlungsleitenden Person die erforderlichen Erklärungen über die ordnungsgemässe Einberufung, Konstituierung und Beschlussfähigkeit der Versammlung entgegen und hält sie in der Urkunde fest. Die Notarin oder der Notar erteilt der versammlungsleitenden Person die nötigen Belehrungen bezüglich des rechtmässigen Versammlungsablaufs und überprüft diesen, soweit für sie oder ihn ersichtlich.

5 Andernfalls hält die Notarin oder der Notar den Ablauf in geeigneter Weise fest und erstellt gleichzeitig oder zu einem späteren Zeitpunkt das Protokoll in öffentlicher Urkunde. Ersetzt dieses das vom Bundesrecht vorgeschriebene Versammlungsprotokoll, bleiben die bundesrechtlichen Protokollierungsvorschriften vorbehalten. Unterschriften Dritter holt die Notarin oder der Notar ein, bevor sie oder er selbst unterschreibt.

§ 39a (neu)

Beschlussfassung auf schriftlichem Weg

1 Die Protokollierung von Beschlüssen, die auf schriftlichem Weg gefasst werden, muss in Anwesenheit der vorgangsleitenden Person erfolgen.

2 Die Personalien und die verfahrensrechtliche Zuständigkeit der vorgangsleitenden Person sind zu überprüfen und in der Urkunde anzugeben.

3 Die Notarin oder der Notar nimmt von der vorgangsleitenden Person die erforderlichen Erklärungen über den Ablauf der Beschlussfassung und das Abstimmungsergebnis entgegen und hält diese in der Urkunde fest.

4 Bestehen begründete Zweifel an der Wahrheit der von der vorgangsleitenden Person und ihren Hilfspersonen abgegebenen Erklärungen zu rechtlich relevanten Belangen des Verfahrens, so ist weiterer Aufschluss zu verlangen oder die Beurkundung abzulehnen.

5 Die Notarin oder der Notar hält den Ablauf in geeigneter Weise fest und erstellt gleichzeitig oder zu einem späteren Zeitpunkt das Protokoll in öffentlicher Urkunde. Ersetzt dieses das vom Bundesrecht vorgeschriebene Versammlungsprotokoll, bleiben die bundesrechtlichen Protokollierungsvorschriften vorbehalten. Unterschriften Dritter holt die Notarin oder der Notar ein, bevor sie oder er selbst unterschreibt.

§ 47 Abs. 1

1 Die Urkunde muss enthalten:

2bis. (neu) bei Versammlungen: auf welche Art die Notarin oder der Notar diese begleitet hat;

3. (geändert) die genaue Bezeichnung der Parteien und allfälliger Vertreterinnen und Vertreter sowie bei Versammlungen und anderen Vorgängen der versammlungs- oder vorgangsleitenden Person und die Art, wie die Notarin oder der Notar die Überzeugung von der Richtigkeit dieser Angaben erlangt hat;

6. (geändert) bei Willens- und Wissenserklärungen: die beurkundungsbedürftigen Erklärungen der Parteien; bei Versammlungen und anderen Vorgängen: die für das Verfahren rechtlich erheblichen Erklärungen der versammlungs- oder vorgangsleitenden Person und die weiteren erheblichen Umstände;

7. (geändert) bei Willens- und Wissenserklärungen: die Unterschriften der erklärenden Personen; bei Vorgängen: sofern erforderlich die Unterschriften Dritter;

§ 52a (neu)

Elektronische öffentliche Urkunden

1 Sofern das Bundesrecht die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden zulässt, erlässt der Regierungsrat die erforderlichen Einführungs- und Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungswege.

§ 59 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert)



1 Verletzt eine Notarin oder ein Notar die amtlichen Pflichten oder verstösst sie oder er gegen die Würde, die Ehre und das Vertrauen, welche für die Ausübung des Notariats unerlässlich sind, so schreitet die Notariatsaufsichtskommission auf Anzeige oder von Amtes wegen disziplinarisch ein.

3 Ein Verweis wird von der Notariatsaufsichtskommission verfügt.

4 Geldbusse, Suspendierung und Entzug der Beurkundungsbefugnis werden auf Antrag der Notariatsaufsichtskommission durch den Regierungsrat verfügt.

5 Disziplinentscheidungen der Notariatsaufsichtskommission und des Regierungsrates unterliegen dem Rekurs an das Verwaltungsgericht.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 93 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

10. Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel, Ratschlag des RR

[15.04.26 09:41:15, 25.07.11.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort für die JSSK hat deren Präsidentin Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Nach der etwas trockenen Materie des Notariatsrechts kommen wir zum Abschluss der JSSK-Geschäfte zu einer etwas leichter zugänglichen, aber nicht weniger ernsthaften Angelegenheit. Gerne berichte ich im Namen der JSSK mündlich zum Ratschlag betreffend Realisierung und Betrieb eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel sowie zum Bericht zum Anzug Jo Vergeat und Konsorten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich bitte Sie, Gespräche draussen fortzuführen.

Hanna Bay (SP): Die Kommission hat das Geschäft im Beisein der zuständigen Regierungsrätin, eines Vertreters der kantonalen Krisenorganisation der Kantonspolizei, dem Co-Direktor des Naturhistorischen Museums Basel sowie eines Mitarbeiters der Fachstelle Gefahrenprävention des kantonalen Laboratoriums an einer Sitzung beraten. Nicht weniger als drei Departemente haben hier folglich zusammengespannt und ich kann Ihnen also ohne Übertreibung berichten, dass die Euphorie über das vorliegende Geschäft innerhalb der Verwaltung sehr hoch ist.

Wie der Titel des Ratschlags schon sagt, geht es um eine Realisierung und den Betrieb eines Erdbebensimulators. Die Beschlussvorlage sieht hierfür Gesamtausgaben in der Höhe von gut 5,8 Mio. Franken vor. Das ist, so viel sei vorweggenommen, ein schöner Batzen Geld. Dennoch beantragt Ihnen die JSSK einstimmig, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen, denn das Thema Erdbeben hat in Basel besondere Relevanz.



1356 – ich glaube, alle, die in Basel in die Schule gegangen sind, kennen dieses Datum, ich musste es lernen, ich habe aber bemerkt, dass es fast so sehr zur DNA gehört wie 1893. Das Erdbeben von 1356 ist eben in den Geschichtserzählungen unserer Stadt noch immer präsent. Neuste Berechnungen zeigen, dass eine Wiederholung des besagten Erdbebens allein im Kanton Basel-Stadt 1'700 Todesopfer, 13'000 Verletzte sowie 90'000 Schutzsuchende respektive Obdachlose erfordern würden. Aber auch weniger starke Beben würden zu erheblichen Schäden führen.

Der Kanton Basel-Stadt gehört dabei zu den Gebieten in der Schweiz mit erhöhter Erdbebengefährdung. Aufgrund der hohen Bevölkerungs- und Wertedichte verzeichnen wir das höchste Erdbebenrisiko. Dieses Risiko ist zwar abstrakt, aber dennoch real. In den letzten Jahren hat der Kanton daher, tragischerweise inspiriert durch entsprechende Ereignisse im Ausland, verstärkt Massnahmen getroffen und dem Thema besondere Beachtung geschenkt. Viele organisatorische und bauliche Massnahmen wurden eingeleitet und umgesetzt. Für Details hierzu verweise ich gerne auf den Ratschlag.

Ein wichtiger Punkt ist jedoch die Sensibilisierung der Bevölkerung. Hier besteht, so wurde der Kommission anlässlich der Beratung dargelegt, Nachholbedarf. Aus dem gleichen Grund hat der Grosse Rat den Anzug Jo Vergeat damals auch überwiesen. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie man überhaupt erreicht, dass sich Menschen auf ein seltenes und unter dem Strich doch unwahrscheinliches, aber gravierendes Ereignis vorbereiten. Ich frage hier mal rhetorisch in der Runde, wer hat die neun Liter Wasser zu Hause und das batteriebetriebene Radio? Mit der Einschätzung, dass eine alleinige Informationskampagne nicht reicht, beantragt der Regierungsrat nun eben die besagte Realisierung eines Erdbebensimulators. Ein Erdbebensimulator soll als Sensibilisierungsinstrument eine unmittelbare und realistische Erfahrung eines Erdbebens ermöglichen. Die Erwartung respektive die Hoffnung ist, dass durch diese erlebnisbasierte und interaktive Auseinandersetzung mit dem Thema eine nachhaltige Sensibilisierungswirkung erfolgt.

Im Rahmen der Kommissionsberatung war zunächst die konkrete Ausgestaltung dieses Erdbebensimulators Thema. Auf Nachfrage hin bestätigen die Verantwortlichen, dass ein reales Erdbeben nachvollzogen werden soll, dies einerseits durch simulierte Erschütterungen, gekoppelt aber auch mit einer audiovisuellen Installation mit Video und Soundprojektionen. Ähnliche Projekte gibt es bereits in Zürich und in Sion und die Erfahrungen seien sehr gut, der Andrang sehr gross. Positiv wurde seitens der Kommission dann auch aufgenommen, dass die basel-städtischen Schulen kostenlos den Simulator besuchen können und dass auch entsprechende Timeslots reserviert werden. Wichtig sei aber, so die Stimmen der Kommission, dass die Sensibilisierung nicht mit dem Besuchen des einmaligen Schüttelns abgeschlossen sei, sondern dass die Thematik in der Schule thematisiert und vertieft werde. Auch über die Schule hinaus müssen weiterhin Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen getroffen werden. Dies hat die Kommission so beschlossen.

Diesbezüglich wurde denn auch begrüsst, dass der Simulator in eine Dauerausstellung im neuen Naturhistorischen Museum integriert werden soll. Überhaupt erscheint der Neubau des Naturhistorischen Museums als geeigneter Standort. Die Ausstellung soll im zweiten UG sein, sodass die Nachbarschaft weder durch das Schütteln noch durch den Lärm belastet wird. Die Gebäudetaglichkeit des Neubaus sei zudem von Experten abgeklärt und bestätigt worden. Auch die bekannte Feuchtigkeitsthematik sei inzwischen kein Problem mehr, so dass nicht zu erwarten ist, dass die teure Neuanschaffung gleich einen Wasserschaden hat. Insgesamt wurde die Idee des Erdbebensimulators von der JSSK positiv aufgenommen. Die Kosten hierfür seien zwar nicht zu vernachlässigen, das Gesamtkonzept sei jedoch überzeugend, sodass die Investitionen gerechtfertigt seien.

Zur Diskussion Anlass gab schlussendlich insbesondere die niederschwellige Zugänglichkeit zum Simulator. Begrüsst wurde, wie gesagt, dass die Vormittage jeweils für Schulklassen reserviert werden. Mit einer gewissen Befremdung wurde jedoch das Ansinnen aufgenommen, dass weitere Besucher:innen, insbesondere auch Familien oder sonstige Einwohnerinnen und Einwohner von unserem Kanton, neben dem ordentlichen Museumseintritt einen Sondereintritt für den Simulator bezahlen müssten. Für die JSSK ist es wichtig, dass der Simulator eben im Sinne einer Sensibilisierungsmassnahme für alle möglichst niederschwellig zugänglich ist. Auch im Verhältnis zu der grossen Investition, welche notabene durch Steuergelder finanziert wird, soll im Auge behalten werden, dass zumindest Kantonseinwohnerinnen und Kantonseinwohner günstige oder gar kostenlose Angebote haben, insbesondere für Familien, damit der Besuch auch für diese erschwinglich bleibt. Da die konkrete Preisgestaltung eines kantonalen Museums jedoch nicht Aufgabe der JSSK und auch nicht Teil der vorliegenden Beschlussvorlage ist, hat die Kommission es schliesslich dabei bewenden lassen.

Nun noch zum Preisschild. Die Gesamtprojektkosten liegen bei 5,811 Mio. Franken, wobei die Investitionskosten gut 5,5 Mio. Franken ausmachen, wobei hier eine Reserve von 10% sowie eine Kostenungenauigkeit von 25% eingepreist wurde. Hinzu kommen wiederkehrende Betriebs- und Unterhaltskosten von 240'000 Franken zu Lasten der Erfolgsrechnung des Naturhistorischen Museums.

Die JSSK bittet Sie einstimmig, der vorliegenden Beschlussvorlage zuzustimmen. Schliesslich noch zum Anzug Jo Vergeat. Die Antworten der Regierung können dem Ratschlag entnommen werden. Die Kommission stimmte praktisch diskussionslos und einstimmig für dessen Abschreibung, wobei ich gerne nochmals auf die Anmerkung, dass eine Sensibilisierung oder eine wirksame Sensibilisierung nicht mit einem Besuch im St. Johann erledigt sein wird, verweise.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des JSD, Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Besten Dank auch an die Präsidentin der JSSK, zum einen der JSSK für die gute Beratung und jetzt auch die umfassende Darstellung dieses Geschäftes. Basel-Stadt gehört bekanntlich zu den Gebieten in der Schweiz mit der erhöhten Erdbebengefährdung und verzeichnet schweizweit das höchste Erdbebenrisiko. Die im Ratschlag aufgeführten Zahlen machen deutlich, wie gravierend die Folgen eines schweren Ereignisses für unsere Bevölkerung und unsere Infrastruktur wären. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur in bauliche Sicherheit und Krisenvorsorge investieren, sondern auch das Risikobewusstsein in der Bevölkerung stärken und Wissen zum richtigen Verhalten vermitteln.

Mit dem Neubau des Naturhistorischen Museums bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, einen Erdbebensimulator als Teil einer neu konzipierten Dauerausstellung zu realisieren. Der Erdbebensimulator ist ein geeignetes Instrument, um die Bevölkerung und insbesondere Schulkinder für das Erdbebenrisiko zu sensibilisieren, das Risikobewusstsein zu stärken sowie elementares Wissen zum richtigen Verhalten nachhaltig zu vermitteln.

Der Simulator ermöglicht eine unmittelbare und realistische Erfahrung eines Erdbebens. Als einzigartiges Vermittlungsformat können unterschiedliche Erdbeben, ihre Hintergründe und Zusammenhänge dargestellt und hautnah erlebt werden. Die erlebnisbasierte interaktive und gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema steht dabei im Zentrum. Der Ratschlag zeigt auch, dass traditionelle Informationskampagnen ergänzend wertvoll sind, für sich allein aber wenig nachhaltig wirken. Ein in die Dauerausstellung integrierter Erdbebensimulator leistet hier eben einen wichtigen Beitrag zur wirksamen und nachhaltigen Sensibilisierung der Bevölkerung.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrates, dem Antrag der Kommission und damit dem Ratschlag zur Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum zuzustimmen und den Anzug Jo Vergeat abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat als Fraktionssprecherin Jo Vergeat für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich war 18 Jahre alt, als ich an der nationalen Erdbebenübung Seismo 12 teilgenommen habe. Ich habe nämlich meine Maturarbeit über das Erdbebenrisiko geschrieben. Vielleicht wundern Sie sich, wieso das ein Thema von mir ist, obwohl ich nicht im Bevölkerungsschutz arbeite. Bei dieser nationalen Übung wurden die Führungs- und Krisenorganisationen von zahlreichen Partnern im Bevölkerungsschutz aus Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Solothurn und den deutschen Grenzgemeinden beübt mit dem Szenario eines Erdbebens wie 1356 mit der Stärke 6,5 bis 7 auf der Richterskala. In der Hauptzentrale wurde zwei Stunden nach diesem Beben eine Karte von Basel-Stadt aufgehängt, sie zeigte die Zerstörung in der Stadt und die erwarteten Todesfälle, und in der Innenstadt prangte da ein grosses schwarzes X, das hiess eigentlich so viel wie, da ist alles zerstört und man geht von ganz vielen schlimmen Verletzungen und Todesfällen aus.

Das hat mich sehr geprägt, im Sommer danach war ich in Kanada am Geologischen Institut, habe dort ein Praktikum gemacht und den Shakeout-Day begleitet und gleichzeitig auch sehr viele andere regelmässige Notfallübungen erlebt von unterschiedlichen Szenarien, beispielsweise von Bränden in Verwaltungsgebäuden und da wurden nicht nur Schulhäuser beübt, sondern eben auch andere Institutionen.

Ich selber habe seitdem nie mehr eine Notfallübung von irgendetwas erlebt, also weder von einem Brand noch von einem Erdbebenszenario oder sonstiges. Ich glaube, das kommt sehr stark auf Arbeitgeber an, auf die Institutionen, wo man sich befindet. Ich glaube, wir in der Schweiz, wir haben nicht so diese Tradition, dass man so stark beübt. Man kann sich darüber auch streiten, was ich aber immer wieder merke, ist, dass genau in diesen Notsituationen vermutlich nur etwas wirklich hilft, wenn man sich in ein Szenario schon so oft gedanklich hineinversetzt hat, dass man eben wirklich ein bisschen in einem Automatismus weiss, wie man sich zu verhalten hat.

Und dieser Umgang mit den Risiken, über den wir hier sprechen oder weswegen auch ich diesen Anzug eingereicht habe, ist, wie der Regierungsrat und auch die JSSK richtig begründet, in Bezug auf ein Erdbeben sehr schwer greifbar. Das Risiko eines so starken Erdbebens ist sehr weit weg, wir erleben hier in Basel nicht häufig Erdbeben oder haben es schon lange nicht mehr erlebt, und insbesondere deswegen ist es aus meiner Sicht sehr wichtig, dass gerade der Kanton auch eine Verantwortung übernimmt, dieses Risiko immer wieder ins Bewusstsein zu rufen.

Dementsprechend befürwortet unsere Fraktion GRÜNE/jgb natürlich den Kauf dieses Erdbebensimulators für das Naturhistorische Museum und die dazugehörige Schaffung einer Ausstellung, welche zur Vermittlung des Risikos und den geografischen Gegebenheiten führt. Wir haben aber schon auch intensiv darüber diskutiert. Es freut uns, dass die Verwaltung hier ein Projekt so anpacken möchte. Ich habe im Vorfeld auch ganz viele Stimmen gehört, die gesagt haben, Jo,



du wolltest einen Erdbebensimulator kaufen für 5 Mio. Franken und dann musste ich sagen, grundsätzlich war das nicht meine Kernidee und ich finde das wirklich super, wir als Fraktion unterstützen das, aber wir möchten ganz stark auch nochmal betonen, dass mit dem Kauf, mit der Schaffung dieser Ausstellung, dieses Simulators nicht die ganze Zielgruppe, welche unbedingt informiert und sensibilisiert wird, einfach informiert und sensibilisiert wird. Wir haben über Schulklassen, über Schulkinder einen grossen Zugriff, wir können Sensibilisierung weitergeben durch Kinder, die das erlebt haben. Ich selbst war auch einmal in einem Erdbebensimulator in Lausanne. Wir schaffen auch eine grosse Ausstrahlung für das Museum, also wir stehen absolut hinter dieser Anschaffung.

Wir haben uns überlegt, ob wir den Anzug stehen lassen, wir machen das nicht, auch aus immer wieder genannten Papiertigern, die man schafft, aber wir möchten schon auch mitgeben, dass es zentral ist, dass jemand, der keine motivierte Lehrperson hat, die dahingeht und vielleicht das auch noch über ein, zwei Jahre immer mal wieder hervorholt oder eine Person, die halt nicht einfach per se gerne den Weg in das Naturhistorische Museum findet, auch informiert und auch sensibilisiert werden muss und dass diese Aufgabe von der Verwaltung, vom Kanton wahrgenommen werden muss, egal, ob man sich jetzt so einen Simulator angeschafft hat oder nicht.

Wir schreiben den Anzug also ab, aber mit dem klaren Wunsch, dass die Information der Bevölkerung über diese Anschaffung des Simulators hinausgeht, dass man versucht, alle verschiedensten Menschen mit einer Sensibilisierung zu erreichen, mit dem Vorschlag, man könnte zum Beispiel bei der Eröffnung der Ausstellung vielleicht noch eine Verbindung machen mit einer kantonsweiten Informationskampagne oder man könnte allen Einwohner:innen einen Freieintritt in den neuen Simulator schenken. Also nehmen Sie das mit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Ratschlags und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008585, 15.04.26 09:58:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Realisierung und den Betrieb eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel werden Gesamtausgaben in der Höhe von Fr. 5'811'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- a) Fr. 5'571'000 einmalige neue Ausgaben zulasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich „Übrige“
- b) Fr. 240'000 als wiederkehrende neue Ausgaben für den Betrieb und den Unterhalt des Erdbebensimulators zulasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements, Naturhistorisches Museum Basel.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 87 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

10.1. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Erdbebenübungen Basel-Stadt, Ratschlag des RR

[15.04.26 09:59:13, 23.5233.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt den Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend Erdbebenübungen als erledigt abzuschreiben. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

11. Evaluationsbericht der Pilotphase 2021-2024 der sozialen Städtepartnerschaft Basel-Yopougon, Bericht des RR

[15.04.26 09:59:29, 22.0113.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Regiokommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Regiokommission das Wort hat deren Präsident Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ich spreche im Namen der Regiokommission, welche zum vorliegenden Evaluationsbericht des Regierungsrates zur Pilotphase von 2021 bis 2024 der sozialen Städtepartnerschaft Basel-Yopougon mündlich Bericht erstattet. Gerne verweise ich Sie für inhaltliche Ausführungen auf den Evaluationsbericht des Regierungsrats.

Da der Kanton Basel-Stadt bislang noch über keine vergleichbare soziale Städtepartnerschaft verfügte, beauftragte er den Regierungsrat, bis Ende 2025 einen Evaluationsbericht über die Erfahrung zur Kenntnisnahme vorzulegen. Diesem Anliegen kommt der Regierungsrat mit dem vorliegenden Bericht nach.

Die Kommission hat den Bericht nach vorgängigem Studium an einer Sitzung beraten. Vorgestellt wurde der Bericht durch die zuständigen Personen des Präsidialdepartements. Die Kommission setzte sich intensiv mit der Frage auseinander, ob dieses für den Kanton neue Instrument der sozialen Städtepartnerschaft den erwarteten Mehrwert erbringen konnte und ob sich eine Weiterführung rechtfertigen liesse.

Zunächst hält die Regiokommission fest, dass die Pilotphase 2021 bis 2024 insgesamt als gelungen zu beurteilen ist. Die Partnerschaft hat ein tragfähiges Fundament geschaffen und gezeigt, dass eine politisch abgestützte Kooperation zwischen zwei Städten über Kontinente hinweg konkrete Resultate erzielen kann. Besonders überzeugt hat die Kommission die Projekte im Gesundheitsbereich. Mit dem Aufbau des Gesundheitszentrums in Yopougon ist ein sichtbares und wirksames Ergebnis entstanden. Das Zentrum wird genutzt, deckt ein reales Bedürfnis der Bevölkerung ab und hat darüber hinaus weitere Kooperationen ermöglicht, etwa im Bereich Forschung. Hier zeigt sich exemplarisch, welchen Mehrwert eine solche Partnerschaft unter Einbezug lokal in Basel verankerter privater und halbprivater Akteure entfalten kann. Auch im Bildungsbereich wurden Verbesserungen erzielt, insbesondere durch die Sanierung einer Primarschule. Diese Schule wird intensiv genutzt, aber die Finanzierung der Instandhaltung und der Kantine sei noch nicht geklärt. Der Kulturbereich wiederum hat den Austausch zwischen den Städten gestärkt und zur Sichtbarkeit der Partnerschaft beigetragen.

Gleichzeitig nimmt die Kommission die differenzierten Ergebnisse der Evaluation zur Kenntnis. Nicht alle Projekte waren gleich stark verankert oder gleich wirksam. Ein zentraler Punkt in den Beratungen war die Frage der Nachhaltigkeit. Die Kommission teilt die Einschätzung des Evaluationsberichts, dass hier die grosse Herausforderung liegt. Während im Gesundheitsbereich bereits relativ stabile Strukturen bestehen, sind andere Projekte stärker von weiterer Unterstützung abhängig. Künftig muss deshalb noch konsequenter darauf geachtet werden, dass die Fragen zu Betrieb, Finanzierung und lokale Verantwortung von Beginn an gesichert und geklärt sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die strategische Ausrichtung. Die Kommission stellt fest, dass die Pilotphase stark projektgetrieben war. Für eine allfällige Weiterführung der sozialen Städtepartnerschaft ist aus Sicht der Kommission zentral, dass eine übergeordnete Strategie, welche die verschiedenen Aktivitäten verbindet und deren Wirkung systematisch ausweist, zugrunde liegt.

Positiv gewürdigt wurde die partnerschaftliche Ausgestaltung. Die Co-Finanzierung durch Yopougon und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe werden als grossen Mehrwert angesehen. Ebenso begrüsst die Kommission, dass es gelungen ist, verschiedene Akteure aus Verwaltung, Wissenschaft, Kultur und Praxis einzubinden. Auch wir begrüssen es, dass in einer späteren Phase der administrative Aufwand beim Kanton Basel-Stadt optimiert werden soll. Die gewählte Dreieckstruktur mit den Partnerstädten und lokalen Umsetzungspartnern hat grundsätzlich funktioniert, bringt aber für den Kanton einen nicht unerheblichen Koordinationsaufwand mit sich.



Was bedeutet das für die Zukunft? Die Regiokommission unterstützt die Haltung des Regierungsrats, eine Weiterführung der Partnerschaft grundsätzlich zu prüfen, jedoch unter klaren Voraussetzungen. Erstens soll eine stärkere Fokussierung erfolgen, insbesondere auf die Bereiche Gesundheit und Kultur, in denen sich bereits ein ausgewiesener Mehrwert gezeigt hat. Zweitens braucht es eine klare strategische Grundlage mit definierten Zielen und Prioritäten und Wirkungsmessungen. Drittens ist eine verbindliche und substanzielle Beteiligung der Partnergemeinde Yopougon Voraussetzung. Viertens sollen Synergien, etwa zwischen Kultur und Gesundheit, gezielt genutzt werden, um die Wirkung zu erhöhen.

Die Kommission begrüsst ausdrücklich, dass vor einem Entscheid über die Weiterführung vertiefte Abklärungen vorgesehen sind. Diese sind notwendig, um sicherzustellen, dass eine nächste Phase auf einer soliden, realistischen und partnerschaftlich getragenen Basis aufbauen kann. Die soziale Städtepartnerschaft ist ein innovativer Ansatz, der Chancen bietet, aber auch sorgfältige Steuerung erfordert. Die Pilotphase hat gezeigt, dass dieses Instrument funktionieren kann, wenn es klar fokussiert und konsequent weiterentwickelt wird.

Für den offenen und interessanten Austausch mit dem Präsidialdepartement und die zahlreichen Informationen möchte sich die Regiokommission sehr bedanken. Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen daher, den Evaluationsbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die erste soziale Städtepartnerschaft des Kantons Basel-Stadt geht ja auf einen Anzug des Grossen Rates zurück. Der Anzug hatte den Titel «Von Stadt zu Stadt» und es ging damals um einen Unterstützungsbeitrag zur Flüchtlingskrise unter stärkerer Aktivierung der bestehenden Verbindungen des Swiss TPH und auch von Swisspeace. Die konkrete Partnerschaft wurde dann 2021 als Pilotprojekt gestartet, um eben auch Erfahrungen mit diesem neuen Instrument internationaler Zusammenarbeit zu sammeln. Und deshalb war es von Anfang an klar, wie wichtig eben auch eine gute eingehende Evaluation ist.

Der vorliegende Bericht zeigt nun, dass die meisten geplanten Aktivitäten auch erfolgreich umgesetzt werden konnten. Zu betonen ist sicher insbesondere der Gesundheitsbereich, wo es gelungen ist, durch im Rahmen der Partnerschaft neugeschaffener Strukturen rund 50'000 Menschen Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung zu schaffen. Es gab auch eine substanzielle Co-Finanzierung durch die Gemeinde Yopougon, die zeigt, dass eben auch Eigenverantwortung in diesem Projekt eine Rolle spielt, dass eben ein gemeinsames Tragen mit den lokalen Partnern hier nicht nur vorgesehen war, sondern auch gelungen ist. Das sind konkrete Resultate, das sind auch Zeichen, dass eben eine solche Form der Kooperation einen Mehrwert vor Ort schaffen kann, einen Mehrwert schaffen kann aber auch für Basel. Es geht ja immer auch um den Austausch, nicht um eine Einseitigkeit.

Deshalb ist besonders hervorzuheben die im Rahmen der Partnerschaft entstandene Forschungskooperation zur sicheren Zellenkrankheit, eine Forschungskooperation zwischen dem Swiss TPH, dem Centre Suisse de Recherche Scientifique und Novartis Global Health. Damit haben wir auch einen zusätzlichen Mehrwert durch Basler Wissen und durch Basler Innovation geschaffen.

Wir stellen deshalb seitens Regierungsrat in Einklang mit der Regiokommission fest, dass diese Pilotphase ein tragfähiges Fundament für die Zusammenarbeit gelegt hat, auch das Potenzial gezeigt hat, dass das Instrument der sozialen Städtepartnerschaft für eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand, Wissenschaft, Praxis und Privatsektor bieten kann. Wir haben damit Perspektiven eröffnet, die wir mit anderen Förderinstrumenten der internationalen Zusammenarbeit des Kantons nur begrenzt bieten können.

Gleichzeitig, und das hat auch der Präsident der Regiokommission zu Recht betont, zeigt der Evaluationsbericht auf, wo für eine allfällige Weiterführung der Partnerschaft Anpassungsbedarf besteht. Die Evaluation empfiehlt ja insbesondere, in einer nächsten Phase noch stärker auf klare strategische Grundlagen abzustellen, eine Konzentration auf eine begrenzte Zahl von Handlungsfeldern und eine gezieltere Nutzung von Synergiepotenzialen. Der Evaluationsbericht liefert uns damit wichtige Hinweise dafür, wie eine mögliche Weiterführung der Partnerschaft fokussierter, strategischer, wirkungsorientierter gestaltet werden könnte.

Aktuell klärt der Regierungsrat mit der Gemeinde Yopougon sowie mit unseren Baslern und unseren lokalen Partnern die Voraussetzungen für eine mögliche Weiterführung der Partnerschaft ab. Dazu gehört eine vertiefte Bedarfs- und Kapazitätsanalyse, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Kultur. Das soll uns zeigen, wo ein gemeinsamer Mehrwert besteht und in welcher Form allenfalls eine Weiterführung dieser Städtepartnerschaft sinnvoll ist. Sie werden also in diesem Zusammenhang weiter hören von uns, dann mit einem konkreten Vorschlag. Vorerst bitte ich Sie, diesen Evaluationsbericht zur Kenntnis zu nehmen und danke der Regiokommission für die konstruktive Begleitung in dieser Sache.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprecher für die BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): BastA nimmt den Evaluationsbericht zur Kenntnis und begrüsst ausdrücklich das Engagement und die soziale Städtepartnerschaft mit Yopougon und bedankt sich für die Arbeit der Regierung. Städtepartnerschaften stellen offizielle langfristige Verbindungen zwischen zwei Städten dar mit dem Ziel, den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Austausch zu fördern und dient der Verständigung der Menschen, die in diesen Städten leben. Es ist also gelebte und institutionalisierte Solidarität und ein politisches Bekenntnis zwischen den Gemeinden. Der Evaluationsbericht zeigt mittels verschiedenen Projekten auf, dass die Städtepartnerschaft für alle Beteiligten relevant, wirksam und effizient gewesen ist. Die grosse Herausforderung bleibt, das bereits Erzielte und das in der Zukunft Mögliche nachhaltig zu sichern. Eine Städtepartnerschaft ist die Basis für die Sicherstellung und Förderung einer Nachhaltigkeit, die über mehrere Jahre angelegt ist, und deswegen soll diese Partnerschaft aus Sicht der BastA unbedingt fortgeführt werden.

Die Stellungnahme des Regierungsrats wirkt etwas verhalten im Bericht. Die Fortsetzung soll nur geprüft werden und zukünftig auf den Gesundheitsbereich und Kultur fokussiert werden. Eine vertiefte Analyse für diese beiden Bereiche ist nun vorgesehen, um anschliessend die Fortführung der sozialen Städtepartnerschaft nochmals abzuklären. Wie gesagt, aus Sicht von BastA soll die Städtepartnerschaft zwingend fortgesetzt werden. In der aktuellen Weltlage stellen Städtepartnerschaften Verbindungen und Solidarität her. Dies gelingt manchmal besser, manchmal braucht es vielleicht etwas länger, aber dafür ist eine Städtepartnerschaft ja da.

Es ist deutlich mehr als nur ein Projekt. Aus unserer Sicht können durchaus auch Engagements in Bildung und Infrastruktur weiterhin sinnvoll sein und wir fänden es schade, falls dies nun kategorisch ausgeschlossen und nicht mehr möglich wäre. Und vielleicht müsste, um die Städtepartnerschaft weiter zu stärken und zu festigen, noch etwas mehr. Begegnungen zwischen den Menschen in Basel und Yopougon entstehen. Ich denke, den meisten Einwohnenden in Basel ist nicht bekannt, dass eine solche Städtepartnerschaft mit einem Stadtteil in Abidjan überhaupt besteht. Also wir danken der Regierung für das Engagement und hoffen auf eine Fortsetzung der sozialen Städtepartnerschaft mit Yopougon.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Fraktion GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch ich möchte zuallererst dem Regierungsrat danken für seine detaillierte Evaluation dieser Partnerschaft und generell für das Engagement in Yopougon. Wir wurden in der Regiokommission ebenfalls ausführlich und mündlich über die Details dieser Zusammenarbeit informiert und konnten dort eine konstruktive Diskussion führen. Der vorliegende Evaluationsbericht zur Partnerschaft mit Yopougon, den wir hier zur Kenntnis nehmen können, war auch eine Forderung der Regiokommission. Dieser Forderung ist dann schliesslich der Grosse Rat auch gefolgt. Der Zweck dieses Auftrags war es, die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen neuartigen sozialen Städtepartnerschaft zu überprüfen, insbesondere weil ja auch Zweifel geäussert wurden. Die Evaluation soll also aufzeigen, was der Nutzen und Mehrwert einer solchen Partnerschaft ist und ich denke, der Bericht wird diesem Auftrag gerecht.

Ohne nun den ganzen Inhalt des Evaluationsberichts zu wiederholen, möchte ich auf ein paar grundlegende Aussagen eingehen. Insgesamt, und das möchte ich wirklich betonen, zeichnet der Bericht ein sehr positives Bild der Zusammenarbeit dieser beiden Partnerstädte. Dies wird durchwegs von den befragten Akteuren als relevant und sinnvoll beurteilt. Im Bericht wird zwar festgestellt, dass die thematische Ausrichtung der Partnerschaft nicht von Beginn an klar definiert war, wodurch eine thematische Breite entstand. Der Bericht bemängelt auch, dass dadurch keine übergeordnete Strategie erkennbar sei. Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb erachten dies allerdings nicht als Nachteil, sondern es ist für uns eigentlich ein natürlicher Prozess. Wenn wir eine soziale Städtepartnerschaft anstreben, die auf Augenhöhe funktionieren soll, können wir nicht erwarten, dass eine vorgefasste Strategie angewendet werden soll oder kann. Diese muss sich entwickeln und aus den Bedürfnissen der beiden Seiten im Sinne eines Pilotprojekts auch ausprobiert werden.

Es ist für uns auch sehr beeindruckend, dass innerhalb dieser kurzen Pilotphase, die je nach Zählweise drei oder vier Jahre dauerte, sechs erfolgreiche Projekte resultierten. Und das wurde auch schon gesagt, die erfolgreichsten Projekte waren im Gesundheitsbereich. Aber auch die weiteren Projekte im Bildungs- und Kulturbereich dürfen als erfolgreich betrachtet werden.

Der Bericht kommt also auch zum Schluss, dass die Städtepartnerschaft ein wirksames Instrument zur internationalen Zusammenarbeit ist, wenn, und das ist der Punkt, die Zusammenarbeit fokussiert und strategisch geführt wird. Die Gemeindeverwaltung von Yopougon erwähnt, und das wird im Bericht mehrmals wiederholt, dass der Wunsch da ist, diese Zusammenarbeit weiterzuführen und auszubauen auf fachlicher Ebene. Diesem Anliegen soll in unseren Augen Rechnung getragen werden. Auf den positiven Erfahrungen kann nun aufgebaut werden und sie sollen auch vertieft werden. Der Regierungsrat bestätigt, dass er den Mehrwert der Zusammenarbeit sieht und auch weiterführen will, oder zumindest, dass er die Weiterführung der Zusammenarbeit prüfen will.



Jetzt noch ein paar Punkte zu den Punkten im Bericht, mit denen wir nicht ganz einverstanden sind, und da schliesse ich mich Oliver Bolliger an. Der Regierungsrat schreibt, dass er die künftige Partnerschaft lediglich auf Themen konzentrieren will, die in der Pilotphase besonders positive Wirkungen zeigten. Wir sind der Meinung, dass diese Zusammenarbeit aufgrund der gemachten Erfahrungen in allen oder in möglichst vielen Bereichen weitergeführt und vertieft werden soll. Der Regierungsrat könnte in unseren Augen auch etwas mehr machen zur Bekanntmachung dieser Städtepartnerschaft, z. B. auf den öffentlichen Kanälen – die Social Media bedient der Regierungsrat ja sehr offensiv - oder auf der Webseite – wir konnten heute Morgen lesen, dass es dort noch nicht verankert ist – oder auch durch andere Mittel, ich denke da z. B. an eine öffentliche Beflaggung.

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass der Regierungsrat respektive das Präsidialdepartement eine vertiefte Bedarfs- und Kapazitätsanalyse darüber gestartet hat, wo besonders erfolgreiche Kooperationsformen entstehen könnten. Wir möchten diese Abklärungen, die wir sehr begrüssen, aber nicht als Bedingung für die Weiterführung der sozialen Städtepartnerschaft verstanden wissen. Die regierungsrätliche Zurückhaltung ist angesichts der positiven Bewertung in der Evaluation im Bericht für uns nicht verständlich. In diesem Sinne nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und bitten darum, dass der Regierungsrat die Zusammenarbeit weiterhin vertieft und weiterführt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Das Projekt Basel-Yopougon ist mit hohen Erwartungen gestartet – internationale Solidarität, sozialer Austausch und gegenseitiges Lernen auf Augenhöhe. Doch wenn wir diesen Bericht genau lesen, dann drängt sich eine zentrale Frage auf. Wurden diese Erwartungen tatsächlich erfüllt oder haben wir uns mit guten Absichten zufrieden gegeben, ohne die Wirkung ausreichend zu prüfen?

Der Bericht zeigt durchaus einzelne positive Ansätze. Es gab Austauschprogramme, punktuelle Projekte und Engagement auf beiden Seiten. Das verdient Anerkennung. Aber einzelne Aktivitäten sind noch kein Beweis für nachhaltige Wirkung. Der Bericht bleibt in entscheidenden Punkten vage. Wo sind die klar messbaren Ergebnisse? Welche konkreten Verbesserungen konnten in Yopougon erzielt werden? Und ebenso wichtig, welchen konkreten Nutzen hatte Basel von dieser Partnerschaft, jenseits symbolischer Politik? Gerade bei einem Projekt, das mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, darf man sich nicht mit allgemeinen Aussagen zufrieden geben. Transparenz und Wirkungskontrolle sind keine Option, sondern Pflicht.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die strukturelle Asymmetrie dieser Partnerschaft. Der Bericht spricht von Austausch auf Augenhöhe, doch die Realität scheint eine andere zu sein. Die finanzielle, aber vor allem die organisatorische Hauptlast liegt klar auf Basler Seite. Das wirft die Frage auf, ob es sich wirklich um eine Partnerschaft handelt oder eher um ein einseitig gesteuertes Entwicklungsprojekt unter anderem Namen? Wenn wir von Partnerschaft sprechen, erwarten wir Gegenseitigkeit, gleichwertige Mitbestimmung und eine klare lokale Verankerung auf beiden Seiten. Der Bericht liefert hierzu zu wenig Hinweise.

Besonders problematisch ist zudem die mangelnde strategische Fokussierung. Die Projekte scheinen teilweise fragmentiert und nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. Es fehlt eine klare, übergeordnete Zielsetzung, an der sich alle Massnahmen messen lassen. Ohne solche Zielgrössen besteht die Gefahr, dass Ressourcen ineffizient eingesetzt werden, oder schlimmer noch, dass gut gemeinte Projekte langfristig wirkungslos bleiben.

Wir stehen nun an einem entscheidenden Punkt. Wollen wir diese Städtepartnerschaft weiterführen oder nicht? Wenn ja, dann braucht es eine grundlegende Nachschärfung, klare messbare Ziele für die nächste Phase, verbindliche Evaluationskriterien, die über reine Tätigkeitsberichte hinausgehen, echte Partnerschaftsstrukturen, die lokale Akteure in Yopougon stärker einbinden und volle Transparenz gegenüber diesem Parlament und der Öffentlichkeit. Ohne diese Verbesserungen riskieren wir, dass ein gut gemeintes Projekt zu einem dauerhaften Mitteleinsatz ohne ausreichende Wirkung wird. Ich möchte betonen, diese Kritik richtet sich nicht gegen die Idee internationaler Zusammenarbeit, im Gegenteil, sie ist wichtiger denn je. Man kann aber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern muss auch die notwendigen Konsequenzen ziehen. Das erwarten wir. In diesem Sinne nimmt die Fraktion der SVP den Bericht zur Kenntnis.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe mir das alles angehört und ich muss einfach sagen, wir Grossräte kommen nicht in den Genuss solcher Städtepartnerschaften. So eine Städtepartnerschaft ist nur im Interesse der Regierung. Teure Hotels, teure Flüge, über Paris wird geflogen in die Elfenbeinküste und ich bin damit nicht einverstanden. Darum verlange ich als Grossrat Rückweisung und Nichteintreten.



Regierungsrat Conradin Cramer hat wortwörtlich gesagt, es habe einen Mehrwert für Basel. Dann möchte ich aber wissen, wo der Mehrwert ist. Er hat auch gesagt, es sei keine Einseitigkeit. Doch, es ist eine Einseitigkeit, wir Steuerzahler haben nichts von dieser Städtepartnerschaft. Schreiben Sie sich das bitte in Ihr Hausaufgabenheft, dass wir Steuerzahler und wir Basler nichts von dieser Städtepartnerschaft haben. Das Geld, das die Regierung hier ausgibt, ist für uns Schweizer verloren und die Leute in der Elfenbeinküste wissen ja gar nichts von uns, die kennen Basel gar nicht.

Und ich kann Ihnen sagen, ich habe recherchiert als Journalist, ein paar Leute haben dann wegen dieser Städtepartnerschaft gedacht, oho, dann kommen wir nach Basel und verlangen Asyl. Wir haben 35 Asylanten in Basel aus der Elfenbeinküste und 45 Sans-Papiers. Das sind die Folgen dieser Städtepartnerschaft, und das will ich nicht.

Regierungspräsident Conradin Cramer hat gesagt, von Stadt zu Stadt. Ja, meine Damen und Herren, wir sind ein Stadtparlament, dann soll uns das Stadtparlament von dort einladen, dann kann ich sagen, von Stadt zu Stadt. Sollen Sie uns auf Grossratsreise einladen, dann sieht das anders aus. Aber ein Grossrat wird ja nicht eingeladen, immer nur die Regierung. Regierungsrat Conradin Cramer hat weiter die Novartis erwähnt, die an diesem Projekt beteiligt sei. Wenn Sie einmal überlegen, dass Novartis Milliarden verdient, Milliarden und noch einmal Milliarden, warum sollen wir als Stadtparlament Geld geben für Novartis? Die haben eigenes Geld und wir müssen uns nicht in die Abhängigkeit geben von Novartis, die sich hier beteiligt. Novartis soll das alleine machen und soll sich hier nicht bei uns hineinhängen, während sie ja eh schon Milliarden verdienen.

Ich werde fragen als Grossrat, welcher Regierungsrat und welche Regierungsrätin dort gewesen waren. Ich bin stolz, wir hatten einen guten Regierungspräsidenten, Guy Morin, und weil er ein guter Mensch war, habe ich ihn auch mit Fotos auf meiner Homepage seit 11 Jahren abgebildet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bleiben Sie bitte beim Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe recherchiert. Guy Morin hat eine Reise gemacht nach Asien, auch in eine Partnerstadt, dort ist ein Brunnen mit Basilisk eingeweiht worden. Steht denn der Basler Brunnen mit Basilisk noch in Asien?

Ich komme zu meinem Vorredner Felix Wehrli. Er hat richtig gesagt, die Wirkung werde nicht geprüft. Er hat gefragt, wo die messbaren Erkenntnisse sind. Das ist alles richtig. Er hat auch richtig gefragt, welchen Nutzen das für Basel hat und gesagt, dass er sich da nicht zufrieden gibt, dass ihm Transparenz fehlt. Das muss ich alles unterstützen. Und er hat auch richtig gesagt, dass ihm der Austausch auf Augenhöhe fehlt. Es ist immer wie in einer Partnerschaft ein Geben und Nehmen, wie zwischen Mann und Frau, aber hier sehe ich kein Geben für uns, und auch wenn Sie es lächerlich finden, sollen sie uns einladen als Stadtparlament, dann ist es von Stadt zu Stadt, aber nicht, wenn die Regierung mit Erstklassflügen über Paris in die Elfenbeinküste reist.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben für Nichteintreten plädiert. Das geht leider nicht. Eintreten ist obligatorisch. Die Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Der Bericht soll an den Regierungsrat zurückgewiesen werden. Entschuldigung, ich habe noch gesehen, dass Tim Cuénod sprechen möchte.

Tim Cuénod (SP): Ich hatte nicht vor, mich hier zu äussern, aber gerade auch in Bezug auf das Votum von Felix Wehrli möchte ich noch ein paar Dinge sagen. Wir haben ja eine Situation, in der wir als Grosser Rat beschlossen haben, dass wir die Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit deutlich erhöhen. Dagegen hat niemand das Referendum ergriffen. Diese solidarischen Städtepartnerschaften sollen ja auch in Zukunft darüber finanziert werden. Der Evaluationsbericht zeigt, wo Projekte als besonders sinnvoll erachtet werden, wo es auch mit den unterschiedlichen Partnern, die in Basel gewisse internationale Aktivitäten haben, Synergien gibt, die sinnvoll sind, und daraus ergibt sich dann ein veränderter Schwerpunkt.

Ich finde, der Regierungsrat hat diesbezüglich gute Arbeit geleistet und es ist sinnvoll, dass wir hier gerade bei dieser solidarischen Städtepartnerschaft auch ein wenig exemplarisch einen Evaluationsbericht haben, den wir hier besprechen können. Ich bin sehr dafür, dass man klare Messwerte hat, die man überprüfen kann, über die man sehen kann, welche Ziele erreicht wurden und welche nicht. Aber ganz generell bei den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit muss man sich auch bewusst sein, dass man etwas navigieren muss zwischen Skylla und Charybdis und wo das Risiko auch besteht, dass, wenn man übertreibt mit all dem, was man einverlangt, es dann eine riesige Rechtfertigungsbürokratie gibt, wo man unglaublich viele Dokumente zusammenstellen muss, die die Projekte dann auch bei der Kosteneffizienz deutlich schlechter dastehen lassen am Schluss. Das heisst, es ist wichtig, dass man effektiv schaut auf die Effizienz, ob Ziele erreicht werden, aber man sollte auch nicht übertreiben mit den Rechtfertigungsbedürfnissen, die dann dazu führen, dass zum Teil niederschwellige...



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nochmals Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Für die Regiokommission verzichtet der Präsident ebenfalls.

Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir kommen damit zur Abstimmung der Rückweisung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 85 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008588, 15.04.26 10:31:54]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen den Bericht mit 2 Ja-Stimmen, 85 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen nicht zurückweisen. Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 8 des Berichts und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 9 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008591, 15.04.26 10:32:46]

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat nimmt den Evaluationsbericht zur Kenntnis.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 83 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 9 Enthaltungen zugestimmt.

12. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Bericht der FKom

[15.04.26 10:33:00, 25.0884.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für die Finanzkommission das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen einstimmig, den Ausgaben für die Umsetzung von künstlicher Intelligenz in der kantonalen Verwaltung sowie dem Nachtragskredit zuzustimmen. Es geht hierbei um eine einmalige Investition von rund 7,1 Mio. Franken sowie um einen Nachtragskredit von 358'000 Franken für das Jahr 2026. Die Kommission hat sich mit dieser Vorlage intensiv auseinandergesetzt, dabei war bei der Beratung allen Mitgliedern bewusst, dass künstliche Intelligenz, also KI, längst Realität ist. Die Frage ist nicht mehr, ob sie in der Verwaltung eingesetzt wird, sondern wie und unter welchen Rahmenbedingungen.

Gerade der Staat bearbeitet, das wissen wir alle, besonders sensible Daten. Deshalb ist es zentral, dass der Kanton nicht einfach auf frei verfügbare externe Angebote setzt, bei denen niemand genau weiss, wo die Daten landen und wie sie verwendet werden. Die Finanzkommission begrüsst es deshalb, dass mit der vorgeschlagenen Lösung die Datensouveränität beim Kanton bleibt. Uns wurde glaubhaft dargelegt, dass die Daten die kantonale Infrastruktur nicht verlassen. Die Anwendungen sollen auf einer internen, sicheren Infrastruktur betrieben werden mit Open Source-Modellen, aber innerhalb der kantonalen Systeme. Die Daten gelangen somit nicht nach draussen. Genau das ist aus Sicht der Finanzkommission der richtige Weg.

Ebenso wichtig war für die Kommission die Frage der Steuerung. Wenn jedes Departement eigene KI-Lösungen entwickelt, droht ein Wildwuchs von Insellösungen, teuer, ineffizient und kaum kontrollierbar, etwas, was wir in der Verwaltung, wenn es um die IT geht, ja in den vergangenen Jahrzehnten leider schon erlebt haben. Deshalb unterstützt es die Kommission ausdrücklich, dass es hier zu einer zentralen Governance-Lösung kommt. Die fachliche Zuständigkeit ist beim Statistischen Amt im Präsidialdepartement, die technische Infrastruktur bei der IT BS im Finanzdepartement. Damit kann sichergestellt werden, dass Investitionen koordiniert erfolgen, dass die Datenschutzanforderungen eingehalten werden und dass der Kanton nicht zehn verschiedene Systeme parallel aufbaut.

Die Kommission ist sich aber auch bewusst, dass diese Vorlage nur ein erster Schritt ist. Die technologische Entwicklung ist rasant, es ist davon auszugehen, dass weitere Investitionen nötig sein werden. Umso wichtiger ist es, jetzt eine tragfähige Grundlage zu schaffen. Die Finanzkommission beurteilt die Investitionen daher letztlich als alternativlos, denn wenn der Kanton nichts tut oder versucht, KI einfach zu verbieten, wird dies nicht dazu führen, dass keine KI eingesetzt wird. Vielmehr würden Mitarbeitende auf frei verfügbare Dienste ausweichen, dann hätten wir genau das Gegenteil dessen, was wir wollen, weniger Kontrolle, schlechteren Datenschutz und mehr Risiken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen war die Frage nach dem Nutzen respektive dem Effizienzgewinn. Was bringen diese Investitionen und diese Ausgaben konkret? Der Regierungsrat konnte heute respektive während den Hearings noch keine genauen Zahlen zur künftigen Effizienzgewinnen nennen. Die Kommission hat dafür aber grundsätzlich auch Verständnis. Viele Anwendungen befinden sich noch im Aufbau. Es gibt aber bereits erste konkrete Beispiele, etwa einen sogenannten Berichtsgenerator bei der Kantonspolizei, bei dem Rapporte vor Ort diktiert und automatisch transkribiert werden können, oder Anwendungen, um künftig das Mengenwachstum bei den Steuererklärungen besser bewältigen zu können.

Die Finanzkommission erwartet jedoch, dass der Regierungsrat mittelfristig messbare Ziele definiert. Wenn wir über 7 Mio. Franken investieren und ausgeben, müssen wir später auch wissen, welche Wirkung erzielt wurde, wo Prozesse beschleunigt wurden, wo Ressourcen eingespart werden konnten und wo die Qualität verbessert wurde. Die Kommission erwartet daher, dass der Regierungsrat geeignete Indikatoren entwickelt und wir regelmässig über Fortschritte, Kosten und konkrete Entlastungseffekte informiert werden. Gerade mit Blick auf die generelle Aufgabenüberprüfung GAP, aber auch die Diskussion über die künftige Ausgestaltung des Kantonsbudgets ist es wichtig, dass mögliche Einsparungen oder Produktivitätsgewinne nicht nur behauptet, sondern auch ausgewiesen werden. Ein weiterer Punkt ist der Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Kommission begrüsst ausdrücklich, dass Mittel für Schulungen vorgesehen sind. Ziel muss sein, sie zu entlasten und ihnen Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, mit denen sie ihre Arbeit effizienter und besser erledigen können.

Schliesslich hat die Kommission auch darüber gesprochen, dass mit KI nicht nur Chancen, sondern auch Risiken verbunden sind. KI wird Fehler machen, KI macht auch heute Fehler, das wissen Sie alle. Entscheidend ist deshalb, dass wir verantwortungsvoll mit dieser Technologie umgehen, ohne uns aus Angst vor Fehlern selber zu blockieren. Wenn wir Innovation wollen, braucht es hierzu auch eine gewisse Offenheit und auch in der Verwaltung eine vernünftige Fehlerkultur. Wer jede neue Anwendung schon beim ersten kleinen Problem wieder stoppen will, wird nie von den Chancen profitieren können. Gleichzeitig muss aber selbstverständlich gelten, dass gerade in sensiblen Bereichen die Verantwortung immer beim Menschen bleiben muss.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, die Finanzkommission unterstützt diese Vorlage, weil sie einen kontrollierten, sicheren und zentral gesteuerten Einstieg in die Nutzung von künstlicher Intelligenz ermöglicht. Sie schafft die Grundlage



dafür, dass der Kanton die Entwicklung nicht verschläft, ohne dabei Datenschutz, Datensouveränität und die Kontrolle über die Kosten aus der Hand zu geben. Ich bitte Sie deshalb im Namen der einstimmigen Finanzkommission, sowohl dem Ratschlag als auch dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Die künstliche Intelligenz verändert unseren Alltag, verändert unsere Arbeitswelt, verändert staatliches Handeln, verändert, um es pauschal auszudrücken, unser Leben. Insofern ist es entscheidend, dass der Kanton als Dienstleister, als Arbeitgeber und auch als hoheitlich handelnde Institution rechtzeitig und nachhaltig in den Einsatz von künstlicher Intelligenz investieren kann. Der Regierungsrat anerkennt dies und legt deshalb im vorliegenden Ratschlag dar, wie er den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung unter voller Wahrung der Datensouveränität vorantreiben möchte. Ich bin ausserordentlich dankbar, dass die Finanzkommission einstimmig hinter diesem Vorhaben steht. Beantragt wird ja nicht wenig Geld. Wir beantragen Ausgaben in Höhe von gut 7 Mio. Franken, Geld, das in den Ausbau und Aufbau von interner KI-Expertise gehen soll und auch in den Aufbau einer KI-Plattform innerhalb unseres Kantonsnetzwerks.

Die konkreten Investitionen hat der Präsident der Finanzkommission schon erläutert, sie sind ja auch im Ratschlag nachzulesen. Ich möchte, wie schon der Präsident der Finanzkommission, auch noch einmal auf die Aufgabenteilung eingehen zwischen IT BS und dem Statistischen Amt, IT BS im Finanzdepartement bei Kollegin Tanja Soland, das Statistische Amt bei mir im Präsidialdepartement.

Wir werden mit dieser Aufteilung eben der Komplexität des Problems gut gerecht. IT BS ist mit ihrer technischen Expertise zuständig für den Aufbau, für den Betrieb und für die Skalierung der Daten- und KI-Plattform. Damit stellt IT BS sicher, dass wir die KI in der kantonalen Verwaltung eben datensouverän und datenschutzkonform verwenden. Wir bleiben so als Kanton unabhängig von grossen Anbietern, unabhängig, soweit das möglich ist, von anderen Staaten und können sicherstellen, dass unsere teilweise sehr sensiblen Daten den kantonalen Server bei der Nutzung von KI zu keinem Zeitpunkt verlassen.

Das Statistische Amt wiederum hat exzellente Kenntnisse in der Datenbewirtschaftung und in der Datenanalyse. Und künstliche Intelligenz, Arbeit mit künstlicher Intelligenz ist ja nichts anderes als Datenbearbeitung, einfach sehr komplexe Datenbearbeitung. Deswegen nimmt unser Statistisches Amt als kantonales Kompetenzzentrum für KI eine Schlüsselposition ein. Es prüft KI-Projekte aus der Verwaltung, setzt die zusammen mit den Mitarbeitenden um, eben immer unter Wahrung des Datenschutzes. Gleichzeitig können die KI-Expertinnen und Experten beraten, können andere Verwaltungsangestellte schulen.

Nun, der Regierungsrat, ich persönlich, wir sind überzeugt, dass wir mit dem im Ratschlag aufgegleisten interdisziplinären Vorgehen eine transparente, eine effiziente, eine sichere Einführung und Weiterentwicklung von KI in der Basler Verwaltung gewährleisten. Wir investieren so nicht nur in die Zukunft, sondern schon in die Gegenwart. Die Entwicklungen sind unendlich schnell. Der Kanton muss nicht Pionier sein, aber er sollte das sein, was man als Early Adapter nennt und das versuchen wir mit diesem Ratschlag, das versuchen wir mit diesem Ausbau. Wir dürfen uns dankbar und glücklich schätzen, dass wir das leisten können, dass wir es uns leisten können, solche Investitionen zu tätigen. Ich bin sicher, dass wenn wir in fünf, in zehn zurückschauen, sie rückblickend als notwendig ansehen und froh sein werden, dass wir eben nicht zu spät, sondern rechtzeitig waren mit diesen Investitionen.

Ich bitte Sie deshalb zusammen mit der Finanzkommission, die im Ratschlag beantragten Mittel gutzuheissen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Als erste eingetragen hat sich Patrizia Bernasconi für die BastA.

Patrizia Bernasconi (BastA): Wir sprechen heute über rund 7 Mio. Franken für den Einsatz von künstlicher Intelligenz in unserer Verwaltung, und ich sage es offen, in meiner Fraktion gibt es grosse Skepsis dazu. Im Moment hat man fast den Eindruck, dass überall plötzlich KI drinstecken muss. Vieles wird als grosser Fortschritt verkauft, aber nicht alles, was neu ist, ist automatisch auch sinnvoll. Manches wirkt eher wie ein Hype und Hypes sind bekanntlich selten eine gute Grundlage für staatliche Investitionen.

Wir haben Mühe mit dieser Vorlage, trotz Datenhoheit. Wir sollen viel Geld ausgeben, ohne wirklich zu wissen, was damit konkret erreicht werden soll. Es fehlen messbare Ziele und klare Erwartungen. Der Regierungsrat hofft auf Effizienzgewinne, aber er kann sie nicht beziffern. Gleichzeitig stellt sich eine ganz konkrete Frage für das Personal. Wenn wir von Effizienz sprechen, dann bedeutet das immer auch weniger Aufwand, weniger Zeit. Und irgendwann stellt sich die Frage, ob es auch



weniger Stellen braucht. Im Bericht wird zwar betont, dass Mitarbeitende mit einer eigenen staatlichen KI-Lösung unterstützt werden sollen, die Unsicherheit aber bleibt. Viele werden sich fragen, ob ihre Stelle langfristig noch gebraucht wird. Diese Frage darf man nicht einfach ausblenden, wenn wir solche Technologien einführen, dann müssen wir auch klar sagen, was das für die Menschen bedeutet, die heute in der Verwaltung arbeiten. Der Druck, Stellen abzubauen, wird kurzfristig bis mittelfristig sicher steigen.

Ein weiterer Punkt ist der Einsatz in sensiblen Bereichen. Ein Beispiel, das mich besonders beschäftigt, sind die im Bericht erwähnten automatischen Transkriptionen, etwa bei der Polizei. Wenn Berichte nicht mehr selbst geschrieben, sondern von Systemen erstellt werden und darauf basierend Bussen ausgesprochen werden oder andere rechtliche Konsequenzen abgeleitet werden, dann stellen sich ganz grundlegende Fragen. Was passiert, wenn so ein System Fehler macht? Und wir wissen, KI ist fehleranfällig, sie kann sogar halluzinieren. Wer übernimmt die Verantwortung und wie wehrt man sich dagegen? Für die betroffenen Personen wird das kaum einfacher, im Gegenteil, es wird komplizierter und oft auch intransparenter. Ein System, das intransparent ist und dessen Fehler schwer nachvollziehbar sind, darf nicht zur Grundlage staatlicher Entscheide werden. Es geht hier um unseren Anspruch an die Rechtsstaatlichkeit und das betrifft nicht nur die Polizei.

Ein weiterer Punkt: Es fehlt eine übergeordnete Linie. Wofür wollen wir diese Technologien gezielt einsetzen und wo bewusst nicht? Welche Prioritäten setzen wir? Im Moment wirkt es eher so, als würden wir loslaufen, unterwegs schauen, wohin es führt und das ist nicht gut.

Und trotzdem werden wir dieser Vorlage zustimmen. Wir sind nicht restlos überzeugt, nichts tun ist aber keine echte Alternative. Die Entwicklung findet ohnehin statt, ob wir wollen oder nicht. Deshalb müssen wir genau hinschauen. Eine Zustimmung unsererseits darf nicht als blindes Mitgehen verstanden werden. Wir haben klare Erwartungen an Transparenz sowie an Kontrolle und auch an einen fairen Umgang mit dem Personal. Die regierungsrätliche Strategie muss auch klar definiert werden. Wenn diese Punkte ernst genommen werden, kann daraus etwas Sinnvolles entstehen, wenn nicht, laufen wir Gefahr, viel Geld auszugeben und am Ende viel Vertrauen zu verlieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich sehe es ein bisschen anders als meine Vorrednerin, aber bei einem sind wir uns einig: Jeder hat so seine Erfahrung mit diesem Thema, hat KI-Versuche eingesetzt für die Hilfe für einen Text, für ein Bild. Die Erfahrungen sind wahrscheinlich auch sehr unterschiedlich, aber ich glaube, eines ist dem gemeinsam. Wir alle möchten mit der KI unsere Arbeit vereinfachen oder die Arbeit erleichtern. Ich glaube nicht, dass jemand mit der KI sich einfach nur so hobbymässig beschäftigt, es sei denn, wenn es um Bilder geht, was die Grossratspräsidentin auch sehr toll macht, wenn es Geburtstagskarten gibt.

Natürlich kann da die Verwaltung nicht abseits stehen. Die Frage stellt sich aber, ob man da gleich mit so grosser Kelle anrichten muss. 7 Mio. Franken, sieben Leute werden eingestellt, und ob es dann so effizient ist, wenn wir die sieben Leuten auf zwei Departemente verteilen und dann die Koordination dazwischen auch wieder stattfinden muss, bleibt eine Frage, während wir gleichzeitig anfangen, die IT zu zentralisieren.

Aber was im ganzen Ratschlag nicht erwähnt ist, und das wurde auch schon angesprochen, es ist keine Zielsetzung formuliert, dass man eben damit auch Effizienzgewinne machen will, wie wir das machen wollen, wenn wir mit der KI arbeiten, wie die Privatwirtschaft damit arbeitet. Natürlich kann das auch Konsequenzen haben für das Personal, aber ich glaube, hier muss man auch klar und transparent kommunizieren und die Ziele formulieren. Die FDP unterstützt den Ratschlag, aber erwartet auch, dass zeitnah klare Zielsetzungen definiert werden, wie eben das Ganze ausgestaltet wird und wie man auch Einsparungen machen kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir haben gehört, dass die Kommission am 5. Februar im Beisein des Regierungspräsidenten und den verantwortlichen Personen dieses Geschäft beraten hat und ihm mit 12 zu 0 Stimmen zugestimmt hat, dass wir 7,1 Mio. Franken sowie einen Nachtragskredit von 358 Franken bewilligen. Ich bin überzeugt, dass wir mit den richtigen Werkzeugen, sei es ChatGPT, Gemini, Claude und anderen, im Alltag tatsächlich effizienter werden können. Diese Vorlage ist eine Chance zur echten Verwaltungsmodernisierung und nicht ein einfaches weiteres IT-Projekt.

Entscheidend sind für mich drei Punkte, die sich auch in den Beratungen der Kommission als zentral erwiesen haben.



KI darf kein theoretisches Konstrukt bleiben. Wir müssen die Effektivität dort steigern, wo die Arbeit anfällt. Erste Pilotprojekte wie das interne Übersetzungstool oder der Berichtsgenerator für die Kantonspolizei, mit dem Rapporte direkt vor Ort via Smartphone diktiert werden können, zeigen den Weg auf. Wir haben auch noch zusätzlich die Herausforderung, dass wir Applikationen haben, die integrierte KI-Elemente aufweisen. Vielleicht kommen sie im ersten Moment ohne so etwas daher und irgendwann wird das auch wieder hinzugefügt und da müssen wir im Sinne der Governance die Übersicht behalten und ich bin froh, wenn solche Applikationen auch in einen Governance-Prozess umgesetzt werden.

Um diese Befähigung sicherzustellen, ist ein Teil der Mittel explizit auch noch für die Schulung der Mitarbeitenden reserviert. Der Regierungsrat erwartet durch die KI ein beachtliches Wertschöpfungspotenzial, um das Mengenwachstum bei Steuererklärungen zum Beispiel zu bewältigen. Durch eine zentrale Daten- und KI-Plattform und eine klare Governance beim Statistischen Amt verhindern wir einen unkoordinierten Wildwuchs und ineffiziente Insellösungen in den Departementen, wie bereits angedeutet, dass wir dort auch diese Applikationen regelmässig auf ihre KI-Relevanz überprüfen können.

Wir nutzen auch die vorhandene resiliente Infrastruktur aus dem Programm Infra21, um die Datensouveränität zu gewährleisten. Die Daten verlassen den Kanton nicht. Innovation braucht Sicherheit und Kultur. Wir setzen auf Open Source-Modelle auf eigenen Servern, um unabhängig zu bleiben. Aber Innovation braucht auch eine tolerante Fehlerkultur. Ein rein auf Fehlervermeidung fokussiertes Denken würde verhindern, dass wir Effizienzpotenziale der KI voll ausschöpfen können.

Wir müssen bereit sein, diesen Weg der Modernisierung mutig zu gehen. Die Finanzkommission betrachtet die Investition als alternativlos. Würden wir den Einsatz von KI nicht proaktiv und sicher gestalten, würden die Mitarbeitenden auf ungeschützte und externe Dienstleistungen ausweichen, was den Datenschutz massiv gefährden würde. Wir legen heute das strukturelle Fundament. Die Kommission wird den Prozess aufmerksam begleiten und erwartet mittelfristig klare Indikatoren für die erzielten Produktivitätsgewinne. Nutzen wir die Chance zur Modernisierung unserer Verwaltung und stimmen Sie dem Ratschlag und dem Nachtragskredit zu.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher hat sich niemand eingetragen. Das Wort hat nochmals Regierungspräsident Conradin Cramer. Er verzichtet. Für die Finanzkommission verzichtet Joël Thüring ebenfalls. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008593, 15.04.26 10:55:01]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 7'098'810 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

Fr. 4'805'810 einmalige Ausgaben für den Aufbau einer kantonalen Daten- und KI-Plattform (KDKP) zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Informatik

Fr. 687'000 einmalige Ausgaben für den Aufbau einer kantonalen Daten- und KI-Plattform (KDKP) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, IT-BS

Fr. 966'000 wiederkehrende Ausgaben für den Betrieb einer kantonalen Daten- und KI-Plattform (KDKP) in Form von jährlichen Personalkosten von Fr. 716'000 und Sachkosten von Fr. 250'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, IT-BS

Fr. 640'000 wiederkehrende Ausgaben für die KI-Kompetenzstelle in Form von jährlichen Personalkosten von Fr. 550'000 und Sachkosten von Fr. 90'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements, Statistisches Amt Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Nachtragskredit, Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008596, 15.04.26 10:55:52]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung wird für das Jahr 2026 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 358'000 bewilligt (Finanzdepartement, Dienststelle IT-BS, Kostenartengruppe 30).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

13. Anpassung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FiLa) und Nachtragskredit, Bericht der FKom

[15.04.26 10:56:06, 23.1102.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Finanzkommission beantragt, den beiden Beschlussvorlagen zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die Finanzkommission beantragt Ihnen, der Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes sowie dem Nachtragskredit von 3 Mio. Franken zuzustimmen. Worum geht es? Der interkantonale Finanz- und Lastenausgleich, also so etwas wie der kantonale NFA zwischen Basel, Riehen und Bettingen, stammt im Grundsatz aus dem Jahr 2008. Er beruht auf Regeln, die inzwischen teilweise nicht mehr mit der heutigen steuerlichen Realität übereinstimmen. Mit der Steuerverlage 17 wurde bekanntlich die progressive Gewinnsteuer abgeschafft. Seit 2019 gilt für alle juristischen Personen ein proportionaler Gewinnsteuersatz von 6,5%. Im Finanz- und Lastenausgleichsgesetz steht aber bis heute noch die alte progressive Gewinnsteuer als Berechnungsgrundlage. Das ist nicht mehr stimmig und führt dazu, dass der Finanzausgleich auf einer Grundlage berechnet wird, die es gar nicht mehr gibt.

Genau dies soll nun mit der vorliegenden Revision korrigiert werden. Die Anpassung ist also inhaltlich unspektakulär, aber notwendig. Sie führt nicht zu einer grundsätzlichen Verschiebung des Verhältnisses zwischen Basel, Riehen und Bettingen. Die Kommission hat festgestellt, dass sich am relativen Ressourcenverhältnis zwischen den drei Gemeinden nichts Wesentliches ändert. Es geht also nicht um eine politische Neuverteilung, sondern darum, das Gesetz an die geltende Rechtslage anzupassen.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft eine Korrektur, welche seit Jahren vorgenommen wurde, ohne dass sie im Gesetz vorgesehen gewesen wäre. Seit 2006 erhielt die Einwohnergemeinde Basel im Ressourcenausgleich jedes Jahr pauschal 1,14 Mio. Franken zusätzlich. Diese Korrektur beruhte auf einem damaligen Rechenfehler und wurde in der Folge einfach weitergeführt. Die Finanzkontrolle des Kantons hat bereits 2019 festgehalten, dass diese Zahlung keine genügende



gesetzliche Grundlage hat, sie beruhte zudem auf Zahlen aus dem Jahr 2005 und wurde seither nie mehr überprüft. Die Finanzkommission teilt deshalb die Auffassung der Finanzkontrolle, dass diese systemwidrige Korrektur aufgehoben werden muss. Ein Finanzausgleich muss klar nachvollziehbar und gesetzeskonform sein. Es kann nicht sein, dass über Jahre hinweg Zahlungen erfolgen, die im Gesetz gar nicht vorgesehen sind.

Weiter wurde im Zusammenhang mit der Einführung des Systems im Jahr 2009 ein Ausgleichsjahr faktisch übersprungen. Auch dieses Problem wurde von der Finanzkontrolle festgestellt. Kanton und Gemeinden haben sich inzwischen einvernehmlich darauf verständigt, auf eine nachträgliche Ausgleichszahlung für dieses Jahr zu verzichten. Die Finanzkommission hält diesen Verzicht für vertretbar.

Zur Vorlage gehört auch ein Nachtragskredit von 3 Mio. Franken. Dieser ist insbesondere eine Folge davon, dass in der Gemeinde Bettingen erhebliche Fehler bei der Verbuchung der Steuererträge festgestellt wurden. Die Finanzkontrolle hat aufgezeigt, dass in den Jahren 2022 bis 2024 Steuererträge in der Höhe von rund 19,5 Mio. Franken falsch ausgewiesen wurden. Ursache hierfür war eine grundlegende Fehlinterpretation der Körperschaftsabrechnung. Steuerforderungen wurden fälschlicherweise als Vermögen der Gemeinde verbucht. Das ist aus Sicht der Finanzkommission keine kleine Ungenauigkeit, sondern ein erheblicher Fehler in der Rechnungslegung. Besonders kritisch ist aus Sicht der Finanzkommission, dass dieser Fehler über mehrere Jahre hinweg weder intern, und das ist nun besonders stossend, noch durch die externe Revisionsstelle der Gemeinde Bettingen erkannt wurde. Dies hat entsprechend direkte Auswirkungen auf den interkantonalen Finanzausgleich und damit auf die Geldflüsse zwischen den Gemeinden. Die Finanzkommission erwartet daher, dass Bettingen seine internen Kontrollmechanismen verbessert und dass auch die Zusammenarbeit mit der kantonalen Steuerverwaltung sowie die Arbeit der Revisionsstelle, welche es denn auch immer sein wird, künftig deutlich besser funktionieren muss. Der beantragte Nachtragskredit ist unter diesen Umständen aber sachlich begründet. Die entsprechenden Entwicklungen waren bei der Budgetierung 2026 noch nicht bekannt.

Die Finanzkommission unterstützt deshalb sowohl die Gesetzesanpassung als auch den Nachtragskredit. Sie weist aber auch darauf hin, dass mit dieser Vorlage vor allem Vergangenheitsbewältigung betrieben wird. Wir korrigieren Fehler, bereinigen Unklarheiten und schaffen einen gesetzeskonformen Zustand. Aber wir beantworten damit noch nicht die grundsätzliche Frage, wie der Finanz- und Lastenausgleich innerhalb des Kantons in Zukunft ausgestaltet werden soll. Der Regierungsrat kündigte uns gegenüber an, in einem nächsten Schritt die Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen der OECD-Ergänzungssteuer zu regeln. Anschliessend soll grundsätzlich geprüft werden, ob ein solches Finanzausgleichssystem in einem Kanton mit lediglich drei Gemeinden überhaupt noch zweckmässig ist. Die Finanzkommission erwartet hierzu in absehbarer Zeit eine Gesamtschau, der Grosse Rat muss wissen, wie sich die Finanzströme zwischen Basel, Riehen und Bettingen künftig entwickeln sollen. Für heute geht es aber darum, einen nicht mehr haltbaren Zustand zu bereinigen.

Wir haben für dieses Geschäft auch die Gemeinden Riehen und Bettingen angefragt, wie sie sich dazu stellen und auch die Exekutiven der beiden Gemeinden haben uns gegenüber mitgeteilt, dass sie mit dem Vorgehen und dem Ratschlag des Regierungsrates in dieser Form so einverstanden sind.

Die Finanzkommission beantragt Ihnen deshalb Zustimmung zur Änderung des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes mit 12 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung und Zustimmung zum Nachtragskredit von 3 Mio. Franken mit 13 zu 0 Stimmen. Wir danken dem Regierungsrat, wir danken Regierungsrätin Tanja Soland für den gemeinsamen Austausch und wir danken auch der Gemeinde Bettingen, welche sich vor Bekanntgabe dieses Fehlers bereits auch gemeinsam mit der Departementsvorsteherin bei uns in der Finanzkommission eingefunden hat und uns über diesen Umstand entsprechend auch vorab informiert haben. Wir bitten Sie also, heute diesem Geschäft Ihre Zustimmung zu geben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartements, Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Vielen Dank dem Präsidenten der Finanzkommission, der die Vorlage inhaltlich korrekt und kompetent zusammengefasst hat. Ich bin sehr froh um diesen Abschluss heute. Das Geschäft kam bei mir zum ersten Mal vor etwa sechs oder sieben Jahren auf den Tisch. Das denkt man jetzt vielleicht nicht. Wir haben wirklich sehr lange diskutiert, auch mit der Gemeinde Riehen und Bettingen, wir hatten Wahlen dazwischen, also da gab es in der Gemeindeexekutive Wechsel, das war sehr herausfordernd und ich durfte oder musste relativ früh erkennen, dass wir gemeinsam einen Weg finden müssen, weil die erste Vorlage war viel breiter, die ging viel tiefer und das hat so nicht funktioniert. Sie hat auch viele Fragezeichen offen. Ich glaube, der Vorteil dieses langen Prozesses war, dass wir die Zusammenarbeit gestärkt haben. Ich habe viel gelernt und wir sind trotz dieser langen Zeit heute jetzt bei Ihnen mit dem ersten Vorschlag, und die Gemeinden Riehen und Bettingen sind beide einverstanden. Auch wenn es ein kantonales Gesetz ist, bin ich froh, dass wir das heute im Einverständnis machen können. Und ja, es ist eine Salomitaktik, aber eine transparente und eine im Einverständnis mit allen. Ich glaube, es macht Sinn, dass wir jetzt diese Korrekturen vornehmen und die Absprachebasis nun korrigiert und sauber ist.



Das zweite Thema wird die Ergänzungssteuer sein. Das ist bei uns nicht mehr ganz so heiss gekocht, weil wir ja ab 2026 die Unternehmenssteuern erhöhen. Das heisst, bereits im nächsten Jahr werden die bei uns höher sein und die Ergänzungssteuer wird noch tiefer sein und an diesen werden ja die Gemeinden auch beteiligt.

Ich höre von der Finanzkommission, dass sie das dritte Thema am liebsten in einer Gesamtschau integriert hätte. Wir werden schauen, wie wir das machen können. Wir haben eine spezielle Herausforderung. Es sind drei Gemeinden, wovon eine deutlich kleiner ist, Bettingen, und die andere, Basel, nicht ganz real existiert. Also die Herausforderungen sind riesig. Und ich finde, der Nutzen hält sich in Grenzen, wenn man das so sagen kann. Daher bin ich auch gerne bereit und stelle mir vor, dass wir uns hier wirklich auch beraten lassen, welche Alternativen es gibt, denn wir wollen uns alle, weder die Gemeinde Bettingen noch die Gemeinde Riehen, die im Milizsystem arbeiten, nicht mit einer grossen Bürokratie belasten, wenn dann am Ende drei kleine Mäuse geboren werden. Aber wir nehmen das an die Hand, wir werden das Projekt starten und ich hoffe, bald zur Finanzkommission zu kommen.

Und als Nebenschauplatz ist die Geschichte in Bettingen, die falsche Verbuchung dieser Steuererträge. Dies hat ermöglicht, dass die Zusammenarbeit heute wirklich sehr gut ist. Wir haben sehr viel Vertrauen aufgebaut und festgestellt, dass wir den Fehler im persönlichen Gespräch bemerkt haben. Mit dem Gemeindepräsidenten Nikolai Iwangoff und mir während eines Telefonats haben wir gemerkt, dass da irgend etwas nicht stimmt. Es braucht das persönliche Gespräch. Anders geht es manchmal nicht und wir haben schon angefangen, meine Steuerverwaltung ist zusammengesessen mit der Gemeinde Bettingen, es gibt jetzt immer auch einen persönlichen Austausch. Das halte ich für sehr wichtig und wir können wirklich sagen, wir haben das Vertrauen nachhaltig gestärkt. Das scheint mir für unseren Kanton in diesem Geschäft jetzt, wo es doch sehr technisch ist, sehr wichtig. Und ich bin auch der Gemeinde Riehen, die sehr nett auf uns auch gewartet hat und nachher auch sehr schnell ihre Stellungnahme abgeben konnte, sehr dankbar, dass das alles so gut geklappt hat.

Es ist ein technisches Geschäft. Ich gehe davon aus, dass Sie das heute verabschieden werden, aber ich glaube, wir sind in der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und uns wirklich näher gekommen. Dafür bin ich wirklich sehr dankbar, dass wir das so geschafft haben. Ich möchte mich auch noch zum Schluss bei der Finanzkontrolle bedanken. Sie hat uns da wirklich sehr geholfen, ist schnell eingesprungen, hatte dann auch das Vertrauen der Gemeinde Bettingen und wir konnten das wirklich im Schnelldurchlauf so erledigen.

Also besten Dank an alle, auch an die Finanzkommission mit ihrer Kritik, die ich auch ernst nehme und aufnehme. Ich bitte Sie, die Vorlage so zu verabschieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Fraktions- oder Einzelsprechenden eingetragen. Das Wort hätte nochmals Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet aber, ebenso der Präsident der Finanzkommission.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008598, 15.04.26 11:09:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich (FiLa) wird für das Jahr 2026 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 3'000'000 bewilligt (Finanzverwaltung Allgemein, Kostenartengruppe 36 Transferaufwand).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.



Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Finanz- und Lastenausgleichsgesetz, und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008602, 15.04.26 11:10:40]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Das Finanz- und Lastenausgleichsgesetz (FiLaG) vom 6. Juni 2007 [1]) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 2 (geändert)

2 Das Ressourcenpotenzial entspricht den auf die Gemeinden entfallenden Anteilen an der Einkommens-, Quellen-, Vermögens-, Gewinn-, Kapital-, Grundstück- und Grundstückgewinnsteuer gemäss §§ 228 bis 228b des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 [2]).

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt rückwirkend am 1. Januar 2021 in Kraft.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 90 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme auch hier zugestimmt.

14. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen, Bericht der BKK

[15.04.26 11:10:54, 22.5469.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die BKK hat über den Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Umsetzung der Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen», der am 7. Januar 2026 überwiesen wurde, in einer Sitzung beraten. Anwesend waren der Vorsteher des Erziehungsdepartements, der Co-Leiter Volksschulen, die Leitung Dienst Schulsozialarbeit und eine akademische Mitarbeiterin.

Im Rahmen der Anhörung hat die Kommission einen Überblick über das Präventionsangebot an den Volksschulen erhalten. Die Kommission liess sich die Intention der Präventionsprogramme erläutern, warum welches Programm gewählt wurde und welche ergänzenden Präventionsmassnahmen und Möglichkeiten es gibt. Zudem wurde auch über die interdepartementale Zusammenarbeit von ED, GD, JSD und PD informiert.



Eine Arbeitsgruppe soll Synergien nutzen und Doppelspurigkeiten vermeiden, da auch weitere politische Vorstösse zum Thema Prävention vorliegen. Gemäss Motion ist neu vorgesehen, dass alle Schülerinnen und Schüler über die gesamte obligatorische Schulzeit an Präventionsangeboten teilnehmen. Inhaltlich wird die Motion im Kindergarten mit dem Angebot «Die grosse Nein-Tonne» vom Verein Theater Vitamin A und in den Sekundarschulen mit dem Projekt «Herzsprung, Freundschaft, Liebe und Sexualität ohne Gewalt» der Schweizerischen Gesundheitsstiftung Radix umgesetzt. Das bereits bestehende obligatorische Präventionsprogramm «Mein Körper gehört mir» für die dritte Primarstufe bleibt bestehen und wird mit Vertiefungsprogrammen noch ergänzt. Die Zielgruppen sind Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Fach- und Lehrpersonen.

Rechtliche Fragen wurden im Nachgang der Anhörung noch schriftlich beantwortet. Eine Frage war, ob es sich um einen Staatsbeitrag handelt oder um einen Leistungseinkauf. Die Antwort stellt klar, dass es sich um eine Finanzhilfe im Rahmen des Staatsbeitragsgesetzes handelt. Die Präventionsprogramme und die ergänzenden Vertiefungsveranstaltungen zum bestehenden Präventionsprogramm sind Programme, die im Rahmen der Themenbereiche Gesundheit und Prävention erbracht werden, welche Bestandteile des Lehrplans 21 sind. Der Lehrplan 21 ist für den Unterricht an den Volksschulen verbindlich und findet damit im öffentlichen Interesse Anwendung.

Eine weitere Frage war, ob die Programme gemäss kantonalem Beschaffungswesen hätten ausgeschrieben werden müssen, was verneint werden konnte, denn gemäss der interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen braucht es keine Ausschreibung bei der Ausrichtung von Finanzhilfen. Und der Verein Theater Vitamin A ist zudem eine gemeinnützige Organisation.

Ebenfalls im Nachgang der Anhörung hat die Kommission die Jahres- und Erfolgsrechnungen des Vereins Theater Vitamin A für die Jahre 2023 und 2024 erhalten und zur Kenntnis genommen. Für solche Diskussionen sind diese Unterlagen jeweils unerlässlich.

Die BKK zeigt sich mit dem vorliegenden Ausgabenbericht insgesamt zufrieden. Sie würdigt die kompetente Präsentation des Geschäfts sowie die differenzierte Beantwortung der gestellten Fragen im Rahmen der Anhörung. Besonders begrüsst die BKK, dass die Präventionsprogramme regelmässig evaluiert und überprüft werden und somit eine Qualitätssicherung garantiert ist. Auch ist für die BKK wichtig, dass die ausgewählten Programme kontinuierlich überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Dies ist zentral für eine immer aktuelle und wirkungsorientierte Präventionsarbeit. Nicht nur die Programme müssen nachhaltig sein, sondern die Lehrpersonen müssen dahingehend sensibilisiert sein, mögliche Anzeichen sexualisierter Gewalt frühzeitig zu erkennen. Dass dies für Lehrpersonen eine grosse Herausforderung ist, ist der Kommission bewusst. Deshalb begrüsst sie, dass professionelle Begleitung und fachliche Unterstützung auch für Lehrpersonen zur Verfügung gestellt werden.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen. Im Weiteren beantragt sie dem Grossen Rat einstimmig mit 11 Stimmen, die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen» abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bevor wir weiterfahren, begrüsse ich eine Klasse der ZBA Niederholz Riehen mit Lehrperson Elisa Siedler auf der Tribüne. Schön, seid ihr hier und interessiert euch für die Politik (*Applaus*).

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das Thema sexualisierte Gewalt rückte in den letzten Jahren stärker in den Fokus. Mit dem Beitritt zur Istanbul-Konvention hat die Schweiz sich dazu verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen. Umfragen zeigen, schweizweit erlebte bereits jede fünfte Frau über 16 Jahren sexualisierte Gewalt. Fachleute vermuten zudem eine hohe Dunkelziffer. Die fortgeschrittene Digitalisierung und die sozialen Medien verschärfen die Gefahr und erfordern ein noch stärkeres Vorgehen gegen dieses Problem.

Die Kommissionspräsidentin hat die wichtigsten Eckdaten erwähnt. Unter der Leitung des Erziehungsdepartements hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe, bestehend aus ED, GD und JSD, verschiedene Präventionsprogramme gesichtet und eine Auswahl vorgenommen. Die Volksschulleitung hat sich für zwei zusätzliche Präventionsprogramme entschieden. Bisher besuchen alle Schülerinnen und Schüler in der dritten Primarschulklasse den Parcours «Mein Körper gehört mir» von Kinderschutz Schweiz. In Zukunft sollen alle Kinder und Jugendlichen über die gesamte obligatorische Schulzeit hinweg immer wieder Präventionsprogramme zum Thema besuchen.

Daher soll das Präventionsprogramm «Die grosse Nein-Tonne» für den Kindergarten und das Programm «Herzsprung, Freundschaft, Liebe und Sexualität ohne Gewalt» für die Sekundarschule als obligatorisch erklärt werden. Beide Programme konnten bereits von den Schulen gebucht werden und sind sehr beliebt. Alle 3. Primarschulklassen sollen zudem die Möglichkeit haben, zusätzlich zum gleichnamigen obligatorischen Präventionsprogramm die Vertiefungsveranstaltung «Mein Körper gehört mir» zu besuchen.



Ich bitte Sie, die beantragten Ausgaben zu beschliessen und die Motion Karin Sartorius und Konsorten als erledigt abzuschreiben. Damit könnten die zusätzlichen Präventionsprogramme als obligatorisch erklärt und allen Klassen Vertiefungsveranstaltungen ermöglicht werden. Die Umsetzung würde sukzessiv mit Beginn des Schuljahres 2026-2027 erfolgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin für die FDP eingetragen hat sich Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): In jeder Schulklasse gibt es Kinder, die Grenzverletzungen erleben oder sich unwohl fühlen, oft ohne Sprache, ohne Wissen und ohne Ansprechperson. Entscheidend ist deshalb nicht nur, dass Hilfe existiert, sondern dass die Kinder früh lernen, Situationen einzuordnen und sich mitzuteilen. Auch junge Erwachsene sind im öffentlichen Raum zunehmend mit sexuell anzüglichem Verhalten konfrontiert, wie die Debatte um Catcalling gezeigt hat.

Der von der FDP-Frauen initiierte Vorstoss von Karin Sartorius und Konsorten greift ein zentrales gesellschaftliches Problem auf und setzt genau dort an, wo nachhaltige Prävention beginnen muss, frühzeitig, umfassend und strukturell verankert. Besonders wichtig dabei ist der Fokus auf die Schule als zentralen Lern- und Lebensort von Kindern und Jugendlichen. Prävention darf nicht erst einsetzen, wenn bereits Schaden entstanden ist, sondern muss früh Wissen, Sensibilität und Handlungskompetenzen vermitteln. Indem Themen wie Grenzen, Respekt, Einvernehmlichkeit und Selbstbestimmung altersgerecht in den Unterricht integriert werden, stärkt die Motion Kinder und Jugendliche in ihrer Fähigkeit, Übergriffe zu erkennen, sich zu schützen und Hilfe zu holen. Gleichzeitig trägt sie dazu bei, ein gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen, das sexualisierte Gewalt klar benennt und konsequent ablehnt. Auch die Schulung von Lehrpersonen sowie die Einbindung von Fachstellen sind dabei zentrale Elemente, um eine wirksame und nachhaltige Umsetzung sicherzustellen.

Die Ausgabenbewilligung zur Umsetzung dieser Motion ist daher nicht nur folgerichtig, sondern zwingend notwendig. Prävention, Sensibilisierung und Ausbildung erfordern ausreichende finanzielle Ressourcen. Diese Investition ist gut angelegt, denn sie schützt nicht nur potenzielle Betroffene, sondern reduziert langfristig auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen von Gewalt. Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Regierung für die Schaffung eines verbindlichen Angebots an den Schulen. Es ist ein starkes Zeichen und zeigt, dass sie die Dringlichkeit des Themas erkannt hat und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen sowie konkrete Massnahmen voranzutreiben. Die FDP-Fraktion betrachtet die Motion als erledigt und unterstützt die entsprechende Ausgabenbewilligung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich werde mit keinem Wort meiner Fraktionskollegin widersprechen, sondern auf einen technischen Aspekt nochmals zurückkommen. Die Frage wurde in der Kommission aufgeworfen, ob dies wirklich ein Staatsbeitrag ist. Das hat die Regierung bejaht, ich habe da immer noch gewisse Zweifel, die ich hier zu Protokoll geben will.

Wir haben vorher viel Geld bewilligt für KI-Leistungen, die wir teilweise einkaufen werden. Das wird dann abgewickelt werden und vielleicht gibt es auch eine öffentliche Beschaffung. Jetzt haben wir gesagt, in diesem Fall wollen wir ja, dass eine gewisse Organisation eine genau definierte Leistung nicht irgendwie für die breite Öffentlichkeit erbringt, sondern gerade dem Staat erbringt. Und was ist da wirklich der Unterschied zum Einkauf zum Beispiel Unterstützung bei KI, das sehe ich nicht ganz. Das ED sagt, beim Leistungsauftrag liegt das Interesse an der Gegenleistung, Produkt oder Gegenleistung ohne Verhandlung der Leistung. Ja, wir sind hier an diesem Produkt von spezifischen Präventionsveranstaltungen interessiert, genau an diesem Produkt. Wir wollen nicht allgemein diesen Verein Vitamin A fördern, damit er unbeliebig andere Sachen noch macht, das wollen wir nicht. Dann heisst es bei der Finanzhilfe, wenn ein öffentliches Interesse an der erbrachten Leistung besteht. Ich gehe davon aus, dass auch bei diesem Einkauf von KI-Kompetenz ein öffentliches Interesse daran besteht. Ich glaube, das ist nicht das Unterscheidungskriterium und ich bitte wirklich die Verwaltung, das nochmals genauer anzuschauen für zukünftige Fälle.

Und die zweite Frage finde ich klar. Hätten die Programme gemäss kantonalem Beschaffungswesen ausgeschrieben werden müssen? Ich bin einverstanden, wenn wir quasi die Weichenstellung sagen über das Staatsbeitragsgesetz, dann bin ich aus verschiedenen Gründen dafür, das nicht auszuschreiben. Aber ich meine, diese Frage war ja nur gestellt für den Fall, dass eben das Staatsbeitragsgesetz nicht zur Anwendung kommt. Und ich glaube, diese Frage, die ich gestellt habe, hat schon noch eine gewisse Vertiefung verdient und auch, dass in zukünftigen ähnlichen Fällen ein bisschen genauer hingeschaut wird.

Was wir auch wieder einmal feststellen mussten, ist, dass es in den Departementen – und es sind ja eigentlich Vorlagen des Regierungsrates, mindestens in der Theorie, in der Praxis sind es die Vorlagen der Departemente – sehr unterschiedliche Standards, was mitgeliefert wird bezüglich zum Beispiel den Staatsbeitragsempfängern. Werden da die Revisionsberichte



mitgeliefert, die Rechnungen der letzten Jahre, etc.? Ich bitte doch den Regierungsrat, das einmal zu vereinheitlichen. Ein Staatsbeitrag des ED ist nicht etwas anderes als einer des Präsidentialdepartementes. Die Eigenwilligkeit und der departementale Finish treiben da gewisse komische Blüten. Ich meine im Zweifel ist die Kommission eher zu viel zu orientieren, und zwar unaufgefordert. Ich kann mir auch denken, dass es vielleicht Fälle gibt, wo wir sagen, das legen wir dem Ausgabenbericht oder dem Ratschlag nicht bei, aber wir bedienen die Kommission unaufgefordert damit, weil vielleicht nicht die ganze Öffentlichkeit alle Revisionsstellenberichte der letzten fünf Jahre zu sehen beliebt. In diesem Sinne sind dies mehr Anregungen für die Zukunft an die Verwaltung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nochmals Regierungsrat Mustafa Atici. Er verzichtet. Die Präsidentin der BKK ebenfalls. Eintreten ist nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Detailberatung des Grossratsbeschlusses und Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008604, 15.04.26 11:28:59]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Umsetzung der «Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen» werden Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'300'000 (Fr. 325'000 p.a.) für die Jahre 2026 bis 2029 bewilligt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- a. Ausgaben von insgesamt Fr. 240'000 (Fr. 60'000 pro Jahr) in den Jahren 2026 bis 2029 an den Verein «theater vitamin a» für das obligatorische Präventionsprogramm «Die grosse Nein-Tonne»;
- b. Ausgaben von insgesamt Fr. 360'000 (Fr. 90'000 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2029 an den Verein «theater vitamin a» für zusätzliche fakultative Vertiefungs-veranstaltungen zur Erweiterung des obligatorischen Präventionsprogramms «Mein Körper gehört mir!»;
- c. Ausgaben von insgesamt Fr. 700'000 (Fr. 175'000 p.a.) in den Jahren 2026 bis 2029 an die Schulsozialarbeit für das Durchführen des obligatorischen Präventions-programms «Herzprung – Freundschaft, Liebe und Sexualität ohne Gewalt».

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Grossratsbeschluss mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt. Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt die Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend «Sexualisierte Gewaltprävention soll bereits in der Schule beginnen», als erledigt abzuschreiben.

14.1. Ausgabenbewilligung zur Umsetzung der Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen, Bericht der BKK

[15.04.26 11:29:18, 25.1942.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die BKK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion abzuschreiben.

15. Eignerstrategie für die Basler Verkehrs-Betriebe 2026-2029, Bericht des RR

[15.04.26 11:29:31, 25.1630.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Das Wort für die Kommission der UVEK hat deren Präsidentin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Die UVEK hat die vorliegende Eignerstrategie an ihrer Sitzung vom 11. März beraten und zusätzlich Informationen am 25. März an der Sitzung zur Kenntnis genommen. Sie beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 13 Stimmen Kenntnisnahme. Ich berichte mündlich.

Die UVEK hat die zuständige Regierungsrätin sowie eine Vertretung des Generalsekretariats des BVD angehört. Eintreten war nicht bestritten. Ihr wurde eingehend erläutert, dass die über vier Jahre geltende Eignerstrategie vom Regierungsrat vor vier Jahren bereits relativ umfassend angepasst wurde. Nun gab es primär Justierungen. Während der Laufzeit werden viermal jährlich Eigengespräche durchgeführt. Als Eignervertretung spielt neben dem BVD dabei auch das FD eine Rolle, und dessen Fachstelle für Beteiligungen war bei der Überarbeitung auch beigezogen, vor allem damit die allgemeinen übergeordneten Ziele und auch die Struktur des Dokuments mit weiteren Eignerstrategien übereinstimmen.

Der UVEK wurden weitere Änderungen im Vergleich zur letzten Strategie erläutert und auf spezielle Dinge hingewiesen. Neu wird die BVB nicht mehr aufgefordert, die in der Pandemie verlorene Kundschaft zurückzugewinnen. Der Fokus aktuell liegt mehr darauf, neue Kundensegmente zu erschliessen.

Neu wird die BVB auch zur Effizienzsteigerung angehalten. Die Zielvorgaben zur Personalpolitik wurden ergänzt mit einem Zusatz, dass die BVB auch Menschen mit einer Behinderung Chancen zur Beschäftigung bieten soll. Die Zielvorgabe zu Netto Null wurde von 2040 auf 2037 angepasst, und beim Risikomanagement wurde die Vorgabe einer internen Revision ergänzt, so dass es dem Verwaltungsrat vereinfacht wird, seine Aufsichtspflicht wahrzunehmen.

Nebst weiteren Änderungen hat die UVEK diese ersten Erläuterungen vom Regierungsrat und der Verwaltung zur Kenntnis genommen und einige weitere Dinge abgeklärt. Ein Schwerpunkt bei den Abklärungen lag auf der Personalpolitik der BVB.

Zuerst zur Frauenquote: Die Eignerstrategie setzt zum Ziel, dass der Frauenanteil in Führungsgremien auf einen Drittel und auch ganz generell steigt. Die UVEK hat sich dazu Zahlen zum aktuellen Stand aufzeigen lassen. Der Frauenanteil in der BVB liegt schon seit Jahren bei rund 15%. Seit 2019 ist er jedes Jahr leicht angestiegen. Etwas höher ist der Anteil Frauen in Fach- und Führungskader. Von 2023 auf 2024 ist der Frauenanteil um 0,7 Prozentpunkte gestiegen auf insgesamt 23,5%. Der Regierungsrat kann den Verwaltungsrat wählen und auch bei der letzten Ausschreibung für ein solches Mandat wurde explizit festgehalten, dass eine Frau gesucht sei. In den operativen Führungsgremien der BVB sei hingegen die BVB eigenständig und es komme weiterhin zur Auswahl von Männern. Im Reporting sei die Geschlechterfrage jedoch ein regelmässiges Thema. Die UVEK hat sich ausführen lassen, welche Massnahmen zur Frauenförderung gemacht werden.

1. Ende 2025 hat die BVB mit dem Programm Women Matters ein Karriereförderprogramm für Frauen gestartet. Für die Pilotphase erhielten so 12 Mitarbeiterinnen aus verschiedenen Bereichen die Möglichkeit, ein Jahr lang Teil dieses Women Matters-Circles zu sein. Nach Abschluss des Pilotjahres wird dieses Programm eventuell ausgeweitet.

2. Im Sommer 2026 plant die BVB einen Netzwerkanlass mit Fokus auf Frauen und Karriere im öffentlichen Verkehr. Es soll unter anderem Themen und Berufsstände geben, an denen BVB-Mitarbeiterinnen die Berufsbilder der BVB vorstellen.

Nebst dem Anteil Frauen kamen in der UVEK auch Fragen zur Lohngleichheit auf. Die Lohngleichheit ist ebenfalls eine Vorgabe der Eignerstrategie. Die UVEK erhielt die Auskunft, dass die BVB 2019 die Charta der Lohngleichheit in staatsnahen Betrieben unterzeichnet hat und damit verpflichtet sie sich, die Einhaltung der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau nach anerkannten Standards regelmässig zu prüfen. Eine 2020 bis 2021 durchgeführte Lohngleichheitsanalyse habe gezeigt, dass Frauen bei der BVB im Schnitt 2,6% weniger verdienen als Männer. Wenn die Unterschiede in den Qualifikationen berücksichtigt werden, verdienen Frauen bei der BVB 1,8% weniger als Männer. Die nächste Lohngleichheitsanalyse war im Jahr 2024 vorgesehen, wurde jedoch wegen personellen Engpässen auf das Jahr 2026 verschoben. Die UVEK nahm dies zur Kenntnis.



Sie hat sich auch nach der Mitarbeitendenzufriedenheit erkundigt. Auch diese ist eine Zielvorgabe. Der UVEK wurde der Stand dazu dargelegt. Die letzte grosse Befragung war im Jahr 2022. Diese hat in allen wesentlichen Zielgrössen eine deutliche Verbesserung der Resultate von 2018 und 2019 ergeben. Die UVEK hat sich die Mitarbeitendenbefragung nicht im Detail erläutern lassen, sondern hat einfach diese Auskünfte zur Kenntnis genommen. Die Mitarbeitendenzufriedenheit befände sich in einem vergleichbaren Rahmen wie bei anderen Verkehrsbetrieben. Seit 2025 werden die Umfragen als Pulsbefragungen durchgeführt, ein- bis zweimal jährlich, und so ermöglicht dies eine höhere Reaktionsgeschwindigkeit sowie kontinuierliche Einblicke in die Zufriedenheit des Personals.

Zur Nachfolgeplanung, ebenfalls eine Zielvorgabe, wurde der UVEK erläutert, dass die früheren Engpässe beim Personal passé seien. Bis Ende 2031 werden voraussichtlich rund 200 BVB-Mitarbeitende altersbedingt in Pension gehen, etwa die Hälfte davon im Fahrdienst. Aktuell bestehen keine Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen. Insbesondere im Fahrdienst ist das Interesse sehr hoch. Für gewisse Funktionen führt die BVB derzeit sogar Wartelisten von Bewerbenden. Und damit dies auch künftig so bleibt, macht die BVB Kampagnen wie die mit den Augen, das Grün ist gut und zudem ist sie präsent an Lehrstellen, Börsen oder beispielsweise an der Industriennacht.

Die UVEK hat all diese Auskünfte, teils schriftlich und teils mündlich, zur Personalpolitik der BVB zur Kenntnis genommen. Neben der Personalpolitik hat die UVEK sich auch mit der Abgrenzung von Eignerstrategie, ÖV-Programm und ÖV-Globalbudget befasst und Erläuterungen erhalten. Mit der Eignerstrategie setzt der Regierungsrat der BVB Ziele, mit dem ÖV-Programm gibt er konkrete Aufträge zu Leistungen und mit dem ÖV-Globalbudget werden diese finanziert. Es befinden sich nicht alle Massnahmen zur Zielerreichung der Eignerstrategie im ÖV-Programm wieder. Der Kanton als Eigner der BVB ist zuständig, um das Reporting der BVB zu überprüfen und zu diesem Reporting über die Zielerreichung Stellung zu nehmen. Beim ÖV-Programm hat der Kanton hingegen die Rolle des Bestellers von konkreten Leistungen. Die BVB bleibt bei operativen Massnahmen im Lead und sodann ist der Verwaltungsrat auch der Adressat der Eignerstrategie. Dieser muss als strategisches Gremium sicherstellen, dass die Ziele auf der operativen Ebene mit geeigneten Massnahmen erreicht werden, diese sind nicht Bestandteil des ÖV-Programmes. Eine ähnliche Erklärung erhielt die UVEK auch auf die Frage, weshalb die immer noch rückständige Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes nicht mehr Gewicht erhielt in der Eignerstrategie. Dies sei dem hohen Abstraktionsgrad der Strategie geschuldet, ÖV-Programme und Leistungsvereinbarungen seien viel konkreter.

Die UVEK hat sich auch mit der Frage beschäftigt, durch welche Massnahmen neue Kundschaftssegmente erschlossen werden können. Aktuell laufen folgende Massnahmen, um neue Kundensegmente zu gewinnen. Neben der erfolgreichen Lancierung des U-Abos Jugend BS sowie dem ebenfalls erfolgreichen Ausbau des Nachtangebots arbeitet die BVB intensiv in den Gremien des TNW sowie der Alliance Swisspass mit und prägt so die Gestaltung neuer Tarifprodukte zur Verschiebung des Modalsplits. Zum Beispiel geht es dabei um grenzüberschreitende Abo-Anerkennungen oder nationale Projekte wie das Myride. Im Rahmen des TNW werden zudem Werbekampagnen für das U-Abo durchgeführt. Zudem hat sie die Gewinnung von Firmenkunden auch intensiviert.

Allerdings dürfte ohne deutliche Angebotserweiterungen wie beispielsweise die Expresslinie aus dem Leimental ein weiterer deutlicher Anstieg der Fahrgastzahlen nicht zu erreichen sein. Auch wichtig seien Massnahmen des Kantons, wie etwa im Rahmen der Parkierung oder das Angebot von Mobilitätsgutscheinen an Haushalte, die ihr Auto abgeben, um den Modalsplit zugunsten des ÖV zu verschieben.

Auf Rückfrage erläutert wurde der UVEK auch, dass innovative neue Angebote wie der Pilotversuch Mobilisk auch in Bezug auf Kosten-Nutzen betrachtet werden müssen, auch in Anbetracht der allgemeinen Kostensteigerung des Grundangebots. Auch wichtig seien bei der Kosten-Nutzen-Abwägung die Effizienzsteigerungsthematiken.

Gestützt auf all diese Abklärungen beantragt die UVEK Ihnen einstimmig, die Eignerstrategie zur Kenntnis zu nehmen und ich bedanke mich für die erhaltenen Auskünfte sowie für Ihre Aufmerksamkeit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat die Vorsteherin des BVD, Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Nach dem ausführlichen mündlichen Bericht der UVEK-Präsidentin kann ich mich kurz halten. Vielen herzlichen Dank auch für die speditive Beratung. Das war sehr konstruktiv, auch von den Fragen her, die zurückgekommen sind.

Es ist klar, mit der Eignerstrategie reden wir hier über ein Steuerungselement, das auf hoher strategischer Flugebene ist. Es ist aber eben genau deshalb ein wichtiges Element. Es richtet sich an den Verwaltungsrat, der ja wiederum die Geschäftsleitung überwacht und soll die langfristigen Ziele vorgeben und das geht einerseits um Passagierzahlen, es geht aber auch darum, dass man wirtschaftliche Ziele erreicht, damit wir uns den ÖV auch langfristig leisten können.



Neben diesen Elementen auf hoher Flugebene haben wir natürlich auch direkte Gespräche, die Eignergespräche wurden erwähnt, aber auch einen direkten Austausch mit einzelnen Verwaltungsräten und -rätinnen, dann auch mit dem Verwaltungsratspräsidenten und natürlich auch auf Fachstufe finden viele Kontakte statt, und so ist sichergestellt, dass eine enge Zusammenarbeit und natürlich auch eine gute Governance möglich sind. Sie finden die Details zur Governance im Bericht in der eigentlichen Eignerstrategie, wenn Sie diese noch genauer anschauen möchten.

Der Regierungsrat bittet Sie, die Eignerstrategie zur Kenntnis zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Besten Dank, ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Auch die Präsidentin der UVEK verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten ist obligatorisch, Rückweisung nicht beantragt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Bericht des Regierungsrats zur Kenntnis zu nehmen.

17. Petition P489 "Gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Strafverfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten", Bericht der PetKo

[15.04.26 11:42:33, 24.5480.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zurückzuweisen. Das Wort für die Kommission hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Strafverfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten wurde der Petitionskommission im November 2024 überwiesen. Im Dezember 2025 fand das Hearing mit der Petentschaft und dem ersten Staatsanwalt als Vertreter der Verwaltung statt. Die Petition verlangt, dass die personellen Ressourcen der Staatsanwaltschaft umgehend angepasst und weitere Massnahmen getroffen werden, so dass rasch und nachhaltig die ordnungsgemässe Durchführung der Strafverfahren für Sexualdelikte und schwere Gewalttaten sichergestellt werden.

Die beiden Vertreterinnen der Petentschaft bezeichneten im Hearing die Gewährung der Sicherheit der Bevölkerung als zentrale Staatsaufgabe. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei könnten mangels ausreichender Ressourcen die angezeigten Straftaten nicht zeitnah bearbeiten. Dies sei insbesondere bei Sexualdelikten und schweren Gewalttaten ein rechtsstaatlich unhaltbarer Zustand, ja, komme sogar einem Versagen des Staates in einer seiner Grundaufgaben gleich. Die Opfer, vornehmlich Frauen, würden nach Meinung der Petentschaft im Stich gelassen und begannen, am Rechtsstaat zu zweifeln, wenn eine Anzeige über längere Zeit nicht bearbeitet wird.

Der hohe Pendenzenberg führe auch zu einer Burnout-Gefahr bei den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft. Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation braucht es gemäss der Petentschaft einen Befreiungsschlag. Die in den letzten Jahren vom Grossen Rat bewilligten Stellenaufstockungen reichten dafür nicht aus. Die Petition fordert jedoch keine generelle Erhöhung der Stellenzahl bei der Staatsanwaltschaft, sondern explizit eine Aufstockung zur Bearbeitung von Sexual- und schweren Gewaltdelikten. Eine der Ursachen für den Personalmangel ist gemäss Petentschaft die im Jahr 2011 eingeführte Schweizerische Strafprozessordnung. Diese habe die Strafverfolgung massiv erschwert und die Verteidigungsrechte stark ausgebaut. Gleichzeitig fand eine Zunahme von Anzeigen von Delikten statt. Der Personalbestand der Staatsanwaltschaft habe mit diesen Entwicklungen nicht Schritt gehalten. Man könne ihr nicht den Vorwurf machen, ineffizient zu arbeiten. Das Projekt Reorganisation Strafverfolgung könne zwar mittelfristig zu einer Entlastung der Staatsanwaltschaft führen, binde vorerst aber Ressourcen, die im Tagesgeschäft fehlen.

Der erste Staatsanwalt bestätigte die von der Petentschaft geschilderte Situation. Die zeitnahe Aufarbeitung bei schweren Straftaten sei speziell wichtig, da eine Strafe am stärksten wirke, wenn sie so kurz wie möglich nach der Tat ausgesprochen wird. Da die Strafprozessordnung vorgebe, dass Haftfälle beschleunigt behandelt werden müssten, werden Fälle, bei denen Personen sich wegen einer vermuteten Tat in Haft befinden, prioritär behandelt. Bei Sexual- und Gewaltdelikten gäbe es aber oft keine Haftgründe wie zum Beispiel Flucht-, Kollusions- oder Fortsetzungsgefahr. Der erste Staatsanwalt bestätigte ausserdem die Aussage der Petentschaft, dass die Einführung der eidgenössischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 zum Unterbestand des Personals geführt habe. Die Rekurse gegen Entscheide der Gerichte hätten enorm zugenommen und es seien auch neue Deliktfelder entstanden. Die Anzahl der Anzeigen sei gemäss erstem Staatsanwalt insbesondere ab 2020 enorm gestiegen, was auch zu einem Ansteigen der Rückstände der Staatsanwaltschaft geführt habe.



Die Konferenz der kantonalen Polizeidirektor:innen habe vor zwei Jahren eine Arbeitsgruppe zur Evaluation der Überlastung der kantonalen Strafverfolgungsbehörden eingesetzt. Die Staatsanwaltschaften in allen Kantonen sind überlastet. Deshalb wird von einem Zusammenhang zwischen den geltenden Gesetzesbestimmungen und den benötigten Ressourcen ausgegangen. Es besteht die Hoffnung, dass diese Arbeitsgruppe Massnahmen auf nationaler Ebene vorschlägt, doch darauf zu vertrauen und einfach zuzuwarten, sei keine Lösung.

Auf Anfrage der Petitionskommission schätzte der erste Staatsanwalt, dass mit zehn zusätzlichen Stellen 30% mehr Sexual- und schwere Gewaltdelikte bearbeitet werden könnten. Über alle Bereiche gesehen, bräuhete die Staatsanwaltschaft beim aktuellen Headcount von knapp 300 ca. 10 bis 20% mehr Mitarbeitende. Man sei sich jedoch bewusst, dass eine Erhöhung um bis zu 60 Stellen auf einen Schlag nicht realisierbar sei. Die im Budget 2026 vom Regierungsrat beantragten sechs zusätzlichen Stellen seien nicht für einen bestimmten Bereich reserviert. Da überall Unterbestand bestehe, werden sie auf alle Bereiche verteilt. Würden auf Basis der vorliegenden Petition zusätzliche Stellen für die Bearbeitung bestimmter Delikte geschaffen, müsste und würde die Staatsanwaltschaft diese auch entsprechend einsetzen.

Die Petitionskommission erkennt ein Problem darin, wenn auf Bundesebene legiferiert wird und ressourcenintensive Prozesse geschaffen werden, die von den Kantonen kaum bewältigt werden können. Wie viele zusätzliche Stellen die Staatsanwaltschaft tatsächlich benötigt, kann die Kommission nicht abschliessend beurteilen. Unbestritten ist in der Kommission, dass es sehr unbefriedigend ist, wenn Sexual- und schwere Gewaltdelikte aus Ressourcenmangel nicht zeitnah behandelt werden können. Einige Kommissionsmitglieder äusserten sich aber auch kritisch zur Prioritätensetzung der Staatsanwaltschaft. Es wäre nach Meinung der Kommission deshalb wichtig, dass der Grosse Rat bei einer Erhöhung des Headcounts auch Einfluss auf die Prioritätensetzung der Staatsanwaltschaft nimmt. Die von der Petition geforderte zweckgebundene Erhöhung des Headcounts der Staatsanwaltschaft wurde deshalb wohlwollend beurteilt.

Im Anschluss an das Hearing hat der erste Staatsanwalt die Petitionskommission informiert, dass der Regierungsrat beabsichtigt, dem Grossen Rat noch in diesem Jahr einen Ratschlag betreffend sexualisierter Gewalt vorzulegen. Es ist davon auszugehen, dass auch die benötigten Ressourcen der Staatsanwaltschaft in diesem Ratschlag thematisiert werden.

Vor diesem Hintergrund beantragt die PetKo einstimmig, die Petition gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Strafverfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin für die SP eingetragen hat sich Nicole Amacher.

Nicole Amacher (SP): Ich bin froh, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann noch hier ist. Wir sind ja derselben Meinung, aber ich möchte noch unsere Position dazu darlegen. Für uns von der SP ist es natürlich auch sehr wichtig, dass Sexualdelikte rasch behandelt werden, weil für alle Betroffenen und Involvierten ist die Ungewissheit eine sehr schwierige Situation und es ist sehr wichtig, dass das rasch angegangen werden kann.

Grundsätzlich könnten wir uns eine spezifische und zweckgebundene Aufstockung für die Aufklärung von Sexualdelikten auch vorstellen. Doch zunächst sind wir sehr gespannt und wollen abwarten, welche Massnahmen der Regierungsrat im angekündigten Ratschlag betreffend sexualisierte Gewalt, der dieses Jahr ja kommen soll, vorsieht. Hier erhoffen wir uns, dass nicht ausschliesslich die Strafverfolgung fokussiert wird, sondern auch sehr stark die Prävention, denn wir müssen dahinkommen, dass Sexualdelikte künftig weniger werden, und das ist nur mit umfassenden Präventionsmassnahmen zu erreichen. Es braucht vor allem mehr Sensibilisierungs-, Präventions- und Unterstützungsangebote für Knaben, junge Männer und für Männer. Dazu sind auch von uns bereits Vorstösse eingereicht worden. Zudem braucht es auch unbedingt Präventionsmassnahmen und Unterstützungsangebote für queere Personen und auch immer noch natürlich für Mädchen und Frauen. Aber was auch zentral ist, es muss ein stärkeres Bewusstsein in der Gesamtgesellschaft für das Thema von sexualisierter Gewalt geschaffen werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bruno Lötscher wünscht das Wort.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ich finde die Antwort der Petitionskommission hervorragend und danke der Kommission für diese gute Arbeit. Die Prävention ist enorm wichtig, Nicole Amacher, da unterstütze ich Sie auch. Aber jetzt geht es darum, die Frage der Staatsanwaltschaft und des Bestandes bei der Staatsanwaltschaft anzuschauen und dort ist es dringend notwendig, dass wir handeln und das eine nicht mit dem anderen ausspielen oder bremsen. Das scheint mir ganz wichtig. Also hier die Petitionskommission unterstützen und das andere aber nicht lassen, das wäre aus meiner Sicht das richtige Vorgehen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die PetKo verzichtet auf ein zweites Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Stillschweigend, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

19. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Stärkung des Bereichs Menschenhandel bei der Kriminalpolizei, beim Fahndungsdienst und bei der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Projekts ReoS

[15.04.26 11:54:11, 26.5051.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe ein Vorgespräch geführt mit Christoph Hochuli. Ich muss Ihre Motion ablehnen und ich werde jetzt genau begründen, warum. Als Journalist ordne ich ein, als Journalist sammle ich Fakten, Fakten, Fakten und nochmals Fakten, und es gibt genügend Fakten über Sie. Ich nehme nur Ihre Parlamentsreden und wo Sie überall unterschrieben haben. Hier sind Sie jetzt für strenge Polizei, aber vor zwei Monaten, viele werden es schon vergessen haben, waren Sie gross dabei, als es für Sans-Papiers ging. Und ich darf mit Stolz sagen, ich war nicht der einzige Grossrat, der das damals kritisiert hat, das kann man im Protokoll nachschauen.

Zur Motion: Es ist eine Tatsache, dass von Prostituierten in Basel rund 95% aus dem Ausland kommen, den grössten Anteil haben sehr junge Frauen aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, das haben wir vorher zusammen besprochen im Vorgespräch. Weil diese Frauen jung und schön sind, läuft das Geschäft.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber wie muss ich Sie jetzt verstehen, Christoph Hochuli? Wir reden immer anständig miteinander. Seit vielen Jahren sage ich, dass Sie der nette Quartierpolizist von nebenan sind, und das sind Sie ja auch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bleiben Sie einfach beim Thema, ohne persönlich zu werden.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber das reicht nicht hier im Parlament, das reicht nicht für den Schulsack. Ich bitte Sie, mich aufzuklären, bitte antworten Sie mir hier am Mikrofon, dann können Sie mich noch umstimmen und ich stimme für Ihre Motion. Ich habe nur eine Frage an Sie. Was möchten Sie, sind Sie für Sans-Papiers oder sind Sie für starke Polizei? Denn das ist für mich ein Widerspruch. Sind Sie sogar ein heimlicher Wähler von Eric Weber?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bleiben Sie bitte beim Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Weil ich der einzige Grossrat bin, der alles genau auseinandernimmt und den Schnabel aufmacht, bewundern mich die Menschen und ich werde immer mit guten Resultaten glücklicherweise gewählt. Und noch eine Anmerkung zur Sittenpolizei. Es geht ja bei diesem Anzug um Prostitution und Sittenpolizei. Ich bin jetzt schon 62, darum weiss ich alles, was auch vor 40 Jahren in der Zeitung gestanden ist. Es gab einmal einen Fall in Basel, als herauskam, dass Mitarbeiter der Sittenpolizei bei den Frauen einen Rabatt bekamen. Das ist nur eine Randbemerkung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber, das gehört jetzt nicht zum Thema. Sie sprechen wiederholt nicht zum Thema. Das ist der erste Ordnungsruf.



Eric Weber (Fraktionslos): Die Prostitution ist das älteste Gewerbe der Welt. Das ist Fakt. Es wird auch nie aussterben und darum ist es ein ganz heisses Thema für die Politik. Ich wäre dankbar, lieber Christoph Hochuli, wenn Sie mir doch ein paar Sätze sagen könntest.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat der Motionär. Er verzichtet. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung .

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008610, 15.04.26 11:59:20]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 87 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung die Motion überwiesen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: An dieser Stelle schliesse ich die heutige Morgensitzung, wünsche Ihnen einen guten Appetit und wir sehen uns um 15 Uhr zu den Interpellationen.

Schluss der 8. Sitzung

11:59 Uhr



Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 15. April 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung

Abwesende: *Tim Cuénod (SP), David Jenny (FDP), Bruno Lötscher (die Mitte/EVP), Edibe Gölgeli (SP), Melanie Eberhard (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

18.	Neue Interpellationen.....	2
18.1.	Interpellation Nr. 29 Beat K. Schaller betreffend Versorgungssicherheit der elektrischen Energieversorgung trotz Reduktion der netzstabilisierenden Stromerzeuger	2
18.2.	Interpellation Nr. 30 Eric Weber betreffend Öffentlichkeitsprinzip	4
18.3.	Interpellation Nr. 31 Mahir Kabakci betreffend Ausweitung des Rangerdienstes auf den Matthäusplatz und die Erlenmatt.....	5
18.4.	Interpellation Nr. 32 Salome Bessenich betreffend seit über zehn Jahren: Handlungsauftrag Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau in Basel	7
18.5.	Interpellation Nr. 33 Thomas Widmer-Huber betreffend Individualbesteuerung bei kantonaler Umsetzung ohne höhere Steuern für Familien im tiefen und mittleren Einkommensbereich.....	8
18.6.	Interpellation Nr. 34 Sasha Mazzotti betreffend Erhöhung der Elternbeiträge für die Tagesstrukturen	9
18.7.	Interpellation Nr. 35 Amina Trevisan betreffend finanzielle Schieflage des Vereins Foyer Basel	10
18.8.	Interpellation Nr. 36 Oliver Bolliger betreffend einem vorzeitigen Aprilscherz mit Namen "Project Basel".	12
18.9.	Interpellation Nr. 37 Pascal Messerli betreffend werden unsere Schulturnhallen für linksradikale Veranstaltungen missbraucht, statt dem Sport zur Verfügung zu stehen?	14
18.10.	Interpellation Nr. 38 Michela Seggiani betreffend "Basel Project" in Basel.....	15
18.11.	Interpellation Nr. 39 Edibe Gölgeli betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt.....	17
18.12.	Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele	17
18.13.	Interpellation Nr. 41 Melanie Nussbaumer betreffend Versorgungsabbau in der psychiatrischen Tagesbehandlung	17
18.14.	Interpellation Nr. 42 Tim Cuénod betreffend weitere problematische Fälle bei der Kantonspolizei Basel-Stadt.....	19
18.15.	Interpellation Nr. 43 Franziska Stier betreffend Schatten und Gesundheitsschutz	21
18.16.	Interpellation Nr. 44 Barbara Heer betreffend Stellenwert der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Basel.....	23
18.17.	Interpellation Nr. 45 Lisa Mathys betreffend Ziel der erneuerbaren, unabhängigen Energieversorgung weiterverfolgen, statt über AKW-Luftschlösser diskutieren	23
20.	Motion 2 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Verkaufs von pyrotechnischen Gegenständen an Private	25
21.	Motion 3 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen durch Private	32
22.	Motion 4 Laurin Hoppler und Oliver Thommen betreffend die Nutzung freiwerdender Räumlichkeiten für Kommissionen und Fraktionen des Grossen Rates	33



Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 15. April 2026, 15:00 Uhr

18. Neue Interpellationen

[15.04.26 15:00:07]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Nachmittagssitzung und habe Ihnen noch folgende Mitteilung zu machen.

Kärtli einstecken: Ich bitte Sie, Ihre Abstimmungskarte ins System einzustecken. Nur wer sich bis 30 Minuten nach Sitzungsbeginn im Abstimmungssystem angemeldet hat, gilt als anwesend und hat Anrecht auf Sitzungsgeld. Manuelle Korrekturen sind nicht möglich.

Rücktritt einer Richterin: Heute Morgen haben wir die Wahl von Monika Gut-Eichner als Gerichtspräsidentin validiert. Daraufhin ist ihr Rücktritt als Richterin beim Strafgericht eingegangen. Ich danke der Zurückgetretenen für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission für die Ersatzwahl.

Wir fahren nun weiter mit Traktandum 18 Interpellationen und ich übergebe das Wort dem Statthalter.

18.1. Interpellation Nr. 29 Beat K. Schaller betreffend Versorgungssicherheit der elektrischen Energieversorgung trotz Reduktion der netzstabilisierenden Stromerzeuger

[15.04.26 15:01:12, 26.5092.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte es.

Beat K. Schaller (SVP): Für einmal will ich tatsächlich eine Interpellation begründen. Es ist eine sehr technische Angelegenheit, wie es der Titel bereits sagt, beleuchtet aber einen enorm wichtigen Aspekt der erneuerbaren Energien, einen Aspekt der Energiestrategie 2050, welche im öffentlichen Bewusstsein praktisch nicht vorhanden ist. Es geht um die Stabilisierung des Stromnetzes, es geht auch um die sogenannte Netzträgeit. Sie können sich das so vorstellen, gerade in Wasserkraftwerken wird das Wasserfeld von oben herunter, treibt dann riesige Rotoren an, diese Rotoren treiben Generatoren an, welche dann den Strom erzeugen. Wenn jetzt einmal diese Rotoren nicht drehen würden, dann wird kein Strom erzeugt, dann passiert sehr schnell eine Abschaltkaskade, so wie es letztes Jahr in Spanien passiert ist, was dann zu katastrophalen Folgen für die gesamte Schweiz, für die Wirtschaft, für die Bevölkerung führen wird. Diese Rotoren sind gross, sie drehen sich auch noch, nachdem das Wasser ausgefallen ist. Sie können sich das vorstellen, vielleicht haben einige von Ihnen als Kinder noch mit einem Suuri gespielt. Sie haben da mit einer Geisel angegeben, dann hat sich dieser Suuri noch eine Zeit lang gedreht. Nun, in diesen Wasserkraftwerken sind diese Suuri 200 bis 300 Tonnen schwer. Sie können sich vorstellen, wenn das Wasser ausfällt, drehen sich diese Rotoren noch und können immer noch Strom produzieren. Die Ingenieure haben Zeit, das Netz wieder zu stabilisieren. Das Netz reagiert also relativ träge, gerade im Vergleich zu Photovoltaik oder zu Windrädern. Wenn die Sonne weg ist, dann ist kein Strom mehr da, der produziert wird. Und diese Interpellation bezieht sich genau auf diese Netzträgeit, auf die Reduktion, die absehbare, der rotierenden Massen in unserem Stromsystem. Es nimmt mich wunder, wie der Regierungsrat auf meine Fragen antworten wird.

Michael Hug (LDP): Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.



RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte die vorliegende Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Der öffentliche Auftrag, die Energie- und Stromversorgung in Basel-Stadt sicherzustellen, ist der IWB, gestützt auf das IWB-Gesetz, übertragen. Dies wird auch künftig so sein. In der Erfüllung ihres Auftrags unterliegt die IWB nicht nur den kantonalen Vorgaben, sondern auch der Regulierung des Bundes im Strom- und Energiebereich sowie den gesamtschweizerischen energiepolitischen Entwicklungen. Die IWB verfügt über einen diversifizierten Kraftwerkspark mit Beteiligungen an den Grosswasserkraftwerken in den Alpen, am Fließwasserkraftwerk Birsfelden, Solar- und Windparks in der Schweiz und im Ausland sowie lokalen Elementen wie dem Heizwerk bei der KVA. Zusammen mit dem ergänzenden Grossmarktstromhandel zum Portfolioausgleich sichert die IWB damit die Stromversorgung in Basel. Sie ist damit auch für die Zukunft vorbereitet und kann auf Anpassungen auf nationaler Ebene reagieren.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Möglichkeiten einer dezentralisierten Stromversorgung auch Anpassungen an den Stromnetzen und der Steuerung der Lastflüsse bedingen. Bereits heute werden technische Voraussetzungen dafür geschaffen, wie etwa durch den Einsatz von intelligenten Stromzählern. Die IWB ist ausserdem bereits daran, die künftige Netzgestaltung zu untersuchen. Der Regierungsrat wird hierzu im Rahmen der Umsetzung der Solarinitiative berichten. Notwendige Massnahmen im nationalen Übertragungsnetz obliegen nicht dem Kanton, sondern dem Bund respektive der Swissgrid.

Zu Fragen 3 und 4: Hier verweisen wir auf die Antworten zu Fragen 1 und 2.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat sieht derzeit keinen Anlass, die Förderung im Bereich von PV-Anlagen anzupassen. Er würde eine Neubeurteilung vornehmen, wenn sich die Rahmenbedingungen künftig wesentlich verändern. Im Übrigen geht der Regierungsrat nicht davon aus, dass grosse Kraftwerke, die ihre Rolle im nationalen Kontext haben, auf Ebene des kantonalen Energiegesetzes zu fördern sind.

Zu Fragen 6 und 7: Die angesprochenen Themen werden für die Situation in Basel-Stadt, wie oben angesprochen, im Rahmen der Überlegungen zur Umsetzung der Solarinitiative behandelt. Grundsätzlich sind die in den Fragen erwähnten Problematiken als Teil der nationalen Stromversorgungsentwicklung zu lösen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit dem Ausbau von bisherigen und neuen erneuerbaren Energien zur Stromproduktion eine wesentliche Grundlage für die künftige Stromversorgungssicherheit in der Schweiz geschaffen werden kann, dies umso mehr, wenn durch das Stromabkommen mit der EU die Einbindung der Schweiz in den europäischen Strommarkt sichergestellt wird.

Zu Frage 8: Der Regierungsrat wird sich wie bisher beim Bund für die Sicherstellung einer stabilen und erneuerbaren Stromversorgung in der Schweiz einsetzen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Beat K. Schaller (SVP): Der Regierungsrat hat Antworten gegeben, die mich doch etwas ratlos zurücklassen. Die Interpellation hat ja letztlich die Sicherheit der Stromversorgung zum Inhalt. Ich habe aus den Antworten einiges gehört, was auch in der Energiestrategie 2050 immer wieder durchscheint, nämlich, dass wir zu einem gewissen Teil im Blindflug sind und wir hoffen, dass alles gut kommt.

Zu den Fragen 1 bis 4: Darauf hat ja der Regierungsrat nicht wirklich geantwortet. Wie will er seinen Versorgungsauftrag erfüllen? Die Antwort des Regierungsrats war, ja, wir werden das erfüllen. Ich habe gefragt in Frage 2, wie der Regierungsrat den Einfluss von trägheitsreduzierenden Verbräuchen beurteilt. Es ist auch keine Antwort gekommen. Erlauben Sie mir ein paar allgemeine Fragen und Gedanken zu diesen ganzen erneuerbaren Energien und zur Energiestrategie 2050. Gerade im Hinblick zum Beispiel auf die letzte Frage, ob der Bund heute wirklich periodisch eine Kontrolle über die Entwicklung der Netzträchtigkeit, Netzstabilität ausübt. Ich bin der Meinung, das ist auch Aufgabe des Regierungsrats, hier in einem regelmässigen etablierten Austausch mit den Bundesbehörden zu stehen und auch die Frage der Netzträchtigkeit anzusprechen. Es ist richtig, dass der Regierungsrat sich hier an das Gesetz hält. Er hält weiterhin fest, wie es durchscheint, an seiner kategorischen Ablehnung der Kernkraftwerke, was absolut absurd erscheint, gerade vor dem Hintergrund der Reduktion der CO₂-Emissionen, wie viel die dann auch immer bringen mögen. Man führe sich die Tabelle des Weltklimarats aus seinem Bericht von 2018 zu Gemüte. Er sagt da, im Rang 1 seien Kernkraftwerke mit 12 Gramm produzierten CO₂ pro Kilowattstunde, im Rang 4 Wind, im Rang 5 Photovoltaik mit 143 Gramm und das soll dann noch ökologisch sein. Das geht einfach nicht auf.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass man bei jeder neu zu installierenden Photovoltaikanlage gleichzeitig Auflagen hinsichtlich Netzstabilisierung macht. Nicht jeder PV-Besitzer kann das heute tatsächlich machen, denn das ist sehr teuer, aber wie ich eingangs gesagt habe, diese Frage wird ja gerne ausgeblendet.



Alles in allem, diese Antworten des Regierungsrats hinterlassen einen unbefriedigenden Eindruck. Klar, die Interpellation stellt kritische Fragen zur Energiewende, etwas, was dem heutigen Zeitgeist widerspricht, ergo wird beschwichtigt, ja, es wird dann schon alles gut kommen, im allseitigen Wissen, dass wir ja auch punkto Stromversorgungsmenge und -stabilität nach dem Prinzip Hoffnung fahren. Ich finde das fahrlässig. Wir schauen, wie wir da noch weiter vorgehen werden parlamentarisch. Aber um auf diese Antworten zurückzukommen: Ich bin nicht zufrieden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.2. Interpellation Nr. 30 Eric Weber betreffend Öffentlichkeitsprinzip

[15.04.26 15:11:47, 26.5093.01]

Eric Weber (Fraktionslos): Die Interpellation habe ich gemacht, weil ich kein TikTok mehr benutze. Ich habe ein neues Hobby gefunden. Ein neues Hobby habe ich gefunden und das Hobby wird in dieser Interpellation erwähnt. Ich besuche Amtsstuben, ich besuche Departemente, morgen Donnerstag, am Freitag, am Montag, am Dienstag, am Mittwoch haben wir wieder Grossrat. Und darum habe ich die Interpellation gemacht.

Ich hatte ein Gespräch von 2 bis 3 Uhr zu dieser Interpellation mit den zwei Juristen vom Kanton, mit Herrn von Hahn und mit Herrn Luca Sprecher, und wir haben gesprochen zu meiner Eingabe zum Thema Öffentlichkeitsprinzip, weil sie meinen Ausweis sehen wollten und sie genau wissen wollten, welche Akten ich sehen möchte. Ich habe das jetzt als neues Hobby entdeckt, meine Arbeit als Grossrat richtig zu machen und die Regierung, auch Regierungsrätin Tanja Soland zu kontrollieren, was unsere Aufgabe ist, dafür werden wir bezahlt. Und darum habe ich auch 10 kantonale Volksinitiativen abgegeben bei der Staatskanzlei Basel.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsprinzip, die Datenschutzgesetzgebung und die Persönlichkeitsrechte gemäss kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung beantrage ich entweder Einsicht vor Ort oder Kopien einerseits aller Regierungsratsbeschlüsse und andererseits aller gegebenenfalls interner verwaltungsrechtlicher Akte, welche seit dem 1. Januar 2020 zu meiner Person Eric Weber ergangen sind.

Und dann komme ich zum Schlusssatz in dem Brief: Damit die Vollständigkeit gegebenenfalls verwaltungsgerichtlich geprüft werden kann, beantrage ich die zeitgleiche Aushändigung einer Übersicht oder eines Inhaltsverzeichnisses, welches Datum, Titel und Seitenanzahl der entsprechenden Dokumente bezeichnet.

Und wie gesagt, ich bin kein Jurist, darum haben mich jetzt die zwei Hausjuristen vom Staatskanzlei informiert, welche Rechte ich habe. Und es ist spannend. Ich möchte jetzt einfach von der Regierung wissen, wie viele Anfragen es gemäss Öffentlichkeitsprinzip in den Jahren 2020 bis 2024 gab und ich möchte auch wissen, wie lange man für so ein Gesuch braucht.

Michael Hug (LDP): Eric Weber, Sie müssen nicht Ihre Interpellation vorlesen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte wissen, wie viele Gesuche auch abgewiesen worden sind und wie viele Leute das machen, und man macht das ja nicht zum Spass, man will einfach wissen als Steuerzahler, wo die Gelder hingehen.

Ich habe sehr viel gelernt und zu dieser Interpellation hat man mich heute belehrt. Also ich oder auch Sie als Grossrat oder auch als Nicht-Grossrat können einverlangen Ihre Unterlagen zum Beispiel vom Wahlbüro, von der KESB, von der Staatsanwaltschaft, aber nicht vom Betreibungsamt, nicht vom Gericht und nicht vom Ombudsmann und nicht vom Unispital. Dort müssen Sie selber ihre Akten beantragen, aber kantonal können Sie sonst alles beantragen beim Kanton, was ich jetzt gemacht habe. Ich möchte einfach wissen, wie viele andere Bürger das auch gemacht haben, weil es spannend ist, wenn man dann mal weiss, was über einen gesammelt wird. Wir hatten ja den Fischen-Skandal 1990 mit den Fischen, wo ja festgestellt worden ist, dass 20% der Bevölkerung in Fischen der Kantonspolizei, auch Basel-Stadt, ist.

Michael Hug (LDP): Die Redezeit ist um. Besten Dank.



18.3. Interpellation Nr. 31 Mahir Kabakci betreffend Ausweitung des Rangerdienstes auf den Matthäusplatz und die Erlenmatt

[15.04.26 15:16:59, 26.5099.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. So hat Regierungspräsident Conradin Cramer das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Gerne beantworte ich diese Interpellation namens des Regierungsrats wie folgt.

Zu Frage 1: Die Einführung eines Rangerdienstes ist nicht für jeden Ort eine zielführende Lösung. Welche Interventionsform an welchen Orten erfolgreich ist, hängt unter anderem von der Nutzungsintensität, den verschiedenen Nutzergruppierungen, der Art der Raumnutzung, den bestehenden Konflikten, den räumlichen Gegebenheiten und der generellen Atmosphäre ab. Die Wirkung des Rangerteams auf der Dreirosenanlage beruht wesentlich auf dem Aufbau stabiler Beziehungen. An den vorgeschlagenen neuen Orten halten sich andere Nutzergruppen auf, zu denen das Rangerteam noch keinen Kontakt hat. Auf dem Matthäusplatz sowie im Gebiet Erlenmatt sind es vor allem Personen mit schwerer Substanzabhängigkeit, die sich zum Teil problematisch verhalten. An diesen beiden Orten sind das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum der Abteilung Sucht mit einem aufsuchenden sozialarbeiterischen Auftrag sowie die Sicherheitsfirma Pantex präsent. Eine Ausweitung des Rangerdienstes auf andere Standorte ist nicht vorgesehen.

Die vom Kanton beauftragte diakonische Stadtarbeit Elim erachtet die vorgeschlagene Ausweitung auf den Sommer 2026 mit den derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen und Mitteln überdies als unrealistisch. Am Anwohneranlass der Kontakt- und Anlaufstelle, kurz K&A Riehenring im Januar 2026 wurde die Situation von den Anwohnenden sehr unterschiedlich geschildert und wahrgenommen. Als hauptsächlich störend wurden Päckliediebstahl und Wildurinieren genannt, sollten sich Beschwerden mehren, besteht die Möglichkeit, zusätzliche Patrouillen eines privaten Sicherheitsdienstes einzusetzen. Eine allfällige Aufstockung des Sicherheitsdienstes wäre kostengünstiger und schneller umsetzbar als eine Ausweitung des Rangerdienstes.

Zu Frage 2: Im Rahmen des vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmenpakets wurde der Rangerdienst im Jahr 2024 personell von 80 auf 120 Stellenprozent aufgestockt und auf einen Ganzjahresbetrieb erweitert. Seither ist ein Zweierteam an 15 bis 20 ausgewählten Tagen pro Monat jeweils vier bis sechs Stunden sichtbar auf der Dreirosenanlage anwesend. Der Verein Diakonische Stadtarbeit Elim erhält für den Rangerdienst Dreirosenanlage im Jahr 2026 einen kantonalen Staatsbeitrag von 190'000 Franken.

Zu Fragen 3, 4 und 5: Die bestehenden Ressourcen würden nicht ausreichen, um zusätzlich den Matthäusplatz sowie die Erlenmatt abzudecken. Die Antwort auf die Frage nach den benötigten zusätzlichen Ressourcen hängt vom Bedarf und den zielführenden Interventionsformen ab.

Zu Frage 5.1: Da viele Departemente und Organisationen in die Handhabung von Hotspots involviert sind, stellen drei Gremien die gesamtkantonale Koordination des Nutzungsmanagements sicher. Erstens die interdepartementale Kommission Nutzung öffentlicher Raum. Sie tagt dreimal jährlich unter der Leitung des Bau- und Verkehrsdepartements. In dieser Kommission tauschen sich Vertretende der Fachinstanzen aus sechs Departementen über die aktuellen Herausforderungen zur Nutzung des öffentlichen Raumes aus.

Zweitens, das interdepartementale Führungsgremium Sucht, kurz IFS. Es tagt viermal jährlich unter der Leitung des Gesundheitsdepartements. Kadermitglieder aller sieben Departemente und der Staatsanwaltschaft diskutieren aktuelle Entwicklungen zu den Themen Substanzkonsum und Verhaltenssüchte sowie deren Auswirkungen.

Und drittens die Steuerungsgruppe öffentlicher Raum. Die Steuerungsgruppe trifft sich maximal viermal jährlich unter der Leitung des Gesundheitsdepartements. Das Gremium setzt sich zusammen aus Mitarbeitenden der Abteilung Sucht, Kantonspolizei, Sicherheitsdienst, Stadtgärtnerei sowie dem Leiter der K&A und dem Suchtbeauftragten des Kantons Basel-Landschaft. Es schafft die operativen Voraussetzungen und koordiniert die Massnahmen, damit die negativen Auswirkungen des Suchtmittelkonsums auf den öffentlichen Raum im Umfeld der K&A so klein wie möglich gehalten werden können.

Schliesslich gibt es für einzelne Hotspots weitere interdepartementale Arbeits- und Begleitgruppen. In letzteren sind die vor Ort aktiven Akteure eingebunden, darunter die Begleitgruppe Dreirosenanlage, die aus über 50 Mitgliedern besteht. Sie trifft sich zweimal jährlich unter der Leitung des Präsidialdepartements.

Nebst der Begleitgruppe Dreirosen sind die folgenden Verwaltungsstellen beziehungsweise Organisationen auch in Aufgaben im Bereich Prävention, Intervention und Sicherheit im öffentlichen Raum eingebunden, die unterschiedlich hohe Ressourcen aus dem laufenden Budget zur Verfügung stellen. Aus dem BVD sind es die Stadtgärtnerei, das Tiefbauamt mit Stadtreinigung und orts- beziehungsweise projektspezifisch Allmendverwaltung und das Amt für Städtebau und Architektur.



Aus dem JSD ist es insbesondere die Kantonspolizei, aus dem GD ist es die Abteilung Sucht und aus dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt die Asylkoordination. Aus dem Erziehungsdepartement sind es die jeweiligen Schulleitungen, das Sportamt, die Fachstelle Offene Kinder- und Jugendarbeit und die zentralen Dienste. Aus dem Präsidentialdepartement ist es die Kantons- und Stadtentwicklung.

Im Auftrag des Kantons aufsuchend im Kleinbasel unterwegs sind folgende Organisationen: Das Fachteam Mittler im öffentlichen Raum, zuständig ist das Gesundheitsdepartement. Das Fachteam sucht Menschen mit einer Suchtmittelabhängigkeit an ihren Treffpunkten sowie im Umfeld der Kontakt- und Anlaufstelle der K&A auf. Der Personalaufwand ist mit rund 680'000 Franken pro Jahr budgetiert.

Der Gassenverein Schwarzer Peter, zuständig für ihn ist das WSU, er betreibt aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum. Die Mitarbeitenden nehmen Kontakt zu marginalisierten Personen auf und beraten und begleiten diese bei Bedarf. Der Kantonsbeitrag umfasst 280'530 Franken pro Jahr.

Die Mobile Jugendarbeit Basel, zuständig für sie ist das Erziehungsdepartement. Die mobile Jugendarbeit leistet aufsuchende Jugendarbeit im öffentlichen Raum. Die mobile Jugendarbeit erhält Finanzhilfen von rund 650'000 Franken pro Jahr für aufsuchende Jugendarbeit in der ganzen Stadt sowie für zwei Midnight-Sports-Angebote an Samstagabenden.

Das Relax-Team, für das das Präsidentialdepartement zuständig ist, leistet in den Sommermonaten am Wochenende aufsuchendes Nutzungskonfliktmanagements entlang des Rheinbords. Der Kantonsbeitrag umfasst 80'000 Franken pro Jahr.

Schliesslich, der Verein Frau, Sucht, Gesundheit mit Zuständigkeit des Gesundheitsdepartements bietet ein spezifisches Angebot für suchtbetroffene Frauen. Der Kantonsbeitrag umfasst rund 270'000 Franken pro Jahr.

Ebenfalls unterwegs ist die Gassenarbeit der Diakonischen Stadtarbeit Elim, die auf Spendenbasis arbeitet. Zwar nicht aufsuchend unterwegs, aber ebenfalls thematisch involviert sind die Gassenküche, das Stadtteilsekretariat Kleinbasel und die JUA Basel. Die Bewältigung der Herausforderungen im öffentlichen Raum erfolgt im Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Akteure mit jeweils klar abgegrenzten Aufgaben. Ich hoffe, ich konnte damit die Unterfrage 5.1 dieser Interpellation einigermaßen präzise beantworten.

Zu Frage 6: Eine Ausweitung des Rangerdienstes auf dem Matthäusplatz und die Erlenmatt erscheint dem Regierungsrat aus den genannten Gründen nicht zielführend. Er ist aber überzeugt, dass die Präsenz der Mitarbeitenden der Sozialarbeit, der Quartierarbeit und der Jugendarbeit, insbesondere in der Beziehungspflege, Sensibilisierung und Vermittlung einen wichtigen Beitrag zur Beruhigung der Situation leistet, dies in Ergänzung zu Sicherheits- und ordnungspolizeilichen Massnahmen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Mahir Kabakci (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Regierungsrat aktuell keine Ausweitung des Rangerdienstes auf dem Matthäusplatz und die Erlenmatt vorsieht beziehungsweise zurückhaltend beurteilt. Diese Einschätzung teile ich so nicht.

Die Erfahrungen auf der Dreirosenanlage zeigen klar, dass der Rangerdienst funktioniert. Durch Präsenz, Ansprache und Vermittlung können Konflikte reduziert und das Sicherheitsgefühl verbessert werden. Das ist keine theoretische Annahme, sondern gelebte Praxis. Gleichzeitig wissen wir, dass der Matthäusplatz und die Erlenmatt stark frequentierte Orte sind. Unterschiedliche Nutzungsansprüche führen regelmässig zu Spannungen. Gerade in den Sommermonaten verschärft sich die Situation zusätzlich. Wenn wir diese Entwicklungen ernst nehmen, sollen wir nicht abwarten, sondern handeln. Prävention ist in diesem Bereich entscheidend und in vielen Fällen auch kosteneffizienter als spätere Intervention durch Polizei oder andere Stellen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass andere Massnahmen priorisiert werden, bestehende Angebote als ausreichend erachtet werden. Ja, das stimmt, viele Angebote sind vorhanden, das ist wichtig und richtig, aber mir fehlt da auch das Gesamtkonzept. Hier und dort wird Geld gesprochen für kleinere Massnahmen, aber im Gesamten fehlt hier ein Konzept in Bezug auf Sicherheit, Intervention und Prävention.

Aus meiner Sicht greift diese Argumentation jedoch auch zu kurz. Die bestehenden Strukturen leisten wichtige Arbeit, ersetzen aber nicht die spezifische Funktion des Rangerdienstes oder eines SIP im öffentlichen Raum. Deshalb wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, zumindest eine zeitlich befristete Ausweitung oder eine Pilotphase zu prüfen, so könnten konkrete Erfahrungen gesammelt und die Wirkung vor Ort beurteilt werden.

Das Kleinbasel ist geduldig und tolerant, aber die Regierung darf nicht vergessen, dass die Menschen mittlerweile auch eine gewisse Haltung vom Regierungsrat erwarten und auch konkrete Lösungen. Und diese Geduld sollte nicht überstrapaziert



werden. Ich bitte den Regierungsrat daher, dieses Anliegen nicht abzuschliessen, sondern weiterhin zu verfolgen und die Entwicklungen in den betroffenen Quartieren genau zu beobachten.

In den unterschiedlichen Gremien, wie zum Beispiel auch am Drogenstammtisch, wo auch Regierungsrätin Stephanie Eymann mehrmals dabei war, wurden die Anliegen klar platziert. Die vielen Massnahmen, die vom Regierungsrat vorgestellt wurden, werden begrüsst, aber die Bevölkerung hat die Erwartung, dass da noch mehr laufen muss und sollte. Und wir werden auch mit einer Motion nachdoppeln, damit das Anliegen ernst genommen wird, dass auch zum Beispiel eine SIP analog wie in Luzern oder in anderen Städten geprüft werden kann. Denn letztlich geht es um die Frage, wie wir den öffentlichen Raum gestalten. Dieser sollte präventiv, dialogorientiert und für alle nutzbar sein.

Michael Hug (LDP): Ich frage den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden oder nicht zufrieden ist. Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.4. Interpellation Nr. 32 Salome Bessenich betreffend seit über zehn Jahren: Handlungsauftrag Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau in Basel

[15.04.26 15:28:52, 26.5115.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Namens des Regierungsrats beantworte ich die Interpellation wie folgt.

Es ist korrekt, dass der Themenkomplex Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum bis anhin im Kanton Basel-Stadt nicht befriedigend gelöst ist. Im Bereich Kunst und Bau besteht eine langjährige Praxis der Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Kultur beziehungsweise dem Kunstkredit und dem Hochbauamt im Bau- und Verkehrsdepartement. Da der Bereich Kunst im öffentlichen Raum keiner Verwaltungsstelle klar zugeordnet ist, sind die Prozesse der Zusammenarbeit zwischen einzelnen kantonalen Dienststellen teilweise ungeklärt. Das Präsidialdepartement und das Bau- und Verkehrsdepartement befinden sich in einem laufenden Prozess der Klärung der Strukturen, inhaltlichen Ausrichtung und Zuständigkeiten. Dass das Thema für den Regierungsrat ungebrochene Aktualität besitzt, ist auch dadurch belegt, dass die Entwicklung und Umsetzung der Strategiekunst im Stadtraum im Entwurf des Kulturleitbilds 2026 bis 2031 als Massnahme für die Attraktivität des Kulturangebots zugunsten der Bevölkerung.

Zu Fragen 1 bis 3: Die Fachstelle konnte noch nicht eingesetzt werden, da die rechtlichen Grundlagen und die Ausgabenbewilligung noch nicht vorliegen. Die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Kultur und den zuständigen Stellen im Bau- und Verkehrsdepartement sowie mit Immobilien Basel-Stadt im Dreirollenmodell gestaltet sich sowohl im Hinblick auf die bewährte Praxis für Kunst und Bau mit Verfahren durch den Kunstkredit als auch im Hinblick auf die Ausgestaltung des künftigen Modells sehr konstruktiv.

Zu Frage 4: Der Einbezug des Kunstkredits bei der Planung kantonalen Investitionsprojekte kann verbessert werden, beispielsweise durch eine Abfrage im Prozess der Investitionsplanung.

Zu Frage 5: Die Verantwortlichen der Abteilung Kultur stehen in Austausch mit der Regionalgruppe von Visarte. Der konsultative Dialog mit den Zielgruppen und Interessensvertretungen ist ein wesentlicher Bestandteil der Entwicklung dieses Bereichs.

Zu Frage 6: Die Erarbeitung läuft und die Strategie im Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum soll bis Mitte kommenden Jahres vorliegen.

Zu Frage 7: Bis Mitte kommenden Jahres sollen die Kriterien zur Förderung von Kunst und Bau vorliegen. Der Regierungsrat lehnt eine fixe Festlegung eines Kunstprozents bei allen öffentlichen Bauprojekten ab. Er ist der Ansicht, dass sich nicht jedes Bauprojekt für ein Kunstprojekt eignet und möchte, dass im Einzelfall entschieden werden kann.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Salome Bessenich (SP): Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich bin ehrlich gesagt überrascht, dass die Fachstelle noch nicht eingesetzt wurde. Ich ging davon aus, dass die Stellenbewilligung von 2020 dafür ausreiche. Ansonsten bin ich aber sehr froh zu hören, dass man da dran ist und dass auch der Regierungsrat die Bedeutung des Themas und eben den Handlungsbedarf anerkennt.

Jetzt ist es aus meiner Sicht wichtig, dass es vorwärtsgesht bei dem Thema Kunst im öffentlichen Raum, Kunst am Bau. Ich bin insofern zufrieden mit der Antwort, aber dann vor allem gespannt, welche Antworten und Vorschläge in einem Jahr konkret kommen werden und vor allem ist mir wichtig, dass dann eben eine Strategie vorliegt und nicht wieder einfach nur ein Bericht und das Ganze nochmal stehen gelassen wird.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.5. Interpellation Nr. 33 Thomas Widmer-Huber betreffend Individualbesteuerung bei kantonaler Umsetzung ohne höhere Steuern für Familien im tiefen und mittleren Einkommensbereich

[15.04.26 15:33:20, 26.5116.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt. Der Regierungsrat hat sich im Vorfeld der Abstimmung für die Individualbesteuerung ausgesprochen. Er ist der Meinung, dass die Individualbesteuerung ein gutes Mittel ist, um den verschiedenen Formen des Zusammenlebens Rechnung zu tragen. Sie fördert seiner Ansicht nach zudem die Gleichstellung der Geschlechter, die Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Regierungsrat anerkennt, dass Familien im tiefen und mittleren Einkommensbereich mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert sein können. Er ist jedoch auch der Ansicht, dass mit den Prämienverbilligungen, Mietzinsbeiträgen oder Beiträgen an die Kitakosten vielfältige Unterstützungsformen für Familien im Kanton Basel-Stadt existieren. Im Zusammenhang mit der Individualbesteuerung können zum heutigen Zeitpunkt noch keine konkreten Angaben zur zukünftigen Steuerbelastung einzelner Personengruppen gemacht werden. Aufgrund der Individualbesteuerung wird eine Überarbeitung des kantonalen Steuergesetzes und der Steuerverordnung nötig.

Wie der Regierungsrat bereits in der schriftlichen Anfrage Christoph Hochuli betreffend Aufwand und Kosten der Individualbesteuerung ausgeführt hat, wird er bei der Ausgestaltung der zukünftigen Steuertarife und Sozialabzüge die Auswirkungen auf verschiedene Personengruppen sorgfältig prüfen. Dabei müssen auch die finanziellen Auswirkungen auf den Kanton berücksichtigt werden. Die Individualbesteuerung tritt spätestens 2032 in Kraft. Der Regierungsrat wird dementsprechend die Gesetzesarbeiten zur kantonalen Umsetzung der Individualbesteuerung zeitnah an die Hand nehmen und dem Grossen Rat einen ausgewogenen Ratschlag vorlegen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen. Er anerkennt, dass Familien im tiefen und mittleren Einkommensbereich mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert sein können. Und ja, der Regierungsrat hat es ausgeführt, es ist erfreulich, dass es in unserem Kanton diverse Unterstützungsformen für Familien gibt.

Nach dem kürzlichen knappen Ja des Schweizer Stimmvolks zur Individualbesteuerung gibt es jedoch noch offene Fragen, insbesondere für Familien. Die Abschaffung der Ehestrafe darf nicht zur Familienstrafe führen. Das Modell der individuellen Veranlagung missachtet die wichtige Leistung von Familien, insbesondere dann, wenn ein Elternteil unbezahlte Arbeit leistet. Care-Arbeit verdient Anerkennung und darf nicht steuerlich benachteiligt werden.



Somit begrüßen wir von der EVP her, dass die Fairness-Initiative der Mitte noch zur Abstimmung kommt. Nach diesem Modell wird ja für jedes Ehepaar berechnet, wie viel es bei einer individuellen und wie viel es bei einer gemeinsamen Veranlagung bezahlen muss. Dabei wird der tiefere Betrag in Rechnung gestellt. Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung ist es für uns von der EVP wichtig, dass Familien mit unterschiedlichen Einkommen künftig nicht höhere Steuern bezahlen müssen.

Die Antwort der Regierung auf meine Interpellation ist relativ knapp, aber aufgrund der Situation, dass die Abstimmung über die Individualbesteuerung erst kürzlich erfolgt ist und die Abstimmung der Mitinitiative noch hängig ist, kann ich nachvollziehen, dass sich der Regierungsrat zurzeit noch nicht umfassender zur kantonalen Umsetzung äussern kann. Ich bin mit der Antwort zufrieden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.6. Interpellation Nr. 34 Sasha Mazzotti betreffend Erhöhung der Elternbeiträge für die Tagesstrukturen

[15.04.26 15:38:25, 26.5117.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1, 2 und 9: Die Gemeinden können im Rahmen der Gemeindeautonomie die Beiträge der Erziehungsberechtigten für die Tagesstrukturen selbst festlegen. Die Gemeinde Riehen begründet ihren Entscheid mit der Notwendigkeit, Kosteneinsparungen vorzunehmen.

Zu Frage 3: Eine Prognose dazu abzugeben, ist nicht möglich.

Zu Frage 4: Es gab keine vorgängigen Gespräche mit dem Regierungsrat.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat achtet die Gemeindeautonomie.

Zu Frage 6: Eltern erhalten bis zum 5. Schuljahr der Primarstufe Betreuungsbeiträge für Kindertagesstätten bis zum 8. Schuljahr für Tagesfamilien. Es liegt grundsätzlich im Entscheid der Erziehungsberechtigten, ob sie ihr Kind in den Tagesstrukturen der Volksschulen oder in einer Kindertagesstätte oder Tagesfamilie betreuen lassen. Beim Entscheid spielen neben den Betreuungskosten weitere Faktoren eine wichtige Rolle, wie Öffnungszeiten, Ferienbetreuung, Betreuung von Geschwisterkindern.

Zu Frage 7: Für den Kanton ergeben sich keine Mehraufwände.

Zu Frage 8: Für den Kanton sind keine weiteren Kosten zu erwarten.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sasha Mazzotti (SP): Warum mische ich mich in Fragen ein, die eigentlich die Gemeinde etwas angehen? Einerseits bin ich aus dem Wahlkreis Riehen und möchte weiterhin, dass meine Gemeinde eine bezahlbare, familienunterstützte Tagesbetreuung anbietet, eine Tagesbetreuung, die wir gesetzlich verankert haben im Kanton und die im Vergleich zu anderen Kantonen fortschrittlich ist. Und andererseits ist es doch eigentlich fragwürdig, warum wir in diesem kleinen Kanton, der knapp 37 km² gross ist, so unterschiedliche Preise für die Tagesbetreuung haben. Die Gemeinde Bettingen übrigens, die auch zum Kanton gehört, hat ihre Tarife nicht erhöht.

Wir haben im Kanton in den letzten Jahren das Tagesstrukturangebot an den Schulen ausgebaut. So wird beiden Elternteilen ermöglicht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Damit wird unter anderem der Beitrag zur Behebung des Frachtkräftemangels geleistet und das Steueraufkommen für die Gemeinden, den Kanton und den Bund erhöht.



Nun sieht es aber ab dem neuen Schuljahr so aus, dass die Eltern unterschiedliche Beiträge je nach Wohnort für den gleichen Dienst bezahlen. Über die Erhöhung kann man sicherlich diskutieren und es wurde den Eltern auch mitgeteilt, dass es eine geben wird. Was denken Sie, was wäre angebracht für eine Erhöhung? Sie liegen wahrscheinlich falsch, wenn Sie es nicht schon wissen, 41% für das beliebteste Modul, das über den Mittag. Bei den anderen Modulen ist die Erhöhung durchschnittlich 35%.

Die Antwort der Regierung, um es vorwegzunehmen, ist natürlich sehr unbefriedigend, also eigentlich nichtsaussagend, man will keine Stellung beziehen. Klar, die Gemeinde ist autonom und darf dies grundsätzlich selber entscheiden, ich stelle dies nicht in Zweifel. Warum habe ich den Kanton trotzdem gefragt? Weil es ihn sehr wohl etwas angeht. Ein Vater erzählte mir, dass es bei dieser massiven Erhöhung jetzt sich nicht mehr lohnt, dass seine Frau arbeiten geht, sie würde ja dann nur arbeiten, um die Betreuungskosten zu bezahlen.

Ja, das ist kein Einzelfall und wenn ich diesen Aspekt hier herausgreife, dann sehen wir, hier fehlen dann auch Steuereinnahmen. Und darauf zielte auch ein Teil meiner Fragen ab, die das ED auch nicht beantworten kann, das ist nicht ihre Expertise. Mindestens drei Fragen waren an das Finanzdepartement gerichtet und brauchen für diese Antwort ihr Fachwissen. Die Regierung hat das offensichtlich ignoriert oder es ist ihr gleichgültig.

Die Regierung antwortet weiter, für sie seien keine Mehrkosten entstanden, wahrscheinlich noch nicht. Wissen Sie, das Portal, wo sich die Eltern anmelden müssen und sehen, wie das mit den Gebühren aussieht, ist ein kantonales Portal und es wurde nicht angepasst. Sprich, die Riehener Eltern haben nach wie vor nur die Möglichkeit, die neuen Betragsberechnungen aufgrund einer Tabelle zu machen. Das Portal wurde nicht angepasst. Ich kann nur mutmassen, warum.

Der fortschrittliche Kanton sollte auch ein Interesse daran haben, die Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau zu fördern, dass es unabhängig vom Familienmodell möglich ist, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und die Kinder betreuen zu lassen. Vom Gemeinderat erwarte ich eine vorausschauende Planung, einen sorgfältigen Umgang mit Finanzen, ja, aber auch mit den Menschen in der Gemeinde und nicht nur an ihre unmittelbare Wählerschaft zu denken, für die das Auto im öffentlichen Raum zu parkieren 8 Franken im Jahr kostet.

Oder geht es dem Gemeinderat darum, die externe Betreuung so schwierig und so teuer zu machen, dass die traditionellen Familienmodelle wieder aufblühen können? Riehen hat das UNICEF-Label und als kinderfreundliche Gemeinde zu gelten. Ich zitiere: Besonders in der Umsetzung investiert die Gemeinde in familienfreundliche Strukturen wie Erziehungsberatung oder Tagesstrukturen. Ich glaube nicht, dass die Gemeinde das UNICEF-Label aufs Spiel setzen will und ich glaube auch nicht, dass sie Familien vergraulen wollen, im Gegenteil, ich sehe, dass die zuständige Gemeinderätin bei der Schulraumplanung vorwärts macht und dass es dazu eine informative Webseite gibt. Darum gehe ich davon aus, dass die Gemeinde Interesse hat, dass es den Familien gut geht und dass sie bleiben. Oder trügt der Schein? Möchten Sie lieber viele DINKs, also Double Income, No Kids? Oder lieber Familien, die traditionell leben, wo die Mutter zu Hause bleibt?

Kritik gibt es genug in Riehen, wöchentliche Leserinnen- und Leserbriefe, es gibt eine Petition, aber ich ärgere mich vor allem im Moment über die unsere Regierung, die nicht Stellung bezieht und die Fragen nicht von den Zuständigen ...

Michael Hug (LDP): Ich muss Sie unterbrechen, die Redezeit ist um. Aber ich muss noch wissen, ob Sie mit der Antwort zufrieden sind. Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.7. Interpellation Nr. 35 Amina Trevisan betreffend finanzielle Schieflage des Vereins Foyer Basel

[15.04.26 15:45:57, 26.5121.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie möchte es und hat das Wort.

Amina Trevisan (SP): Die Situation des Vereins Foyer Basel ist mehr als die finanzielle Frage einer einzelnen Institution. Sie zeigt sehr deutlich, wie ernst wir es als Gesellschaft mit Schutz, Chancengerechtigkeit und Gleichstellung meinen.

Das Foyer Basel ist seit über fünf Jahrzehnten ein zentraler Teil unserer sozialen Infrastruktur. Es bietet Mädchen und jungen Frauen in hoch belasteten Lebenssituationen Schutz, Stabilität, Bildungsperspektiven und Begleitung auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Gerade heute wird diese Aufgabe immer wichtiger. Psychische Belastungen nehmen zu,



familiäre Krisen verschärfen sich, Bildungswege werden brüchiger. Entsprechend steigt auch die Komplexität in der stationären Jugendhilfe. Das ist keine vorübergehende Entwicklung, das ist eine gesellschaftliche Realität, auf die unsere Angebote und auch unsere Finanzierungsmodelle reagieren müssen.

Für uns ist klar, Jugendhilfe ist keine Randposition im Budget, sie ist eine Investition in Prävention, sozialen Zusammenhalt und echte Chancengerechtigkeit. Wenn Institutionen wie das Foyer Basel trotz steigender Nachfrage finanziell unter Druck geraten, dann müssen wir die strukturellen Fragen stellen. Entsprechen die Tarife noch dem realen Betreuungsaufwand? Wird die zunehmende Fallkomplexität ausreichend berücksichtigt und ist die Versorgungssicherheit für Mädchen und junge Frauen langfristig gewährleistet? Gerade aus gleichstellungspolitischer Sicht ist das zentral. Geschlechtsspezifische Schutz- und Förderangebote sind kein Zusatz, sondern Teil eines ernst gemeinten Gleichstellungsauftrags. Wer Chancengleichheit will, muss auch die spezifischen Risiken und Belastungen junger Frauen institutionell absichern.

Darum ist diese Interpellation wichtig. Sie lenkt den Blick auf die entscheidenden strukturellen Fragen - Finanzierung, Betreuungsintensität, Versorgungssicherheit und die nachhaltige Sicherung einer unverzichtbaren sozialen Infrastruktur. Am Umgang mit Institutionen wie dem Foyer Basel zeigt sich, welchen Wert wir dieser sozialen Infrastruktur tatsächlich beimessen. Wer Prävention ernst meint, muss Schutzzräume sichern, bevor aus Krisen lebenslange Brüche werden.

Michael Hug (LDP): Das Wort hat nun Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zuerst einige einleitende Bemerkungen. Der Kanton Basel-Stadt führt mit sieben stationären Angeboten der Jugendhilfe Leistungsvereinbarungen. Die aktuelle Leistungsperiode läuft von 2025 bis 2028. In den Verträgen vereinbart das Erziehungsdepartement mit den Institutionen Tagessätze, mit denen die Leistungen der Kinder- und Jugendheime abgegolten werden. Seit dieser Staatsbeitragsperiode sind die Tagessätze weitgehend harmonisiert, das heisst, für vergleichbare Leistungen werden gleiche Tagessätze bezahlt.

Zu Frage 1: Das Erziehungsdepartement führt regelmässige Bedarfserhebungen unter den zuweisenden Stellen und den Leistungsanbietenden der Jugendhilfe im Kanton Basel-Stadt durch. In der letzten Befragung aus dem Jahr 2022 zeigten sich keine signifikanten Hinweise auf einen speziellen Bedarf nach Plätzen bei Institutionen für Mädchen und junge Frauen. In diesem Jahr findet die nächste Bedarfserhebung bei den Stakeholdern statt. Diese bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung des Angebots.

Zu Frage 2: Ende 2024 war die finanzielle Situation des Vereins Foyer Basel stabil. Die Jahresrechnung für das Jahr 2025 liegt dem Kanton noch nicht vor. Nebst dem negativen Ergebnis im Jahr 2024 erzielte der Verein in den letzten Jahren auch positive Jahresergebnisse. Der Regierungsrat sieht kein strukturelles Problem in der Finanzierung. Vergleichbare Institutionen haben keine finanziellen Probleme.

Zu Frage 3: Das Erziehungsdepartement steht im regelmässigen Austausch mit dem Verein. In diesem Rahmen hat das Erziehungsdepartement dem Verein vorgeschlagen, eine Betriebsanalyse durchzuführen. Fachpersonen sollten im Rahmen der Analyse unter anderem prüfen, wie die Angebote des Vereins mit den bestehenden Tagessätzen kostendeckend geführt werden können. Das Erziehungsdepartement hat angeboten, sich an den Kosten für die externe Betriebsanalyse zu beteiligen. Der Verein hat dieses Angebot abgelehnt.

Zu Frage 4: Das Erziehungsdepartement hat für vergleichbare Leistungen in den Kinder- und Jugendheimen vergleichbare Tagessätze. Die Tagessätze des Vereins Foyer Basel sind bereits höher. Das Erziehungsdepartement hat im Sinne einer Besitzstandswahrung und um die besondere Situation dieses Angebots zu berücksichtigen, Tagessätze über den harmonisierten vereinbart.

Zu Frage 5: Seit der Vertragsperiode 2025 bis 2028 sind die Tagessätze pro Leistungsart grösstenteils harmonisiert. Das heisst, für ähnliche Leistungen, zum Beispiel Wohngruppen oder Kriseninterventionen, erfolgt eine weitgehend ähnliche Vergütung. Der unterschiedlichen Betreuungsintensität wird mit diesen harmonisierten Tagessätzen für unterschiedliche Leistungsarten Rechnung getragen.

Zu Frage 6: Jede Leistung wird auch als Intensivleistung angeboten, die mit einem höheren Tagessatz vergütet wird. Mit den Intensivleistungen mit höheren Tagessätzen berücksichtigt der Regierungsrat die Komplexität der Fälle und den gestiegenen Betreuungsbedarf.

Zu Frage 7: Es ist nicht das Ziel des Erziehungsdepartements, das Angebot zu reduzieren. Das Erziehungsdepartement ist weiterhin bereit, die Situation zusammen mit dem Verein zu analysieren. Sollte der Verein nicht in der Lage sein, das Angebot sicherzustellen, müssten andere Lösungen gefunden werden. Möglich wäre allenfalls, dass eine andere Trägerschaft das Angebot oder einen Teil des Angebots übernimmt.



Zu Frage 8: Die Institutionen der stationären Jugendhilfe im Kanton Basel-Stadt haben für vergleichbare Leistungen vergleichbare Tagessätze.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Amina Trevisan (SP): Ich kann es vorwegnehmen, ich bin nicht zufrieden mit der Beantwortung. Ich finde auch leider die eine Aussage ein bisschen problematisch, in der darauf hingewiesen wird, dass einem Verein, welcher seit über 50 Jahren eine gute Arbeit leistet für junge Frauen, nahegelegt wird, dass er doch ihr Angebot auch abgeben könnte an eine andere Trägerschaft. Ich finde, hier fehlt die Wertschätzung für die geleistete Arbeit eines Vereins, damit bin ich nicht so ganz einverstanden.

Ich kann mich auch nur auf den Zeitungsartikel als Prime News beziehen, ich habe keine Innenperspektive, aber ich fand den Artikel schon recht alarmierend, wenn von einem Million-Defizit gesprochen wird. Wer bei Mädcheninstitutionen spart, spart am falschen Ort und es wird am Ende viel teurer, Fehlplatzierungen und Wartelisten sind die Folgen.

Ich erwarte eigentlich mehr vom Regierungsrat als nur eine reine Lagebeurteilung, ich erwarte eine rasche tarifliche Überprüfung, die reale Betreuungsinstitutionen abbildet, eine Finanzierung, die Spezialisierung statt Defizite produziert und ein klares Bekenntnis zur Versorgungssicherheit für Mädchen und junge Frauen in Krisen. Ein Wegfall oder Abbau dieses Angebots wäre für den Kanton Basel-Stadt fachlich, sozialpolitisch und gleichstellungspolitisch ein massiver Rückschritt.

Ich wünsche dem Kanton und dem Verein Foyer einen produktiven Austausch, der wohl anstehen wird, und dass Antworten darauf gegeben werden, wie der Kanton seine Verantwortung so wahrnimmt, dass gute Jugendhilfe nicht zum Defizitgeschäft wird. Vielleicht kündige ich jetzt schon an, dass weitere Vorstösse folgen könnten.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.8. Interpellation Nr. 36 Oliver Bolliger betreffend einem vorzeitigen Aprilscherz mit Namen "Project Basel"

[15.04.26 15:55:47, 26.5122.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

In einer Zeit, in der bewaffnete Konflikte zunehmen, gesellschaftliche Polarisierung wächst und grundlegende Werte wie Menschenrechte und demokratische Prinzipien unter Druck stehen, kommt in dem offenen Austausch von Ideen und Meinungen eine besondere Bedeutung zu. Orte und Formate, die Begegnungen, Debatten und auch kontroverse Diskussionen ermöglichen, leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt als traditionsreicher Messestandort mit über 550-jähriger Geschichte über eine ausgeprägte Offenheit gegenüber neuen Ideen und internationalen Formaten. Seine zentrale Lage in Europa sowie die gut ausgebaute Messe- und Kongressinfrastruktur bieten hierfür geeignete Voraussetzungen. Der Regierungsrat begrüsst Initiativen von Privaten in Zusammenarbeit mit der MCH, welche neue Begegnungs- und Diskursformate ermöglichen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt sind wesentliche Aspekte des Projekts Project Basel noch offen. Vor diesem Hintergrund kann der Regierungsrat die in der Interpellation enthaltenen Annahmen und Bewertungen nicht nachvollziehen. Eine abschliessende Positionierung ist möglich, sobald konkrete Inhalte und Rahmenbedingungen des Projekts vorliegen.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat begegnet neuen Begegnungsformaten in Basel grundsätzlich mit einer grossen Offenheit. Noch ist aber vieles über das Project Basel nicht bekannt.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat erwartet von der MCH, dass sie neben den bestehenden Formaten am Standort Basel kontinuierlich auch neue Veranstaltungsformate entwickelt und etabliert. Dies entspricht einem zentralen Ziel der kantonalen



Beteiligung an der MCH. Vor diesem Hintergrund begrüsst der Regierungsrat ausdrücklich entsprechende Initiativen. Beispielhaft ist die erstmalige Durchführung der Veranstaltung Health Tech Anfang März in Basel zu nennen, welche die Innovations- und Entwicklungskraft des Standortes unterstreicht.

Zu Frage 3: Beim vorliegenden Vorhaben handelt es sich um eine private Initiative. In einem liberalen Rechtsstaat ist die Durchführung solcher Projekte grundsätzlich ohne vorgängigen politischen Auftrag des Kantons zulässig, sofern die einschlägigen gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Zu Frage 4: Dem Regierungsrat liegt derzeit kein Gesuch um finanzielle Unterstützung durch den Kanton vor.

Zu Frage 5: Bis heute sind keine Mitarbeitenden des Kantons in die Entwicklung oder Vorbereitung dieses Projektes eingebunden. Sollte das Vorhaben konkretisiert und umgesetzt werden, wird der Kanton die Durchführung im Rahmen der üblichen Zuständigkeiten und Verfahren begleiten.

Zu Frage 6: Da weder die konkrete Ausgestaltung des Formats noch der Teilnehmendenkreis bekannt sind, können zum jetzigen Zeitpunkt keine verlässlichen Aussagen zu allfälligen Sicherheitskosten gemacht werden.

Zu Frage 7: Internationale Veranstaltungen sind grundsätzlich mit klimarelevanten Emissionen verbunden. Aufgrund der derzeit fehlenden Konkretisierung des Projekts können die effektiven Auswirkungen jedoch noch nicht beurteilt werden. Unabhängig davon bietet der Standort Basel mit seiner zentralen Lage in Europa, der guten Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr sowie der ambitionierten kantonalen Klimapolitik gute Voraussetzungen, um Emissionen im Vergleich zu anderen Standorten zu reduzieren.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (BastA): Vorab möchte ich vielleicht kurz klarstellen, dass wir von BastA nicht grundsätzlich etwas gegen die MCH Group haben. Aufgrund der vielen von uns eingereichten politischen Vorstössen in diesem und im letzten Jahr zur Messe Basel könnte vielleicht dieser Eindruck entstanden sein. Und entschuldigen Sie vielleicht meine leicht bissige Antwort heute. Aufgrund der Antwort des Regierungsrats bin ich mir auch gar nicht sicher, ob wir über dasselbe Forum sprechen, und es scheint so, dass ausser über den Namen des Forums darüber überhaupt noch gar nicht gesprochen wurde in der MCH Group.

Aber ich muss schon sagen, dass die MCH Group und sein Verwaltungsrat aus unserer Sicht immer mehr die Bodenhaftung verlieren, und auch die Basler Regierung scheint vor lauter Happenings wie ESC, Art Basel und Frauen Euro im letzten Jahr in eine Dauerparty-Laune gefallen zu sein. Der Eindruck lässt sich nicht wegkaschieren, Hauptsache Standortförderung und internationale Gäste. Als ich von der Idee erfahren habe, dachte ich wirklich, es handle sich um einen vorzeitigen Aprilscherz. Wahrscheinlich wollte die MCH Group dies so nicht kommunizieren, und die Art und Weise ist Ausdruck einer peinlichen Kommunikationspanne.

Aber, meine Damen und Herren, es zeigt halt auch auf, wie in diesen gesellschaftlichen Sphären von Superreichen und der Elite aus Wirtschaft, Politik, Technik und Kunst gedacht und geplant wird beziehungsweise wie ungespürig sie sich gegenüber dem Weltgeschehen und der Gemeinbevölkerung verhalten. Anders ist eine solche Kommunikationspanne aus meiner Sicht nicht zu erklären.

In meiner Interpellation wird die Kritik klar zum Ausdruck gebracht, ein solcher Grossevent mit der angenommenen Zielsetzung ist einfach nicht zu verantworten, nicht politisch, nicht moralisch, nicht aus Sicherheitsaspekten, nicht, wenn wir unsere Klimaziele ernst nehmen und nicht, solange es Themen gibt, die Basel, einer Stadt des Humanismus und der Aufklärung, entsprechen würden. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wer sollen denn diese Thought-Leaders sein, die in den Jahren zuvor nicht schon in Davos, Aspen oder Sun Valley waren und sich über die Zukunft der Menschheit und der Welt beim Cüpli austauschten? Und wer garantiert uns und der Basler Bevölkerung, dass sich an einem solchen Forum eben nicht doch die mächtigen Männer treffen, wie es am WEF üblich ist?

Es ist leider so, die Teilnehmenden solcher Foren sind in der Regel nicht Teil der Lösung, sondern eher Teil der vorherrschenden Probleme. Die Welt wird von Jahr zu Jahr ungleicher und undemokratischer, und wenn dann angedacht ist – und das habe ich so gehört –, dass die Teilnehmenden des Ideenforums sich darüber austauschen, wie das Leben von gewöhnlichen Menschen, also von mir und allen, verändert und verbessert werden kann, da muss ich mich schon deutlich zusammenreissen und tiefe Atemübungen machen.

Denn es ist auch mühsam, alle Monate wieder mit Interpellationen auf solche unausgereiften Ideen reagieren zu müssen und ich wünsche mir von unserer Regierung etwas mehr Bodenhaftung, Klarsicht und auch Einflussnahme auf die MCH Group. Denn falls ein Forum in diesem Geist eines WEF 2.0 wirklich in Basel passieren würde, also mitten in Europa stattfinden soll,



muss sich also wirklich niemand wundern, wenn der Widerstand gegen ein solches Zusammenkommen der Macht und Elite lautstark zum Ausdruck gebracht wird und ich frage mich dann, wer bezahlt das notwendige riesige Sicherheitsdispositiv.

Nur noch kurz zu den Antworten. Ich nehme zur Kenntnis, dass die Basler Regierung begeistert davon ist, offen ist, dieses sogar einfordert von der MCH Group, dass solche Foren stattfinden und keine Bedenken sieht. Das nehme ich so zur Kenntnis. Auch zur Kenntnis nehme ich, dass solche Events eine reine private Sache seien. Da frage ich mich aber dann schon, falls es ein Sicherheitsdispositiv geben müsste, wer denn das entscheiden könnte, ob das einfach ausserhalb der politischen Prozesse entschieden werden kann. Ich nehme schliesslich zur Kenntnis, dass man nichts zu den Kosten weiss, nichts zu den Sicherheitsfragen, man hat wahrscheinlich noch gar nicht über das Forum gesprochen. Und ich lasse mich überraschen, wie man dann die Klimaziele umsetzen möchte, vielleicht kommen dann wirklich alle per Zug, das wäre ja schön.

Sie können sich es ja denken, ich bin mit der Beantwortung der Interpellation nicht zufrieden, aber ich muss auch sagen, ich habe aufgrund der bisherigen Erfahrungen nicht wirklich etwas anderes erwartet. Ich möchte aber zum Ausdruck bringen, dass wenn die MCH Group einen Kongress beispielsweise zur Friedensförderung, zur Erreichung der weltweiten Klimaziele oder zu einer sozialen gerechten Welt oder alles zusammen durchführen würde, fänden wir das durchaus unterstützungswürdig.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.9. Interpellation Nr. 37 Pascal Messerli betreffend werden unsere Schulturnhallen für linksradikale Veranstaltungen missbraucht, statt dem Sport zur Verfügung zu stehen?

[15.04.26 16:04:59, 26.5123.01]

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Die Vermietung von Sport- und Schulräumlichkeiten erfolgt durch das Sportamt Basel-Stadt. Das Sportamt hat einen Schaukampf-Event in der Dreirosen-Turnhalle bewilligt.

Zu Frage 2: Alle, die beim Sportamt ein Gesuch zur Nutzung von Sport- und Schulanlagen einreichen, müssen neben dem Mietzweck Angaben zum Nutzer resp. zur Nutzerin machen. Darüber hinaus findet keine Prüfung statt, insbesondere nicht in Bezug auf die Bewerbung der Veranstaltung.

Zu Frage 3: Die Nutzungsbewilligung wurde dem Verein Hema Basel für ein Schaukampfevent erteilt. Dieser Verein setzt sich für die Vermietung von und das Training mit historischen Schwertkampfpraktiken ein. Dass andere Gruppierungen die Veranstaltung für sich vereinnahmen würden, war bei der Erteilung der Bewilligung nicht absehbar.

Zu Frage 4: Das Sportamt Basel-Stadt hat ein Schaukampf-Event in der Dreirosenturnhalle bewilligt. Auf der Webseite des Veranstalters wurde hingegen ein Fundraiser-Event for humanitären Aid in Palestine unter dem Titel Fight against Genocide beworben.

Zu Fragen 5 und 6: Grundsätzlich müssen verschiedene Arten von Veranstaltungen möglich sein. Das Erziehungsdepartement muss für die Bewilligung wissen, um was für eine Veranstaltung es sich handelt. In diesem Fall wurde ein Schaukampf bewilligt, jedoch ein Anlass unter dem Titel Fight against Genocide beworben. Deshalb wurde die Bewilligung zurückgezogen.

Zu Frage 7: Es gibt eine Haus- und Benutzungsordnung für die Sportanlagen, die auf der Webseite des Sportamts Basel-Stadt eingesehen werden kann.

Zu Frage 8: Das Erziehungsdepartement duldet in seinen Schul- und Sporträumen keine Veranstaltungen, die durch extremistische, antisemitische oder gewährt verherrlichende Aussagen auffallen.

Zu Frage 9: Das Risiko für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit wurde als gering eingeschätzt, weshalb keine weiteren Massnahmen angezeigt waren.

Zu Frage 10: Das Erziehungsdepartement überprüft die Bewilligungspraxis für kantonale Räume laufend und ergreift bei Bedarf konkrete Massnahmen zur Optimierung.



Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Ich kann es vorwegnehmen, dass ich mit der Beantwortung aber auch mit dem Handeln der Behörden zufrieden bin.

Man muss sehen, wir haben in ganz Europa und auch in Basel dieses Phänomen von völlig verblödeten, verblendeten und antisemitisch motivierten Gruppierungen, welche einseitig Israelhass und Antisemitismus im grossen Stil verbreiten. Das ist hoch problematisch, das ist hoch gefährlich und hier muss der Kanton konsequent vorgehen. Und das hat das Sportamt in diesem Fall auch getan. Es wäre schön, wenn der Kanton auch mit dieser Haltung konsequent in sämtlichen Bereichen vorgehen würde und dies auch durchziehen würde. Das Auslegen des roten Teppichs beispielsweise während Demonstrationen oder bei der Besetzung der Universität muss endlich konsequent beendet werden. Do kann es nicht weitergehen.

Ich kann Ihnen sagen, das Feedback aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft war relativ gross, weil auch die Verunsicherung bei den Juden in Basel relativ gross ist, und es muss uns alle hier in diesem Saal in grosse Alarmbereitschaft setzen, wenn Juden hier in Basel eine Abwägung machen müssen, ob sie überhaupt noch eine Kippa im öffentlichen Raum tragen. Es muss uns nach wie vor in sehr grosse Alarmbereitschaft setzen, dass antisemitische Vorfälle seit dem schrecklichen Terrorangriff der Hamas gegen Israel explodiert sind, und hier geht es auch nicht um blosse Israel-Kritik, wie das im Rahmen der Meinungsfreiheit selbstverständlich auch legitimiert ist, sondern es geht wirklich um groben Antisemitismus und es geht auch um die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Und ich werde mich auch in Zukunft für die Sicherheit dieser jüdischen Glaubensgemeinschaft einsetzen.

Hier hat der Regierungsrat einen Schritt in die richtige Richtung getan, weshalb ich auch mit der Beantwortung zufrieden bin und ich bedanke mich auch bei Regierungsrat Mustafa Atici für die Beantwortung, aber man muss auch festhalten, wir haben noch viel Arbeit vor uns und wir müssen diese antisemitischen Fälle in den Griff kriegen und wir müssen hier auch als Kanton, als Parlament, als Regierung konsequent handeln, damit wir das auch so in den Griff kriegen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.10. Interpellation Nr. 38 Michela Seggiani betreffend "Basel Project" in Basel

[15.04.26 16:10:23, 26.5124.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Somit hat Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Ich beantworte die vorliegende Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt als traditionsreicher Messestandort mit über 550-jähriger Geschichte über eine ausgeprägte Offenheit gegenüber neuen Ideen und internationalen Formaten. Seine zentrale Lage in Europa sowie die gut ausgebaute Messe- und Kongressinfrastruktur bieten hierfür geeignete Voraussetzungen. Der Regierungsrat begrüsst Initiativen von Privaten in Zusammenarbeit mit der MCH, welche neue Begegnungs-, Messe- und Diskursformate in Basel entstehen lassen.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist über die in den Medien berichteten Pläne grob informiert. Eine Einbindung des Kantons in die Planung oder Umsetzung des Projekts besteht zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat erkennt grundsätzlich das Potenzial solcher Formate, den Standort Basel als internationaler Austausch- und Innovationsraum zu stärken. Interdisziplinäre Plattformen, die Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur zusammenbringen, können Impulse für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen setzen.

Zu Frage 3: Veranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung entfalten positive Effekte für die lokale Wirtschaft, insbesondere für die Hotellerie, Gastronomie sowie weitere dienstleistungsnahe Branchen. Die konkreten Auswirkungen hängen jedoch stark von Umfang, Dauer und Ausgestaltung des Anlasses ab und können derzeit nicht abschliessend beurteilt werden.



Zu Frage 4: Der Kanton ist in die Konzeption oder strategische Ausrichtung des Projekts nicht involviert. Allfällige Einflussmöglichkeiten ergeben sich im Rahmen der gesetzlichen Verfahren sowie über die bestehenden Beteiligungsstrukturen.

Zu Frage 5: Da das Projekt noch nicht konkretisiert ist, können Aussagen zu Kosten und allfälligen Kostenverteilung derzeit nicht gemacht werden. Grundsätzlich gilt, dass Kosten im Zusammenhang mit Veranstaltungen gemäss den geltenden rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten zu tragen sind. Bis heute liegt kein Gesuch um eine öffentliche Finanzierung vor.

Zu Frage 6: Aufgrund der fehlenden Konkretisierung des Projekts ist eine verlässliche Einschätzung der Belastung der Sicherheitsorgane derzeit nicht möglich.

Zu Frage 7: Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass Veranstaltungen dieser Art gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsvoll ausgestaltet werden sollen. Entsprechende Anforderungen ergeben sich insbesondere aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie aus bestehenden kantonalen Strategien, etwa im Bereich Nachhaltigkeit und Klima. Eine konkrete Beurteilung ist jedoch erst möglich, wenn das Projekt weiter ausgearbeitet ist.

Zu Frage 8: Die über das Projekt bekannten Ideen sind grundsätzlich konform und potenziell geeignet zum Ziel des Regierungsrates, im Rahmen der Gaststadtpolitik die Reputation und Relevanz des Standorts Basel im internationalen Kontext zu stärken und die lokal betroffenen Wirtschaftszweige zu fördern, insbesondere die Kongresswirtschaft und den Tourismus.

Zu Frage 9: Aussagen zur Einbindung der Bevölkerung sowie zu möglichen Auswirkungen auf den Alltag können derzeit mangels konkreter Projektinformationen nicht gemacht werden. Diese Aspekte werden im Rahmen allfälliger Bewilligungsverfahren zu prüfen sein.

Zu Frage 10: Der Zeitpunkt und die Form der Information obliegen den privaten Initiator:innen und der MCH und sind dem Regierungsrat nicht bekannt.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Michela Seggiani (SP): Vielen Dank für die mündliche Beantwortung der Fragen meiner Interpellation.

Vor Kurzem haben wir in diesem hohen Hause einen Anzug überwiesen, der eine Strategie für die MCH Group will. Der Vorstoss, Sie erinnern sich, fragt unter anderem, wie der Regierungsrat gezielt auf die MCH Group einwirkt, damit der Standort Basel bei zukünftigen strategischen Entscheiden weiterhin eine zentrale Rolle behält. Jetzt wissen wir, der Einwirkungsgrad ist offensichtlich ziemlich klein, denn warum sonst ist die Regierung nur grob informiert, strategisch scheinbar sogar gar nicht involviert, wenn doch der Kanton einen Drittel der Aktienanteile besitzt und zwei Leute im Verwaltungsrat hat? Diese Frage ist für mich nach wie vor ungeklärt. Und ich weiss ehrlich gesagt nicht recht, wie ich jetzt darauf reagieren soll.

Was heisst grob informiert? Für mich heisst das zumindest, dass die Informationen keine Zeitungsenten waren, weil wir haben aus Vanity Fair und Blick erfahren, dass die MCH Group einen grossen Super-Event plant. Es war die Rede von Elementen der Biennale Venedig, Burning Man-Festival und Ted-Talks. Scheinbar wurde auf LinkedIn sogar von einem Davos 2.0 gesprochen. So ein Anlass hat viele Vor- und Nachteile für Basel.

Die Fragen nach Chancen für Basel und die Gesellschaft und auch nach der Wirkung auf das Gewerbe wurden entsprechend beantwortet, vielen Dank dafür, aber auch hier, also bei der Beantwortung der Fragen 2 und 3, ist klar, dass eigentlich noch alles unklar ist. Über die Vor- und Nachteile eines Events werden wir also zu einem späteren Zeitpunkt noch sprechen müssen. Ich sehe jetzt schon ein No-Kings vielleicht an den Roche-Türmen, wir wissen es nicht. Unabhängig davon ist aber die Informationsgrundlage unbefriedigend.

Ich bin froh, dass der Regierungsrat die Meinung teilt, dass Veranstaltungen, wie sie das Basel Project eventuell werden könnte, gesellschaftlich und ökologisch verantwortungsvoll ausgestaltet werden sollen. Aber ich bin schon frustriert darüber, dass der Regierungsrat offensichtlich nicht informiert ist. Wie können dann die Eigenvertreter verantwortlich handeln, wenn sie gar nicht informiert sind? Es ist ja nicht möglich, gesellschaftliches und ökologisches Handeln sicherzustellen, wenn man eben gar nichts darüber weiss.

Für mich ist das enttäuschend, meine Frage, was machen wir jetzt? Der Standort Basel steht ja nicht einfach so zur Verfügung. Also unabhängig davon, ob wir das Basel Project gut oder schlecht finden, ist es notwendig, vor allem wenn dieses Event-Format schon dieses Jahr stattfinden soll oder auch nächstes Jahr, dass die Regierung, der Kanton, die Politik und die Bevölkerung informiert und einbezogen werden. Ich bin mit der Situation unzufrieden und ich hoffe, die Regierung auch. Denn sonst müssen wir die Frage der Aktien, die der Kanton hat, hier erneut aufs Parkett, uns fragen, ob wir die



abstossen sollen, wie das einmal die BastA gefordert hat. In diesem Sinne bin ich mit der Beantwortung der Regierung nicht zufrieden.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.11. Interpellation Nr. 39 Edibe Gögeli betreffend Deepfakes, pornografische Inhalte und digitale sexualisierte Gewalt im Kanton Basel-Stadt

[15.04.26 16:18:09, 26.5126.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie ist nicht anwesend.

18.12. Interpellation Nr. 40 Annina von Falkenstein betreffend Altersdiskriminierung durch das Bau- und Verkehrsdepartement bei der Autoabgabe-Prämie für Klimaziele

[15.04.26 16:18:33, 26.5127.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie ist nicht im Raum.

18.13. Interpellation Nr. 41 Melanie Nussbaumer betreffend Versorgungsabbau in der psychiatrischen Tagesbehandlung

[15.04.26 16:18:54, 26.5128.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: Im Rahmen der Erarbeitung der Rahmenausgabenbewilligung zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der basel-städtischen Spitäler für die Jahre 2026 bis 2029 mussten die Mittel priorisiert werden. Im Zuge dieser Priorisierung wurde ein Schwerpunkt auf die Mitfinanzierung von tagesklinischen Plätzen in der Psychiatrie gelegt. Der entsprechende Ausgabenbeschluss wurde von 3,9 Millionen auf 5,5 Mio. Franken erhöht. Es wurden allerdings doch wesentlich höhere Anträge seitens der Leistungserbringer gestellt, weshalb noch einmal Schwerpunkte auch innerhalb dieses Bereichs gebildet werden mussten. In diesem Zug wurde dann entschieden, die seit dem Jahr 2020 bestehende Praxis der Abgeltung tagesklinischer Angebote der Psychiatrie Basel-Landschaft nicht weiterzuführen.

Diese Entscheidung stützt sich auf drei wesentliche Punkte. Zum einen erlaubt die aktuelle Kapazitätssituation mit 145 Plätzen in Basel-Stadt, die psychiatrische tagesklinische Versorgung für die Bevölkerung im eigenen Kanton sicherzustellen. Zum anderen basierten die früheren Zahlungen nicht auf einem formellen schriftlichen Leistungsvertrag oder einer vertraglichen Vereinbarung. Diese Praxis wurde nun im Hinblick auf die neue, jetzt laufende GWL-Beitragsperiode bereinigt. Drittens ist darauf hinzuweisen, dass die früheren Abgeltungen zugunsten der Psychiatrie Basel-Landschaft unilateral erfolgten, also ohne dass Angebote in Basel-Stadt vom Kanton Basel-Landschaft auch vergütet worden wären.



Zu Frage 2: Der Entscheid wurde im Rahmen der Erarbeitung des Ratschlags zur Finanzierung der GWL 2026 bis 2029 getroffen. Das entsprechende Verfahren dafür sieht keine Einholung der Expertise von Zuweisenden vor. Aufgrund des bestehenden Leistungsangebots der Klinik Sonnenhalde sowie der UPK war der Einbezug von Zuweisenden für diesen Entscheid nicht erforderlich. Der Austausch mit den Leistungserbringerinnen und Leistungserbringern fand jedoch kontinuierlich sowie vertieft im Hinblick auf diese GWL-Verhandlungen statt.

Zu Frage 3: Für Patientinnen und Patienten aus dem Kanton Basel-Stadt sind keine Folgen in Bezug auf den Zugang, die Behandlungskontinuität oder die Kosten für tagesklinische Leistungen zu erwarten. Die grosse Mehrheit der Patientinnen und Patienten wurde bereits bis anhin in Kliniken im Kanton Basel-Stadt tagesklinisch behandelt und werden dies auch weiterhin. Die Daten der Jahre 2024 und 2025 verdeutlichen dies, in den letzten zwei Jahren wurden rund 95% der entsprechenden Pflegetage im Kanton Basel-Stadt in Anspruch genommen.

Zu Frage 4: Der Kanton Basel-Stadt hat sein tagesklinisches Angebot in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Patientinnen und Patienten können in den Tageskliniken im Kanton ohne Zugangsbarrieren immer vielfältigere Leistungen in Anspruch nehmen. Durch den Ausbau der Angebote hat sich der Zugang für Patientinnen und Patienten keinesfalls verschlechtert, sondern eben verbessert. Vor diesem Hintergrund ist nicht damit zu rechnen, dass der Wegfall der wenigen ausserkantonale genutzten tagesklinischen Angebote negative Auswirkungen auf die tagesklinische Versorgung hat. Durch eine kontinuierliche Evaluation der Inanspruchnahme dieser Angebote und einen engen Austausch mit den betroffenen Kliniken wird aber sichergestellt, dass wir das in Zukunft auch aktiv beobachten können.

Zu Frage 5: Der Kanton Basel-Landschaft leistet keine Abgeltungen für tagesklinische Aufenthalte seiner Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Dagegen nahm der Kanton Basel-Stadt bisher gegenüber der Psychiatrie Baselland eine kulante Haltung ein, ohne dass die UPK im Gegenzug von einer entsprechenden Gegenleistung profitiert hätten. Ein spezifischer Koordinationsbedarf bestand insofern nicht, als lediglich eine Angleichung jetzt an die Praxis des Nachbarkantons erfolgt ist.

Zu Frage 6: Der Entscheid hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft, vielmehr sind die beiden Kantone bestrebt, ihre Partnerschaft im Rahmen der gemeinsamen Gesundheitsregion über die stationäre Planung hinaus verstärkt auch auf die ambulante Planung auszuweiten. In diesem Kontext soll künftig auch die abgestimmte Ausfinanzierung der Tageskliniken über die Kantons Grenzen hinweg aber in beide Richtungen in den Fokus rücken.

Zu Fragen 7 und 8: Im Bereich der Tageskliniken wird das Angebot, wie bereits erwähnt, kontinuierlich weiterentwickelt und optimiert. Die Leistungsabdeckung wird nicht anhand einer auf bestimmte psychische Erkrankungen ausgerichteten Bedarfsanalyse analysiert, sondern auf Basis des stetigen Austauschs mit den Leistungserbringern evaluiert. Es zeigt sich dabei, dass das vorhandene tagesklinische Angebot im Kanton breit aufgestellt ist und das gesamte Spektrum an psychischen Erkrankungen abdecken kann. Die Versorgung der basel-städtischen Bevölkerung ist mit den Angeboten der UPK und der Klinik Sonnenhalde sichergestellt. Akutkrisen, bei denen tagesklinische Behandlungen ohnehin selten das passende Setting sind, sind mit den stationären Angeboten der UPK und des Universitätskinderspitals beider Basel ebenfalls abgedeckt.

Zu Frage 9: Der Regierungsrat erachtet es als permanente Aufgabe, negative Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten zu vermeiden und eine qualitativ hochstehende Versorgung zu gewährleisten. Die Entwicklung der tagesklinischen Angebote wird entsprechend begleitet und gefördert, so dass bei Bedarf dann auch notwendige Anpassungen vorgenommen werden könnten.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Melanie Nussbaumer (SP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Das war wirklich erhellend. Leider bin ich aber nur teilweise zufrieden damit.

Ich glaube, wir sind uns in einem Punkt einig, psychiatrische Tageskliniken sind kein Nice-to-have, sondern ein zentraler Bestandteil einer modernen integrierten Gesundheitsversorgung. Sie ermöglichen es vielen Patientinnen und Patienten, stationäre Aufenthalte zu vermeiden oder zu verkürzen und gleichzeitig im Alltag verankert zu bleiben. Gerade für Menschen, die psychisch erkrankt sind, zum Beispiel mit Abhängigkeitserkrankungen oder Traumafolgestörungen sind solche Angebote entscheidend und wie auch in der Interpellation ausgeführt, nicht beliebig austauschbar zwischen den Standorten. Hier haben wir eine Differenz. Für diese zwar wenigen Patientinnen und Patienten, die jetzt aufgrund dieser Kürzung der Abgeltungen den Standort wechseln mussten, ist das nicht einfach und wirklich, gerade wenn man psychisch belastet ist oder beeinträchtigt ist, ein Riesenerschwernis in der Gesundheitsförderung.



Vor diesem Hintergrund überzeugt mich die Argumentation des Regierungsrats nicht. Dass dieser Entscheid im Rahmen der GWL entschieden worden ist, war mir überhaupt nicht klar, war uns in der GSK wahrscheinlich auch überhaupt nicht klar, dass das mit dieser Priorisierung, mit diesem finanziellen Rahmen, der gesetzt wurde, irgendwie zusammenhängt. Ich muss auch sagen, dass wir schon damals bei der Debatte bezüglich GWL schon erwähnt haben, dass wir nicht zufrieden waren mit dem Ratschlag und wie das abgelaufen ist. Aber wenn ich jetzt das höre, bin ich noch unzufriedener. Es war so intransparent, was und wie genau mit diesen GWL entschieden worden ist, wie dieser Rahmen gesetzt wurde. Und jetzt gibt es noch diese Nebenwirkung, dass Abgeltungen gestrichen wurden für Tageskliniken im Kanton Baselland. Ich muss ehrlich sagen, das lässt mich auch ein bisschen ratlos zurück.

Ich finde es auch schwierig, wenn solche gesundheitspolitischen Versorgungsfragen nur aus finanzieller Perspektive gefällt werden. Sie haben jetzt gesagt, 95% der Patientinnen und Patienten gehen sowieso in Tageskliniken in Basel-Stadt, das heisst, es geht nur um 5% der Patientinnen, die Tageskliniken besuchen. Wie viel das in Zahlen genau ist, weiss ich nicht, aber ich nehme nicht an, dass das wahnsinnig viele Patientinnen und Patienten sind. Umso absurder ist, dass diese Abgeltungen gestrichen werden und diese Patientinnen und Patienten jetzt einen neuen Ort in Basel-Stadt suchen müssen, der ihnen passt und wo sie sich wohlfühlen.

Deshalb ist das aus gesundheitspolitischer Sicht meiner Meinung nach wirklich problematisch. Denn wenn passende Angebote wegfallen oder schwer zugänglich werden, entstehen auch nicht nur Versorgungslücken, sondern es drohen auch längere Krankheitsverläufe, mehr stationäre Aufenthalte und letztlich höhere Folgekosten. Verschiedene Zuweiser:innen haben mir auch nach dem BAZ-Artikel zu diesem Entscheid geschrieben, dass dieser Entscheid für die Gesundheit ihrer Patient:innen eben wirklich eine Katastrophe sei und dass der Regierungsrat diese Dimension nicht mehr berücksichtigt bei dieser kleinen Anzahl von Patientinnen und Patienten finde ich wirklich schwierig.

Zudem beurteile ich das Signal kritisch, das mit diesem Entscheid in Richtung Basel-Landschaft gesendet wird. Wir befinden uns in einer ohnehin angespannten Phase der Zusammenarbeit innerhalb der gemeinsamen Gesundheitsregion, das wissen wir alle, und gerade in so einem sensiblen Bereich wie der psychiatrischen Versorgung wäre es aus meiner Sicht zentral, dass die Kooperationen gestärkt werden, anstatt diese unilateral abzubauen. Ja, ich habe jetzt gehört, dass das sowieso von Seiten Basel-Stadt unilateral bis jetzt, also dass das bisher so war, dass Basel-Stadt Abgeltungen in Richtung Baselland bezahlt hat und umgekehrt nicht. Das ist natürlich schade, dass das nicht bilateral funktioniert und trotzdem finde ich, es tönt auch sehr fest danach, wie du mir, so ich dir. Ich habe eine andere Haltung und ich habe auch eine andere Erwartung an den Regierungsrat.

Der vorliegende Entscheid wirkt kurzfristig und solche Entscheide tragen auch nicht dazu bei, Vertrauen aufzubauen, dass das gut kommt mit der gemeinsamen Gesundheitsregion, im Gegenteil. Ich erwarte jetzt vom Regierungsrat, dass er die Auswirkungen auf die Versorgung sehr genau monitoriert, insbesondere den Zugang für diese vulnerable Patientinnengruppe im Blick behält und bereit ist, den Entscheid zu korrigieren, wenn sich negative Folgen zeigen oder wenn sich Kooperationsbereitschaft von Seiten Baselland zeigt. Ich erwarte wirklich, dass Basel-Stadt in der Zusammenarbeit mit Basel-Landschaft wieder aktiver die Hand ausstreckt anstatt sie zurückzuziehen.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.14. Interpellation Nr. 42 Tim Cuénod betreffend weitere problematische Fälle bei der Kantonspolizei Basel-Stadt

[15.04.26 16:31:10, 26.5136.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Damit hat Regierungsrätin Stephanie Eymann das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Einleitende Bemerkungen: Polizistinnen und Polizisten sorgen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung der Gesetze. Deshalb sind die Erwartungen der Bevölkerung an die Kantonspolizei zu recht hoch. Das Fehlverhalten eines einzelnen Polizisten kann das Vertrauen der Bevölkerung in die Kantonspolizei und somit in alle anderen Polizistinnen und Polizisten beeinträchtigen und ihre Arbeit erschweren. Es ist im Interesse der Kantonspolizei, keine Zweifel an der Integrität ihrer Mitarbeitenden aufkommen zu lassen. Aus diesem Grund verlangt die



Kantonspolizei von den Angehörigen des Polizeikorps, gegen sie eingeleitete Strafverfahren unverzüglich und von sich aus auf dem Dienstweg der Polizeileitung zu melden. Bei Verdacht auf eine strafbare Handlung eröffnet die Polizeileitung ein personalrechtliches Verfahren und prüft während des Strafverfahrens sowie nach Vorliegen eines Urteils, ob personalrechtliche Massnahmen angezeigt sind. Die betroffenen Mitarbeitenden haben den Stand des Verfahrens laufend zu melden und entsprechende Unterlagen weiterzuleiten.

In dem in der Interpellation genannten Fall erfolgte die Information nicht durch den betroffenen Mitarbeitenden, sondern durch die Staatsanwaltschaft, welche die Kantonspolizei am 4. März 2026 über das laufende Strafverfahren informierte. Kurz darauf, am 25. März 2026, erging das Urteil des Strafgerichts in einem anderen Verfahren, wodurch sich eine neue Lage ergab. Es gilt festzuhalten, dass bei der Kantonspolizei eine Nulltoleranz gegenüber strafbarem Verhalten gilt. Sobald entsprechende Kenntnisse vorliegen, werden gestützt auf den jeweiligen aktuellen Kenntnisstand und die bekannte Verfahrenslage personalrechtliche Massnahmen geprüft und je nach Sachlage eingeleitet.

Zu Frage 1: Ja, gegen einen der genannten Mitarbeitenden läuft ein Strafverfahren.

Zu Frage 1a: Das Strafverfahren wurde nach dem Entscheid des Appellationsgerichts am 15. September 2025 eröffnet.

Zu Fragen 1b und c: Die Kantonspolizei beurteilt personalrechtliche Massnahmen jeweils gestützt auf Kenntnisstand und Verfahrenslage. Sie wurde erst am 4. März 2026 durch die Staatsanwaltschaft über das Strafverfahren informiert.

Zu Frage 1d: Nein, die Kantonspolizei wusste erst seit dem 4. März 2026 von dem Strafverfahren.

Zu Frage 1e: Bis zum Urteil des Strafgerichts vom 25. März 2026 lagen keine belastbaren Hinweise auf ein strafbares Verhalten dieser Mitarbeitenden vor. Sie wurden im damaligen Verfahren nicht beschuldigt. Erst im Rahmen des Gerichtsurteils wurden Aussagen der Mitarbeitenden als unglaubwürdig gewürdigt und damit eine neue Ausgangslage geschaffen.

Zu Frage 1f: Aufgrund der justiziellen Unabhängigkeit kann der Regierungsrat keine Entscheide der Staatsanwaltschaft und der Gerichte kommentieren.

Zu Frage 1g: Wie erwähnt, hat die Kantonspolizei erst am 4. März 2026 Kenntnis über das betreffende Strafverfahren. Massgeblich für personalrechtliche Massnahmen sind der jeweilige Kenntnisstand und die Verfahrenslage.

Zu Frage 1h: Nein, der Regierungsrat hat davon keine Kenntnis.

Zu Frage 2: Ja, Einsätze werden zeitnah aufgearbeitet, sobald entsprechende Hinweise vorliegen, etwa durch Anzeigen, Beschwerden oder interne Meldungen. Je nach Sachlage werden personalrechtliche Massnahmen geprüft und eingeleitet.

Zu Frage 3: Der Polizeikommandant hat klar kommuniziert, dass das Decken von Fehlverhalten ein schwerwiegender Verstoss gegen Gesetz und Werte ist. Die Meldung von Fehlverhalten ist nicht nur ausdrücklich gewünscht, sondern Teil der beruflichen Verantwortung. Fehlverhalten wird denn auch intern konsequent aufgearbeitet und wo erforderlich personalrechtlich geahndet. Betroffene Mitarbeitende werden begleitet und betreut.

Zu Frage 4: Mitarbeitende werden im Rahmen der Ausbildung Führung und interner Kommunikation über Meldemöglichkeiten informiert. Neben dieser proaktiven Kommunikation finden Mitarbeitende die Informationen zu den Anlaufstellen auch im Intranet. Die Kontaktaufnahme mit der Ombudstelle oder der externen Anlaufstelle gegen Diskriminierung erfolgt direkt von den Betroffenen, also nicht über die Vorgesetzten. Sie ist ausserdem nicht auf die meldende Person zurückführbar. Damit soll sichergestellt werden, dass persönliche Differenzen mit anderen Mitarbeitenden oder Vorgesetzten oder die Furcht vor internen Konsequenzen eine Meldung nicht behindern oder verhindern.

Zu Frage 5: Jede Polizistin und jeder Polizist hat ein Gelübde abgelegt und sich zum Schutz von Recht und Gesetz bekannt. Darüber hinaus hat die Kantonspolizei ihre hochgehaltenen Werte konkretisiert. Die Werte sind im Dokument Schwerpunkte und Ziele der Polizeileitung festgehalten. Diese wurden innerhalb der Kantonspolizei mehrfach kommuniziert und verbreitet.

Zu Frage 6: Nein, die Kantonspolizei verlangt von ihren Mitarbeitenden, dass sie ihre Pflichten ohne Ansehen der Person vorurteilslos und unbestechlich nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, wie es im Gelübde heisst. Fehlverhalten zu decken wäre eine falsch verstandene Kollegialität und der Bruch des Gelübdes.

Zu Frage 7: Bei Hinweisen auf potenzielle Verstösse erfolgen interne Abklärungen. Je nach Sachlage werden sodann personalrechtliche Massnahmen geprüft und eingeleitet. Aus den genannten Gründen ist es im ureigenen Interesse der Kantonspolizei, dass Fehlverhalten der eigenen Mitarbeitenden aufgearbeitet und sanktioniert wird.

Zu Frage 8: Solchen Tendenzen wird entgegengewirkt mit klarer Führung, gezielter Ausbildung und Sensibilisierung, niederschwelligen Meldemöglichkeiten sowie konsequenter Aufarbeitung und Ahndung von Fehlverhalten.



Michael Hug (LDP): Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Das Wort geht an Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich bin mit der regierungsrätlichen Antwort nur zu einem kleinen Teil zufrieden. Die Fragen werden mit ein paar Ausnahmen beantwortet. Ich zweifle nicht an der Haltung der Departementsvorsteherin oder des Polizeikommandanten und ihrem offenkundigen Willen, bei Verfehlungen harte Konsequenzen folgen zu lassen.

Ich stelle fest, dass nach Aussage des JSD die Leitung der Kantonspolizei bis Anfang März dieses Jahres nicht darüber im Bilde war, dass es im August 2023 zu gewalttätigen Grenzüberschreitungen eines Polizisten gegenüber einem Migranten gekommen sein soll. Laut WOZ war der nun verurteilte Polizist, der trotz des schon gegen ihn laufenden Strafverfahrens weiterhin im Aussendienst tätig und bei diesem mutmasslichen weiteren gewalttätigen Übergriff wieder mit von der Partie. Ob das wirklich so war, wird nicht beantwortet, und ich frage mich, wie es sein konnte – und das fällt nicht in die Verantwortung des jetzigen Polizeikommandanten -, dass der Polizist, gegen den ein Verfahren läuft, weiterhin im Aussendienst tätig ist. Es ist auch nicht klar, ob da eine Dienstversetzung erfolgt ist, aber zumindest steht dieser Vorwurf im Raum, und da wurde meine Frage nicht beantwortet. Ich frage mich, ob es wirklich sein kann, dass die Kapo nicht über die Beschuldigung und eine weitere Verfahrenseröffnung wegen Handlungen, die im Dienst geschehen sind, informiert war. Wie ist es möglich, dass diese Informationen nicht vorliegen?

In der Frage 1f habe ich nach der Entscheidungsbegründung der Gerichte und der Stawa gefragt. Die Stawa wollte ursprünglich kein Verfahren eröffnen, das Appellationsgericht hat die Stawa dazu angehalten, es doch zu tun. Die Information, weswegen das Appellationsgericht das getan hat, liegt mir nun von anderer Seite vor, hingegen weiss ich nicht, warum die Stawa kein Verfahren eröffnen wollte. Es ist schon ungewöhnlich, dass das Appellationsgericht die Stawa gegen ihren Willen dazu anweist, ein Verfahren zu eröffnen.

Ich stelle weiter fest, dass der wegen Körperverletzung beschuldigte Polizist einer derjenigen drei ist, gegen die die Stawa nun ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch und falschen Zeugnissen eröffnet hat. Ich habe von verschiedener Seite zu diesen drei freigestellten Polizisten sehr unterschiedliche Informationen erhalten, durchaus auch nicht nur negative, aber es ist schon ziemlich schwerwiegend, wenn dem so ist, dass gegen einen drei ein solches Verfahren mit schwerer Beschuldigung eröffnet wurde und dann wieder dabei war.

Weiter sagt Regierungsrätin Stephanie Eymann, Einsätze würden zeitnah aufgearbeitet, sobald entsprechende Hinweise auf Verletzung von Dritten vorliegen, Anzeigen, Beschwerden, interne Meldungen. Da die Kapo im vorliegenden Fall nicht informiert war, stelle ich fest, dass keine zeitnahe Aufarbeitung stattfinden konnte. Ich stelle auch fest, dass die Information über die Ombudsstelle als Beschwerdemöglichkeit zumindest einigen mir bekannten Polizistinnen und Polizisten nicht bekannt war.

Wir alle wünschen uns, und das haben wir mit dem GPK-Bericht zum Ausdruck gebracht, eine funktionierende Polizei mit einem genügend grossen Bestand. Und wir hoffen, dass das gelingt. Es ist aber auch klar, dass es Veränderungen braucht in diesen sogenannten Kulturfragen, und es gibt da immer wieder und zu viele problematische Fälle. Der Eindruck festigt sich, dass es eben diese Lehmschichten gibt, dass die Polizeileitung bei weitem nicht immer informiert wird und dass das Decken von Fehlverhalten viel zu häufig vorkommt. Dabei braucht es jetzt nicht nur harte Massnahmen, sondern es braucht auch Supervisionen, indem man nach problematischen Einsätzen miteinander spricht, gewisse Dinge aufarbeitet. Das soll relativ schnell geschehen, damit die Information innerhalb der Polizei auch zirkulieren, dass wirklich eine Veränderung in der Haltung stattfindet, dass eine Vertrauenskultur gefördert wird. Ich denke, es ist offensichtlich, dass einiges im Argen liegt, und ich bin sehr gespannt auf die Reformschritte, die in die Wege geleitet werden.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.15. Interpellation Nr. 43 Franziska Stier betreffend Schatten und Gesundheitsschutz

[15.04.26 16:44:00, 26.5137.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Damit geht das Wort an Regierungsrat Lukas Engelberger.



RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich darf Ihnen die Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt beantworten.

Zu Frage 1: In den verschiedenen Departementen gibt es zu den einzelnen Aspekten des Themas Hitze Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Bevölkerung in den verschiedenen Dienststellen. Im Bereich des Hitzeschutzes sind dies insbesondere im Präsidialdepartement die Fachstelle Klima und die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung, im Bau- und Verkehrsdepartement die Dienststellen Städtebau und Architektur, Stadtgärtnerei sowie Mobilität, im Gesundheitsdepartement die medizinischen Dienste, im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt das Amt für Umwelt und Energie sowie im Erziehungsdepartement der Bereich Volksschulen.

Zu Fragen 1b und e: Auf strategischer Ebene ist das Thema Klima, das auch die Hitzethematik mit einschliesst, im Präsidialdepartement verankert. Ziele und Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sind in der kantonalen Klimaschutzstrategie und im Aktionsplan mit dem Ziel Netto Null 2037 festgehalten. Die einzelnen Ziele und Massnahmen zur Anpassung an die Klimaerwärmung sind im Bericht Anpassung an den Klimawandel im Kanton Basel-Stadt von 2021 aufgeführt, welcher aktuell überarbeitet wird. Die departementsübergreifende Abstimmung im Bereich Klima erfolgt über die regierungsrätliche Delegation Klima, welcher der Vorsteher des Präsidialdepartements, die Vorsteherin des BVD sowie der Vorsteher des WSU angehören. Diese Delegation dient der strategischen Koordination klimapolitischer Fragestellungen unter den betroffenen Departementen.

Und noch zu Frage 1d: Im Gesundheitsdepartement stehen für das Programm Hitze regulär zehn Stellenprozente zur Verfügung sowie bis Ende 2026 befristet 20 Stellenprozente für die Erarbeitung des Konzepts kühle Räume. Im BVD stehen 200 Stellenprozente für die Koordination der Umsetzung des Stadtklimakonzepts zur Verfügung, darüber hinaus erfolgt die planerische und bauliche Umsetzung im Rahmen der bestehenden Personalressourcen. Im Präsidialdepartement stehen 50 Stellenprozent für die Planung der Anpassungsmassnahmen zur Verfügung und der Hitzeschutz ist Teil davon.

Zu Frage 2a: Im Rahmen des für das Jahr 2027 geplanten Projekts kühle Räume soll die Kommunikation gegenüber der Bevölkerung weiter gestärkt werden. Derzeit werden die dafür notwendigen Gelder über ein Förderprogramm des Bundesamts für Umwelt beantragt.

Zu Frage 2b: Die im Hitzemassnahmeplan vorgesehenen Massnahmen basieren auf entsprechenden Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit und werden jährlich ausgewertet. Laufend überprüft wird sodann auf der Internetseite der medizinischen Dienste des Gesundheitsdepartements aufgeführte Auflistung von Räumen, die bei Hitze zu bestimmten Öffnungszeiten öffentlich zugänglich sind. Zudem werden Seniorinnen und Senioren im Rahmen des jährlichen Versands von Informationen zum Verhalten bei Hitze regelmässig zu ihrem Informationsbedarf befragt.

Zu Frage 2c: Der Regierungsrat hat die Einführung eines sogenannten Badi-Systems bereits geprüft. Dieses in der Stadt Genf praktizierte Modell entspricht einer Präventionsmassnahme bei Hitzewellen, bei der Freiwillige oder Sozialdienste gefährdete ältere Personen zu Hause besuchen oder anrufen. Im Rahmen seiner Prüfung kam der Regierungsrat zum Schluss, dass der Nutzen dieses Modells für den Kanton Basel-Stadt im Verhältnis zum Aufwand eher klein wäre.

Zu Frage 2d: Die Anrufzahlen und Anfragen werden jährlich ausgewertet. Sie sind bisher überschaubar. Im Jahr 2024 erfolgten 19 Anrufe, 2025 waren es deren sechs. Derzeit werden Möglichkeiten zur besseren Bekanntmachung dieses Angebots geprüft.

Zu Frage 2e: Mit der App von Meteo Schweiz steht bereits ein etabliertes und verbreitetes Instrument zur Verfügung. Aus Sicht des Regierungsrats sollte aus Gründen der Effizienz und des haushälterischen Einsatzes entsprechender Mittel auf den Aufbau von Redundanzen verzichtet werden. Erwähnen kann ich noch, dass das Gesundheitsdepartement einen WhatsApp-Kanal Gesundheit Basel betreibt, welcher für eine Kommunikation zum Hitzeschutz ebenfalls genutzt werden kann.

Zu Frage 3: Wie bereits erwähnt, haben die medizinischen Dienste des Gesundheitsdepartements auf ihrer Internetseite seit längerem eine Liste von Räumen publiziert, die bei Hitze zu bestimmten Öffnungszeiten öffentlich zugänglich sind. Ein eigentliches Projekt «Kühle Räume» ist für das nächste Jahr geplant und soll das bestehende Angebot erweitern.

Zu Frage 3a: 2025 wurden auf dem Stadtgebiet 54 Sonnenschirme an 16 Standorten, 56 Pflanzgefässe an 14 Standorten sowie 11 Sprühnebelverdunster installiert. Für dieses Jahr ist eine Erweiterung um 16 zusätzliche Sonnenschirme an 11 Standorten vorgesehen. Zusätzlich stehen schattige Aufenthaltsorte in allen Grünanlagen sowie auf Allmendflächen mit Strassenbäumen zur Verfügung.

Und zur letzten Teilfrage 3b: Spezielle Schatteninseln sind zurzeit nicht geplant. In nahezu allen laufenden Allmendprojekten werden in der Planungsphase jedoch Baumpflanzungen geprüft und anschliessend im Zuge der Baumassnahmen wo immer möglich auch realisiert.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



Franziska Stier (BastA): Ich bedanke mich auch im Namen der Altersorganisationen für die Beantwortung meiner Interpellation. Sie gibt mir aber auch ihnen einen Überblick über die laufenden Projekte und mögliche Punkte, an denen auch wir weiterhin konkret ansetzen und Verbesserungen vorschlagen können, zum Beispiel konkrete Ansprechpersonen im ED und natürlich auch Stellenprozente, da Kinder ganz besonders von Hitze betroffen sind.

Mir ist es ein Anliegen, dass unsere Stadt im Sommer für alle zugänglich ist und die Antwort zeigt, dass im Grundsatz der Gesamtregierungsrat gefordert, aber auch involviert ist. Es scheint mir jedoch auch der Fall zu sein, dass einige der Projekte noch besser kommuniziert werden könnten und es gibt an der einen oder anderen Stelle in der Interpellationsbeantwortung auch Nichtantworten. Aber ich interpretiere das nun so, dass damit Offenheit signalisiert wird und die Regierung auch offen ist für konkrete Verbesserungsvorschläge. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Antworten, erkläre mich vorläufig zufrieden und werde Rücksprache mit den Altersorganisationen nehmen.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

18.16. Interpellation Nr. 44 Barbara Heer betreffend Stellenwert der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Basel

[15.04.26 16:52:45, 26.5138.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Das ist nicht der Fall.

18.17. Interpellation Nr. 45 Lisa Mathys betreffend Ziel der erneuerbaren, unabhängigen Energieversorgung weiterverfolgen, statt über AKW-Luftschlösser diskutieren

[15.04.26 16:53:04, 26.5139.01]

Michael Hug (LDP): Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt.

Die heutige Stromversorgung des Kantons Basel-Stadt ist erneuerbar und kernenergiefrei. Bereits in den 1970er-Jahren führten die Ölpreiskrisen sowie der regionale Widerstand gegen das geplante AKW Kaiseraugst zu einem Umdenken in der Energiepolitik. Der Kanton Basel-Stadt hat darauf früh und entschlossen reagiert. Bereits 1983 trat eines der ersten kantonalen Energiegesetze der Schweiz in Kraft. Dieses Gesetz setzte bewusst klare Prioritäten. Es stärkte die Energieeffizienz, insbesondere im Gebäudebereich, und förderte gezielt den Ausbau erneuerbarer Energien. Gleichzeitig wurde ein Zuschlag auf den Strompreis eingeführt. Mit diesen Mitteln investiert der Kanton seit über 40 Jahren konsequent in eine sparsame und umweltgerechte Energieversorgung.

Besonders klar ist die Situation beim Thema Atomstrom. Im Kanton Basel-Stadt gilt ein ausdrückliches Verbot. Dieses ist in der Kantonsverfassung verankert und hält fest, dass sich der Kanton gegen die Nutzung der Kernenergie stellt und keine Beteiligung an Kernkraftwerken eingeht. Für den Regierungsrat ist dies verbindlich. Er hält sich an diesen klaren verfassungsmässigen Auftrag und vertritt diesen gegen aussen.

Zu Frage 1a: Die Ölkrise in den Siebzigerjahren, der Ukraine-Krieg und auch der momentane Krieg im Nahen Osten zeigen die hohe Abhängigkeit bei fossilen Brennstoffen von instabilen Staaten. Eine Stärkung der erneuerbaren Energien und stabilen Rahmenbedingungen mit der EU im Strombereich stärken deshalb die Souveränität der Schweiz.

Zu Frage 1b: Der Regierungsrat ist überzeugt, dass eine erneuerbare Energieversorgung den Werkplatz Schweiz wirtschaftlich stärkt. Diese Einschätzung basiert nicht nur auf politischen Überlegungen, sondern wird auch von der Wirtschaft selbst klar bestätigt. Zudem ist eine nachhaltige und verlässliche Energieversorgung ein wichtiger Standortfaktor.



Zur Frage 1c: Der Regierungsrat hält konsequent an seiner bewährten Energiepolitik fest. Die Erfahrung in Basel-Stadt lehrt, dass eine klare Absage an die Kernenergie den Fokus auf die Erneuerbaren gestärkt und vorangetrieben hat.

Zur Frage 1d: Der Regierungsrat ist klar der Meinung, dass der Kurs von Basel-Stadt energiepolitisch richtig ist und dass auf die Nutzung von Kernenergie zu verzichten ist, so wie es die Kantonsverfassung vorgibt.

Zur Frage 1e: Investitionen in neue Anlagen der Kernenergie sind zurzeit überhaupt nicht wirtschaftlich und müssen durch den Staat sehr stark subventioniert werden. Deshalb ist zurzeit auch kein Schweizer Energieversorger bereit, in neue Atomkraftwerke zu investieren.

Zu Frage 1f: Neben dem Ausbau von bisherigen und neuen erneuerbaren Energien zur Stromproduktion ist für den Regierungsrat die Einbindung der Schweiz in den europäischen Strommarkt im Rahmen des Stromabkommens mit der EU eine wesentliche Grundlage für die künftige Stromversorgungssicherheit in der Schweiz.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat hat keine Kenntnis vom erwähnten Bericht der Finanzkommission des Nationalrats.

Zu Frage 3: Ja, die Basler Energiepolitik, die auf Eigeninvestitionen in erneuerbare Energien setzt, wird konsequent fortgesetzt.

Zu Frage 4a: Massgebend sind Artikel 31 der Kantonsverfassung sowie Artikel 1 des kantonalen Atomschutzgesetzes, welche den Regierungsrat verpflichten, sich gegen die Nutzung von Kernenergie und die Errichtung von Atomkraftwerken einzusetzen. Eine entsprechende eidgenössische Vorlage würde den Regierungsrat verpflichten, Stellung zu beziehen und sich gegen eine Aufhebung des Neubauverbotes auszusprechen.

Zu Frage 4b: Der Kanton Basel-Stadt bringt seine Anliegen im Bereich des Atomschutzes unter anderem durch die finanzielle Beteiligung am trinationalen Atomschutzverband TRAS ein. Der Regierungsrat steht mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern in regelmässigem Austausch und vertritt seine Position auch in der Konferenz der kantonalen Energiedirektorinnen und -direktoren ENDK und gegenüber dem Bundesrat. Er pflegt ebenfalls einen engen Austausch mit dem Kanton Basel-Landschaft, dessen Gesetzgebung gleiche Zielsetzungen im Bereich Atomschutz verfolgt.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist. Das Wort geht an Lisa Mathys

Lisa Mathys (SP): Besten Dank für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin froh zu hören, dass sich der Regierungsrat unseres Kantons nicht beirren lässt und sich des Auftrags der Bevölkerung bewusst ist. Ich verstehe, dass bei der regierungsrätlichen Beantwortung eine gewisse Diplomatie angezeigt war und man weder dem Bundesrat noch dem Bundesparlament an den Karren fahren will. Gerne springe ich da in die Bresche, denn ich finde es schon wichtig, ein paar Dinge deutlich zu benennen.

Diese Luftschlossdebatte ist schädlich für die unabhängige Energieversorgung der Schweiz und bremst den Zubau der Erneuerbaren im ganzen Land insgesamt ohne Not aus, auch wenn wir hier in Basel-Stadt trotzdem weitermachen. Und sie schadet so auch einer ganzen Branche, die sich darauf einstellen können sollte, die Energiewende zu prüfen. Stattdessen macht man wieder ein Hin und Her wegen einer Technologie, die weder reif ist noch in nützlicher Frist den Strom liefern kann, den wir brauchen.

An die bürgerlichen Kolleg:innen appelliere ich, rufen Sie Ihren Parteikolleg:innen im Bundesparlament in Erinnerung, dass uns neue AKW keineswegs unabhängig machen würden. Ganz im Gegenteil: Uran, der zentrale Rohstoff für den Betrieb von Kernkraftwerken stammt grösstenteils aus politisch instabilen Regionen und schafft Abhängigkeit von Ländern wie Russland oder Kasachstan. Haben wir von jüngsten Energiekrisen wirklich einfach gar nichts gelernt? Die Berichterstattung über die laufende Debatte legt es nahe

Unabhängig werden wir mit erneuerbarer Stromproduktion. Zudem können Sie Ihren Kolleg:innen auch mitgeben, dass der Wille der Bevölkerung klar war und dass gerade der Widerstand gegen Kaiseraugst die ganze Region Basel geprägt hat, unsere Kantone werden doch diesen demokratisch legitimierten Auftrag des Ausstiegs nie und nimmer preisgeben wollen. Gerade in unsicheren Zeiten braucht es Verlässlichkeit, und wir sollten der Bevölkerung zeigen, dass demokratische Entscheide Gültigkeit haben und wir in der Politik danach handeln.

Last but not least, die Zeit, das Geld. Atomkraftwerke der neusten Generation sind wie schon erwähnt Jahrzehnte weg von einer Realisierung. Es sind pro Reaktor Milliardeninvestitionen nötig, aktuell werden 13 Milliarden pro Reaktor geboten. In Frankreich sieht man, dass das realistischerweise sich auf ein Mehrfaches erhöht. Kommt hinzu, dass der Spass nicht versicherbar ist. Und die Abfallentsorgung – zur Erinnerung, es handelt sich um radioaktiven Abfall –, ist weder gelöst noch gratis, im Gegenteil. Sie können alle selber rechnen. Es ist kein Wunder, dass kein Unternehmen ein solches Projekt



umsetzen will. Dieser Strom würde unbezahlbar, ausser wir subventionierten das einfach alles massiv, und das finden Sie doch sonst immer des Teufels.

Damit beende ich meinen Appell, ich erkläre mich zufrieden mit den Antworten der Regierung und hoffe, dass hinter geschlossenen Türen dazu vielleicht noch etwas klarere, weniger diplomatische Worte gesprochen werden.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und so sind es auch die Interpellationen. Ich gebe die Ratsführung zurück an die Grossratspräsidentin.

20. Motion 2 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Verkaufs von pyrotechnischen Gegenständen an Private

[15.04.26 17:02:07, 26.5067.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich erlaube mir, gleich zu beiden kommenden Motionen von Andrea Strahm, die ich ja sonst eigentlich sehr schätze, zu sprechen, zu zwei Feuerwerksprohibitionsmotionen. Die eine, geschätzte Damen und Herren, ist widersinnig und die andere, gestatten Sie mein Wort, ist lächerlich. Beginnen wir zuvorderst. Bei beiden Motionen heisst es einleitend, das Abbrennen von Feuerwerk hätte massiv zugenommen. Ich habe damals ChatGPT bemüht und festgestellt, dass bei allen verfügbaren Zahlen, egal ob man beim BAFU nachschaut oder bei der Industrie oder im Aussenhandel, alle verfügbaren Zahlen darauf hindeuten, dass das Abbrennen von Feuerwerken in der Schweiz in den letzten 15 Jahren stabil geblieben ist. Also von einer massiven Zunahme kann keine Rede sein. Weiter heisst es, dass Tage und Wochen vor den Feiertagen, gemeint sind der 1. August und der 31. Dezember, die Knallerei beginne. Sorry, aber an diesen Tagen gibt es in diesem Kanton schon ein Abbrennverbot. Der Kanton hat eingeführt, dass man nur an drei Tagen im Jahr Feuerwerk abbrennen darf und auch das nur, ich glaube, zu je sechs Stunden. Überall sonst an 362 Tagen des Jahres gibt es das Abbrennverbot, wie es diese Motion fordert, bereits.

Mein Empfinden ist, dass das durchaus Wirkung entfaltet hat. Mein Empfinden ist, dass durchaus deutlich weniger Feuerwerk abgebrannt wird, zumindest im Kleinbasel. Falls das Gesetz nicht eingehalten wird an diesen 362 Tagen, dann haben wir ein Vollzugsproblem und dann müssen wir über den Vollzug sprechen, aber nicht mit einer Motion eine neue Gesetzgebung fordern, die eine bestehende Gesetzgebung ergänzt, ersetzt oder parallel zusätzlich noch verstärken soll.

Nun, meine Damen und Herren, zum Lächerlichen. Am letzten 1. August, und ich oute mich hier horribile dictu als jemand, der Feuerwerk abbrennt, habe ich mein Feuerwerk im Kanton Aargau gekauft. Ich habe es anschliessend dann zollfrei in den Kanton Basel-Stadt importiert. Ich hätte es vermutlich auch in Münchenstein, Birsfelden, Allschwil oder Binningen einkaufen können, dann hätte ich es erst noch zu Fuss oder zumindest mit dem Tram oder mit dem Velo wahrscheinlich über die Grenze schmuggeln können. Sie sehen, worauf ich hinaus will. Wenn wir im Kanton Basel-Stadt kein Feuerwerk mehr verkaufen, dann wird das das Verhalten der Bevölkerung in unserem Kleinstkanton in keiner Art und Weise beeinflussen. Alles andere ist naiv. Feuerwerkabbrennen ist für beträchtliche Teile unserer Bevölkerung ein Bedürfnis, genau wie es für andere Teile der Bevölkerung ein Bedürfnis ist, an einem Rave teilzunehmen, an einer Demonstration, an einem Musikfestival oder sonst an irgendeinem Anlass, der gewisse Emissionen erzeugt. Jeder dieser Anlässe, auch das Abbrennen von Feuerwerk, hat nicht nur Fans, auch die Fasnacht hat nicht nur Fans. Aber es käme ja niemandem in den Sinn, eine Tradition wie die Fasnacht in Frage zu stellen.

Weshalb dann die Tradition des Feuerwerksabbrands? Irgendwo haben wir doch hier einen Gesellschaftsvertrag. Wir alle haben gewisse Dinge, die wir mögen, die andere stören, also übertreiben wir es nicht. Deshalb hat die Regierung ja eben auch diesen Vorschlag durchgesetzt, dass es nur noch an drei Tagen im Jahr gestattet ist, genau gleich wie die Fasnacht auch nur an drei Tagen im Jahr stattfindet.

Zusammenfassend, die SVP-Fraktion will also keine Prohibition beim Feuerwerk und will keine zusätzliche Einschränkung bei einer alten Tradition und bittet Sie deshalb, beide Motionen abzulehnen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie hier nur Einzelvoten halten können und keine Fraktionssprechenden sind. Entsprechend haben Sie auch nur fünf Minuten Redezeit. Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich werde Ihnen folgen und auch zu beiden Motionen sprechen, da Sie ja gleichzeitig die gleiche Problematik behandeln. Ich denke und ich hoffe, dass wir uns hier im Rat einig sind dass es zu Ärgernissen kommt rund um das Abfeuern von Feuerwerk und Boltern hier in dieser Stadt. Ob es zunimmt oder nicht, bleibe dahingestellt, ich wohne auch im unteren Kleinbasel und ich empfinde es, als ob es massiv zugenommen hat. Was zugenommen hat, ist vielleicht nicht die Menge, aber was zugenommen hat ist die Zeit, in der Feuerwerk abgelassen wird, also da gibt es dann rund um Silvester und 1. August keine Grenzen mehr, dann wird wirklich morgens um 5, um 6 Uhr noch, wenn man dann langsam ins Bett gehen will, noch geböllert. Und was ich auch selber beobachte, es wird halt überall geböllert, in den Hinterhöfen, es wird auch auf Leute gezielt, etc. Also es ist ja nicht nur die Menge, sondern es ist auch der Umgang mit diesen Feuerwerkskörpern.

In den einführenden Worten dieser beiden Motionen sind viele weitere Problematiken aufgeführt, wo es halt eben stört und wo es nicht ideal ist und ich denke, wenn man ein Abfeuerungsverbot hat und es nicht durchsetzen kann, dann ist vielleicht die nächste Stufe das Verkaufsverbot. Über die Sinnhaftigkeit können wir natürlich diskutieren, aber ich möchte da auch gerne mal noch die Antwort vom Regierungsrat hören.

Ich möchte dann noch ein paar Worte zur Umweltschädlichkeit und zur Lärmschädlichkeit sagen. Da können Sie auch auf der Webseite des Bundesamts für Umwelt viele interessante Informationen erhalten. Es gibt einen neuen Eintrag vom Dezember 2025. Leider ist die umfassende Studie, die dabei verlinkt ist, schon über zehn Jahre alt, aber ich denke, die Situation hat sich nicht wahnsinnig stark verändert seither. Gemäss dieser Studie werden pro Jahr in der Schweiz 1'000 bis 2'000 Tonnen Feuerwerkskörper verbraucht. Die Menge ist scheinbar mehr oder weniger stabil, aber es ist eine enorme Menge. Von dieser Menge Feuerwerkskörper landen dann schlussendlich 200 bis 400 Tonnen Feinstaub in der Umwelt, oftmals in sensiblen Gebieten, Naturschutzgebieten, in Oberflächengewässern, aber auch auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und das ist dann etwas, das wir nachher auch noch zu uns nehmen über die Nahrung. In diesem Feinstaub sind, das wissen wahrscheinlich die meisten, Schwermetalle, die dazu gebraucht werden, dass die Lichteffekte entstehen, dass es Farbeeffekte gibt, wenn es in der Luft detoniert.

Für die meisten sind diese Feinstäube sehr problematisch, für uns Menschen, für ältere angeschlagene Menschen, für Leute mit Atemwegsproblemen, aber auch für Tiere. Diese Feinstäube, da gibt es auch Messungen, sind wirklich extrem erhöht, die Grenzwerte werden massiv überschritten in urbanen Gebieten, wenn dann eben Silvester oder 1. August ist, vor allem an Silvester, weil wir da oftmals noch die Inversionslage haben, das heisst, dass dann die Stäube hier unten bleiben und sich nicht noch verteilen. Das sind massive gesundheitliche Wirkungen auf Mensch und Tier. Der Lärm, dazu gibt es leider keine Zahlen, ist auch enorm, vor allem wenn man dann morgens um drei Uhr noch von einem Feuerwerkskörper überrascht wird, der nicht rund um den 1. August oder Silvester abgefeuert wird.

Nun stellt sich die Frage, wie können wir oder wie wollen wir mit diesen Entwicklungen umgehen? Ich kann aus der Studie, die auf der Webseite des BAFU aufgeschaltet ist, zitieren, da ist geschrieben, dass sich ältere und vulnerable Personen sich möglichst von diesen Feuerwerks-Events fernhalten sollten. Ja, wie machen wir das denn hier in Basel-Stadt? Ich im Kleinbasel bin umgeben von Feuerwerk während diesen Tagen. Soll ich jetzt jedes Mal zwei Tage die Stadt verlassen? Gut, es ist eine andere Frage, wie alt man sein muss, um das unerträglich zu finden.

Die Frage ist, wie wollen wir als Gesellschaft damit umgehen. Wir sagen, vielleicht ist die Antwort darauf das Verkaufsverbot. Das Abfeuerungsverbot könnte eine Wirkung haben, dass die Leute da sich nicht mehr ganz so frei fühlen und darum bitten wir Sie, diese zur Stellungnahme zu beweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie sagen, diese Feuerwerkskörper werden immer beliebter. Dann sind sie doch ein Bedürfnis. Wollen Sie diese jetzt wirklich einmal mehr wieder einfach nur verbieten?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Bei gewissen Leuten ist auch Waffenbesitz sehr beliebt und wollen Sie dann, dass alle eine Waffe zu Hause haben können?



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Johannes Barth.

Johannes Barth (FDP): Diese Motion verlangt ein Verbot des Verkaufs von pyrotechnischen Gegenständen an Private im Kanton Basel-Stadt. Ich sage klar, diese Motion schiesst weit über das Ziel hinaus. Selbstverständlich, Missbrauch, Sachbeschädigung, Verletzung und Rücksichtslosigkeit sind nicht zu tolerieren. Wer ausserhalb der erlaubten Zeiten Feuerwerk zündet, wer Menschen gefährdet oder fremdes Eigentum beschädigt, muss konsequent belangt werden. Darüber besteht überhaupt kein Zweifel. Aber genau darum geht es hier eben nicht. Es geht hier um etwas anderes. Es soll einmal mehr allen etwas verboten werden, weil sich einige wenige daneben benehmen.

Und das ist ein grundsätzlich falscher Ansatz. Ein generelles Verkaufsverbot für Private ist unverhältnismässig, unliberal und am Ende auch wenig wirksam. Denn wer unbedingt Feuerwerk kaufen will, fährt einfach über die Kantonsgrenze und die ist in Basel-Stadt relativ klein. Die Motion trifft also in erster Linie nicht die Unbelehrbaren, sondern die vernünftigen Bürgerinnen und Bürger sowie das lokale Gewerbe.

Und meine Damen und Herren, bei all der Problembeschreibung dieser Motion geht ein Punkt völlig vergessen. Feuerwerk ist für viele Menschen eben nicht nur Lärm, Feuerwerk ist auch Freude, Faszination und ein gemeinsames Erlebnis. Darum besteht Feuerwerk auch schon seit 1'000 Jahren. Es gehört für viele Familien und Kinder, für junge Menschen, aber auch für Erwachsene zu besonderen Momenten im Jahr dazu, wie am 1. August, an Silvester oder bei festlichen Anlässen, auf der ganzen Welt. Es schafft Stimmung, es bringt Menschen zusammen und ja, es ist schlicht auch schön.

Man muss sich doch fragen, was ist mit dem Feuerwerk am Rhein, was ist mit den vielen Menschen, die da zusammenkommen, staunen, den Abend geniessen und diesen Moment gemeinsam erleben? Wollen wir ernsthaft so tun, als wäre das alles nur ein Problem, das man möglichst verbieten sollte? Basel lebt auch von Emotionen, von Atmosphäre, von gemeinsamen Erlebnissen im öffentlichen Raum. Ein Feuerwerk ist nicht einfach bloss ein pyrotechnischer Gegenstand, es ist für viele ein Stück Festkultur, und genau das will man mit dieser Motion weiter zurückbringen, nicht nur den Missbrauch, sondern auch die Freude und Begeisterung, ein Stück gelebte Tradition.

Natürlich braucht es Regeln, natürlich braucht es Rücksicht, natürlich braucht es dort, wo es Missbrauch gibt, klare Sanktionen. Aber die richtige Antwort auf Fehlverhalten ist nicht ein pauschales Verbot. Die richtige Antwort ist die Durchsetzung bestehender Regeln. Wer illegal zündet, soll gebüsst werden, wer andere gefährdet, soll hart sanktioniert werden, wer Schäden verursacht, soll dafür geradestehen und ja, auch seinen Müll aufräumen, was wir sicherlich noch im Grossen Rat besprechen werden.

Doch was hier vorgeschlagen ist, ist etwas anderes, ein pauschales Misstrauensvotum gegenüber der Bevölkerung. Der Staat sagt damit, wir trauen den Bürgerinnen und Bürgern den verantwortungsvollen Umgang nicht mehr zu, also verbieten wir es gleich allen. Das ist kein freiheitlicher Ansatz, das ist Bevormundung und deshalb müssen wir diese Motion auch politisch klar einordnen. Es ist Symbolpolitik, die vermittelt Handlungsstärke ohne das Problem wirksam zu lösen. Es klingt entschlossen, ist aber in der Praxis leicht zu umgehen und sie nimmt am Ende vielen Menschen etwas weg, das sie mit Freude, mit Tradition und schönen Erinnerungen verbinden.

Wir sollten nicht wegen einiger Missstände allen den Spass nehmen. Wir sollten nicht aus jedem Problem ein Verbot machen und wir sollten nicht zulassen, dass Basel noch ein Stück grauer, strenger und freudloser wird. Darum bitte ich Sie, lehnen Sie die Motion ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Diese wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Haben Sie gelesen, dass die grossen Feuerwerke bleiben sollen? Es geht nur um Private.

Johannes Barth (FDP): Wenn man mit den Privaten anfängt, dann ist der Schritt zu den Öffentlichen nicht weit weg und das wäre so die logische Konsequenz. Also ich glaube nicht, dass man da anfangen sollte, sonst würde es mit Garantie die nächste Motion geben, die dann das komplette Verbot fodert.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich versuche, die Diskussion ein bisschen wegzuführen von Aussagen wie ich finde es glatt, lustig, farbig, «klöpflich» und was auch immer. Es geht ja nicht darum, es geht um Gesetzesänderungen oder darum, neue Gesetze



zu schaffen, es geht um zwei Motionen. Und ich habe mit Andrea Strahm im Vorlauf gesprochen und ich habe Ihnen abgeraten, diese einzugeben. Und ich muss das nun halt noch einmal begründen.

Ich oute mich auch als nicht wahnsinniger Freund von Feuerwerk, vor allem wenn man einmal gesehen hat, wie eine Waffenfabrik in die Luft gesprengt wurde, mit dabei war und dabei auch noch einen Freund verloren hat. Jedes Mal wenn es knallt, habe ich ein Problem. Aber das ist mein persönliches Problem, also weg damit. Die Frage ist, was geschieht, wenn wir diese beiden Motionen annehmen würden.

Wir machen ganz konkret alles falsch, ganz ehrlich gesagt. Was machen wir? Wir machen ein Verbot, das einfach nicht zieht. Ich gehe nach Allschwil und kaufe mir das Feuerwerk dort. Oder ich kaufe es über das Internet, vielleicht sogar noch illegal. Also ganz ehrlich gesagt, das bringt jetzt einfach wirklich nichts, Andrea Strahm, wirklich nichts.

Was gibt es da noch zu sagen? Es schafft auch noch ein Gesetz, das überhaupt nicht vollzogen werden kann. Seien wir doch ehrlich, wenn wir ein Problem haben, haben wir mit dem Vollzug ein Problem, und wenn wir ein Gesetz machen, das dann nicht vollzogen werden kann, dann deduziere ich daraus, dass wir sogar den Rechtsstaat schwächen, weil es die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats schwächt. Das wissen die Juristen besser als ich.

Den illegalen Markt wollen wir auch nicht stärken. Und der Vollzug ist wichtig. Wenn wir heute Probleme haben wie Littering, Ablassen von Feuerwehrrkörpern an Tagen, an denen es nicht erlaubt ist usw., dann sollte man dafür sorgen, dass klare Regeln, die wir ja haben, dass die beschränkten Zeiten, die wir ja haben, konsequent kontrollieren und wirksame Sanktionen durchführen. Aber stellen Sie sich einmal vor, wir müssen jetzt noch mehr Polizistinnen und Polizisten aufbieten, die an diesen Tagen schauen gehen, wer wie wann wo in welchem Häuschen oder Gartenhäuschen Feuerwerkskörper abfeuert.

Also, aus all diesen Gründen empfehle ich, beide Motionen abzulehnen. Das ist wirklich nur noch verbrauchte Zeit für nichts.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Zu dieser ersten Motion spreche ich als Wirtschaftsdirektor, denn es geht um einen Eingriff in die Wirtschafts- und Gewerbefreiheit. Über die nächste Motion spricht dann meine Kollegin Stephanie Eymann.

Die Motion verlangt, dass der Verkauf von pyrotechnischen Gegenständen wie Raketen, Vulkanen oder Sprühkerzen an Private im Kanton verboten wird. Der Verkauf von derartigen Gegenständen soll nur noch an dafür ausgebildete Spezialist:innen und unter klaren Vorgaben erfolgen können. Die Motion verlangt somit also eine Einschränkung der Wirtschafts- und Gewerbefreiheit. Es soll ein Verbot für den Verkauf gewisser Produkte, aber nur in basel-städtischen Läden geben. Das Verbot differenziert auch nicht zwischen den unterschiedlichen Arten von pyrotechnischem Material, also Knaller und Böller werden hier gleich behandelt wie ein harmloser kleiner Vulkan, der keinen Lärm macht. Es ist vollständig in dieser Motion so formuliert.

Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit müssen gemäss Bundesverfassung zur Erreichung der genannten öffentlichen Interessen den liegenden Zielen geeignet, erforderlich und für die betroffenen Akteurinnen und Akteure zumutbar sein. In so einem kleinen Flächenkanton wie Basel-Stadt ist ein Verkaufsverbot definitiv nicht geeignet, auch wenn man dieses Ziel erreichen möchte, weil jeder und jede kann ganz legal in den Nachbarkanton gehen und sich weiterhin dieses Material kaufen. Die Wirkung ist also ziemlich beschränkt. Ob es geeignet ist, da stellen sich grosse Zweifel.

Zweitens, die Schweiz hat einen Binnenmarkt. Ich glaube, das ist eine grosse Errungenschaft der Kantone, dieser Binnenmarkt, mit dem Interesse, dass wirtschaftliches Handeln gleich möglich ist in allen Kantonen, dass man nicht in jedem Kanton andere Regularien, Vorschriften, etc. findet. Und auch im Sinne des Binnenmarktes ist es nicht sinnvoll, hier ein Verkaufsverbot einzuführen. Das Sprengstoffgesetz lässt es zwar zu, dass Kantone auch weitergehen, als was durch den Bund bestimmt ist, aber es ist nicht im Sinne des Binnenmarktgesetzes und die Wirkung wird kaum oder nur teilweise erreicht aufgrund des nahen Nachbarkantons.

Deshalb möchte ich Sie bitten im Namen des Regierungsrates, diese Motion für das Verkaufsverbot nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Die sozialdemokratische Fraktion ist bei diesem Geschäft offen, darum kommen Sie in den Genuss von zwei Voten von uns.



Ich spreche für den Teil der sozialdemokratischen Fraktion, der diese beiden Motionen nicht überweisen möchte. Ich möchte aber auch noch kurz aufgrund der Debatte vorausschicken, für mich ist es nicht so emotional, wie es jetzt teilweise bei Johannes Barth getönt hat. Ich teile durchaus die Sorge um Lärmbelästigung, Tierschutz und Umwelt, die diesen Motionen zugrunde liegt. Ich verurteile auch den Missbrauch von Pyrotechnik und das Zünden von Böllern und Knallpetarden in Menschenmengen und die Sachbeschädigungen, die damit einhergehen und die Verletzungen von Menschen. Die Frage ist vielmehr, wie man diesen Problemen begegnet.

Die erste Motion verlangt ein umfassendes Verbot von Abbrennen. Dieses Verbot würde nicht nur Raketen und Grossfeuerwerk, wie wir gehört haben, betreffen, sondern ausdrücklich auch Vulkane und Sprühkerzen. Und damit stellt sich die Frage, ob wir mit dieser Forderung nicht über das Ziel hinausschiessen. Wollen wir tatsächlich, dass eine Person, die draussen eine Wunderkerze anzündet, eine verbotene Handlung begeht? Soll die Polizei künftig Jugendliche büssen, die einen Vulkan auf der Strasse abbrennen? Es gibt den Artikel 66 im kantonalen Polizeigesetz, der bereits heute klar regelt, dass das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen ausserhalb der bewilligten Zeiten bewilligungspflichtig ist. Diese Widerhandlungen können bestraft werden und die Gegenstände können eingezogen werden. Wir haben also bereits heute eine rechtliche Grundlage, gegen starke Missbräuche vorzugehen. Es gibt Leute, die Böller und Knallbeton in Menschenmengen ablassen, das ist nicht gut und das ist verboten, und das ist auch gut so, aber mit einem noch weitergehenden Verbot sämtlicher pyrotechnischer Gegenstände wird es deshalb nicht automatisch weniger Knallerei geben. Und ein Totalverbot, das auch Wunderkerzen und Vulkane inkludiert, schiesst über das Ziel hinaus.

Die zweite grosse Frage ist mit dem Verkaufsverbot und da würde ich einfach auch sagen, es gibt eine bessere Alternative, die gerade auf nationaler Ebene erarbeitet wird und die in der Sache weiterkommt als die beiden Motionen zusammen. Die eidgenössische Volksinitiative, zu der es einen Gegenvorschlag gibt, der im Nationalrat beschlossen ist seit Dezember 2025, sieht ein Verbot von Feuerwerkskörpern vor, die ausschliesslich zur Knallerzeugung bestimmt sind. Und dieser nationale Ansatz ist den vorliegenden Motionen einfach in mehrfacher Hinsicht zu überlegen. Er gilt schweizweit, er verhindert Ausweichbewegungen, er differenziert zwischen einem Kernproblem, dem Lärm, und harmloseren Formen der Pyrotechnik, und er schafft eine einheitliche klare Regelung, die auch durchsetzbar ist, weil sie den Verkauf an der Quelle reguliert und nicht nur den Gebrauch in einem einzelnen Kanton.

Die Anliegen hinter den Motionen sind nachvollziehbar, aber die vorgeschlagenen Massnahmen sind unverhältnismässig und hier im Kanton Basel-Stadt nicht zielführend. Ich bitte Sie darum für den Teil der SP-Fraktion, den ich vertreten darf, die Motionen nicht zu überweisen, und zwar nicht im Sinne eines Gutheissens von Knallpetarden und Böllern in Menschenmengen, sondern im Sinne der Verhältnismässigkeit und der Frage, was wir hier im Kanton konkret regulieren sollen und was nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Wenig überraschend vertrete ich die andere Hälfte, die kleinere Hälfte der SP-Fraktion mit meinem Einzelvotum, wobei ich Beda Baumgartner ausdrücklich danken möchte für ein sachliches Votum, welches gewisse verbale Ausfälle vorheriger Redner doch sehr korrigiert hat. Ich rede auch zu beiden Motionen, wobei mein Herz sehr viel mehr für das Abbrennverbot brennt als für das Verkaufsverbot. Ich denke allerdings nicht, dass sich angesichts der Ausnahme im Sprengstoffgesetz, die Regierungsrat Kaspar Sutter ja erwähnt hat, wirklich ernsthaft behaupten liesse, es sei rechtswidrig oder nicht mit der Wirtschaftsfreiheit vereinbar.

Gut, also jetzt zum eigentlichen Thema Feuerwerk. Das Spiel mit Feuer ist gefährlich, das wissen wir nicht erst seit Manni Matter. Jedes Jahr führt Feuerwerk zu zahlreichen Verletzungen von Verbrennungen bis hin zu schwersten Augen- und Hörschäden, bis hin zu den berühmten abgerissenen Händen. Sie können gerne das nach dem nächsten Silvester auf Social Media verfolgen. Besonders betroffen sind oft junge Menschen, gleichzeitig sind unsere Notaufnahmen an Silvester regelmässig überlastet, Ressourcen, die dringend gebraucht würden, werden gebunden für ein paar Minuten Spektakel.

Doch die Folgen gehen weit über den Menschen hinaus. Feuerwerk verursacht in kürzester Zeit enorme Mengen an Feinstaub und setzt Schadstoffe frei. Harald Friedl hat dies schon sehr überzeugend dargelegt. In einer Zeit, in der wir uns zu mehr Nachhaltigkeit verpflichten, ist das sehr schwierig zu rechtfertigen. Besonders gravierend sind die Auswirkungen auf Wildtiere, nicht nur auf die Haustiere, wie jeder Haustierbesitzer weiss. Studien zeigen, dass in der Silvesternacht Hunderttausende Vögel gleichzeitig aufgeschreckt werden und panisch auffliegen. Dabei kommt es zu Kollisionen, Erschöpfungen und erhöhter Sterblichkeit. Ein viel beachteter Fall ereignete sich einmal in Rom, wo 1'000 Bergfinken tot aufgefunden wurden. Auch Säugetiere wie Rehe oder Füchse reagieren mit panischer Flucht.

Oft wird, jetzt auch von Beda Baumgartner, argumentiert, dass zumindest die harmlosere Pyrotechnik erlaubt werden sollte. Doch auch diese sind keineswegs unproblematisch. Wunderkerzen erreichen Temperaturen von über 1'000 Grad und verursachen jedes Jahr Verbrennungen, insbesondere bei Kindern. Und der Funkenflug, die Hitzentwicklung und allfällige



Reaktionen können Brände auslösen, ich muss nicht daran erinnern, was in der Silvesternacht passiert ist, und schwere Verletzungen verursachen. Zudem setzen auch sie Schadstoffe frei und erzeugen Licht- und Reizeffekte, die Tiere stressen.

Hinzu kommt die Lärmbelastung bei den anderen knallenden Feuerwerkskörpern für viele Menschen, die Kleinkinder oder traumatisierte Menschen retraumatisieren können, nicht nur dich, Raoul Furlano, der du selbst sagst, dass du Angst hast, wenn es knallt. Es gibt schwerere Fälle.

Dann kommt noch die Frage, das Argument mit der Durchsetzbarkeit. Aber zum einen ist es offensichtlich, dass ein klares Verbot sehr viel leichter zu kontrollieren und damit auch durchzusetzen ist als das jetzige Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, das dann noch während einer Allgemeinverfügungszeit ausgesetzt wird. Zum anderen weiss ich gerade als Juristin, dass es bei einer Norm immer zwei Ebenen gibt, zum einen die Normsetzung und dann die Durchsetzung. Und die Normsetzung ist wie jede Norm, das hat der Soziologe Emile Durkheim gesagt, der Ausdruck einer gesellschaftlichen Werteentscheidung. Diese lautet hier, ob wir das Interesse von Umwelt, Tieren und Gesellschaft höher gewichten als das individuelle Interesse an kurzfristigem Vergnügen. Diese Frage müssen wir beantworten. Und ich bin der Meinung, diese müssen wir im Sinne von Tier, Umwelt und Mensch beantworten und deshalb den beiden Motionen zustimmen. Es wäre traurig, wenn unsere Stadt deshalb grau, leblos, freudlos würde. Das glaube ich jetzt wirklich nicht. Danke für die Zustimmung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Felix Wehrli. Sie wird entgegengenommen.

Felix Wehrli (SVP): Sie haben von Verboten, die besser kontrolliert werden können, gesprochen. Können Sie sich vorstellen, warum in den Fussballstadien immer wieder massiv Pyroraketen abgelassen werden, die Kontrolle nicht stattfindet?

Christine Keller (SP): Ich habe nur gesagt, was offensichtlich ist, dass es einfacher ist, ein Verbot zu kontrollieren als ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, wie es jetzt im geltenden Recht steht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die zweite Frage kommt von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben jetzt damit argumentiert, dass es gefährlich ist und dass es Verletzte gibt jedes Jahr. Gibt es nicht zahlreiche Freizeitaktivitäten, Hobbys, Events, wo es Verletzte gibt, welche gewisse Gefahren mit sich bringen? Müsste man da nicht alles auf dieser Welt verbieten?

Christine Keller (SP): Grundsätzlich müssen wir zunächst einmal auch zwischen Selbstgefährdung und Fremdgefährdung unterscheiden. Da ist es offensichtlich, dass ein Brand potenziell weitaus mehr Menschen gefährden kann als ein, sagen wir mal, Skifahrer.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat die Motionärin Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Ein philosophisch-rechtsstaatlicher Grundsatz, der Immanuel Kant zugeschrieben wird. Freiheit lässt sich aber nicht wie ein Garten mit einem Gartenzaun abgrenzen. Was tun wir also? Wir machen eine Güterabwägung und bestimmen alsdann, wo wir die Grenze haben wollen.

Zur rechtlichen Ausgangslage, sie wurde schon erörtert, der Verkauf von pyrotechnischen Produkten ist vom 10. bis 31. Juli und Dezember gestattet, nur dann an sechs Wochen pro Jahr, zwei Mal drei Wochen. Abfeuern darf man pyrotechnische Amusements nur am 31. Juli, am 1. August, am 31. Dezember und lediglich bis 1 Uhr nachts. Dass das nicht eingehalten wird, muss ich wohl nicht erörtern. Es würden also schon Vorschriften bestehen. Und die Vorschriften für den Verkauf sind sehr einschränkend. Es ist nicht lustig, für einen Laden, pyrotechnische Gegenstände zu verkaufen.

Kommen wir zur Güterabwägung. Wir haben auf der einen Seite die Gegner der Verbote, die führen ins Feld den Spass, die Handels- und Gewerbefreiheit, mehr Arbeit für die Polizei, hat mir mal Felix Wehrli gesagt, es lässt sich ja eh nicht durchsetzen und dann noch allgemeine Erörterungen. Die Argumente der Befürworter:innen haben wir auch gehört, Umweltschutz, Harald Friedl, Littering, Michael Graber wird noch kommen mit einem Vorstoss gegen das Littering, dann der



Tierschutz, Lärmschutz, Kranke, Babys leiden, Verletzungsgefahr, Brandgefahr. Also schon allein hier haben wir ein Ungleichgewicht.

Wägen wir nun also ab. Ja, es macht Spass, manchen, mir nicht. Handeln, zwei Mal drei Wochen im Jahr, Herr Regierungsrat Kaspar Sutter, damit geht kein Geschäft ein in Basel-Stadt, wenn es das nicht mehr tun kann. Und ich sage Ihnen, so mancher Laden wird im Gegenteil froh sein, den ganzen Aufwand um das Knallzeug nicht mehr betreiben zu müssen, nur weil es die Konkurrenz eben auch tut. Mehr Arbeit für die Polizei, im Gegenteil, Felix Wehrli. Die Vorschriften lassen sich weder jetzt noch in Zukunft konsequent durchsetzen, das muss man einfach ehrlich zugeben, da muss man sich nichts vormachen. Aber wir werden präventiv glasklar kommunizieren können, dass der Verkauf und das Abfeuern von Pyrotechnik durch Private in Basel strikte verboten ist, das wird verstanden von allen. Nicht verstanden aber wird, dass am 10. Dezember Feuerwerk gekauft werden kann, das man aber dann erst an Silvester ablassen darf. Heilige Zeit um Weihnachten, Freude herrscht, Geruhsamkeit. Weniger Arbeit also für die Blaulichtorganisation. Umwelt und Littering muss ich Ihnen nicht erklären, auch nicht, wie Tiere, Hunde, Katzen leiden. Es gibt Grossräte, die flüchten über diese Tage mit ihren Tieren. Unfälle sind häufig.

Am letzten 1. August an der Bundesfeier auf dem Bruderholz geriet ein Feuerwerkskörper ins Festzelt und explodierte neben der Moderatorin Susanne Huber und der Sängerin Nicole Bernegger. Die Band musste das Konzert absagen, Nicole und ein weiteres Bandmitglied erlitten einen Gehörschaden, Susanne Huber einen Schock. Hätten Sie meine Motion 2022 angenommen, wäre das nicht passiert. Am 1. August 2025 verzeichneten wir 24 Sanitätseinsätze, 31 Samaritereinsätze und 12 Kleinbrände. Die Liste könnte ich ewig weiterführen.

Also, Spass kontra so viel Negatives. Es ist doch völlig klar, wir müssen das nun so regeln. Auf unserem eng besiedelten Kanton ist es nicht möglich, dass geknallt wird in dem Masse, wie jetzt geknallt wird. Wir brauchen klare Regeln, keinen Verkauf, kein Abfeuern, das wird verstanden, nur das. Wer sich nicht daran halten will, kann das nach wie vor. Sie können natürlich nach Arlesheim im Aargau irgendwo Knallzeug holen gehen, aber die, die eigentlich nicht illegal sein wollen, haben klare Regeln. Darum geht es und ich danke Ihnen für die Überweidung beider Motionen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen, eine von Annina Falkenstein, diese wird angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Wissen Sie in dem Fall, dass das Feuerwerk vom Vorfall auf dem Bruderholz in Basel-Stadt erworben wurde?

Andrea Strahm: Nein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die nächste Zwischenfrage stellt Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Die negativen Folgen von Alkohol sind deutlich grösser als das, was Sie jetzt alles für das Feuerwerk aufgezählt haben. Dürfen wir bald mit einer Motion für das Verbot von Alkohol rechnen?

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Nein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

36 Ja, 54 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008631, 15.04.26 17:40:17]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 36 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen die Motion nicht überwiesen.

21. Motion 3 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen durch Private

[15.04.26 17:40:34, 26.5066.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Eigentlich wurde schon viel gesagt, und dennoch ist es eine eigenständige Motion. Regierungsrat Kaspar Sutter hat es gesagt, wir sind da in der Zuständigkeit auch nicht deckungsgleich. Aber auch ich muss Ihnen wie Regierungsrat Kaspar Sutter zuvor die Illusion rauben, dass ein Abbrennverbot isoliert für Basel-Stadt im Zusammenhang mit einem Verkaufsverbot, das wir jetzt nicht mehr machen müssen, nicht durchsetzbar ist und auch nicht durchsetzbar wäre. Es ist so, wie Sie schon verschiedentlich festgestellt haben, dass wir heute schon ein Verbot haben bezüglich Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen und wir haben auch wenige Ausnahmen.

Trotz dieser klaren Regeln zeigt die Erfahrung, dass Verstösse eben nur schwer festzustellen sind und noch schwerer einzelnen Personen zuzuordnen sind, weil das Feuerwerk oft dann spontan gezündet wird, aus Menschenmengen heraus oder an verschiedenen Standorten zugleich. Und wenn Sie sich dann vorstellen, dass jemand die Polizei ruft, die Polizei dann ausrückt und derjenige, der das Feuerwerk abgebrannt hat, da stehen bleibt und brav wartet, bis die Polizei kommt, dann muss ich Sie nochmals enttäuschen. Es ist eben genau so, dass die Wahrnehmung isoliert stattfindet, dann nachher aber relativ auch schnell wieder vorüber ist und wir eigentlich selten Erfolge haben, da auch zu intervenieren.

Ich denke wirklich, eine echte Hürde und auch eine bessere Durchsetzbarkeit hätten wir dann, wenn wir ein schweizweit einheitliches Verbot hätten. Ich denke, es ist eine grössere Hürde, dann praktisch Einfuhr zu machen über die Grenze hinwege oder über das Internet, aber kantonsweise, da habe ich meine Zweifel. Ein generelles kantonales Verbot würde für Private diese Problematik nicht lösen, es würde eben die Erwartung wecken, dass wir Verstösse konsequent verhindern und sanktionieren und diese Erwartung lässt sich in der Praxis, wie ich es gesagt habe, kaum erfüllen.

Und es kommt auch noch dazu, im heutigen System, an diesen besonders betroffenen Tagen ist die Kantonspolizei anderweitig stark gefordert. Wir haben viele Leute in der Stadt, es ist nicht nur so, dass alles friedlich ist und wenn man da explizit sagt, man muss jetzt nur noch Feuerwerksverbote durchsetzen, ist das einfach schwierig.

Wir haben die Zeiten definiert, Andrea Strahm, Sie haben es gesagt, man hält sich nicht wirklich daran an unsere definierten Zeiten und Sie haben gesagt, wer legal sein will, der hält sich daran, aber da muss ich Sie enttäuschen, es gibt viele, die das doch auch im Illegalen sehr lustig finden. Also nur das Verbot auszusprechen oder zu definieren, hilft Ihnen allein noch nicht. Und auch wenn Sie glasklar präventiv verkünden wollen, wie Sie es vorhin gesagt haben, dass das jetzt nicht mehr geht, muss ich Ihnen sagen, Sie geben den glasklaren Auftrag der Polizei, da hinterherzurennen mit mässigem Erfolg, und das wird zu Riesenenttäuschung auf allen Seiten führen.

Deshalb denke ich, müsste man das schweizweit definieren, das hätte die grössere Wirkung, und nicht isoliert in Basel-Stadt wie in dieser Motion. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Regierungsrats, diese Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Einzelsprechenden eingetragen. Das Schlusswort hat die Motionärin. Wünscht sie es? Sie wünscht es.



Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich habe ja schon genug gesagt, ich bin dennoch der Meinung, dass viele heute diese Raketen und ähnliches abfeuern, weil sie nicht wissen, dass man das gar nicht darf. Sie sehen das Zeug im Laden, sie kaufen es und wieso sollten sie es dann nicht abfeuern dürfen? Wir sind eine Multikultigesellschaft, wir leben sehr eng aufeinander in dieser Stadt und deswegen muss man es von mir aus nicht nur eidgenössisch lösen. Man sollte eigentlich sagen, in einer Gemeinde, die noch eine gewisse Sozialkontrolle hat, kann man vielleicht abfeuern, und ich bin auch der Meinung, dass die professionell begleitenden Feuerwerke möglich sein sollen. Deswegen würde ich Sie bitten, auch diese Motion zu überweisen, wie ich es ja schon beantragt habe.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 54 Nein, 10 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008633, 15.04.26 17:45:51]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 28 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen nicht überwiesen.

22. Motion 4 Laurin Hoppler und Oliver Thommen betreffend die Nutzung freiwerdender Räumlichkeiten für Kommissionen und Fraktionen des Grossen Rates

[15.04.26 17:46:04, 26.5072.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Als Einzelsprecherin eingetragen hat sich Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Wir bestreiten die Motion. Sie erinnern sich vielleicht an den Anzug von Michela Seggiani und Konsorten im Jahre 2023 zu zusätzlichen Sitzungsräumen für den Grossen Rat. Das Ratsbüro sollte prüfen, ob und wie Räumlichkeiten genutzt werden können. Hierfür wurden die Fraktionen zu ihrem Bedarf befragt. Es wurde kein zusätzlicher Bedarf angemeldet, mit Ausnahme der SP-Fraktion, die zusätzliche Sitzungszimmer und Einzelarbeitsplätze wünschte.

Das Ratsbüro entschied pragmatisch, dass das Zimmer 314 im dritten Stock an Sitzungstagen exklusiv für den Grossen Rat reserviert ist. Es kann von Fraktionen vor Sitzungsbeginn gebucht werden, ausserdem steht für die Kommissionen in der katholischen Universitätsgemeinde an der Herbergsgasse 7 ein Sitzungsraum zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund suggeriert die vorliegende Motion, dass sich durch das Freiwerden von Räumlichkeiten infolge des Umzugs des Präsidialdepartements und des Staatsarchivs eine einmalige Chance biete, zusätzliche Flächen zu schaffen. Dabei wird jedoch nicht geklärt, ob überhaupt ein Mehrbedarf besteht oder ob es letztlich um einen Komfortgewinn geht.

Tatsache ist, dass Kommissionen gelegentlich externe Räume nutzen oder Sitzungen nicht immer unter idealen Platzverhältnissen stattfinden, das ist kein neuer Zustand und vor allem kein unzumutbarer. Unser Parlament funktioniert unter diesen Rahmenbedingungen zuverlässig.



Der Auftrag der Motion bleibt vage. Wie oft fehlen tatsächlich Räume? Welche Alternativen wurden geprüft? Konnten bestehende Flächen flexibler genutzt werden? Diese Fragen bleiben unbeantwortet. Stattdessen wird vorschnell ein neues Raumkonzept gefordert mit absehbaren Mehrkosten für die Planung und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für bauliche Anpassungen, zusätzliche Infrastruktur und langfristig höheren Betriebskosten. Das ist aus unserer Sicht der falsche Ansatz. Wir sind deshalb überzeugt, statt neue Räume zu schaffen, sollten wir die bestehenden Ressourcen besser nutzen, digitale Formen der Zusammenarbeit stärken und organisatorische Effizienzgewinne realisieren. Das ist kostengünstiger und schneller umsetzbar.

Aus diesen Gründen lehnt die LDP-Fraktion die Motion ab und wir bitten Sie, diese nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Tatsächlich habe ich auch ein wenig Mühe damit, dass wir nun hier eine Motion behandeln zu etwas, das man vielleicht auch mit einem Anzug hätte erledigen können oder vielleicht mit einer Interpellation. Hier jetzt die Verwaltung mit einer Motion zu bemühen und dann auch noch eine Frist von einem Jahr für ein neues Raumkonzept einzufordern, dünkt mich ein bisschen sehr operativ. Ich frage mich manchmal, ob wir uns wieder einmal in einen Kurs begeben sollen, was die Rolle des Regierungsrates und was ist die Rolle des Parlamentes ist. Wenn es darum geht, dann noch das Raumkonzept hier in diesem Saale zu besprechen, frage ich mich, ob wir am richtigen Ort sind.

Zumal auch der Motionstext ja etwas fehlerhaft ist. Es werden keine Räume hier frei, weil das Präsidialdepartement weggeht. Das Präsidialdepartement bleibt hier. Es sind andere Abteilungen, die ausserhalb des Rathauses domiziliert sind, die in die Hauptpost gehen. Darüber kann man diskutieren, ob das sinnvoll ist, aber zumindest sind es keine aus dem Rathaus, und dass das Staatsarchiv wegwandern oder weiterwandern wird, ist bekannt, aber erstens ist dies noch nicht heute schon der Fall, zweitens kennen wir die Situation mit einem solchen Gebäude in der Innenstadt sehr gut, und ich bin davon überzeugt, dass man dort auch doch einiges zuerst neu denken muss, bevor man überhaupt weiss, wie es mit dem Staatsarchiv oder mit dem Gebäude des Staatsarchivs weitergeht.

Was wir aber sicherlich nicht richtig finden, ist, dass wir jetzt ein Parlament wie in Deutschland werden mit Gebäuden und Sitzungseinrichtungen für Fraktionen. Wir brauchen kein Marie-Elisabeth-Lüders-Haus 2 oder Paul-Löbe-Haus 2, wir sind ein Kantonsparlament, in einem doch sehr kleinen Kanton in der Schweiz und es hat mir zumindest jetzt noch nie der Anschein gemacht, dass die Fraktionen nicht mehr funktionsfähig sind, weil sie in diesem Hause keine Sitzungsmöglichkeiten haben. Ich habe auch noch keine Fraktionssitzung erlebt in einem Park oder so, also Sie finden offenbar trotzdem immer Räumlichkeiten für Ihre Fraktionssitzungen.

Und was Ihre persönliche Arbeit anbelangt, da muss ich Ihnen ehrlicherweise sagen, das ist jetzt nicht Aufgabe des Steuerzahlers, Ihnen noch klimatisierte Räume zur Verfügung zu stellen, das dürfen Sie selber organisieren. Wir haben gerade erst kürzlich über die Geschäftsordnung des Grossen Rates die Pauschalen an die Fraktionen erhöht. Das kann man beispielsweise auch dafür verwenden, Sitzungsräumlichkeiten zu mieten. Es gibt in diesem Kanton Basel-Stadt viele Engpässe. Aber einen Engpass an Sitzungszimmern werden Sie nicht feststellen. Es gibt sogar Anbieter auf dem Markt dafür, es gibt viele andere leerstehende Büroräumlichkeiten. Also Sie werden hier sicherlich etwas finden. Und alles andere ist letztlich dann Aufgabe auch der Fraktion, sich hier zu organisieren und sicherlich ist es auch nicht notwendig, dass wir die Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder nachhaltig verbessern müssen.

Die Sitzungszimmer hier, das ist bekannt, sind teilweise etwas stark ausgelastet. Das liegt vielleicht auch daran, dass wir heute mehr Kommissionen und mehr Kommissionssitzungen haben. Vielleicht müsste man das auch einmal überdenken, bevor wir jetzt hier neue Sitzungsmöglichkeiten schaffen. Ich finde, der Parlamentsdienst hat ja auch sehr pragmatisch auf diese Engpässe reagiert. Wir haben für viele Kommissionen die Möglichkeit einer externen Anmietung, die erst noch zentral und kostengünstig ist und ich glaube, auf diesem Wege können wir auch weiterverfahen. Für die Kommissionssitzungszimmer haben wir ja in den letzten Jahren weitere Möglichkeiten auch *inhouse* geschaffen. Eines dieser Kommissionssitzungszimmer scheint nicht so beliebt zu sein, so wie ich höre. Wir haben nun mit dem Wildschen Haus, das ja in die Hand des Kantons übergegangen ist, eine weitere Möglichkeit für Sitzungen auch des Parlaments oder der Kommissionen der Parlamente. Dafür, da bin ich einverstanden, sollen auch die Parlamentsdienste weiter sorgen, aber für die Arbeiten der einzelnen Parlamentsmitglieder und der Fraktionen sollen sich die Fraktionen selber organisieren und das nicht dem Kanton in Auftrag geben zu organisieren.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Eric Weber.



Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin für die Motion. Lieber Laurin Hoppler, ich habe nicht ganz verstanden, Sie schreiben, glaube ich, Platz für Kleeblattorganisationen. Können Sie mir nachher sagen, was das heisst? Das habe ich nicht verstanden.

Meine Damen und Herren, ich muss wirklich sagen, und es ist die Wahrheit und das darf man sagen, früher konnte man als Grossrat in der Kanzlei hinauflaufen, konnte das abgeben. Heute muss ich wie ein Hund betteln an der Rezeption, da ist Grossrat Eric Weber, ich möchte jemanden sehen. Meine Damen und Herren, das ist für ein Kantonsparlament unwürdig und ich stehe zu dieser Aussage, dass man wie ein Hund unten warten muss, damit man etwas abgeben kann.

Da fängt es ja schon an. Und darum unterstütze ich die Motion. Es sind wirklich Verbesserungen. Wir als Parlament geben Millionen von Franken an andere Leute, aber an uns wird nicht gedacht und das finde ich nicht okay. Viele Leute sind hier im Grossen Rat, bekommen heute 400 Franken, aber viele würden privat viel mehr Geld verdienen. Aber das ist nicht für alle der Fall und die, die hier sind für weniger Geld haben auch ein bisschen Anspruch auf ein schönes Leben.

Und was ich sage, ist recherchiert. Wir sind weltweit das Parlament mit dem grössten Gefälle des Einkommens. Ein Regierungsrat erhält mit seinen Reisen und all dem 400'000 Franken pro Jahr.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das halt nichts mit der Motion zu tun. Ja doch, dass wir als Parlament weltweit das Parlament sind, wo die wenigsten Geld haben.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir sind weltweit das Parlament, das am wenigsten Geld hat. Wir haben ein Verhältnis von 1 zu 35 vom Lohn und man kann mir kein anderes Parlament sagen, bei dem ein Parlamentarier so wenig Geld bekommt im Gegensatz zur Regierung. Und ich finde, ein kleiner Luxus steht uns einmal zu. Und ich möchte als Grossrat wieder in die Kanzlei hinaufgehen, dann muss man das halt mit einem Badge machen, aber nicht unten wie ein Hund warten. Sicherlich kommen die Mitarbeiter runter und nehmen die Sachen in Empfang. Aber ich finde es einfach mühsam und unwürdig als Grossrat, hier unten wie ein Hund zu warten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das hat nichts mit den Räumlichkeiten zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ja doch, dann hätten wir mehr Räumlichkeiten wie zum Beispiel eine Bibliothek. Frau Präsidentin, ich würde gerne ...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Reden Sie bitte zum Thema, Herr Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): In diesen Räumlichkeiten, die Laurin Hoppler als jüngster Grossrat will, kann man auch eine Bibliothek machen, einen Lesesaal mit Basler Zeitung. Und ich weiss, der Parlamentsdienst bekommt die Zeitungen und die könnte man uns Grossräten zur Verfügung stellen und ein Räumchen machen, wo es auch den Papierversand gibt als Ausdruck zum Einlesen. Man denkt an die alten Leute nicht, die werden abgeschnitten und wenn wir mehr Räumlichkeiten hätten, könnten wir auch einen Lesesaal einrichten.

Und lieber Joël, was Sie gesagt haben zu Deutschland und den Fraktionen, mit Deutschland, mit den Fraktionen, ja, aber die kriegen ja auch mehr Geld und können mehr machen. Das wollte ich einfach einmal sagen. Wenn Sie die Zeitung lesen. Und liebe Joël, das Büro von Regierungspräsident Conradin Cramer wird frei, er zieht ins Partyzelt um. Das habe ich in der Zeitung gelesen. Das Partyzelt ist nicht für uns Grossräte. Wo dürfen wir eine Party machen? Wir müssen in den Keller gehen, in den Ratskeller vom Rathaus Basel, wo sie vor 200 Jahren Leute noch bewirtet haben, aber es ist alles totgelegt für uns Grossräte. Und das finde ich einfach nicht schön. Die Regierung nimmt sich den Luxus und wir müssen wie ein Hund betteln und noch einmal betteln. Und die machen ein Partyzelt, finden Sie das toll? Wir dürfen nicht in dieses Partyzelt. Das macht mich einfach wütend, aber ich sage es ordentlich und anständig. Lieber Joël Thüring, Sie sind ja auch Berufspolitiker, dann müssen Sie auch an Ihre Zukunft denken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.



Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Danke für diese interessante Debatte und auch danke an Joël Thüring für die Belehrung betreffend das Instrumentarium des Grossen Rates. Wenn Sie sich vielleicht einmal etwas auseinandergesetzt hätten mit den Realitäten... Entschuldigung, ich sehe jetzt, dass Regierungspräsident Conradin Cramer noch redet. Will er zuerst sprechen?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Laurin Hoppler ist als erster eingetragen bei der Motion, Sie sind als Zweitunterschreibender eingetragen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Sie haben den Bedarf angesprochen, der nicht bestehen soll. Wenn Sie die Nutzung insbesondere des Vorzimmers und der Räumlichkeiten des Grossen Rates anschauen, dann gibt es hier doch ein Platzproblem, und gerade für die Kommission. Natürlich können sie auswärts etwas anmieten, aber viel sinnvoller wäre es, wenn sie es hier machen könnten. Aber das Vorzimmer, das hat eine Interpellation von Beatrice Isler, in deren Geist ich auch diesen Vorstoss zusammen mit Laurin Hoppler gemacht habe, schon gezeigt, ist an vielen Tagen besetzt. Es gibt Nutzungskonflikte, und wenn das Vorzimmer besetzt ist, können Sie zum Beispiel sonst keinen Anlass hier machen, Sie können keine Schulführung machen, Sie können keine anderen Anlässe von Schulen machen oder sonstige Anlässe für Gruppen machen, das alles nur, weil dieses Vorzimmer dann besetzt ist.

Und wenn schon die Staatskanzlei auszieht, dann gibt es doch ein gewisses Potenzial und der Regierungsrat kann hier mit seinem Raumkonzept, das er ja sowieso machen muss, diese Räume irgendwie neu belegen und mit dieser Motion hat er dann den Auftrag, auch den Grossen Rat miteinzubedenken. Es gibt zum Beispiel gleich hier oben am Saal ein grosses Sitzungszimmer, das man dann nutzen könnte und ich verstehe nicht, wieso sich der Grosse Rat hier selber beschneiden sollte, indem nicht an ihn gedacht wird. Und wenn es dann halt in der Staatskanzlei diesen Saal für diese Kommissionssitzungen gibt, dann ist das auch schön.

Wir haben in diesen Vorstoss jetzt noch die Fraktionen mit reingenommen, einfach damit alles drin ist und der Regierungsrat dann zu allem in der Beantwortung der Stellungnahme in drei Monaten berichten kann. Wenn dann nur die Kommissionen ein zusätzliches Sitzungszimmer zur Verfügung haben, sind wir sicher auch zufrieden.

Ich bedanke mich und bin gespannt auf das Votum von Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich wollte mir nicht das Schlusswort anmassen, ich will es jetzt auch nicht allzu sehr verlängern und Ihnen einfach kurz erklären, warum der Regierungsrat Ihnen Nichteintreten auf diese Motion beantragt. Nicht, weil wir das nicht wollen, sondern weil das alles läuft. Wir sind in intensiven Diskussionen mit den Nutzenden im Rathaus über die künftige Belegung von Räumlichkeiten hier im Rathaus und im Staatsarchiv. Das läuft alles. Das ist ein laufender Verwaltungsprozess. Der Grosse Rat selbstverständlich soll das Rathaus nutzen können und wenn Räumlichkeiten frei werden, auch vermehrt nutzen können. Niemand hat etwas dagegen.

In diesem Fall ist einfach die Motion wirklich unnötig. Wenn Sie das Gefühl haben, die Interessen des Grossen Rates werden zu wenig gewahrt, dann sprechen Sie mit Ihrem Ratsbüro, das die Interessen des Grossen Rates hier wahrnimmt. Hier müssen Sie nicht mit einer Motion an den Regierungsrat gelangen. Da hätten wirklich ein, zwei Telefonate genügt, um das klären zu können, bevor man da direkt eine Motion einreicht, die dann wieder viele Sitzungen benötigt in knappen Räumen.

Also bitte lassen Sie das so, die Prozesse laufen, wir werden konkrete Resultate vorlegen zusammen mit dem Ratsbüro und die Motion braucht es nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Wäre es dann nicht möglich, die Motion einfach entgegenzunehmen und sie zu erfüllen, wenn das ohnehin schon läuft? Da braucht es ja keine Sitzungen.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Sie können zu allem, was wir machen, noch zusätzlich eine Motion einreichen. Bitte denken Sie einfach daran, es bedeutet immer Arbeit, es bedeutet Steuergeld, Verwaltungsangestellte sind beschäftigt damit, es gibt den Prozess der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit. Es ist nicht nichts, wenn Sie eine Motion einreichen. Sie sind der Grosse Rat, die gesetzgebende Instanz dieses Kantons, die Motion ist das heftigste Instrument, das Sie haben. Wir müssen das seriös nehmen, das sind etliche Arbeitsstunden für etwas, das ohnehin läuft und wo man die Zeit lieber nutzen



würde, um inhaltlich über die Sitzungsraumbedürfnisse des Grossen Rates zu diskutieren. Und wenn Sie das nicht wussten, dann sprechen Sie mit dem Ratsbüro, das weiss bestens Bescheid.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Motionär Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Eigentlich wollte Oliver Thommen für mich sprechen und auch für die Fraktion. Deshalb stehe ich jetzt doch noch einmal hier, möchte aber die Diskussion nicht in die Länge ziehen und bitte Sie, die Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 28 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008635, 15.04.26 18:06:18]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 56 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen die Motion überwiesen. Damit beenden wir den heutigen Sitzungstag. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns am nächsten Mittwoch wieder.

Schluss der 9. Sitzung

18:06 Uhr

Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 22. April 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin

Protokoll:

Beat Flury, I. Ratssekretär

Sabine Canton, II. Ratssekretärin

Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende:

Verhandlungsgegenstände:

1. NOCH NICHT AKTUALISIERT **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 22. April 2026, 09:00 Uhr

16. Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

[22.04.26 09:00:01, 25.0674.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Grossrätin Melanie Eberhard ist Mutter

Ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass am 11. März 2026, das war übrigens ein Grossratstag, kurz nach 9 Uhr Lenja Olin, die Tochter von Melanie Eberhard, auf die Welt gekommen ist. Wir wünschen Melanie Eberhard und ihrer Tochter alles Gute.

«Kärtli» einstecken

Auch heute erinnere ich Sie daran, dass Sie Ihre Abstimmungskarte im System einstecken müssen. Nur wer sich bis nach 30 Minuten nach Sitzungsbeginn im Abstimmungssystem angemeldet hat, gilt als anwesend und hat Anrecht auf Sitzungsgeld. Manuelle Korrekturen sind nicht möglich.

Abgabe persönliche Vorstösse

Das Geschäftsverzeichnis für die Mai-Sitzung wird bereits diesen Freitag verschickt. Vorstösse, die bis um 12 Uhr beim Ratssekretariat abgegeben werden sowie per E-Mail an parlamentsdienst@bs.ch geschickt werden, können noch abgedruckt werden.

Rücktritt einer Richterin

Eva Sofia Hersberger ist per 16. April 2026 als Richterin am Strafgericht zurückgetreten. Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 64 Abs. 1 GOG wurde nicht eingehalten. Der Grosse Rat hat die vorzeitige Beendigung des Amtes zu bewilligen. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der verkürzten Frist einverstanden sind. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Wir kommen damit zu Traktandum 16.

Die Wirtschafts- und Abgabekommission beantragt, ihrem Beschlussantrag zu folgen. Die Kommissionsminderheit hat einen eigenen Beschlussantrag vorgelegt und beantragt, diesem zu folgen.

Wir werden eine Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1, Lohngesetz inklusive Lohn Tabellen, für die Mehrheits- und Minderheitsanträge durchführen und diese nach einer Abstimmung gegenüberstellen. Für den Grossratsbeschluss 2, die finanziellen Mittel, führen wir die Beratung anhand des obsiegenden Antrags beim Lohngesetz, Grossratsbeschluss 1, durch und werden die Änderungsanträge dazu zur Abstimmung bringen. Das Wort für die Mehrheit der Wirtschafts- und Abgabekommission hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Von Einigen lange ersehnt und viel diskutiert, sprechen wir heute endlich in diesem Saal über das Lohnmassnahmenpaket. Die Wirtschafts- und Abgabekommission hat dieses Paket an 16 Kommissionssitzungen gemeinsam beraten. Hinzu kamen zahlreiche weitere Sitzungen und Gespräche innerhalb von Mehr- und Minderheit und zwischen den beiden Lagern.

Es handelt sich hier, und diesen Punkt möchte ich gleich zu Beginn ansprechen und ausräumen, um ein komplexes Geschäft, dessen Beratung eine gewisse Zeit in Anspruch genommen hat. Es gab teilweise auch Kritik, dass wir dieses Geschäft zu lange beraten würden. Die Minderheit versteigt sich gerade zum Vorwurf, die Mehrheit habe die Behandlung in die Länge gezogen. Blickt man nun auf den umfassenden Bericht, den wir Ihnen vor Ostern haben zukommen lassen, wird, so denke ich, klar, dass wir in dieser Zeit nicht Däumchen gedreht, sondern uns sehr intensiv mit dem Vorschlag des Regierungsrates auseinandergesetzt und an Lösungen gearbeitet haben. Es war deshalb auch ziemlich irritierend, als wir als

Gesamtkommission Ende November von der Arbeitsgemeinschaft der baselstädtischen Staatspersonalverbände (AGSt) ein Schreiben erhalten haben mit dem Titel «Empfehlung der AGSt zum weiteren Vorgehen», worin der Vorwurf einer bewussten Verzögerung des Geschäfts in den Raum gestellt wurde. Niemand hatte oder hat ein Interesse daran, die Behandlung dieses Geschäfts zu verzögern. Ich wüsste auch nicht, worin dieses Interesse bestehen sollte. Dies zu unterstellen, ist nicht nur deplatziert, sondern auch nicht besonders förderlich für das sonst durchaus gedeihliche Zusammenwirken von Staatspersonal und Parlament im Interesse unseres Kantons.

Lassen Sie mich noch einen Punkt dazu machen, bevor wir uns dann dem Inhaltlichen widmen. Dieses Geschäft wurde am 25. Juni 2025 vom Grossen Rat der WAK überwiesen. Das war an der Bündelitag-Sitzung, also unmittelbar vor den Sommerferien. An der ersten Sitzung nach der Sommerpause am 21. August hat die Kommission dann die Beratung unverzüglich aufgenommen. Bis zur Verabschiedung des Kommissionsberichts am 26. März sind es sieben Monate Beratungszeit. Für ein Geschäft dieser Grössenordnung scheint uns das, entgegen der Darstellung der Kommissionsminderheit, nicht ungebührlich lange zu sein. Ich darf Sie beispielsweise daran erinnern, dass das Geschäft Roche-Südareal von Dezember 2023 bis September 2025, also 21 Monate, in den zuständigen Kommissionen lag. Das Geschäft zur Lockerung der Bauvorschriften ist sogar noch länger, nämlich seit Juni 2023, in der zuständigen Kommission hängig. Bei Vorlagen im Interesse von Privaten dürfen die Monate und Jahre also offensichtlich ins Land ziehen, während es beim Staatspersonal nicht schnell genug gehen kann. Das ist nicht unsere Art zu politisieren. Die Bevölkerung und auch das Staatspersonal, welches Vorlagen sorgfältig ausarbeitet, haben das Recht, dass wir uns seriös und vertieft mit diesen Geschäften auseinandersetzen. Das gilt auch dann, wenn das Staatspersonal selbst von einer Vorlage betroffen ist und dass man uns da fast das Recht absprechen will, zu einer solchen Vorlage Änderungsvorschläge zu machen, ist dann schon ziemlich grenzwertig. So viel zu diesem Punkt. Es ist uns wichtig, das hier klarzustellen, damit dieser Vorwurf nicht unwidersprochen im Raum steht.

Nun zum Inhaltlichen. Seit 1. März 2023 gilt für die Mitarbeitenden der Kantonspolizei die sogenannte Arbeitsmarktzulage (AMZ). Diese wurde als Sofortmassnahme gegen den seit einiger Zeit andauernden Personalunterbestand eingeführt. Gleichzeitig hat dieser Grosse Rat dem Regierungsrat zwei Vorstösse überwiesen, mit denen einerseits gefordert wurde, die Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst zu verbessern, und andererseits den Lohn für die Kantons- und die Kriminalpolizei substanziell zu erhöhen. Hauptziel der geforderten Vorlage sollte also sein, die AMZ dauerhaft abzulösen.

Gute Arbeitsbedingungen für das Staatspersonal, und ich denke, ich kann zumindest das für die Gesamtkommission sagen, sind wichtig. Unser Kanton und seine Bevölkerung sind angewiesen auf gut qualifiziertes Personal, welches seine Arbeit effizient, qualitativ hochstehend und im Interesse der Bevölkerung erledigen kann. Wir haben in der Kommissionsberatung festgestellt, dass die Meinungen darüber, wie gut diese Arbeitsbedingungen heute schon sind, auseinandergehen. Die Kommissionsmehrheit ist überzeugt, dass das Staatspersonal unseres Kantons bei einer Gesamtbetrachtung schon heute über sehr gute Anstellungsbedingungen verfügt und dass es nur spezifische Berufsprofile gibt, beispielsweise IT-Fachleute, wo der Kanton im Vergleich zur Privatwirtschaft im Hintertreffen ist. Man darf dabei aus unserer Sicht nicht ausschliesslich auf das Lohnniveau abstellen, sondern muss auch die zusätzlichen Vorzüge berücksichtigen wie die Pensionskasse, den automatischen Teuerungsausgleich oder das Jobticket. Sie finden hierzu im Bericht der Kommissionsmehrheit auf Seite 19 eine nicht abschliessende Aufzählung, was der Kanton alles zu bieten hat. Und eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist, das hat der Regierungsrat angekündigt, bereits in Arbeit.

Wir sind deshalb als Kommissionsmehrheit zum Schluss gekommen, und das ist die grundlegendste Kritik am Ratschlag des Regierungsrates, dass eine breit angelegte Anhebung des Lohnniveaus für knapp die Hälfte der Staatsangestellten weder notwendig noch gerechtfertigt ist und dass damit nicht gezielt dort angesetzt wird, wo wir Probleme haben, bei der Kantonspolizei und bei den jungen Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern. Die Kommissionsmehrheit hat deshalb das Lohnmassnahmenpaket so angepasst, dass der Fokus stärker auf die Kantonspolizei gerichtet wird und auf die Einstiegsgehälter, denn dort sehen wir die grossen Probleme, die entschlossenes Handeln seitens des Kantons erfordern. Wir sind mit dieser Feststellung, dass es bei der Kantonspolizei grossen Handlungsbedarf gibt, auch nicht allein. Wir haben Ihnen die relevanten Feststellungen der Geschäftsprüfungskommission in ihrem Bericht zur Kantonspolizei in unserem Bericht aufgeführt. Wir setzen mit der Variante der Kommissionsmehrheit genau dort an, wo die GPK Probleme feststellt.

Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit umfasst neun Elemente. Bei drei Elementen sind sich Mehrheit und Minderheit einig, dass sie dem Vorschlag des Regierungsrates folgen wollen. Das sind erstens die Aufhebung des degressiven Teuerungsausgleiches, zweitens die zusätzliche Erfahrungsstufe für die Mitarbeitenden der Kantons- und Kriminalpolizei und drittens die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei. Auf diese drei Punkte möchte ich deshalb nicht näher eingehen, Sie finden dazu alle notwendigen Ausführungen im Bericht des Regierungsrates.

Dann gab es drei Elemente, wo die Kommissionsmehrheit Anpassungen vorgenommen hat. Das erste ist die Erhöhung der Einstiegsgehälter. Der Regierungsrat hat uns aufgrund des Lohnvergleichs von Perinnova dargelegt, dass bei den tiefen Erfahrungsstufen der Kanton Basel-Stadt signifikant schlechter aufgestellt ist als andere Arbeitgeber des Service Public in der Schweiz. Damit es da keine Missverständnisse gibt, ist es wichtig zu verstehen, dass eine tiefe Erfahrungsstufe nicht

gleichbedeutend ist mit tiefem Lohn. Die ausgeübte Funktion entscheidet darüber, in welche Lohnklasse man eingereiht wird. So wird das Lohnniveau, die Lohnbahnbreite einer Stelle festgelegt.

Jede Stelle beim Kanton ist in einer Lohnklasse eingereiht, wobei es 28 Lohnklassen gibt. Je nach Berufs- und Lebenserfahrung wird man dann innerhalb der Lohnklasse in eine Erfahrungsstufe eingestuft. Dafür gibt es eine umfassende Richtlinie, was da alles wie zu berücksichtigen ist. Es gibt die drei Einstiegsstufen A bis C und dann die Erfahrungsstufen 1 bis 31, wobei die Stufen 19 bis 30 Zweijahresstufen sind. Auch bei den Lohnklassen mit höheren Löhnen gibt es diese Einstiegsstufen A bis C. Wir sprechen also nicht darüber, ob der Lohn von Stellen mit tieferen Löhnen angehoben werden soll, sondern ob der Lohn der Jungen mit weniger Berufs- und Lebenserfahrung angehoben werden soll. Das ist wichtig, weil es ja darum geht, angesichts der demografischen Entwicklung und der anstehenden Pensionierungswelle den Kanton als Arbeitgeber für jüngere Arbeitskräfte attraktiver zu machen.

Nun ist es tatsächlich so, dass bei den Einstiegsstufen A bis C und bei den Stufen 1 bis 4 der Kanton Basel-Stadt im Vergleich von Perinova unterdurchschnittlich abschneidet. Unterdurchschnittlich bedeutet, dass die Löhne unter dem Schweizer Durchschnitt von 100% liegen. Sie sehen das in der entsprechenden Grafik im Kommissionsbericht auf Seite 18. Entsprechend sind wir uns einig, Mehrheit und Minderheit, dass es da zu einer teils deutlichen Anhebung des Lohnniveaus kommen soll. Der Unterschied zwischen Mehr- und Minderheit liegt bei den Stufen 5 bis 11. Der Regierungsrat will das Lohnniveau des Kantons generell auf mindestens 103% des Schweizer Durchschnitts festlegen. Die Kommissionsmehrheit sieht dafür keine Notwendigkeit und hält es für ausreichend, das Lohnniveau auf diesen Stufen auf dem aktuellen Niveau zu belassen. Das bedeutet zwischen 100 und 103% des Schweizer Durchschnitts. Dies, weil der Schweizer Durchschnitt ja auch Orte mit höheren Lebenshaltungskosten wie Zürich oder Genf beinhaltet, weil der reine Lohnvergleich, wie bereits erwähnt, andere Benefits nicht beinhaltet, wo Basel-Stadt weit überdurchschnittlich ist, und weil es zudem ja dann jährlich zu einem automatischen Stufenanstieg, also einer Lohnerhöhung kommt, man also innert weniger Jahre bei diesen 103% landen wird. Automatischer Teuerungsausgleich und automatischer Stufenanstieg, beides gibt es in der Privatwirtschaft nicht.

Das zweite Element ist die Erhöhung der Geldzulagen. Der Regierungsrat hat festgehalten, dass diese Geldzulagen heute im Rahmen der Ansätze anderer Kantone liegen. Wir sind in diesem Punkt also wettbewerbsfähig, sollen aber künftig überdurchschnittlich sein. Die Kommissionsmehrheit anerkennt, dass Schichtberufe besonders belastend sind und ist deshalb bereit, die entsprechenden Zulagen auf ein überdurchschnittliches Niveau anzuheben. Sie erachtet eine Erhöhung gleich um einen Drittel jedoch als übermässig. Im Schnitt liegen die monatlichen Zulagen heute bei etwa 600 Franken pro Person. Auch eine Erhöhung um einen Viertel, wie das die Mehrheit vorsieht, bedeutet eine substantielle Erhöhung um 150 Franken pro Monat. Davon profitieren alle Mitarbeitenden des Kantons, die Schichtarbeit leisten, neben der Polizei also beispielsweise Tram- und Busschauffeure oder die Mitarbeitenden der Stadtreinigung.

Das dritte Element ist der Lohnzuschlag zum Ausgleich von temporären Einkommenseinbussen. Hier hat die Mehrheit gegenüber dem Regierungsrat eine Erhöhung von 3.9 auf 4.3 Mio. Franken vorgenommen. Das hat damit zu tun, dass niemand bei der Kantonspolizei durch das Lohnmassnahmenpaket weniger verdienen soll als bisher mit der Arbeitsmarktzulage. Es gibt Mitarbeitende, die gemäss Lohnmassnahmenpaket weniger Lohn haben würden als mit der aktuell geltenden Arbeitsmarktzulage. Durch den Lohnzuschlag wird diese Lücke so lange ausgeglichen, bis diese Mitarbeitenden durch den jährlichen Stufenanstieg oder allenfalls auch durch Beförderung das Niveau der AMZ erreicht haben. Wenn man nun die Erfahrungsstufen 5 bis 11 nicht anhebt, dann sind mehr Mitarbeitende von dieser Lücke betroffen, dementsprechend braucht es mehr Lohnzuschläge, um das auszugleichen. Das sind dann diese einmaligen Mehrkosten von 400'000 Franken.

Schliesslich gibt es drei Elemente, die wir als Kommissionsmehrheit neu aufgenommen haben. So haben wir erstens festgestellt, dass bei den Ausbildungslöhnen von Quereinsteigern das Problem besteht, dass die bisherige Berufserfahrung nicht angemessen berücksichtigt werden kann. Sie können sich beispielsweise vorstellen, dass Sie seit einigen Jahren irgendwo beruflich tätig sind und sich dann entscheiden, zur Polizei zu wechseln. Dafür müssen Sie Vollzeit die Polizeischule absolvieren, wofür Ihnen heute der Ausbildungslohn bezahlt wird. Dieser liegt mit grösster Wahrscheinlichkeit deutlich tiefer als Ihr bisheriger Lohn. Entsprechend kann das mit erheblichen finanziellen Einbussen verbunden sein, was den Berufswechsel unattraktiv macht. Deshalb wollen wir im Lohngesetz einen Absatz ergänzen, dass künftig die bisherige Berufserfahrung beim Ausbildungslohn berücksichtigt werden muss. Das gilt nicht nur für die Kantonspolizei, sondern für alle Monopolberufe, davon profitieren also auch die Sanität, die Feuerwehr und der Justizvollzug. Finanziell konnten wir das nicht abschliessend abschätzen, deshalb hatten wir vorgesehen, dass der Regierungsrat die nötigen finanziellen Mittel zu einem späteren Zeitpunkt beantragen soll, auch im Sinne einer beförderlichen Behandlung dieses Geschäfts, sonst hätte sich die Beratung verzögert.

Wir sind natürlich sehr froh und dankbar, dass der Regierungsrat hier einen Sondereffort geleistet hat über die Osterferien hinweg, so dass wir nun die richtige Zahl kennen und das heute bereits im Grossratsbeschluss entsprechend ergänzen können. Entsprechend haben Sie einen Änderungsantrag des Regierungsrates auf dem Tisch, mit dem die hierfür nötigen 3.2 Mio. Franken gleich heute mitbeschlossen werden können, so dass wir das nicht später nochmals diskutieren und

beschliessen müssen. Die Kommissionsmehrheit unterstützt diesen Antrag. Ich gehe davon aus, dass die Finanzdirektorin in ihrem Votum noch ein paar Worte dazu sagen wird, wie ihr Departement diesen Betrag berechnet hat.

Besonders wichtig ist für uns das zweite neue Element, die Einführung einer neuen Aussendienstzulage. Es ist so, dass Polizistinnen und Polizisten im Aussendienst mit vielseitigen und unvorhersehbaren Risiken und Gefahren konfrontiert sind. Sie sind über die vergangenen Jahre auch häufiger mit Gewalt und Aggressionen konfrontiert als früher, Angriffe auf Beamte nehmen zu. Daraus ergeben sich erhöhte physische und psychische Belastungen, die es in dieser Form bei anderen Berufen nicht gibt. Gleichzeitig wird von den Einsatzkräften ein überdurchschnittliches Mass an Professionalität, Einsatzbereitschaft und persönlichem Risiko verlangt und sie stehen als Vertreterinnen und Vertreter des Gewaltmonopols unter besonderer öffentlicher Beobachtung und Kritik, auch durch diesen Rat. Aufgebote für Einsätze erfolgen gerade während des aktuell bestehenden Unterbestands häufiger an Wochenenden oder an ursprünglich dienstfreien Tagen. Genau deshalb soll der Aussendienst gezielt mit einer zusätzlichen Zulage entschädigt und so für aktuelle wie zukünftige Polizistinnen und Polizisten attraktiver gemacht werden. Es ist ein klares Signal der besonderen Wertschätzung an die Polizistinnen und Polizisten, die in unserem Kanton Tag für Tag für Sicherheit und Ordnung sorgen.

Für diese Zulage stellen wir 1.2 Mio. Franken zur Verfügung. Das entspricht überschlagsmässig berechnet einer Zulage von rund 150 Franken pro Person und Monat, also etwa 1800 Franken pro Person und Jahr. Wie die Aussendienstzulage genau auszugestalten ist, ob das beispielsweise eine Monatspauschale sein soll oder pro Stunde berechnet werden soll, wie bei den übrigen Zulagen, überlassen wir dem Regierungsrat. Wir waren der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, das im Detail auf Gesetzesstufe festzulegen, sondern dass das auf Verordnungsstufe gehört, wie die bestehenden Zulagen auch.

Schliesslich noch das dritte neue Element, die Konkurrenzklausel im Personalgesetz. Wir waren uns in der Kommission sehr uneinig darüber, ob die Anstellungsbedingungen beim Staatspersonal nun besser oder schlechter sind als in der Privatwirtschaft. Es gibt da verschiedene Studien, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, und wir hören auch immer wieder die Rückmeldungen aus der Wirtschaft, insbesondere von KMU, dass der Kanton ihnen mit seinen Anstellungsbedingungen Mitarbeitende abwerben würde. Sie könnten mit dem Kanton nicht mithalten, da sie sich das finanziell nicht leisten können. Damit man hier einen aussagekräftigen Vergleich machen kann, müsste man nebst den Löhnen die Anstellungsbedingungen als Ganzes miteinander vergleichen. Das überstieg die Möglichkeiten der Kommissionsarbeit. Gleichzeitig wollten wir als Kommissionsmehrheit nicht einfach mit den Achseln zucken. Deshalb schlagen wir vor, das auf der Ebene der Grundsätze der Personalpolitik festzulegen. Diese sind im Personalgesetz des Kantons verankert.

Die Konkurrenzklausel führt dazu, dass der Regierungsrat eine solche gesamtheitliche Betrachtung vornehmen muss, wozu dann eben beispielsweise auch die Lohnnebenleistungen und die Vorsorgeleistungen gehören. Es ist nun mal so, dass der Kanton mit privaten Arbeitgebern im Wettbewerb um Arbeitskräfte steht. Im Gegensatz zu den Privaten kann er seine Einnahmen aber gesetzlich erzwingen und muss sich nicht am Markt behaupten, um die Löhne bezahlen zu können. Deshalb ist das ein unfairer Wettbewerb, bei dem die Privaten die Löhne der staatlichen Konkurrenz sogar mitbezahlen müssen. Dass der Kanton gesetzlich darauf festgelegt wird, dass er sich gegenüber den Privaten nicht systemisch besserstellt, ist deshalb nichts als fair.

Nun haben wir in der Stellungnahme der AGSt gelesen, dass das die lohnmassige Arbeitgeberattraktivität des Kantons schwächen würde. Wir lesen das als Eingeständnis, dass die Arbeitsbedingungen beim Kanton eben doch besser sind als bei den Privaten, sonst würde es logischerweise ja gar nicht zu einer Schwächung kommen. Wenn der Kanton, wie von der Minderheit behauptet, gar nicht besser ist als die Privaten, dann wäre da ja gar nichts zu befürchten und der Gesetzestext reine Symbolik.

Weiter wird in dieser Stellungnahme behauptet, dass der Staat umgekehrt auch keine Mitsprache bei der Festsetzung von privatrechtlichen Löhnen habe. Das ist natürlich falsch. Ich erinnere Sie gerne daran, dass der Staat mit dem Mindestlohn, aber auch mit den allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen sehr direkt in das Lohngefüge der Privaten eingreift und auch sonst auf Gesetzes- und Verordnungsstufe ziemlich viele Vorgaben macht, wie das privatrechtliche Arbeitsverhältnis auszugestalten ist. Soweit also die neun Elemente des Vorschlags der Kommissionsmehrheit.

In Kraft treten soll das ganze Paket so bald wie möglich. Die Kommissionsmehrheit möchte es jedoch dem Regierungsrat überlassen, wann die einzelnen Bestandteile des Pakets in Kraft gesetzt werden sollen und haben das im Beschluss entsprechend so vorgesehen. Wir stellen hierfür im Grossratsbeschluss 2 die notwendigen Mittel ab 1. Juli 2026 zur Verfügung, also bereits ab Mitte dieses Jahres. Das wäre die Wunschvorstellung, wir sind uns aber bewusst, dass das nicht für alle Bestandteile möglich sein wird, weil entsprechende Vorarbeiten von Regierung und Verwaltung notwendig sind. Deshalb haben wir das entsprechend offen ausgestaltet. Wir gehen davon aus, dass der Regierungsrat sehr daran interessiert ist, die einzelnen Bestandteile jeweils so rasch wie möglich umzusetzen.

Im Ergebnis führt der Vorschlag der Kommissionsmehrheit inklusive Änderungsantrag der Regierung zu den Ausbildungslöhnen für Quereinsteiger zu Kosten von 22'325 Mio. Franken, davon 18'025 Mio. Franken jährlich wiederkehrend. Dies gegenüber den 24.5 Mio. Franken gemäss Ratschlag des Regierungsrates, davon 20.6 Mio. Franken jährlich wiederkehrend.

Sie sehen anhand dieser Zahlen, dass es uns nicht darum ging, die Mehrausgaben substanziell zu kürzen. Es ging uns darum, wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. Auch mit dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit erhält künftig über ein Viertel der Staatsangestellten einen höheren Lohn als bisher. Das ist eine substanzielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir haben den Fokus des Lohnmassnahmenpakets jedoch stärker auf die Kantonspolizei gerichtet. Dort besteht erheblicher Handlungsbedarf, das hat der letzte Woche publizierte Jahresbericht der Kantonspolizei nochmals deutlich aufgezeigt. Mit diesem Lohnmassnahmenpaket, so wie es die Kommissionsmehrheit vorschlägt, senden wir ein klares Signal an die Kantonspolizei, dass wir das Problem des Unterbestandes ernst nehmen und dem aktiv entgegenwirken. Wir sind überzeugt, dass der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber damit nachhaltig und gezielt gestärkt wird, dass wir einen Beitrag dazu leisten, den Unterbestand zu reduzieren und so die Sicherheit und Ordnung in unserem Kanton zu verbessern.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, dem Antrag der Mehrheit zu folgen, inklusive dem Änderungsantrag des Regierungsrates betreffend Ausbildungslöhne von Quereinsteigern, den Sie auf dem Tisch haben. Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, die Motion Messerli/Hug betreffend Lohnerhöhung für die Kantonspolizei und den Anzug Hug/Christ betreffend Schicht- und Wochenenddienst als erledigt abzuschreiben. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Debatte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Kommissionsminderheit das Wort hat Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Gerne berichte ich Ihnen im Namen der Minderheit zum Lohnmassnahmenpaket. Diesen Bericht stelle ich unter ein Motto. «Gouverner, c'est prévoir», Regieren heisst vorausschauend handeln. Dieses Motto ist für die Kommissionsminderheit bei diesem Ratschlag zentral. Es geht darum, im Personalbereich Massnahmen zu ergreifen, bevor Probleme entstehen. Wir können aktuell bei der Kantonspolizei beobachten, wie schwierig es ist, aus einer Abwärtsspirale wieder herauszukommen. Mangelnde Attraktivität wirkt sich auf den Personalbestand aus und das wiederum wirkt sich negativ auf die Rekrutierung aus, ein Teufelskreis. Vorausschauend zu handeln heisst, bereits heute die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu erhöhen und nicht erst dann, wenn es brennt. Darauf hat der Regierungsrat reagiert und in Abstimmung zwischen FD, JSD und den Sozialpartnern ein austariertes Paket vorgelegt. Der Mehrheitssprecher ist verdankenswerterweise bereits auf die einzelnen Punkte eingegangen und ich gehe auch davon aus, dass diese Massnahmen allgemein bekannt sind.

Ein zentrales Element ist die Anhebung der Einstiegslohne. Der Regierungsrat, das wurde bereits angesprochen, hat aufgrund von Vergleichen mit anderen Kantonen, aber auch mit der Privatwirtschaft, das ist sehr wichtig, festgestellt, dass es hier Handlungsbedarf gibt. Für viele überraschend und entgegen vielleicht der Vermutung, die man hatte, zeigt sich in diesen Lohnvergleichen, dass unser Kanton im Bereich der Einstiegslohne unter dem Durchschnitt liegt. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das hat auch mich überrascht, als ich das zum ersten Mal gehört habe. Wenn wir in diesem Bereich die Löhne anheben, dann bauen wir also nicht etwas aus, sondern wir holen etwas nach.

Insgesamt, und das ist uns wirklich wichtig, handelt es sich bei der Regierungsvorlage um ein ausgewogenes Paket, das die Anliegen bezüglich der Kantonspolizei ernst nimmt, ohne die Ungleichbehandlung übermässig zu strapazieren. Die Vorlage berücksichtigt auch die berechtigten Anliegen von Mitarbeitenden bei Feuerwehr, Rettung, aber auch in der Pflege, in Tagesstrukturen, Verkehrsbetrieben oder der Stadtreinigung, alles auch exponierte Tätigkeiten im Schichtdienst, bei denen die Rekrutierung schwierig ist und die Frage des Personalbestandes, also Unterbestandes, auch schon ein Thema ist, war oder werden könnte.

Die Änderungen der WAK-Mehrheit bringen dieses austarierte Paket leider aus dem Gleichgewicht. Sie verstärken gerade innerhalb der Kantonspolizei die Ungleichbehandlung und setzen damit die Wirkung aufs Spiel. Ich komme darauf zurück. Wir bedauern, dass die WAK-Mehrheit nicht gemeinsam mit der Regierung, Departementen, Sozialpartnern und WAK-Minderheit dem Ratschlag zustimmt und damit gemeinsam ein positives Zeichen gegenüber den Mitarbeitenden des Kantons setzen wollte.

Zu den Massnahmen im Einzelnen. Die Minderheit unterstützt diese Massnahmen ausdrücklich. Dazu gehört die Anhebung der Einstiegslohne und die Schichtzulagen. Beide Massnahmen sind sachlich begründet. Die für viele überraschenden Lohnvergleiche habe ich angesprochen. Die Erhöhung der Schichtzulagen setzt dort an, wo der Druck im Alltag am grössten ist. Sie ist für die Minderheit wichtig, weil Schichtarbeit eine echte Zusatzbelastung bedeutet. Wer nachts, am Wochenende oder zu unregelmässigen Zeiten arbeitet, braucht dafür einen angemessenen Ausgleich. Die Minderheit ist überzeugt, dass diese Massnahme nicht nur Wertschätzung ausdrückt, sondern auch die Rekrutierung und Bindung von Mitarbeitenden verbessert.

Das dritte Element des Pakets sind Massnahmen im Umfang von 6 Mio. Franken, die alleine der Polizei zugutekommen. Diese beurteilt die Kommissionsminderheit durchaus kritisch. Wir halten den Grundsatz der Gleichbehandlung hoch und sind der Meinung, dass es zur Behebung des Personalunterbestandes bei der Polizei auch andere Massnahmen braucht. Unsere Befürchtung ist, dass wir Gefahr laufen, Probleme einfach mit Geld zudecken zu wollen. Da wir aber Anzeichen sehen, dass

es bei der Polizei auch andere Massnahmen gibt und besonders auch im Sinne eines Kompromisses, tragen wir diese polizeispezifischen Massnahmen mit. Die Minderheit ist überzeugt, dass das Paket ein gut austarierter Kompromiss wäre und bedauert, dass sich die WAK-Mehrheit diesem Kompromiss nicht anschliesst.

Damit komme ich zur Würdigung und Kritik der Vorschläge der Mehrheit. Die Kommissionsminderheit lehnt diese Änderungen ab, das ist Ihnen, glaube ich, jetzt klar geworden. Die Anpassung an die Lohnkurve mag auf den ersten Blick technisch plausibel erscheinen, sie schwächt aber die Wirkung der Vorlage. Man sollte nicht einzelne Elemente herauslösen, weil das Paket in sich stimmig konzipiert wurde. Besonders kritisch sieht die Minderheit die Gefahr einer Ungleichbehandlung. Genau das will sie vermeiden, Berufsgruppen sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Befürchtung, dass sich damit zusätzliche Spannungen und ein Stressfaktor im System aufbauen, hat sich aus der Sicht der Minderheit im Verlauf der Diskussion eher bestätigt als entkräftet und wir haben ja gesehen, dass diese Massnahme mit der Aussendienstzulage bereits zu kontroversen Diskussionen geführt hat. Diese Ungleichbehandlung, die einen kriegen etwas, die anderen nicht, das war ja bereits bei der Arbeitsmarktzulage ein Thema und es ist ein bisschen schade, dass wir hier wieder in diese Richtung gehen.

Auch bei der Schichtarbeit ist die Minderheit enttäuscht, dass die Problemlage nicht konsequenter aufgegriffen wurde. Wir haben ausgeführt, dass Schichtarbeit belastend ist, gesundheitlich wie sozial, und deshalb wäre es aus Sicht der Minderheit falsch, hier zu kürzen. Das von der Mehrheit vorgeschlagene Konkurrenzverbot, um einen letzten Punkt zu nennen, lehnt die Minderheit ebenfalls ab. Der Kanton muss seine Anstellungsbedingungen politisch selbst bestimmen können. Es ist demokratiepolitisch fragwürdig, wenn private Arbeitsverhältnisse indirekt den Spielraum des Kantons vorgeben würden.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich nochmals das Thema der Dringlichkeit aufnehmen. Wir finden es ein bisschen schade, dass es so lange gedauert hat. Sie können bereits im Bericht nachlesen, dass sich die Kommissionsminderheit eine zügige Behandlung des Geschäftes gewünscht hätte und auch entsprechend den Antrag gestellt hat. Es ist ja so, dass wir bei anderen Vorlagen ein Riesentempo hingelegt haben, ich erinnere an das Standortpaket, wo wir wirklich in einer sehr kurzen Frist sehr viel Geld gesprochen haben und wieso das hier nicht schneller möglich gewesen ist, kann ich in dem Sinn nicht nachvollziehen. Ich werde die Diskussion hier aber nicht detailliert nochmals aufnehmen, ich möchte einfach nochmal festhalten, dass wir bedauern, dass die Arbeitsmarktzulage nochmals verlängert werden musste. Es wäre im Sinne einer konstruktiven Problemlösung bei der Kantonspolizei sicher besser gewesen, wenn wir früher darüber hätten entscheiden können. Auch bei der Einhaltung von Fristen gilt «gouverner, c'est prévoir».

Für die Kommissionsminderheit bedeutet dieses Motto, nicht erst reagieren, wenn der Personalnotstand bereits da ist, sondern vorher handeln. Nicht einzelne Berufsgruppen gegeneinander ausspielen, sondern ein ausgewogenes Gesamtpaket vorlegen und nicht ein gut austariertes Modell durch zusätzliche Mehrheitsanträge schwächen. Die Minderheit ist überzeugt, mit dem Lohnmassnahmenpaket investieren wir in die Zukunft unseres Kantons, in einen guten Service Public mit zufriedenen und damit gesunden Mitarbeitenden und wir tragen dazu bei, Situationen, wie sie leider bei der Kantonspolizei entstanden sind, in Zukunft zu vermeiden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat nun die Vorsteherin des Finanzdepartements, Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Wir beraten heute eine Vorlage, die für die Zukunftsfähigkeit des Kantons Basel-Stadt als Arbeitgeber entscheidend ist. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, das vorgelegte Lohnmassnahmenpaket im Ratschlag des Regierungsrates vollumfänglich zu genehmigen. Dieses stimmt überein mit der Kommissionsminderheit, ausser im Punkt der Inkraftsetzung.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Der Personalunterbestand bei der Kantonspolizei hat sich seit 2016 massiv erhöht. Heute sind rund 130 nicht besetzte Stellen im Polizeikorps. Der zweite Punkt war die Analyse des baselstädtischen Lohnsystems. Dieses hat gezeigt, dass über alle Berufsprofile die Löhne im Kanton Basel-Stadt bei den unteren Erfahrungsstufen bis zu 14% unter dem Durchschnitt der anderen Kantone und Städte liegen. Die Einstiegerlöhne im Kanton sind zu tief. Das sehen wir auch bei der Fluktuationsrate, das sehen wir bei Problemen bei der Rekrutierung. Das war der Grund, warum wir das Paket so geschnürt haben, wie es Ihnen vorliegt. Wir haben immer darum gebeten, wenn man Änderungen machen möchte, dass wir die Möglichkeit haben, das ganze Paket nochmal zu prüfen und abzuwägen, wie die verschiedenen Massnahmen aufeinander abgestimmt sind.

Nun, was haben wir Ihnen vorgeschlagen? Eine Anpassung der Lohnkurve. Wir haben vorgeschlagen, das ist der Kernpunkt des Pakets, dass unsere Lohnkurve, die sehr steil ist zu Beginn, dass wir diese anheben bis zur Stufe 11. Ja, von dieser Korrektur profitieren 47% der Mitarbeitenden. Aber sie ist nicht nur für alle Mitarbeitenden da, sondern auch für die Kantonspolizei eine nachhaltige Lösung. Das wird der Hauptgrund sein, und ich möchte Ihnen das dann auch bei den Anträgen näherbringen, warum wir befürchten, dass die Anträge der Kommissionsmehrheit diesen Punkt aus dem

Gleichgewicht bringen. Die Anpassung der Lohnkurve ist das Kernstück, weil mit dem werden genau die Einsteigerinnen und Einsteiger in die Berufe getroffen, und zwar nachhaltig und nicht nur kurzfristig. Die Kurve ist sehr steil, das beruht vielleicht auf früher gesellschaftspolitischen Grundsätzen, dass man zum Kanton kommt und bleibt, bis man mit 65 pensioniert wird. Das ist heute nicht mehr so. Wir sehen das auch in der Fluktuation, dass viele, die bei uns angefangen haben, nach ein paar Jahren wieder gehen, weil sie hier deutlich mehr verdienen können, wenn sie in einen anderen Kanton oder zur Privatwirtschaft gehen.

Betreffend der Löhne der Privatwirtschaft. Sie haben gehört, wir haben einen Lohnvergleich gemacht mit der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum AG und die hat es bestätigt. Sie stellte bei den Löhnen beim Kanton Basel-Stadt bei jüngeren und weniger erfahrenen Mitarbeitenden durchschnittlich deutlich tiefer liegende Löhne als in der Privatwirtschaft fest und das war noch ein Lohnvergleich ohne Bonuszahlungen. Also wir waren im ganzen Vergleich wirklich deutlich tiefer. Das ist etwas, was wir auch aus der Praxis schon wissen. Man sieht es auch in der Mitarbeitendenbefragung 2024, die Zufriedenheit mit der Entlohnung fällt bei den jüngeren Mitarbeitenden am tiefsten aus.

Ebenso, wie schon gesagt, bei der Fluktuationsrate. Diese strukturell zu tiefe Entlohnung in den ersten Berufsjahren führt dazu, dass es zunehmend schwierig ist, qualifizierte und talentierte Nachwuchskräfte für den Kanton zu gewinnen. Man muss hier auch noch berücksichtigen, dass das Lohnniveau der Nordwestschweiz generell höher liegt als der Durchschnitt der Löhne in der Schweiz. Und einfach, um das nochmal gesagt zu haben, dieser Punkt ist nicht nur für 47% aller Mitarbeitenden zentral, sondern auch als nachhaltige Lösung für die Kantonspolizei.

Ein weiterer Punkt, der heute unbestritten ist, den ich aber trotzdem erwähne, ist die Aufhebung der Degression beim Teuerungsausgleich. Das wäre wahrscheinlich heute unter dem Gleichbehandlungsgebot gar nicht mehr möglich, der wurde aber von der Kommission auch positiv aufgenommen.

Ein weiterer Punkt ist die Erhöhung der Geldzulagen. Schichtberufe verlieren zusehends an Attraktivität. Mit der geplanten Erhöhung der Geldzulage für Nachtarbeit und Nachtbereitschaft, Sonn- und Feiertagsarbeit und Pikettdienst soll die Attraktivität des Arbeitgebers erhöht werden. Wir sind daher der Meinung, dass unser Vorschlag sinnvoll ist, gerade für diese Berufe, die alle, die Schicht arbeiten, hier viel leisten. Dazu gehören auch die Pflegenden, die es auch im Kanton Basel-Stadt bei der Verwaltung gibt.

Dann die zusätzlichen Erfahrungsstufen für mitarbeitende Polizist*innen und Kriminalist*innen bei der Staatsanwaltschaft sowie Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei. Wir haben in diesem Paket, nachdem wir die Lohnkurve angehoben haben, noch geschaut, wie wir jetzt speziell bei der Kantonspolizei und der Kriminalpolizei noch Verbesserungen machen können. Diese zwei Verbesserungen sind nicht bestritten. Die eine soll allen bisherigen und künftigen Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Kriminalpolizei bei der Staatsanwaltschaft bis und mit Lohnklasse 16 eine zusätzliche Erfahrungsstufe ad personam geben. Ausserdem sollen die Ausbildungslöhne angehoben werden, das diskutieren wir nachher auch noch beim Antrag von der Mehrheit. Wir haben dort bereits vorgeschlagen, diese um eine Lohnklasse zu erhöhen, das wurde auch nicht bestritten.

Dann ein weiterer Punkt, der, glaube ich, heute vielleicht auch noch wichtig ist, ist der Ausgleich der temporären Einkommenseinbussen aufgrund des Wegfalls der AMZ, der Arbeitsmarktzulage. Aufgrund dieser Erhöhung der Lohnkurve, so wie dem, was wir heute alles vorschlagen in unserem Paket, wird die Arbeitsmarktzulage nicht ganz überall kompensiert. Das ist aber auch verständlich, weil die Arbeitsmarktzulage, die ist jetzt wirklich ein pauschales Giesskannenprinzip. Das haben wir gemacht, weil wir schnell handeln wollten, wir hatten keine Zeit, das genauer anzuschauen, daher war es ein pauschales Giesskannenprinzip. Und wir haben gesagt, es kann nicht sein, das wäre sehr unangenehm, wenn man dann plötzlich weniger Lohn kriegt, weil wir hier das Paket gebracht haben. Das heisst, dass die Personen, die eigentlich nicht in diesen Bereich hineinfallen, wo wir jetzt Verbesserungen vorschlagen, quasi einen Besitzstand haben sollen. Und es ist natürlich klar, je grösser dieser Betrag ist, je weniger nachhaltig ist das Paket. Bei uns, das ist das, was wir ausgerechnet haben, sind es diese 3.9 Millionen, wo wir hoffen, dass trotzdem mit unseren Vorschlägen das dann nachhaltig sein wird. Bei der Kommissionsmehrheit erhöht sich das nochmals. Das heisst, aus unserer Sicht ist dann der Vorschlag noch weniger nachhaltig.

Daher erlauben Sie mir nur kurz zu den Anträgen der WAK-Mehrheit zu sprechen. Ich gehe davon aus, dass wir diese noch im Detail diskutieren. Wir halten an unserem Paket fest. Wir wären bereit gewesen, bei einer Rückweisung einzelne Massnahmen zu überprüfen und das Paket zu justieren. Wir sind aber der Meinung, dass es jetzt, so wie es vorliegt, von der WAK-Mehrheit zu unausgewogen ist.

Beim ersten Punkt der Einstiegslohne. Die Anpassung der Lohnkurve nur von Stufen A bis 4, das halten wir für den grössten Fehler. Das wird auch für die Kantonspolizei nicht nachhaltig sein. Das ist einfach zu tief und führt dazu, dass die Arbeitsmarktzulage zu fest quasi Besitzstand bleiben muss, und wird für die neuen Einsteiger weniger attraktiv sein.

Die Geldzulage, da wird der Anreiz abgeschwächt, das trifft auch die Kantonspolizei. Wenn Sie die Erhöhung der Geldzulage von einem Drittel auf ein Viertel kürzen, dann wird der Reiz, diese Dienste zu machen, reduziert. Dafür schlägt die WAK-Mehrheit die Aussendienstzulage vor. Für uns war es anspruchsvoll, dies in der kurzen Zeit zu prüfen. Wir sind aber der Meinung, dass diese Aussendienstzulage ein problematisches Lohnungleichgewicht zwischen Innen- und Aussendienst

schaffen kann. Es birgt erhebliches Konfliktpotenzial und unterläuft eine einheitliche Lohnstruktur. Zudem schafft es neue Ungleichheiten im Kanton und in den Blaulichtorganisationen selbst. Weiter müssen wir heute feststellen, dass die Umsetzung der Zulage sehr unklar ist. Ist es eine Pauschale, wird sie differenziert ausbezahlt? Die WAK-Mehrheit sagt, wir dürfen oder müssen das nachher selber umsetzen. Wir gehen davon aus, dass das nicht so einfach ist, dies zur Zufriedenheit aller zu machen.

Dann die Ausbildungslöhne bei den Monopolberufen, das hat einen breiten Wirkungskreis. Wir sind nicht vollkommen dagegen, das wäre interessant gewesen, das zu prüfen. Das heisst, man muss hier sehen, dass die Ausbildungslöhne heute bei der Sanität, Rettung, Feuerwehr und dem Justizvollzug Pauschalen sind. Und natürlich, wenn Sie den Beruf beginnen wollen, oder die Ausbildung besser gesagt, und Sie haben seit zehn Jahren schon gearbeitet und müssen dann einen Lohnverzicht in Kauf nehmen, ist das sicher sehr unattraktiv. Daher ist dieser Punkt sicher diskutabel. Das hätten wir auch gerne, das konnten wir nicht, da wir den Antrag vorher nicht mit der Kommission diskutieren durften, aber es kostet. Wir haben hier vorgeschlagen, eine Lohnklasse mehr zu machen und dieser Antrag, der betrifft eben nicht nur die Kantonspolizei, sondern Sanität, Rettung, Feuerwehr und den Justizvollzug, kostet in etwa 3.2 Millionen. Wie ich jetzt aber gehört habe, geht es hier nicht darum, günstiger zu sein, sondern einfach mehr der Kantonspolizei zu geben.

Dann noch zur Konkurrenzklause, da möchte ich eher kurz sein. Aus unserer Sicht ist die Umsetzung hier eher unklar. Die Frage stellt sich immer, mit wem vergleichen wir uns. Wenn wir uns mit KMU vergleichen sollen, dann wird das schwierig als Grossbetrieb. Ich glaube, Löhne müssen überall konkurrenzfähig sein. Wir haben eigentlich die Politik, dass wir nicht überschüssen. Wir vergleichen uns immer, das auch bei den Lernenden-Löhnen, auch wenn hier Anträge aus dem Grossen Rat kommen. Wir versuchen immer, im Einklang mit der Wirtschaft in der Umgebung zu sein, aber selbstverständlich schauen wir auch Grossbetriebe an, da wir dort auch in Konkurrenz stehen. Und bisher haben wir die Erfahrung gemacht, dass es bei uns Mitarbeitende gibt, die in die Privatwirtschaft wechseln und umgekehrt. Was wir aber zunehmend sehen, ist, dass vor allem zu Beginn der Karriere der Kanton unattraktiver ist, diese Tendenz ist klar, und je älter man ist, je attraktiver ist der Kanton.

Der Umsetzungszeitpunkt 1. Juli ist wünschbar, aber wir sehen das im Moment nicht als realisierbar. Daher haben wir den Antrag auch gestellt, falls die Kommissionsminderheit heute obsiegen wird, dass der Regierungsrat das Inkrafttreten beschliessen könnte. Wir würden es sicher in einzelnen Tranchen umsetzen, da gewisse Punkte, wie die Aussendienstzulage, wahrscheinlich noch etwas länger brauchen wird, bis man dort dann eine Verordnung und alles angepasst hat.

Dann noch zu den Kosten. Der Ratschlag, es wurde gesagt vom Mehrheitssprecher, 24.5 Mio. Franken, 20.6 Mio. Franken wiederkehrend. Wir haben versucht, das günstigste Paket zu bringen, welches aber eine nachhaltige Lösung für die Kantonspolizei liefert. Die WAK-Mehrheit ist jetzt nicht so wesentlich tiefer mit ihren 22.3 Mio. Franken und 18 Mio. Franken wiederkehrend. Die grösste Befürchtung, die wir haben, ist, dass die Lösung der WAK-Mehrheit nicht nachhaltig ist, dass wir uns hier in wenigen Jahren wieder treffen, weil es nicht einfach nur mehr Geld für die Kantonspolizei ist. Das mag kurzfristig so erscheinen, aber wenn Sie die Lohnkurve nicht so anpassen, wie wir das vorschlagen, ist es nicht nachhaltig. Sie erhöhen die Arbeitsmarktzulage, diesen Besitzstand, der wird wegfallen, der wird ausschleichen und das werden die Personen, die Mitarbeitenden merken. Dann wird die Frage kommen, wie lösen wir das. Zudem sehe ich nicht, wie wir eine Aussendienstzulage nur für eine Berufsgruppe fair ausgestalten können. Das wird zu Unstimmigkeiten führen, auch bei den anderen Blaulichtorganisationen, die auch Aussendienst haben, die auch zunehmend Erfahrungen mit Gewalt haben. Das wird zu Problemen führen.

Wir sind der Meinung, dass unser Paket ausgewogen ist und dass es vor allem nachhaltig ist. Das ist der grosse Unterschied, den wir hier bei der Mehrheit zu unserem Paket sehen. Wir gehen davon aus, dass, wenn wir heute die Mehrheit beschliessen, die Diskussionen bald weitergehen werden. Daher bitte ich Sie, der Regierung heute zu folgen und bin gespannt auf die Diskussion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Als erster eingetragen hat sich für die SVP Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die beste Pensionskassenleistung, der sicherste Arbeitsplatz mit den attraktivsten Ferien- und Absenzenregelungen, viele andere Benefits, von denen Angestellte in der Privatwirtschaft nur träumen können, automatischer Teuerungsausgleich, usw. Der Kanton Basel-Stadt ist alles in allem ein äusserst attraktiver Arbeitgeber, ausser bei gewissen Löhnen. Auch die SVP will gutes Staatspersonal. Gutes Staatspersonal muss fair entlohnt werden, das ist ausser Frage.

Dass meine einleitenden Bemerkungen stimmen, zeigt sich dadurch, dass fast überall beim Kanton offene Stellen ohne grössere Probleme besetzt werden können, trotz Fachkräftemangel, im Gegensatz zur Privatwirtschaft, insbesondere den KMU, ausser bei der Polizei. Wie hätten wir das also in einem Unternehmen gelöst? Wir hätten es etwa so gelöst, wie es die

Motion Messerli/Hug gefordert hat. Anpassungen der Saläre bei der Polizei, allenfalls Anpassungen bei anderen Nischen, wo man ähnliche Probleme haben könnte. Was macht der Kanton, was macht die Regierung? Sie macht mehr für alle statt für wenige, unabhängig, ob man schon heute gut, sehr gut oder hervorragend entlohnt ist. Sie macht es so, dass dann dort, wo die Massnahmen wirklich kritisch sind, wirklich dringend sind, weil wir wirklich ein Problem haben, Leute anzuziehen, viel weniger übrig bleibt.

Wie Sie wissen, unterstützen wir von der WAK-Mehrheit, und die SVP stimmt selbstverständlich mit der WAK-Mehrheit, wir unterstützen dieses Mehr für alle bei den Einstiegsgehältern, unabhängig von der Frage, ob es jetzt im Einzelfall nötig oder nicht nötig ist. Auch wir wollen, dass der Kanton Basel-Stadt überall, auch bei den Gehältern, ein guter Arbeitgeber ist. In diesem Sinn sind wir völlig einverstanden mit dem Sprecher der WAK-Minderheit, «gouverner, c'est prévoir», aber vorausschauen braucht das Auge und das Auge sollte man mit Augenmass einsetzen.

Ich zeige Ihnen an zwei Beispielen die Absurdität dieses Modells Giesskanne. Die BVB hat gerade kürzlich angekündigt, dass sie Stellen abbauen muss, weil sie Kosten einsparen muss. Gleichzeitig werden wir heute, egal ob die Mehrheit oder die Minderheit gewinnen wird, die Gehälter auch für die BVB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter anheben, zum Teil deutlich anheben, obwohl das arbeitsmarkttechnisch überhaupt nicht nötig wäre. In der Deutschschweiz zahlt nur die VBZ bessere Gehälter im öffentlichen Verkehr von städtischen Verkehrsbetrieben. Fragen Sie mal die BLT, was sie von dieser Idee hält.

Zweites Beispiel, nehmen Sie Gärtner. Schon heute zahlt die Stadtgärtnerei deutlich bessere Gehälter als sämtliche Gärtnerbetriebe aus der Privatwirtschaft der Nordwestschweiz und dies, obwohl der Arbeitsdruck für den Gärtner oder die Gärtnerin in der Privatwirtschaft deutlich höher ist. Da haben sie den Privatkunden im Nacken, der schaut, dass sie auf keinen Fall zu lange Pause machen, dass sie sicher innerhalb der offerierten Zeit fertig sind mit ihrer Arbeit. Der Druck ist höher, die Gehälter sind tiefer schon heute, bevor wir irgendwelche Massnahmen ergriffen haben.

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, fast jede Mitarbeiterin oder jeder Mitarbeiter, den ich aus Gründen des Zahltags verliere, geht zum Kanton, zu unserem Kanton, zu dem Kanton, der angeblich zu tiefe Gehälter zahlt. Gleichzeitig habe ich seit vielen Jahren niemanden an privatwirtschaftliche Mitbewerber verloren. Deshalb bin ich sehr froh, dass der Ratschlag der Mehrheit das Lohngesetz so anpasst, dass der Kanton als Arbeitgeber die Privatwirtschaft nicht mehr in den Schatten stellen darf.

Was macht nun also der Kanton bei dieser empirisch klaren Ausgangslage? Er gibt eine Studie in Auftrag bei Kienbaum. Wir kennen Kienbaum, Kienbaum ist eine gute Firma. Es ist eine Beratungsfirma für grosse KMU und insbesondere Grosskonzerne. Sie berät Firmen, Weltkonzerne insbesondere, hinsichtlich Verwaltungsratsgehälter, hinsichtlich Boni, sie sucht CEOs für börsennotierte Firmen, usw. Die Lohnzahlen dieses Unternehmens werden also jetzt als Vergleichsbasis herangezogen. Kienbaum sagt auch selbst, wie die Ausgangslage ist. Ein Drittel der Daten stammen von KMU, ein Drittel. KMU machen in der Schweiz über 99% der Unternehmen aus. Dass das nicht repräsentativ ist, sieht man auf den ersten Blick. Die Gehälter des Kantons werden also verglichen mit grossen Banken, mit Versicherungen, mit Pharmafirmen und so weiter und so fort, mit Firmen, wo die Gehälter auch im internationalen Benchmark halt am höchsten sind. Gärtnereien berät Kienbaum nicht. Zudem hat Kienbaum seinen Schwerpunkt in und um Zürich, auch das ist bekannt, die Gehälter sind im Grossraum Zürich am höchsten in der Schweiz, auch die Lebenshaltungskosten sind dort am höchsten. Die Studie ist also statistisch mindestens sehr fragwürdig, man kann auch sagen, nicht relevant.

Das Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern widerspricht Kienbaum diametral. Die Aussage dort ist, Basel-Stadt zahlt leicht besser als die Privatwirtschaft. Die Grundlage dieser Studie sind nicht Zahlen, die dieses Institut von seinen Kunden hat, sondern Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Wenn Sie den Bericht gelesen haben, haben Sie gesehen, dass unsere Regierung die Datengrundlage für umstritten hält. Man würde sich diese Objektivität auch bei der Datengrundlage von Kienbaum wünschen.

Dass die Arbeitnehmervertretung mehr für alle will, ist klar. Das ist ihre Aufgabe, Arbeitnehmervertretungen haben die Interessen der Arbeitnehmenden zu vertreten. Das würde jede Gewerkschaft gleich tun. Dazu passt auch ins Bild, dass der Präsident der AGSt in der E-Mail, das wir alle hier drin bekommen haben, nebst der Forderung, die Minderheit zu unterstützen, bei seiner Unterschrift noch das Logo für die 40-Stunden-Woche platziert hat. Ja, wenn schon mehr Lohn, dann bitte für weniger Arbeit. Ist klar und verstehe ich und kritisiere ich auch nicht. Aber glücklicherweise sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der einzige Massstab. Es gibt auch einen Arbeitgeber und der Arbeitgeber bei uns im Kantonspersonal, das ist nicht einfach nur die Regierung, sondern das ist auch der Steuerzahler. Und genau diese Steuerzahlenden sehen die Probleme bei der Polizei, die sehen den Unterbestand, die sehen, dass man kurzfristig viel Wochenend- und Nachtarbeit leisten muss. Die sehen, dass die Kriminalität zunimmt und damit das Risiko im Beruf zunimmt, die sehen, dass die Polizei immer mehr angepöbelt wird und so weiter und so fort. Und deshalb hat die Bevölkerung Verständnis, dass hier rasch und nachhaltig korrigiert werden muss. Vielleicht mehr korrigiert werden muss als von Regierung und Minderheit gewünscht.

Und das ist genau die Stärke der Variante Mehrheit. Der Hebel wird vor allem dort angesetzt, wo es eben wirklich brennt, wo es wirklich nötig ist, dass man sofort nachhaltig deutlich Massnahmen ergreift. Und das muss man im Rahmen von dem tun,

was halt in Gottes Namen das unflexible Entlöhnungssystem unseres Kantons überhaupt zulässt. Und so kommt man dann halt auf die Lösung der Aussendienstzulage.

Ungleichbehandlung wollen auch wir nicht, geschätzter Pascal Pfister, aber ungleich ist, dass der Basler Polizist wahrscheinlich den schwierigsten Job von allen Polizisten in der Schweiz hat, aber gleichzeitig deutlich unterdurchschnittlich bezahlt ist. Der Stadtgärtner demgegenüber wahrscheinlich einer der ruhigsten Jobs hat für Gärtner in unserer Region und deutlich mehr verdient. Das ist Ungleichbehandlung.

In diesem Sinne also unterstützt die SVP-Fraktion die Kommissionsmehrheit im Wissen darum, dass diese Lösung nicht perfekt ist. Diese Lösung ist immer noch äusserst grosszügig mit allen. Eine Zahl, die Erfahrungsstufe A, die tiefste Stufe bei den Einstiegslohnen, wird auch hier um 12% angehoben, das sind fast anderthalb Monatslöhne mehr. Man hätte sich bei der SVP auch bei der Polizei durchaus noch etwas mehr gewünscht und so dürfen Sie auch das Stehenlassen verstehen, welches die SVP-Fraktion gegenüber der Motion Messerli/Hug im «Chrüzlistich» hat. Politik ist die Kunst des Möglichen und da ist der Ratschlag der Kommissionsmehrheit das Bestmögliche.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Wir haben ein Problem bei der Kantonspolizei. Die Leute sind davongelaufen aus ganz unterschiedlichen Gründen. Es fehlen an die 200 «Tschugger». Das kann man gut finden, wie die Jungsozialisten, die am liebsten keine «Tschugger» mehr haben möchten und meinen, die sicherheitspolitische Lage würde sich ohne «Tschugger» von alleine verbessern. Ich glaube nicht, dass jemand hier im Saal wirklich will, dass wir Bürgerwehren haben werden in Basel, wie wir das schon zum Teil haben. Im kleinen Lädeli, wo eingebrochen wurde, sitzt jetzt ein alter Mann und bewacht dieses Lädeli im Kleinbasel. Also ich glaube, wir kommen auch heute Nachmittag nochmal auf das Kleinbasel zu sprechen.

Wir haben diese Arbeitsmarktzulage bei der Polizei eingeführt, damit dieser Unterbestand reduziert, beseitigt werden kann. Erste Anzeigen deuten darauf, dass es etwas gebracht hat. Wir müssen da weiterschauen, ich bin aber auch der letzte, der meint, dass allein mit dem Lohn bei der Kantonspolizei wir langfristig eine nachhaltige Lösung haben werden. Dazu braucht es mehr. Es braucht ein klares Bekenntnis zur Polizei und eben nicht der Wunsch nach der Abschaffung. Es braucht Wertschätzung und wahrscheinlich braucht es auch weniger Demos.

Wir haben also ein Problem bei der Kantonspolizei und was macht die Regierung? Die Regierung, die in letzter Zeit doch auch wiederholt darauf hingewiesen hat, dass wir auf die Ausgaben schauen müssen hier im Saale. Die Regierung greift zur Giesskanne, um das Problem bei der Polizei zu lösen. Die Hälfte der Staatsangestellten, wir haben es gehört, soll eine Lohnerhöhung erhalten für diese 200 Personen Unterbestand. Das Massnahmenpaket der Regierung verkauft das Ganze als Steigerung der Arbeitgeberattraktivität, als hätte man quasi bei der Hälfte der Verwaltung Probleme, Stellen zu besetzen oder die Mitarbeiter halten zu können.

Die FDP unterstützt daher gezielte Hilfe und eben auch, wo die Arbeitgeberattraktivität wirklich gesteigert werden muss, und darum unterstützen wir den WAK-Antrag der Mehrheit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion SP ist Ismail Mahmoud.

Ismail Mahmoud (SP): Bei diesem Paket geht es mehr als nur um Geld. Es geht auch darum, vorausschauend die Qualität der Dienstleistungen in unserem Kanton zu sichern und schlicht um Anerkennung, um Wertschätzung, wir haben es vorhin gehört. So möchte ich heute mit Ihnen darüber reden, wie das Lohnmassnahmenpaket der Regierung die wertvolle Arbeit von den Personen in unserem Kanton anerkennt, aber gleichzeitig den Kanton als Ganzes auf die Zukunft vorbereitet, und auch darüber, was wir verlieren würden, wenn der Kommissionsmehrheit gefolgt würde.

Das Paket hat verschiedene Massnahmen und diese sind wie Zahnradchen, die ineinandergreifen, und das erste und zentralste und zugegeben auch teuerste Zahnradchen ist die Anhebung der Lohnkurve bis zur Erfahrungsstufe 11. Diese Massnahme ist, wie gesagt, ganz zentral. Mit dieser Massnahme nimmt die Regierung den Unterbestand der Polizei ernst und bereitet den Kanton auf bevorstehende Pensionierungen, Fachkräftemangel und den Wettbewerb um gutes Personal vor.

Im interstädtischen und interkantonalen Vergleich hinken diese Einstiegsgehälter einfach. Das müssen wir jetzt einfach an dieser Stelle anerkennen. Das gilt für die Polizei, aber auch beispielsweise für die Sanität, Stadtreinigung, Menschen in der Betreuung, in den Kindergärten und vor allem auch hier wieder Berufe, in denen vor allem Frauen arbeiten. Aber Sie können eigentlich jeden Beruf in unserem Kanton nehmen. Und auch im Vergleich mit der Privatwirtschaft hinken diese Einstiegsgehälter. Um gutes Personal rekrutieren zu können, braucht es konkurrenzfähige Einstiegsgehälter. Und nur weil der Unterbestand bei der Polizei momentan so gravierend ist, heisst das doch nicht, dass nicht auch die Einstiegsgehälter im

restlichen Kanton angeschaut werden können und auf ein Niveau gebracht werden können, welches eben konkurrenzfähig ist. In so einem wichtigen Wirtschaftszentrum wie Basel mit gut ausgebauten kantonalen Dienstleistungen, mit hohen Lebenshaltungskosten, ja, da müssen die Einstiegsgehälter eben auch ein bisschen über dem Schweizer Durchschnitt sein, sonst geht das nicht. Sie sind es im Übrigen auch bei den restlichen arbeitenden Personen in unserem Kanton. Das Lohnniveau ist höher, weil die Kosten höher sind. Und wenn man jetzt schon hier beginnt, an diesem ersten Zahnradchen zu drehen, dann hat das eben Konsequenzen für den ganzen Kanton, aber auch für die Polizei und um die geht es ja eben für Gewisse besonders.

Das zweite Zahnradchen sind die Schichtzulagen. Schichtberufe von der Polizei über Feuerwehr, Sanität, Tagesstrukturen, Stadtreinigung, die tagtäglich in unseren Institutionen, auf unseren Strassen wertvolle Arbeit leisten. Und diese Berufe verlieren an Attraktivität. Wechselnde Arbeitszeiten, der Druck auf Familienleben, die gesundheitlichen Folgen von Nacharbeit, das sind wirklich keine Kleinigkeiten. Die Erhöhung der Geldzulagen um einen Drittel ist deshalb nicht übermässig, sondern einfach nur angemessen und anständig. Es ist keine Überraschung, dass wir nicht nur bei der Polizei von Unterbeständen reden, sondern auch bei der Sanität und der Feuerwehr. Herr Amiet, die gibt es jetzt schon. Und was eint diese Berufe? Es ist eben Schichtarbeit.

Und das dritte Zahnradchen, das sind die spezifischen Polizeimassnahmen, die zusätzliche Erfahrungsstufe für Kapo und Kripo, höhere Ausbildungslöhne und der Ausgleich für den Wegfall der Arbeitsmarktzulage. Der Personalunterbestand ist von 2016 um 33 Vollzeitstellen auf 129 Vollzeitstellen im 2024 angewachsen. Das wissen wir alle hier drin, das ist einfach enorm und das Paket geht genau das hier an. Die Polizist*innen können die vertraglich vereinbarten freien Wochenenden nicht mehr einhalten. Das ist auch für uns überhaupt nicht akzeptabel. Diese Massnahmen, die polizeispezifischen Massnahmen, sind ein zentraler Baustein, um diesen Abwärtsstrudel zu stoppen. Und wir wissen auch, die Polizei hat noch andere Probleme, die nicht alleine nur mit Geld gelöst werden können. Aber wir sind der festen Überzeugung, dass wir jetzt mal mit diesem Schritt, mit diesen Lohnerhöhungen einen wichtigen ersten Schritt machen können, um dieses Problem anzugehen.

Bis jetzt kam es noch ein bisschen zu kurz, auch die Degression des Teuerungsausgleichs tragen wir mit im Sinne, dass das Paket als Ganzes zusammenbleibt. Und all diese Zahnradchen greifen ineinander und nur wenn alle zusammen drehen, bewegt sich das ganze Werk. Das hat uns das FD und das JSD wirklich gut und überzeugend dargelegt. Und nicht nur sie, die Sozialpartner ebenso. Das Paket ist austariert, einzelne Elemente herauszuberechnen bedeutet, die Wirkung des Ganzen zu gefährden und genau das tut die Kommissionsmehrheit. Was verlieren wir, wenn wir der Kommissionsmehrheit folgen würden?

Erstens wird die Anhebung der Lohnkurve auf die Erfahrungsstufe A bis 4 beschränkt. Es ist nicht so, dass ab Stufe 5 plötzlich alles in Ordnung wäre. Das bedeutet konkret, dass wir ab Erfahrungsstufe 5 die Konkurrenzfähigkeit einbüssen. Und das wiederum heisst, dass wir das Risiko in Kauf nehmen, in ein paar Jahren wieder über Unterbestände, auch bei anderen Berufen und nicht nur der Polizei, zu sprechen. Bei der Rettung sind wir bereits auf bestem Weg dorthin, einfach noch nicht in der Dimension von der Polizei. Da werden Sanitäter*innen als Freelancer zugestellt, weil so ein Mangel herrscht. Eine Pflegefachperson, eine Feuerwehrfachperson, eine Kindergartenlehrperson, eine Person in der Stadtreinigung, eine in der Sozialhilfe, und, und, und. All diesen Personen sagen Sie, wir sehen, ihr seid unter Druck, der Lohn entspricht nicht dem Niveau, welches es haben sollte im Schweizer Vergleich, aber wir behandeln euren Fall einfach anders. Das ist das, was Sie sagen. Das ist nicht gezielt, das ist einfach unvollständig und ungerecht.

Zweitens werden die Schichtzulagen nur um ein Viertel statt um einen Drittel erhöht. Das entspricht 50 Franken weniger pro Monat für Schichtarbeitende. Und jetzt das Ersparnis. Das Ersparnis dieser Kürzung von der Kommissionsmehrheit sind 775'000 Franken. Diese sparen Sie hier, diese Massnahme, die auf einem bürgerlichen Vorstoss beruht, ist Ihnen nicht weitere 775'000 Franken wert. Das ist wirklich bemerkenswert an dieser Stelle. Gleichzeitig soll eine neue Aussendienstzulage für die Kantonspolizei eingeführt werden. Und da muss ich Sie schon auch fragen, finden Sie es wirklich sinnvoll, bei den Schichtzulagen und der Lohnkurve zu kürzen, das, was ja eben die Rekrutierung für alle, aber auch für die Polizei stärken würde, und dann aber Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlungen in der Polizei selbst, aber auch unter den Blaulichtorganisationen einzuführen, das ist wirklich fraglich. Diese Art der Ungleichbehandlung in der Polizei, aber auch im Vergleich mit anderen Berufen, gerade Blaulichtorganisationen, finden wir nicht zielführend. Ist der Einsatz, welcher die Menschen in der Sanität und der Feuerwehr leisten, wirklich anders zu bewerten als die Polizei im Aussendienst?

Und dann noch zu den Ausbildungslöhnen, die nun ja viel teurer ausfallen als zunächst angenommen. Bei gezielten Massnahmen kürzen und dann eine sehr teure neue Massnahme für einzelne Berufe einführen. Das ist genau das, warum wir am Paket festhalten wollen, weil wir wollen, dass die Zahnradchen richtig ineinandergreifen und nicht, dass alles ins Stocken kommt und ein Konstrukt aufgebaut wird, das am Ende vielleicht gar nichts hält.

Dann noch zur Konkurrenzklausel im Personalgesetz. Diese ist demokratiepolitisch wirklich fragwürdig. Es führt den Gleichbehandlungsgrundsatz im Lohnsystem des öffentlichen Rechts aus. Das ist rechtlich problematisch, aber auch politisch falsch. Der Kanton konkurrenziert übrigens eben nicht nur mit KMU, sondern auch mit Grosskonzernen, das ist nun mal so. Die Anstellungsbedingungen beim Kanton sind eine politische Entscheidung von Regierung und Parlament in Aushandlung mit den Sozialpartnern, sie sollten nicht automatisch an private Vertragsverhältnisse gekoppelt werden.

Und jetzt zum Schluss. Was ich wirklich schade finde und was ich Ihnen noch auf dem Weg mitgeben möchte. Wir haben es nicht geschafft, die Verlängerung der Arbeitsmarktzulage zu verhindern, obwohl die Kommissionsminderheit schon sehr früh beschlussreif war. Das haben wir nicht geschafft, das ist nun mal so. Nach dieser in meinen Augen wirklich zu langen Beratung haben wir nun die Vorlage von der Kommissionsmehrheit, die bereit ist, das Risiko einzugehen, dass Sie gegebenenfalls bald wieder über Löhne in unserem Kanton reden müssen, die der Polizei zwar insgesamt mehr Geld gibt, aber auch in Kauf nimmt, dass es dort zu Ungleichbehandlungen innerhalb der Polizei kommt, die Umsetzung des eigenen Vorstosses zu den Schichtzulagen kürzen will, und allgemein das ganze Zahnradgetriebe ins Stocken lassen kommen will. Das alles bekommen wir für ein Ersparnis von einmalig 2 Mio. Franken und wiederholend 3 Mio. Franken. Das Resultat, 50 Franken weniger Schicht, unsichere Zukunft, schlechte Stimmung im Kanton und eben, ich habe es schon drei, vier Mal gesagt, Ungleichbehandlung in der Polizei, das bekommen wir dafür.

Das Lohnmassnahmenpaket des Regierungsrats ist ein ausgewogener, gut abgestützter Kompromiss, erarbeitet unter Einbezug der Sozialpartner, basierend auf soliden Lohndaten im Vergleich zu Privaten und Staat mit dem Ziel, sowohl die akute Krise zu bekämpfen als auch den Kanton als Ganzes wettbewerbs- und zukunftsfähig vorzubereiten. Ich bitte Sie, folgen Sie der Kommissionsminderheit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet. Diese wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Ismail Mahmoud, was spricht genau dagegen, dass wenn wir bis in ein paar Jahren an einem Ort, den wir heute noch nicht kennen, ein Problem ausmachen, dass wir dieses dann gezielt angehen?

Ismail Mahmoud (SP): Lorenz Amiet, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, kommen Sie aus der Privatwirtschaft. Dort muss man ein bisschen zukunftsorientiert arbeiten, ich denke, das kann der Kanton auch.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprechende für die BastA ist Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (BastA): Im Namen meiner Fraktion werde ich für die Zustimmung des Minderheitsberichts votieren. Der vorliegende Vorschlag der Kommissionsminderheit, der den Ratschlag des Regierungsrats übernommen hat, ist kein Schnellschuss. Er wurde gemeinsam mit den Sozialpartnern verhandelt und erarbeitet. Polizei, Feuerwehr, Rettung, Pflege, Stadtreinigung, Lehrer*innen, Gärtner*innen, usw., alle waren am Tisch. Es ist ein Kompromiss, der verschiedene Interessen zusammenbringt. Vielleicht nicht perfekt für jede einzelne Gruppe, aber insgesamt ausgewogen, tragfähig, in sich logisch und gerecht und wie Tanja Soland sagte, nachhaltig.

Der Regierungsrat hat das Geschäft seriös vorbereitet. Die Lohnvergleiche wurden von unabhängigen, spezialisierten und renommierten Unternehmen erstellt, der Renova und Kienbaum. Beide belegen übereinstimmend, unsere Einstiegslohne sind zu tief im Vergleich zu anderen Kantonen und zur Privatwirtschaft. Das zeigt klar, dass wir im Wettbewerb um Fachkräfte bereits heute an Boden verlieren.

Dieses Paket ist dringend, weil wir ein strukturelles Problem haben. In den nächsten Jahren gehen viele erfahrene Mitarbeitende in Pension. Gleichzeitig gelingt es uns immer weniger, junge Leute zu gewinnen und genau hier liegt ein zentraler Punkt. Unsere Einstiegslohne sind nicht konkurrenzfähig. Wer heute beim Kanton beginnt, verdient deutlich weniger als anderswo. Erst nach vielen Jahren wird dieser Rückstand aufgeholt, aber so lange warten die wenigsten. Das hat klare Folgen. Wir verlieren Nachwuchs und die Lücken, die durch die Pensionierung entstehen, werden grösser statt kleiner. Das betrifft viele Bereiche, Polizei, Pflege, IT, Tagesstrukturen oder Feuerwehr. Selbstverständlich hat die Polizei ein akutes Problem, aber genau deshalb wurde eine Lösung erarbeitet, die alle betroffenen Berufsgruppen berücksichtigt. Und weil bei der privaten Wirtschaft solche Lösungen nicht existieren, heisst es nicht, dass es das beim Service Public nicht geben darf. Der Staat hat ja andere Aufgaben als die Privatwirtschaft, andere Aufgaben zum Wohl der Allgemeinheit.

In dieser Debatte treffen also unterschiedliche Interessen aufeinander, solche aus dem Arbeitsmarkt und aus wirtschaftlichen Überlegungen. Entscheidend ist aber, dass wir als Parlament nicht einzelne Interessen abbilden, sondern diese Gesamtverantwortung für den Kanton wahrnehmen. Und genau hier zeigt sich der Unterschied zwischen einzelnen Interessen und öffentlichem Auftrag.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Eine Gärtnerin oder eine Baupflegerin des Kantons arbeitet teilweise nachts entlang von Tramstrecken, wenn der Betrieb ruht. Diese Arbeit ist notwendig, damit unsere Infrastruktur funktioniert. Sie kann nicht einfach ausfallen und sie verschwindet auch nicht, nur weil man sie theoretisch anders organisieren könnte. Solche Einsätze sind nicht verhandelbar, sie müssen gemacht werden und genau deshalb sind faire Nacht- und Schichtzulagen kein Detail,

sondern eine Voraussetzung dafür, dass diese Aufgaben überhaupt zuverlässig erledigt werden können und dass die Arbeit richtig entlohnt wird.

Ich muss jetzt aber wirklich einen Einschub machen wegen der Staatsgärtnerei. So viele Stellen hat die Stadtgärtnerei auch nicht, dass jetzt alle Gärtnerinnen und Gärtner zur Stadtgärtnerei rennen, sobald eine Stelle frei wird. Die Arbeit einer Gärtnerin ist repetitiv, nicht immer attraktiv, sie kann gefährlich sein, es findet bei Hitze statt, bei Regen statt, bei Schnee, je nachdem, es findet einfach zu unmöglichen Bedingungen statt. Diese Arbeit muss gut entlohnt werden, auch von der privaten Wirtschaft, nicht nur vom Staat. Und so eine grosse Konkurrenz ist die Stadtgärtnerei auch nicht. Beim Friedhof ist eine Stelle seit sechs Monaten ausgeschrieben, sie ist immer noch nicht belegt. Ich möchte Sie bitten, hören Sie jetzt mal auf, mit diesem Beispiel zu kommen mit diesen Gärtnerinnen und Gärtner, das möchte ich einfach wirklich nicht mehr hören.

Für uns ist es unverständlich, was die Mehrheit vorschlägt. Statt den gemeinsam erarbeiteten Kompromiss zu stärken, wurde verändert und verzögert, mit konkreten Kosten und mit dem Risiko, dass das Gleichgewicht verloren geht. Vor allem entsteht eine Ungleichbehandlung. Schichtzulagen sollen nicht, so wie die Sozialpartner für alle Berufsgruppen vereinbart haben, erhöht werden. Gleichzeitig soll eine einzelne Berufsgruppe, die Polizei, mit einer Aussendienstzulage zusätzlich profitieren. Das ist kein ausgewogenes System, denn eines ist klar, Polizei, aber auch Feuerwehr und Rettung leisten alle unverzichtbare Arbeit. Feuerwehrleute gehen in brennende Gebäude, Rettungssanitäterinnen und -Sanitäter treffen Entscheidungen in Sekunden und Polizistinnen und Polizisten sorgen für Sicherheit im Alltag, das ist klar, und überall gibt es aber Rekrutierungsprobleme. Diese Berufe gegeneinander auszuspielen, schwächt den Zusammenhalt und löst kein einziges Problem. Nicht zu unterschätzen ist, dass man mit den Anträgen der Mehrheit auch innerhalb der Polizei Ungleichheiten schafft.

Gleichzeitig hören wir, der Staat dürfe nicht so attraktiv sein, weil sonst Private Personal verlieren. Das ist die falsche Perspektive. Der Staat hat nicht beliebig viele Stellen, aber er hat Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Dafür braucht es genügend Leute, die bereit sind, solche Einsätze zu leisten. Es kann nicht sein, dass wir die Bedingungen absichtlich, auf KMU-Ebene zum Beispiel, tief halten, nur damit sie für andere bequem bleiben. Ein Konkurrenzverbot löst kein Problem. Man kann Menschen nicht dazu zwingen zu bleiben. Gute Mitarbeitende gewinnt und hält man mit fairen Bedingungen. Das gilt eben auch für die Privatwirtschaft.

Der Vorschlag der WAK-Minderheit ist deshalb aus unserer Sicht der richtige Weg. Er ist gut begründet, mit den Sozialpartnern abgestützt und sorgt für mehr Fairness zwischen den Berufsgruppen. Vor allem stärkt er die Aktivität des Kantons als Arbeitgeber. Wenn wir ihn jetzt verbessern, verlieren wir Zeit und verschärfen die Probleme weiter. Wir werden also heute darüber entscheiden, ob unser Kanton auch in Zukunft funktioniert und wir genügend Menschen haben, die für Sicherheit sorgen, Leben retten und unsere Dienstleistungen zuverlässig erbringen. Wir werden deshalb den Grossratsbeschluss der Mehrheit als Ganzes ablehnen und den Anträgen der WAK-Minderheit zustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.

David Jenny (FDP): Sie und Ihr Vorredner sprechen immer von Kompromiss. Ist für Sie Kompromiss per Definitionen jede Lösung, die ohne Berücksichtigung der Interessen der Privatwirtschaft zustande gekommen ist?

Patrizia Bernasconi (BastA): In diesem Fall ist der Kompromiss klar, es geht um Sozialpartner, das heisst der Staat und die Mitarbeitenden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprechende für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Heute beraten wir eine sehr wichtige Vorlage, die die treibende Ressource hinter unserem Service Public und den Leistungen der Verwaltung betrifft, unsere Kantonsmitarbeitenden und deren Entlohnung. Darin, dass der Service Public professionell und dienstleistungsorientiert bleiben muss und dafür kompetente Mitarbeitende benötigt werden, besteht Einigkeit. Uneinigkeit besteht jedoch darin, wie die Entlohnung dieser Mitarbeitenden künftig aussehen soll. Die Lösungen sollen gezielt erfolgen. Sie sollen den Vorstössen, die von bürgerlicher und GLP-Seite lanciert wurden, entsprechen und die entsprechenden Lösungsansätze sollen nicht auf Vorrat gesprochen werden.

Die Vorlage des Regierungsrats, die heute von der Kommissionsminderheit unterstützt wird, folgt jedoch dem Motto, «dörf es no es bitzeli meh si». Der springende Punkt zu diesem Satz ist die Finanzierung des «es bitzeli meh», denn während 50 Meter vor diesem Saal auf dem Marktplatz die Finanzierung des «es bitzeli meh» privat geschieht, und dort wird diese Frage oft gestellt, und ein konkretes Produkt übergeben wird, sprechen wir beim Kanton von durch Steuergelder finanzierte Leistungen. Diese Steuergelder müssen durch privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen verdient werden, bevor sie in Form

von Steuersubstrat staatlich ausgegeben werden können. Dieses Prinzip wird in der Argumentation der Regierung und der Minderheit und leider auch in diesem Saal immer wie öfter, und zwar geschäftsunabhängig, ausser Acht gelassen. Ein guter Service Public funktioniert im Dialog und im Einklang mit der Privatwirtschaft und der Bevölkerung. Das «bitzeli meh», sprich die Lohnerhöhung auf Vorrat, wie in diesem Geschäft vorgesehen, also über den Schweizer Verwaltungsdurchschnitt, bringt dieses Miteinander und diese Balance gehörig ins Wanken.

Besonders stossend ist, wenn die Gewerkschaften des Staatspersonals, das haben wir jetzt auch schon gehört, notabene mit Claim für die 40-Stunden-Woche in der Signatur, postulieren, dass durch eine Konkurrenzklausel der Arbeitgeber Basel-Stadt benachteiligt wird. Ein klares Zeichen, dass aus Sicht der Staatsgewerkschaften ohnehin kein Miteinander mehr besteht und pauschale Forderungen, gezielte Massnahmen für echte Probleme, die sich negativ auf unsere Bevölkerung auswirken, in den Schatten stellen. Während Gewerkschaften anderer Branchen die entsprechenden brancheninhärenten Kostenstrukturen in ihre Forderungen und Verhandlungen mit aufnehmen müssen, sieht die AGSt offenbar weder Bedarf auf zu erwartende Wirtschaftseinbrüche noch auf angekündigte, aber noch unausgearbeitete Arbeitgebermassnahmen Bezug zu nehmen. Für meine Fraktion und mich ist ganz klar, dass das Erwirtschaften vor dem Ausgeben kommen muss und das Private vor dem Staat und deswegen sind wir sehr für diese Konkurrenzklausel und sehen darin eine Stärkung von einem grossen ganzen Miteinander, das aktuell bereits gewerkschaftlich angegriffen wird, was wir sehr bedauern.

Zu den gezielten Massnahmen und weswegen sie eben genau dieses Miteinander unterstützen. Die Aussendienstzulage deckt das Risiko bei der Polizei ab, dass bei der Polizei eben mehr oder höher und in anderer Form besteht als bei Sanität oder Feuerwehr. Deswegen ist sie legitim. Des Weiteren wird der Anreiz für Quereinsteigende in den Berufen Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug gesetzt, durch das wir diese Ausbildungslöhne mit der Berufserfahrungsanrechnung ergänzen möchten. Das beugt auch den Bedenken der SP, die wir vorher im Fraktionsvotum gehört haben, vor, die bereits einen drohenden Unterbestand bei der Rettung verzeichnet. Und die unterschiedlichen Einstiegsgehälter, die wir auf den Schweizer Verwaltungsdurchschnitt anheben wollen, sind genau dort anzuheben, wo diese Kurve so steil ist, was wir von Regierungsrätin Tanja Soland gehört haben. Durch den Mehrheitsvorschlag fällt diese Steilheit bereits weg und wir haben eine plus-minus gerade verlaufende Linie.

Hier ist es mir wichtig zu betonen, dass der Lohn eben nicht alles ist. Es gibt beim Kanton extrem viele Fringe Benefits, drei davon sind ca. 19 Seiten von Vergünstigungen, die in verschiedensten Bereichen ausfallen. Ein sehr grosser Punkt, der den Nettolohn markant steigert verglichen zu anderen Arbeitgebenden, ist, dass der Kanton 70% der Pensionskassenbeiträge übernimmt, 70%, normal ist 50/50, und dass man relativ lange eine Lohnfortzahlung von 100% erhält, wenn man krank oder verunfallt ist. Das sind überdurchschnittliche Leistungen, die sich insbesondere bei kleineren Unternehmen wirklich lange suchen lassen. Finden werden Sie sie selten.

Noch zur Schichtarbeit. Durch die Erhöhung der Schichtzulage um einen Viertel wird es auch eine Verbesserung über den Schweizer Durchschnitt geben. Es wird jetzt hier immer wieder so formuliert, dass es klingt, wie wenn wir da abbauen. Nein, wir bauen nicht ab, wir bauen einfach weniger auf. Das ist ein Unterschied.

Ich möchte jetzt noch kurz Bezug nehmen auf den Sprecher der Minderheit. Sie sagen, «gouverner, c'est prévoir». Das ist schön und gut, aber wie wollen Sie, liebe Minderheit, nach den Kommissionsberatungen prévoir? Wir haben einfach noch nicht alle Fakten rund um das Thema Arbeitgeberattraktivität. Wenn Sie sagen, Sie können prévoir, dann sage ich, Sie haben eine Glaskugel. «Gouverner, c'est dépenser» heute, und zwar ohne konkrete weitere Fakten zu wissen, die uns noch erwarten.

Zu Ihnen, Regierungsrätin Tanja Soland, Sie betonen, dass Bonuszahlungen nicht im Vergleich von Kienbaum enthalten sind, was mich etwas überrascht, also es überrascht mich, dass Sie das so formulieren, weil es zeigt mir irgendwie auf, dass Sie das Gefühl haben, dass in der Privatwirtschaft, auch in kleineren KMU, einfach allen Einsteigerinnen und Einsteigern Bonuszahlungen nachgeworfen werden. Also ich habe das noch nie erlebt, ich denke, es zeigt, dass Sie sich ein bisschen genauer damit hätten auseinandersetzen können, welche Unternehmen denn hier genau mit dem Kanton Basel-Stadt verglichen werden.

Auf die Frage, «dörf es no es bitzeli meh si», sagen wir Liberalen nach vorsichtiger Analyse und Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Geschäft deswegen Ja, aber nicht ohne Not auf Vorrat und auch ganz sicher ohne die Giesskanne. Deswegen bitte ich Sie im Namen meiner Fraktion, der Mehrheitsvorlage zuzustimmen und somit gezielte Verbesserungen für die Einstiegserfahrungsstufen, die Schichtarbeit, unsere Blaulichtorganisationen und insbesondere für die Kantonspolizei zu erlassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion Mitte-EVP ist Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Pascal Pfister hat das Wort des Rates geprägt, «gouverner, c'est prévoir». «Gouverner, c'est prévoir», darum geht es heute tatsächlich und als er das gesagt hat, lieber Pascal Pfister, habe ich mir gedacht, ja,

eigentlich ist ja da implizit enthalten, dass wir mit der zu grossen Kelle anrühren. Wir schauen da in die Zukunft und wollen Probleme lösen, die sich so gar noch nicht darstellen mit dem Paket, wie die Minderheit es vorstellt.

Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit hier tatsächlich eine bessere Lösung vorschlägt als die Minderheit und ich denke, auch wenn der Unterschied nur noch 3 Millionen beträgt jährlich, es lohnt sich, über dies nachzudenken und es lohnt sich, darüber zu reden, weil auch das beinhaltet «gouverner, c'est prévoir». Wir haben düstere Finanzaussichten und da werden wir wieder lernen müssen, dass weniger Ausgaben, die nicht nötig sind, halt tatsächlich nicht gemacht werden und wenn wir 3 Millionen weniger bezahlen pro Jahr, die nicht nötig sind, die noch nicht nötig sind, dann ist das eben «prévoir», dann ist das eben vernünftige Politik. Die Mehrheit hat hier eine sehr gute Arbeit gemacht, hat sich die Mühe genommen, seriös das Paket noch zu verbessern, auch wenn es unter dem Strich etwas weniger Geld gibt, aber es gibt genau dort das Geld, wo es nötig ist, was auch politisch gewollt worden ist. Es wird korrigiert dort, wo klar Fehler bestehen.

Diese unsäglichsten Einstiegsstufen A bis C, das ist ein klassisches Beispiel. Die sind eingeführt worden in Zeiten, wo der Kanton stark Defizite gehabt hat. Es ist eine fast Nacht- und Nebelaktion gewesen, um Geld zu sparen, und ist nie mehr weggefallen und hat dann das ganze System auf die Jahre hin verfälscht. Dass man hier korrigiert, ist sinnvoll und dass man mal sagt, das geht bis zur Stufe 4, macht doch Sinn und falls wir dann sehen, das hat nicht gereicht in vier, fünf, sechs Jahren, dann können wir das wieder anschauen, das ist doch «prévoir». Aber jetzt schon voraussagen, das wird wohl dann auch wohl noch etwas ungünstig sich entwickeln, das ist nicht sinnvoll. Es geht nicht darum, dass die Mehrheit, so wie wir es verstehen, hier irgendwelche Verschlechterungen plant, sondern dort, wo wir Handlungsbedarf erkennen, die Handlungen tatsächlich auslöst und sogar noch verbessert.

Interessanterweise wird diese Aussendienstzulage eher kritisch beleuchtet. Wir sind der Meinung, das sei eine sinnvolle Überlegung. Da geht es auch nicht um irgendwelche Ungleichbehandlungen oder um Verschlechterungen, sondern dort wird Arbeit geleistet, die tatsächlich etwas anderes ist als am Bürotisch hinter dem Computer, wenn man in den Aussendienst gehen muss, und das ist bei der Polizei insbesondere so. Bei der Sanität ist das der normale Alltag, aber die Polizeitätigkeit hier in Basel ist oftmals so geprägt, dass dort, diejenigen, die das leisten müssen, eine Zulage gerechtfertigt ist.

Unter dem Strich sind wir der Meinung, hier wird sehr wertvoll und für die Mitarbeitenden des Kantons wertschätzend eine Lösung unterbreitet. Eine Lösung, die auch aber standhält im Vergleich mit der Privatindustrie und mit anderen Kantonen und deshalb sehe ich im Übrigen auch nicht das Problem, die Angst vor diesem Konkurrenzvergleich. Schon jetzt ist ja so, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt sich im Markt zu bewegen hat und schon jetzt macht man ja diese Vergleiche. Weshalb scheut man sich denn davon, das auch zu sagen und das auch festzuhalten. Also auch dort sehen wir kein Problem, sondern dort sehen wir eigentlich eine vernünftige Lösung für eine Sache, die wir so schon leben und die wir so schon handhaben und die auch im Interesse der Mitarbeitenden ist, denn es kann ja auch sein, dass der Vergleich zeigt, hier ist der Kanton zu schlecht unterwegs. Also es ist nicht so, dass ich das scheue, sondern ich finde das grundsätzlich eine sinnvolle Sache.

Die Mitte-EVP unterstützt deshalb den Antrag der Mehrheit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Wir diskutieren heute ja nicht einfach nur über Zahlen oder technische Anpassungen im Lohnsystem, wie wir es jetzt, glaube ich, von den Vorrednern schon zur Genüge gehört haben, darum ein bisschen grundsätzlich für die Haltung der Fraktion GRÜNE/jgb, reden wir darüber, welchen Wert wir der Arbeit im Service Public-Sektor zumessen und ob wir effektiv auch bereit sind, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um dem Anspruch gerecht zu werden. Für unsere Fraktion ist darum klar, ein funktionierender Staat, funktionierende Dienstleistungen stehen und fallen mit unseren Mitarbeitenden beim Kanton. Wer gute öffentliche Leistungen will, muss aber auch bereit sein, in gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne zu investieren. Bei der Polizei haben wir es jetzt sehr eindrücklich gesehen, was passiert, wenn man das nicht vorausschauend macht und wenn man im Nachhinein Feuer löschen muss.

Der Ausgangspunkt dieses Geschäfts ist bekannt. In verschiedenen Bereichen des Kantons wird es als wie schwieriger, genügend Leute zu finden und zu halten. Es betrifft eben nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr, Rettungsdienst, Betreuung, Stadtreinigung, IT, öffentlicher Verkehr, wahrscheinlich gibt es da ganz viele andere Bereiche, wo es schwieriger wird aus verschiedenen Gründen, Stellen zu besetzen. Das sind alles Bereiche, die unseren Alltag zuverlässig begleiten.

Wenn also jetzt die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber sinkt, hat das direkte Folgen. Die Stellen bleiben unbesetzt, die Belastung für die Mitarbeitenden steigt, die Qualität leidet und die Spirale geht noch weiter abwärts. Wer das ignoriert oder zu spät reagiert oder wie Lorenz Amiet erst dann reagiert, wenn man sieht, dass es wieder ein Problem gibt, dann haben wir wieder einen Chaos, wie wir es bei der Kantonspolizei hatten. Darum ist das nicht unbedingt sparsam, was die Mehrheit machen will, sondern eher ein wenig kurzfristig.

Ein ganz zentraler Punkt in diesem Päckchen, wir haben es ein paar Mal gehört, ist der Vergleich der Einstiegslohne. Dass unser Kanton hier zum Teil unter dem Durchschnitt liegt, ist bemerkenswert und auch ein bisschen erschreckend. Es zeigt

also, wir reden hier nicht über mehr Lohn, sondern einfach um ein Gleichziehen mit der Konkurrenz. Wir reden darüber, ob wir als Arbeitgeber im Kanton konkurrenzfähig sind. Und hier möchte ich auch noch betonen, auch aus unternehmerischer Sicht, man weiss es ja genau, wer ein Unternehmen führt, der weiss, dass Qualität einen Preis hat, und wenn man einigermaßen gute Mitarbeitende will, dann holt man die nicht mit einem Minimalangebot und man hält sie erst recht nicht, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Arbeit nicht angemessen entlohnt wird. Wer also bei den Löhnen spart, der spart nicht unbedingt Geld, sondern er verschiebt die Kosten einfach. Bei der Polizei haben wir es gemerkt, die Probleme tauchen an anderen Orten wieder auf, bei der Fluktuation, bei der Rekrutierung, aber auch bei der Produktivität auf der Strasse und am Schluss bei der Qualität der Dienstleistung.

Genau so ist es eben auch im Service Public, wenn wir wollen, dass der Staat zuverlässig funktioniert, müssen wir bereit sein, in die Menschen zu investieren, die die Leistungen erbringen. Darum unterstützt die Fraktion GRÜNE/jgb klar die Anhebung der Einstiegslohne bis Stufe 12, so wie es der Regierungsrat vorschlägt. Sie ist nötig, sachlich begründet und überfällig und eben auch vorausschauend, wenn man sich die bevorstehenden demografischen Entwicklungen vor Augen führt.

Dann noch ein kurzes Wort zu den Schichtzulagen. Eine Schichtzulage ist für viele Mitarbeitende des Kantons Realität und sie ist belastend. Nacharbeit, Wochenendarbeit, unregelmässiger Dienst, unregelmässiger Schlaf, das hat direkte Auswirkungen auf Gesundheit, Familien und soziale Beziehungen. Wer solche Arbeit leistet, hat eine besondere Verantwortung und auch eine besondere Belastung. Und auch da gilt, wer eine Tätigkeit ausführt, die anstrengender ist, muss sich das in den Rahmenbedingungen widerspiegeln, sonst findet man am Schluss einfach niemand mehr, der das langfristig gerne machen will. Die Anpassung der Schichtzulage ist deshalb nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der Funktionsfähigkeit. Die Erhöhung um einen Drittel ist nicht nur gerechtfertigt, sondern wegen dem steigenden Rekrutierungsdruck zwingend nötig und sie steht vor allem in einem guten Verhältnis zum Nutzen. Das zu den Punkten, die wir klar unterstützen.

Gleichzeitig ist für uns etwas anderes noch zentral und das ist die Frage der Gerechtigkeit im System. Das haben wir auch schon ein paar Mal gehört. Jede Organisation ist ja nur so stark wie der Zusammenhalt des Teams. Und wenn ein gewisser Teil der Organisation das Gefühl hat, sie würden ungleich behandelt, dann entstehen automatisch Spannungen und die wirken sich dann auch wieder auf die Motivation, auf den Zusammenhalt, Zusammenarbeit und somit auf die Leistung aus. Ungleichbehandlungen führen zu Frust und am Schluss leidet die Qualität. Darum müssen wir da sehr sorgfältig darauf schauen, wie wir an den Löhnen schrauben bei diesen Schichtzulagen, und dürfen auf gar keinen Fall neue Ungerechtigkeiten schaffen. Wenn wir also einzelne Gruppen jetzt deutlich besser stellen als andere, riskieren wir genau die Spannungen, die wir eigentlich vermeiden wollen.

Sie wissen vielleicht, was ich anspreche, wir sehen die spezifischen Zusatzmassnahmen für einzelne Berufsgruppen besonders bei der Polizei kritisch. Wir sehen dort aber die Herausforderungen und wir sind überzeugt, dass man die strukturellen Probleme nicht nur mit einzelnen finanziellen Massnahmen lösen kann. Man schaut an, welcher Bereich Probleme hat, man muss genauer hinschauen, braucht es mehr Lohn, braucht es aber auch Arbeitsorganisation, Führung, Belastung im Alltag oder Perspektiven, also all das, was man eigentlich bei der Kantonspolizei jetzt hoffentlich angeht.

Kürzungen der Schichtzulagen, wie sie die Mehrheit vorschlägt, sind aus unserer Sicht kurzfristig und kontraproduktiv. Die Schichtarbeit einfach auf einen Viertel runterzusetzen, sendet ein falsches Signal an alle Schichtarbeitenden im Kanton, vor allem, wenn man gleichzeitig eine einzelne Gruppe, nämlich die Polizei im Aussendienst, besserstellt. Das schafft einfach neue Ungleichheiten. Ich war in meiner Funktion als Grossrat einmal bei allen Schichtbetrieben bei den Blaulichtorganisationen unterwegs und die haben alle einen heftigen und harten Job. Und ich weiss nicht, ob die Polizei der Härteste ist oder ob man das überhaupt vergleichen kann. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum die Feuerwehr oder die Sanität, die auch grosse Risiken tragen, dort eigentlich leer ausgehen auf Kosten der Polizei. Und auch innerhalb der Polizei habe ich das Gefühl, schafft die ungleiche Zulage wieder Spannungen und diesen Fehler möchte ich nicht machen. Für die Fraktion GRÜNE/jgb ist darum klar, Verbesserungen müssen breit abgestützt sein, sie müssen dort ansetzen, wo die Belastung effektiv ist, und sie dürfen nicht dazu führen, dass Berufsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Auch das geplante Konkurrenzverbot lehnen wir klar ab. Die Arbeitsbedingungen des Kantons sollen demokratisch festgelegt werden und nicht indirekt durch Vergleich mit privaten Arbeitgebern. Wenn ein privater Arbeitsvertrag den Spielraum des Staates bestimmen kann, ist das aus unserer Sicht demokratiepolitisch schwierig. Und wir haben es jetzt ein paarmal gehört, die Privatwirtschaft mit dem Kanton zu vergleichen, ist schwierig, weil es auch bei der Privatwirtschaft viele Unterschiede gibt. Beim Besuch bei der Feuerwehr zum Beispiel haben sie gesagt, es gehen nachher alle zur Roche-Berufsfeuerwehr, weil es dort einen viel höheren Lohn gibt und die gut ausgebildeten Feuerwehrleute vom Kanton gehen einfach dort hin.

Darum sagen wir ganz klar Nein zu den Anpassungen der Kommissionsmehrheit und wir sind in allen Bereichen für faire, nachvollziehbare und solidarische Lösungen ohne neue Ungleichheiten. Der Kanton hat für uns eine besondere Rolle, er erfüllt zentrale Aufgaben für unsere Gesellschaft und das bringt auch einen Anspruch an die Arbeitsbedingungen mit sich. Aus unserer Sicht sollte der Kanton selbstbewusst auftreten, nicht Minimalstandards anstreben, sondern gute, faire und verlässliche Bedingungen schaffen. Denn auch das zeigt die Erfahrung, wer als Arbeitgeber glaubwürdig ist, faire Bedingungen bietet und seine Mitarbeitenden ernst nimmt, der ist langfristig erfolgreicher.

Und zum Schluss noch einmal der zentrale Punkt. Wir sollten jetzt nicht sparsam sein bei den Löhnen, weil gute Löhne eine Voraussetzung für die Qualität sind und auch eine Sicherstellung der Dienstleistungen in der Zukunft. Wir sollten gleichzeitig schauen, dass wir innerhalb der Organisation gerecht bleiben, weil Ungleichbehandlungen langfristig vermutlich mehr schaden, als dass sie uns nutzen.

Zusammengefasst unterstützen wir die Massnahmen, die zu fairen Löhnen und besseren Bedingungen führen, überall, wo es nötig ist. Und wir stellen uns gegen Ansätze, die neue Ungleichgewichte schaffen oder Probleme nur oberflächlich überdecken. Unser Ziel ist klar, ein starker Service Public getragen von Mitarbeitenden, die fair entlohnt sind und unter guten Bedingungen arbeiten können. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie darum, der Minderheit der Kommission zu folgen und alle Anträge der Mehrheit abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Bevor wir weiterfahren, begrüsse ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der International School Basel mit Lehrperson Daniel Clarke. Sie treffen später Olivier Battaglia für einen Austausch. Ebenfalls begrüsse ich Alt-Grossrat David Wüest-Rudin mit einer Schülergruppe. Schön, seid ihr da und interessiert euch für die Basler Politik.

Wir fahren fort mit Niggi Daniel Rechsteiner für die Fraktion GLP.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Wir beraten heute eine Vorlage, die bereits im Vorfeld und auch heute Morgen schon viel zu reden gab und es wurde medial bereits laut gebrüllt. Insbesondere die Verbände der Kantonsangestellten brachten sich im Vorfeld stark ein. Vergessen wurde dabei, dass es mit dem Mehrheitsvorschlag nicht darum geht, jemandem etwas wegzunehmen, auch die Mehrheit ist der Ansicht, dass das Personal das grösste Kapital eines Unternehmens ist, sondern gezielte Massnahmen umzusetzen, die auch im wirtschaftlichen Kontext das Gleichgewicht nicht gefährden.

Durch die Vielseitigkeit der Aufgaben und Berufe beim Kanton lässt sich der Kanton nicht ausschliesslich mit den grossen multinationalen Firmen vergleichen. Die Anstellungsbedingungen haben einen direkten Einfluss auf kleine und mittlere Unternehmen und auch NGOs, welche teilweise auch zu den Empfangenden von Staatsbeiträgen gehören. Das bringt mich zu einem ganz konkreten Beispiel, das aktuell auf meinem Schreibtisch liegt, leider nicht zum ersten Mal.

Vorweg, mein Arbeitgeber hat bereits vor Jahren ein Lohnsystem eingeführt, das Fairness und Lohngleichheit sicherstellt, zuletzt bestätigt durch die aktuelle Lohngleichheitsanalyse. Die Löhne werden regelmässig im Rahmen von Tarifstaatsbeitragsverhandlungen überprüft und sind mit dem kantonalen Lohnsystem abgestimmt. Aktuell suchen wir zwei Sozialpädagog*innen oder Pflegefachpersonen Psychiatrie für die Arbeit mit einem anspruchsvollen Klientel im Suchtbereich. Die Bewerbungen sind rar und mit geeigneten Kandidat*innen führen wir Lohnverhandlungen. Dabei zeigt sich, junge Quereinsteiger*innen mit noch geringer Erfahrung haben oft deutlich höhere Lohnvorstellungen, vor allem, weil sie zuvor beim Kanton oder in staatsnahen Betrieben mehr verdient haben. Die Differenzen liegen nicht selten, und das ist nicht dramatisiert, bei 500 bis 1'000 Franken pro Monat.

Wenn nun die Einstiegslohne in der Verwaltung generell erhöht werden, können sich Unterschiede weiter vergrössern. Das wirft zentrale Fragen auf. Woher soll ich das Geld nehmen, diese zusätzlichen Mittel? Sie sind weder budgetiert noch zahlt sie der Kanton über die Staatsbeiträge. Sie sind auch in den vierjährigen Finanzplänen, auch weit vorausgeplant, nicht vorgesehen. Und wie lässt sich das gegenüber langjährigen Mitarbeitenden rechtfertigen, die plötzlich gleich viel verdienen wie 20 Jahre jüngere Personen? Ist das gerecht und schafft sich der Kanton damit nicht selbst Konkurrenz gegenüber externen Leistungserbringern?

Die ursprünglichen Motionen mit Beteiligung von GLP-Vertretern Christ zielten gezielt auf die Erhöhung der Attraktivität von Stellen bei der Kantonspolizei. Dort besteht ein akuter Fachkräftemangel in Monopolberufen mit hoheitlichen Aufgaben. Entsprechend braucht es differenzierte, spezifische Lösungen. Der Regierungsrat hat stattdessen ein breit angelegtes Lohnmassnahmenpaket für das gesamte Staatspersonal vorgelegt mit Verweis auf die Kohärenz des Lohnsystems. Dieses verursacht wiederkehrende Mehrkosten von 20 Mio. Franken und wird von der Kommissionsminderheit undifferenziert unterstützt. Es ist für mich nicht erkennbar, was daran jetzt wirklich austarierter sein soll, um auch einmal das Wort zu benutzen, was heute en vogue ist, als die Verbesserung, die die Kommissionsmehrheit eingebracht hat.

Aus Sicht der GLP sowie weiterer bürgerlicher Kräfte ist dieses Paket jedoch zu teuer und vor allem aber zu wenig zielgerichtet. Ausserhalb der Monopolberufe verschärft es die bestehende Lohnschere gegenüber Privatwirtschaft, insbesondere zulasten von KMU und NGO. Die GLP hat sich deshalb früh für eine Rückweisung an den Regierungsrat eingesetzt. Das Paket wirkt in seiner jetzigen Form wie eine Giesskanne und ist zu breit, zu wenig differenziert, finanziell zu umfangreich. Welche Anpassungen im Detail sinnvoll wären, läge eigentlich in der Kompetenz der Regierung. Zentral aber ist, der Fachkräftemangel bei der Polizei muss gezielt angegangen werden, ohne gleichzeitig die Wirtschaft zu konkurrenzieren. Die GLP hätte es begrüsst, wenn die Regierung einen überarbeiteten, fokussierten Vorschlag hätte vorlegen können. Wir akzeptieren jedoch, dass sich für eine Rückweisung keine Mehrheit gefunden hat und verzichten heute bewusst auf einen entsprechenden Antrag, um weitere Verzögerungen zu vermeiden.

Die GLP steht für faire Arbeitsbedingungen, eine leistungsfähige Verwaltung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diese Grundsätze werden durch eine gezielte differenzierte Umsetzung der Motionsforderungen nicht in Frage gestellt, im Gegenteil, sie werden mit Augenmass und geringeren Kosten gestärkt. Wichtig dabei ist, dass mit den Massnahmen, gerade im Bereich der Einstiegslohne, keine zusätzliche Konkurrenz zu den privatwirtschaftlichen Unternehmen und NGO erzeugt wird, diesbezüglich haben die in der Kommission vorgestellten Vergleiche keine Klarheit geschaffen. Bis jetzt wurde lediglich Datenmaterial von grossen Unternehmen herangezogen, wie wir bereits gehört haben. Allenfalls kann ein Vergleich zu einem späteren Zeitpunkt mit adäquaterem Zahlenmaterial erstellt werden, damit eine verlässliche Aussage in Bezug auf die Unterschiede auch zu kleinen Unternehmen gemacht werden kann. Die kantonale Verwaltung darf die Wirtschaft nicht konkurrenzieren, das sind eben auch Werte der GLP. So bleibt der Fraktion nichts anderes übrig, als mit der Mehrheit zu gehen, auch wenn in der Fraktion Sympathien für den Vorschlag des Regierungsrats bestehen. Es überwiegt die Differenzierung der Massnahmen und der haushälterische Umgang mit den Staatsfinanzen.

Bedauerlicherweise ist in der Kommission dieser Kompromiss nicht zustande gekommen. Die Kommissionsminderheit bezeichnet ja den unveränderten Vorschlag des Regierungsrats in der Kommission als Kompromiss, während die Kommissionsmehrheit darunter eine Einigung innerhalb der Kommission verstehen würde. Eine solche wurde zwar mehrfach angestrebt, kam jedoch nicht zustande. Auch das ist bedauerlich. So wird die Fraktion der GLP teils auch contrecœur den Vorschlag der Kommissionsmehrheit unterstützen, trotz der lauten Stimmen der Verbände im Sinne der stillen Schaffung auch in den kleineren Unternehmen und in den NGOs.

Trotzdem, die Grünliberale Fraktion steht im Grundsatz geschlossen hinter dem Mehrheitsbericht. Einzelne Aspekte wurden in der internen Beratung unterschiedlich gewichtet und diskutiert, was sich allenfalls in der Detailberatung widerspiegeln kann. Insgesamt trägt die Fraktion alle Modifikationen im Bereich der Kommissionsmehrheit aber mit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte die 40% Staatsangestellten, die wir hier im Parlament haben, in den Ausstand zu treten. Sie können sich nicht selber den Lohn erhöhen. Wenn Sie ehrlich sind, enthalten Sie sich bei der Abstimmung. Ich bitte um Anständigkeit. Die Schlagzeilen morgen in der Basler Zeitung kann ich Ihnen als Journalist schon sagen, Staatsangestellte erhöhen sich selbst den Lohn. Und das ist jetzt der Fall, das haben wir schon seit 50 Jahren und das kommt bei der Bevölkerung nicht gut an. Die Bevölkerung sagt, wir wählen nicht mehr den Grossen Rat, wir haben kein Interesse, wir wählen nur noch Eric Weber. Ich habe mein Ohr bei der Bevölkerung, wie spricht die Bevölkerung draussen über unsere heutige Diskussion, was auch die Steuerzahler der Zukunft betrifft, die auf der Tribüne sitzen. Was sagt die Bevölkerung? Die Bevölkerung sagt, die Kantonsangestellten drehen nur die Däumchen und ich kann das beweisen, weil ich seit 43 Jahren Mitglied in diesem Parlament bin. Wir haben ein Verhältnis von 1 zu 17. Auf 17 Einwohner von Basel-Stadt, seien es Ausländer oder Schweizer, kommt ein Staatsangestellter. Wir haben weltweit das schlimmste Verhältnis, 17 Einwohner werden von einem Kantonsangestellten betreut. Wir sind weltweit Rekord und das ist traurig. In Russland kommt ein Staatsangestellter auf 900 Bürger. In Deutschland ist es ein Staatsangestellter auf 80 Bürger, aber wir haben ein Staatsangestellter auf 17 Bürger und das ist ein Skandal und das darf ich sagen. Das ist ein weltweiter Rekord, der traurig ist bei uns in Basel. Und wir zahlen das mit unseren Steuern. Aber es kommt jetzt noch besser. Eine Grossrätin der SVP hat gesagt, Eric, danke für die Aufklärung, jeder zweite Angestellte des Kantons soll heute mehr Lohn bekommen. Das geht nicht, wir haben kein Geld, Basel-Stadt wäre pleite, ohne Novartis, Roche und UBS wären wir ein sozial armer Staat.

Ich bin als Grossrat seit 43 Jahren im März in diesem Parlament beleidigt worden und darum wähle ich heute nicht mit den Grünen. Ich wähle heute, was mir die SVP sagt. Ich lasse mich nicht als Grossrat und als Wahlsieger beschimpfen. Obwohl ich im Gymnasium in Basel war, habe ich gelernt, reisst nieder die Mauern der kapitalistischen Firmen. Und ich staune, meine Damen und Herren, die stärkste Partei in Basel ist die SP, gesamtschweizerisch ist es die SVP. Ich staune, wenn die stärkste Partei von Basel-Stadt, die SP und ihre Jungpartei, die Jungsozialisten sagen, man soll die Polizei abschaffen. Sie müssen sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die stärkste Partei hat eine Jungpartei, die Jungsozialisten, und die sagen, Polizei in Basel abschaffen. Das ist spannend, da frage ich mich schon, sind wir in einem Film oder wo sind wir überhaupt? Wenn das die stärkste Partei ist und sagt, die Polizei abschaffen, sollen sie mal ihre Jungpartei kontrollieren.

Darum stelle ich als Grossrat und Parteipräsident, zwei Anträge, Nichteintreten und Rückweisung. Ich bin das Zünglein an der Waage. Mit meiner Stimme haben wir die Körperkameras der Polizei vor knapp zwei Jahren versenkt. Da bin ich stolz, dass meine Stimme das Zünglein an der Waage war und heute bin ich auch das Zünglein an der Waage. Wir sind hier, um die Regierung zu kontrollieren. Da sind Sie mit mir einverstanden. Ich komme zum Schluss, es ist vor drei Wochen in der BZ Basel gestanden, Eric Weber schaut genau hin, er bemängelt, dass die Mitarbeiterin von Tanja Soland ihr Hündchen ausführen muss. Ich habe es gesehen und so geht es nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nun, Sie haben bereits ausführlich die verschiedenen politischen Betrachtungen zum Lohnmassnahmenpaket dargelegt bekommen und es wurde von meiner Fraktionskollegin Patrizia Bernasconi klargemacht, dass wir die Variante inklusive den Anträgen der bürgerlichen WAK-Mehrheit ablehnen und die Vorlage der WAK-Minderheit unterstützen.

Nochmals zur Erinnerung, das Lohnmassnahmenpaket hat zum Ziel, einen leistungsfähigen Service Public sicherzustellen und hierfür ist es zwingend notwendig, genügend qualifiziertes Personal zu gewinnen und halten zu können. Umso irritierender, und darauf fokussiere ich mich ein wenig, ist der Antrag der WAK-Mehrheit bezüglich einer Konkurrenzklausel im Personalgesetz, weil eine solche Bestimmung dem Ziel eines leistungsfähigen Service Public diametral entgegensteht. Diese Konkurrenzklausel lehnen wir von BastA entschieden ab. Ich muss es klipp und klar benennen, eine solche Forderung nach einer Konkurrenzklausel ist rein ideologiegetrieben und aus meiner Sicht gefährlich.

Schauen Sie mal auf die Seite 7 des Berichts. Da wird deutlich dargelegt, der Arbeitgeberverband schildert dort seine aus meiner Sicht sehr neoliberale Sicht auf den Staat und den Service Public. Er versteht nicht, dass diese Leistungen die Grundversorgung unseres Gemeinwesens ausmachen und elementar sind für eine funktionierende Demokratie und die Sicherstellung der elementaren Bedürfnisse. Der Staat ist eben gerade nicht ein KMU, er kann nicht auswählen, was er machen möchte und was er nicht. Er muss diese Dienstleistungen bereitstellen und auch sicherstellen. Die neoliberale Ideologie des Arbeitgeberverbands, wie auch der bürgerlichen Parteien, zeigt sich explizit in der Forderung nach einem schlanken Staat und in der Behauptung, das steht so im Bericht, dass für die Erbringung der staatlichen Dienstleistung keineswegs so viele Mitarbeitende notwendig seien. Zudem wird suggeriert, dass alle staatlichen Angestellten von der Privatwirtschaft aufgrund einer Zwangsabgabe finanziert werden. Also meine Damen und Herren, dies ist dann schon eine sehr volkswirtschaftlich verkürzte Sichtweise und entlarvend und kommt dazu, wie Staatsangestellten überhaupt keine Steuern zahlen würden.

Im Grunde geht es den bürgerlichen Kräften und dem Arbeitgeberverband doch hauptsächlich darum, den Service Public auf das Minimum zu reduzieren und einen schlanken Staat zu zimmern, der am besten gar nichts kostet und somit die Steuerabgaben auch weiter gesenkt werden können. Es geht also primär darum, den Service Public zu schwächen, sei es durch die Steuerpolitik mit Steuergeschenken für Vermögende und Gutverdienende, die klar eine Politik der leeren Kassen verfolgt, sei es mit der Rückverteilung von Steuereinnahmen an Grosskonzerne, sei es wie hier bei einer Schwächung des öffentlichen Dienstes, indem die Anstellungsbedingungen sich möglichst nicht zum Besseren weiterentwickeln dürfen oder dann nur ganz schwach.

Genau diese Forderung, die neu im Personalgesetz verankert werden soll, dass es keine systematische Besserstellung bei den Arbeitsbedingungen durch den Kanton gegenüber der Privatwirtschaft und den KMU geben darf, ist wirklich ein starkes Stück und steht voll schräg in der Landschaft und geht über einen rein anderen politischen Standpunkt, den kann man ja haben, zu den Lohnmassnahmen hinaus. Es ist wirklich aus meiner Sicht eine neoliberale Ideologie in Reinform, einfach etwas nett verpackt und ich frage mich, wie Parteien, wie auch zum Beispiel eine EVP oder die Mitte dazu kommen, bei einer solchen Forderung wirklich mitzugehen.

Der Kanton als grösster Arbeitgeber dieser Stadt soll gemäss der Kommissionsmehrheit in der Gesamtschau keinesfalls bessere Bedingungen anbieten dürfen als die Privatwirtschaft und die KMU. Meine Damen und Herren, eine solche Klausel kann nicht wirklich ernst gemeint werden und kurbelt in der Konsequenz, das muss man sich mal durchdenken, eine Negativspirale an, die schlussendlich niemandem dient. Es gibt ja nichts Mühsameres, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, als schlechte staatliche Leistungen, worüber sich dann alle aufregen.

Und kurz zu Kollege Niggi Rechsteiner, auch ich bin Geschäftsleiter einer sozialen Organisation. In der Regel können soziale Organisationen nicht die Löhne zahlen wie beim Staat, aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass wir gute Arbeitsbedingungen haben und dass, und das war bei der NPO möglich, auch in den Verhandlungen mit dem Kanton diesbezüglich dann Anpassungen möglich sein könnten.

Die WAK-Mehrheit will also ernsthaft die Arbeitsbedingungen von KMU, beispielsweise dem Malergewerbe, als Richtlinie für die Arbeitsbedingungen des Kantons, also eines öffentlich-rechtlichen Arbeitsgebers, fixieren. Also keine bessere Pensionskasse, keine besseren Ferienregelungen, keinen besseren Elternschutz. Das kann nicht wirklich Ihr Ernst sein, darum lehnen wir dieses Paket auch gerade wegen dieser Klausel ab und ich danke Ihnen, wenn Sie uns folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Ich möchte Ihr Augenmerk noch einmal auf die drei wichtigen Feststellungen im Bericht der GPK zur Kantonspolizei hinweisen. Es geht um die Feststellung 25, 26 und 27, wo die GPK feststellt, dass im Vergleich zu anderen Polizeikorps die Löhne bei der Kantonspolizei Basel-Stadt unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktzulage insgesamt

konkurrenzfähig sind. Im Bereich der Einstiegslohne lagen sie jedoch auch nach Einführung dieser Arbeitsmarktzulage unter dem Durchschnitt vergleichbarer Kantone und Städte und die GPK stellt weiter fest, dass im Bereich der Kantonspolizei, insbesondere bei den Einstiegslohnen sowie der Entlohnung der Zusatzdienste und Wochenendarbeit Verbesserungsbedarf besteht.

Diese Feststellungen decken sich nach meinem Dafürhalten und nach dem Dafürhalten der Mehrheit exakt mit den Vorschlägen der Kommissionsmehrheit. Ich erinnere alle Kolleginnen und Kollegen daran, dass Sie diesen Bericht in der GPK mit einer Ausnahme einstimmig bestätigt haben. Also bleiben Sie verlässlich und bei Ihrer Meinung im Einklang mit der GPK und dem Vorschlag der Kommissionsmehrheit. Ich danke Ihnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich möchte mein Votum nicht so sehr auf die einzelnen Elemente fokussieren, sondern nochmal zu den Grundlagen zurückkommen und ich glaube, das ist auch ein bisschen das zentrale Problem, das wir bei diesem Geschäft haben. Sie haben jetzt zum wiederholten Male gesagt, die Perinnova-Daten und die Kienbaum-Daten funktionieren nicht, der IWP-Bericht funktioniert. Also einfach nochmals deutlich klar, die Studie des IWP beinhaltet keinen Vergleich mit dem Kanton Basel-Stadt, das ist schlichtweg falsch. Die Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation aus bürgerlicher Seite in Bezug auf diese Studie ist, aus der Studie kann nicht abgeleitet werden, dass Mitarbeitende beim Kanton mehr verdienen als in der Privatwirtschaft. Aus, Punkt, Ende. Diese Studien, die wir zusätzlich bekommen haben in der Kommission, die gehen so weit wie möglich. Wenn Sie aus der Privatwirtschaft, wo Sie ja so die Vertreter*innen sind, wenn Sie bessere Mittel und Wege haben, um Lohnvergleiche sicherzustellen, bei denen die Unternehmen bereit sind, ihre Lohndaten zu veröffentlichen für Kommissionsberatungen, noch so gerne. Wir haben mit dem gearbeitet, was am praktikabelsten ist und was am realistischsten ist und abbildet, was es ist. Und das ist aus meiner Sicht genau das Problem.

Zwei handwerkliche Bemerkungen jetzt zur Mehrheit. Die Aussendienstzulage, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben gesagt, Sie haben lange gearbeitet und eine seriös gut austarierte Änderung eingebracht in diesem Paket. Sie zitieren in Ihrem eigenen Bericht, dass Sie die Anzahl der Aussendienstmitarbeitenden bei der Polizei von der Webseite nehmen, eine Summe x nehmen und dann schätzen, mit dem soll die Kapo-Leitung machen, was zielführend ist. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die viel berühmte Giesskanne, hier wissen Sie nicht mal, wohin Sie giessen. Sie führen eine Aussendienstzulage ein, delegieren alles bezüglich der Verteilung auf Verordnungsebene und ich muss Ihnen schon sagen, diese Differenzierung zwischen einzelnen Berufen, die im Aussendienst für den Service Public tätig sind, die ist aus meiner Sicht hoch problematisch und das wird uns einholen, das wird uns wirklich einholen. Ich glaube nicht, dass es zielführend ist, weder für die Kantonspolizei noch für das gesamte Staatspersonal. Damit Sie 50 Franken pro Person sparen können bei den Schichtzulagen, führen Sie eine neue Zulage ein, nur für Aussendienstmitarbeiter bei der Kantonspolizei, das ist hochproblematisch, nicht zielführend und es konterkariert auch alle Ihre Ausführungen, dass Sie sich ja so lange und differenziert mit diesem Paket auseinandersetzen wollten.

Und zur Konkurrenzklausele einfach noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich das nächste Mal hier das hohe Lied der Sozialpartnerschaft Sie singen höre in Bezug auf Einschränkungen für GAV-Verhandlungen, die der Gesetzgeber vorgibt, dann ist es wirklich nur noch absurd. Weil hier greifen Sie genau in das ein, direkt in Ihre viel berühmte, zitierte Sozialpartnerschaft. Ich habe gehört, die öffentliche Hand gebe vor, ja, mit dem OR, mit dem Obligationenrecht, die Hälfte von allen Angestellten in diesem Land arbeiten unter einem Gesamtarbeitsvertrag, der privatrechtlich verhandelt wird. Ich höre immer die Arbeitgeberseite, dass der gut berücksichtigen kann, was die einzelnen Fälle sind. Hier bauen Sie einen Automatismus ein, der dieser Sozialpartnerschaft wirklich komplett den Hebel nimmt und ich hoffe wirklich, dass es noch Leute gibt in dem Parlament ausserhalb der linken Vertretungen, die verstehen, dass diese zwei Anpassungen alles andere als zielführend sind und darum dem Bericht der Minderheit folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich werde mich heute der Kommissionsmehrheit anschliessen. Fraktionspräsident Lorenz Amiet hat eigentlich alles schon für die SVP-Fraktion gesagt. Ich kann Ihnen aber sagen, ich werde heute nicht glücklich diesen Saal verlassen. Der Regierungsrat hat die Motion Messerli/Hug aus meiner Sicht nicht zufriedenstellend umgesetzt. Wir haben seit Jahren ein Unterbestand von über 100 Polizistinnen und Polizisten, wir sind seit Jahren der kriminellste Kanton, wir haben seit Jahren zunehmend mehr illegale Demonstrationen, wir wollen immer mehr Grossanlässe, wir wollen eine 24-Stunden-Gesellschaft sein und ja, zugegebenermassen, es gibt auch zahlreiche Fussballspiele. Fakt ist, in keinem anderen Kanton werden Polizistinnen und Polizisten derart stark gefordert wie im Kanton Basel-Stadt und deshalb müssen wir eigentlich auch eine Diskussion führen, ob die Polizisten in Sachen Lohn im Mittelfeld oder im oberen Drittel sein sollten.

Nein, Polizisten sollten im kantonalen Vergleich Spitzenverdiener sein, weil der Polizeiberuf im Kanton Basel-Stadt nun mal um einiges anspruchsvoller ist als in Nidwalden, in Obwalden oder im Kanton Uri.

Und der Regierungsrat hätte bei diesem Ratschlag einen deutlicheren Schwerpunkt auf die Polizei setzen können, dann wäre offenbar oder wohl auch längstens etwas in Kraft getreten. Und wenn ich dann stattdessen aus den Medien entnehmen muss, dass es einen inneren Konflikt zwischen dem JSD und dem FD gegeben hat in diesem Bereich, dann muss ich Ihnen einfach sagen, da kann ich einfach nur den Kopf schütteln. Es wurde hier kein Schwerpunkt gesetzt und deshalb kann ich Ihnen auch versprechen, ist für mich mit dem heutigen Tag, mit dem heutigen Beschluss das Thema Polizeiberuf, das Thema Attraktivität bei Polizistinnen und Polizisten noch nicht vom Tisch und ich werde an diesem Thema auch dranbleiben und wir werden hier auch als SVP-Fraktion prüfen, ob hier auch zusätzliche Schritte möglich sind.

Weil etwas ist ja auch klar und damit möchte ich auch noch abschliessen, ich möchte das jetzt auch nicht künstlich verlängern, aber wenn wir in diesem Saal von Klimakrise sprechen, dann müssten wir längstens bei diesem Unterbestand und bei dieser kriminellen Stadt von einer Sicherheitskrise sprechen. Wenn wir das Thema Klimanotstand ansprechen und diesen Klimanotstand auch beschliessen, dann müssten wir längst auch einen Sicherheitsnotstand beschliessen, und wenn wir eine Spezialkommission Klima ins Leben rufen, dann hätten wir längstens auch schon eine Spezialkommission Sicherheit ins Leben rufen sollen, um diesen Unterbestand bei den Polizisten zu reduzieren und auch einen Schwerpunkt darauf zu setzen, dass wir nicht mehr der kriminellste Kanton im schweizweiten Vergleich sind.

Entsprechend ist es klar, wird uns das Thema Polizei, Polizeilöhne, Attraktivität beim Polizeiberuf noch länger beschäftigen und das wird heute mit diesem Beschluss, egal ob es jetzt für die Mehrheit oder für die Minderheit knapp ausfällt, nicht beendet sein. Das wollte ich als Motionär der Motion Messerli/Hug auch noch einbringen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Ich möchte mich gerade noch an Lukas Faesch adressieren, der hier auf den GPK-Bericht Stellung genommen hat. Die Empfehlung der GPK die Polizei betreffend war, dass man für Zusatzdienste bessere Entlohnungen prüfen soll. Für Zusatzdienste, das heisst, Wochenendeinsätze, usw., Ordnungsdiensteinsätze, das fällt darunter. Aus Zusatzdiensten wurde aber hier im Vorschlag der Mehrheit eine Aussendienstzulage. Dies ist nicht das Gleiche, sondern schafft Ungleichheiten. Das heisst, jemand, der sechs Wochenende hintereinander zum Beispiel in der Zentrale Telefone abnimmt und entgegennimmt, wo sie ihren Einsatz zu leisten haben, usw., soll keine Zulage bekommen, hingegen jemand, der im Aussendienst ist, schon. Wir sind hier nicht bei der Empfehlung der GPK in der Art und Weise, wie es hier umgesetzt wird. Ich möchte sagen, dass ich einen Zuschlag für Zusatzdienste bei der Polizei, aber auch bei anderen Blaulichtorganisationen, usw. durchaus für sinnvoll erachte, dies wird aber hier leider nicht getan. Es gibt quasi polizeiinterne Ungleichheiten, die geschaffen werden, es gibt die Ungleichheit auch gegenüber anderen Blaulichtorganisationen.

Zuletzt noch etwas zur öffentlichen Verwaltungsführung. Ich finde die Aussage, dass quasi dieses Gebot, dass der Staat dort nicht mehr zahlen können soll, beisst sich nach meiner Ansicht auch mit allem, was man wissenschaftlich über effiziente Verwaltungsführung weiss. Das heisst, dass es zum Teil sinnvoll ist, besser qualifizierte Leute zu haben, dafür weniger Leute zu haben in gewissen Bereichen, und ich finde, dass da die Handschrift der Unternehmerverbände ein bisschen zu stark geöffnet wird. Es ist durchaus richtig, dass der Staat in manchen Bereichen mehr zahlen können soll, gerade um Leistungen effizienter bringen zu können, und anders, und das ist auch etwas, was durchaus langjährig bekannt ist, es gibt da auch konkrete Beispiele, zum Beispiel auch im Bereich der IT wäre es zum Teil sinnvoll, wir hätten vielleicht nicht immer ganz so viele Leute, aber dafür wirklich gut qualifizierte Leute. Wir haben viele gut qualifizierte Leute, verstehen Sie mich nicht falsch, aber dass es in der Verwaltungsführung durchaus sinnvoll ist, nicht maximal viel Leute zu haben, aber Leute, die beständig sind und gute Arbeit leisten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.

David Jenny (FDP): Ausserhalb der Abschaffung der Polizei, können Sie mir drei konkrete Beispiele nennen, wo sich die Linken für weniger, aber dafür besser bezahlte Staatsangestellte eingesetzt haben?

Tim Cuénod (SP): Ich habe hier gesagt, was in Bezug auf öffentliche Verwaltungsführung richtig ist nach allen Erkenntnissen. Dies kann durchaus im Widerspruch stehen zu meiner Überzeugung. Und die Abschaffung der Polizei ist weder die Position der SP noch ist es meine eigene.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Einzelsprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Ich muss schon sagen, dass mich weite Teile dieser Debatte als Gewerkschafterin schwer irritiert haben. Haben sich die Befürworter des Mehrheitsantrags kurz überlegt, was Ihre Voten mit den Menschen machen, die Ihnen zuhören, die bei der Müllabfuhr arbeiten, in der Pflege, Lehrpersonen oder Tramchauffeur*innen? Ja, wir haben ein Problem mit der Kantonspolizei bzw. dem Personalnotstand, aber nicht nur dort, wir haben eine hohe Krankheitsquote bei den Lehrpersonen. Und wie oft müssen die Menschen im Gesundheitswesen noch demonstrieren, noch erklären, dass sie ausgebrannt sind? Das ist keine rhetorische Frage. Sagen Sie mir als Gewerkschafterin, was wir tun müssen, damit Sie bereit sind, die Situation zu ändern.

Wir reden heute über die Bedingungen des Service Public. Wir reden von Arbeit, die getan werden muss. Sie kann nicht nicht getan werden. Dennoch wurden in der Debatte teilweise absurde Vergleiche herangezogen mit der Privatwirtschaft. Man nimmt den oder einen der schlechtesten GAV der Schweiz, grüne Berufe, und vergleicht die Situation vom Gartenbau, die gleich schwere Arbeit machen wie die Leute im Bauhauptgewerbe und weit weniger verdienen, weit weniger soziale Absicherung haben und nimmt das, um den Vergleich mit der Stadtgärtnerei zu ziehen.

Anstatt also ihre Zeit und Energie darin zu investieren, für gute Arbeitsbedingungen für alle zu streiten und überall Verbesserungen und Lebensqualität ins Zentrum zu stellen, versucht man hier, ein Preisdumping, ein Lohndumping nach unten zu vollziehen. Ich sage Ihnen, wenn wir hier auch auf Kantonsebene nicht deutlich vorwärts machen und die Arbeitsbedingungen beispielsweise auch im Gesundheitsbereich verbessern, den Gesundheitsschutz insgesamt verbessern, dann kommt uns das als Kanton, als Gesellschaft teurer zu kosten als der Antrag der Kommissionsminderheit.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Lassen Sie uns heute nicht um den heissen Brei herumreden, lassen Sie uns über Fakten sprechen, welche die Polizei betreffen. In Basel-Stadt wurden zuletzt über 30'000 Straftaten pro Jahr registriert, ein auffallend hoher Anstieg bei Tötungsdelikten, Freiheitsdelikten, Sexual- und Gewaltstraftaten, und 22'000 neue Strafverfahren eingeleitet. Das entspricht gemessen an der Bevölkerung die höchste Kriminalitätsrate der gesamten Schweiz, und das seit Jahren. Wenn Sie Riechen wegnehmen würden, wäre sie noch höher. Das sind keine gefühlten Wahrheiten, das sind harte Zahlen. Und jetzt frage ich Sie, wie reagiert Basel-Stadt auf diese Entwicklung? Mit 130 unbesetzten Stellen bei der Polizei, mit Polizisten und Polizistinnen, die im Durchschnitt nur fünf von 52 Wochenenden pro Jahr frei haben, mit einer Arbeitsbelastung, die systematisch über das Limit hinausgeht und sie müssen immer wie Roboter die Haltung bewahren, egal ob angespuckt, geschlagen, verbal beleidigt oder bei Todesfällen. Einfach immer, Emotionen sind verboten.

Und während draussen die Realität eskaliert, passiert Folgendes. Polizistinnen und Polizisten werden angezeigt, freigestellt, verurteilt und entlassen. Jede Handlung wird angefochten, jeder Einsatz kann zu juristischen Falle werden. Mit einem Bein steht der Polizist, der in Sekundenbruchteilen reagieren muss, immer im Gefängnis. Das war vor 40 Jahren schon so.

Es werden auch keine Berufsgruppen gegeneinander ausgespielt, wie hier gesagt wurde. Keine trägt dieselben hohen Risiken. Die Aussendienstzulage trägt genau diesem Rechnung. Sie könnte aus meiner Sicht auch Gefahrenzulage heissen, das wäre zutreffender, denn die Polizei hat die Risiken vor allem im Aussendienst.

Während die Gewalt, Banden und organisierte Kriminalität massiv zunimmt und die Anforderungen steigen, diskutieren wir hier ernsthaft darüber, ob man die Polizei überhaupt noch angemessen den Rücken stärken soll. Mehr noch, es gibt politisch linke Kräfte, die offen die Abschaffung der Polizei fordern. Ich frage Sie ganz direkt, in welcher Realität leben Sie eigentlich? Das alles ist kein Betriebsunfall, das ist politisches Versagen. In einer Stadt mit der höchsten Kriminalität darüber zu diskutieren, die Polizei abzuschaffen, das ist nicht progressiv, es ist verantwortungslos. Gleichzeitig sehen wir eine regelrechte Flut von Anzeigen gegen Polizisten, teilweise gezielt von linksextremen Gruppen, meine Vermutung, um Polizeiarbeit zu blockieren und schliesslich zu verunmöglichen. Dazu kommen etliche von diesen Gruppierungen organisierten unbewilligten Demos. Das Resultat wird sein, eine Polizei, die nicht nur überlastet ist, sondern auch verunsichert. Polizisten und Polizistinnen, die sich fragen müssen, ob sie im entscheidenden Moment überhaupt noch handeln sollen.

Und dann, als wäre all das nicht genug, will ein Teil von uns, inklusive zumindest eine Mehrheit des Regierungsrates, ich kritisiere nicht gerne die Exekutive, die Polizisten an der Front nicht ordentlich entlöhnen, trotzdem sich der Beruf im Gegensatz zu anderen Berufen massiv verändert hat und in den letzten 45 Jahren, das sind meine Erfahrungen, viel gefährlicher geworden ist. Heute müssen sie Schutzwesten tragen, das war früher nicht so. Das ist im Übrigen nicht vergleichbar mit Sanitätsdienst oder Feuerwehr, bei welchen es im Gegensatz zur Polizei seit Jahren Altersentlastungen gibt. Ich hätte hier einfach mehr von der Regierung erwartet. Selbst der Polizeibeamtenverband unterstützt die schlechtere Variante der Lohnerhöhung und das in einer Situation, in der Überstunden explodieren, Stellen fehlen und die Belastung

historisch hoch ist und Menschen, also Polizistinnen und Polizisten, krank werden. Was ist das für ein Verband? Das ist kein Zeichen von Verantwortung für die Mitglieder, welche jährlich mehrere 100 Franken Verbandsbeitrag bezahlen.

Eine Stadt mit dieser Kriminalitätsbelastung kann sich keine schwache Polizei leisten, sie kann sich keine unterbesetzte Polizei leisten und sie kann sich ganz sicher keine demotivierte Polizei leisten. Und dann stehen Sie hier und fragen sich, wie es so weit kommen konnte. Die Antwort ist einfach, weil Sie nicht richtig gehandelt haben, als es nötig war. 130 unbesetzte Stellen und eine Polizei am Limit. Wie viele Warnsignale brauchen Sie noch? Es ist endlich Zeit, Verantwortung zu übernehmen, nicht mit Worten, sondern mit Taten.

Und noch was, wenn Sie die Löhne von weiterem Staatspersonal überprüfen wollen, dann machen Sie eine Lohngesetzrevision. Heute betrifft es nur die Polizei. Stimmen wir wenigstens dem Mehrheitsbericht der Kommission zu, auch wenn selbst dieser für mich zu wenig weit geht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Ich muss zugeben, ich bin etwas ratlos und ich beantrage Ihnen deshalb die Rückweisung dieses Geschäftes. Ich bin weder mit der Mehrheit dieser Kommission einverstanden noch halte ich den Vorschlag des Regierungsrates für geeignet. Tatsächlich, das hat mein Vorredner Felix Wehri, das hat auch Pascal Messerli schon gesagt, ging es in erster Linie darum, die Attraktivität des Arbeitgebers Kantonspolizei zu steigern. Wir haben eine Motion an den Regierungsrat überwiesen, die eigentlich ursprünglich eine substanzielle Lohnerhöhung per 1. Mai 2025 gefordert hat. Meine Damen und Herren, wir sind nun also bald ein Jahr im Rückstand und wir sprechen heute über eine Aussendienstzulage oder eine Schichtdienstzulage und wir müssen feststellen, dass weder mit der einen noch der anderen Idee eine substanzielle Lohnerhöhung für die Polizei die Folge wäre.

Wir haben in der Debatte von verschiedenen Rednerinnen und Rednern nun von links oder auch von den Bürgerlichen gehört, dass ihre Lösung die geeignetere ist. Tatsächlich muss ich zugeben, ich habe auch Mühe mit dieser Aussendienstzulage. Sie ist sehr unklar definiert von der WAK-Mehrheit, sie übergibt die Verantwortung, wie sie ausgestaltet werden soll, dem Regierungsrat, lässt aber alle wesentlichen Fragen dazu offen. Was ist Aussendienst, wer bekommt diese Aussendienstzulage, wie soll sie berechnet werden, wird sie allenfalls danach pauschal ausbezahlt werden müssen, dann bekommt sie beispielsweise auch der Polizeikommandant. Ich weiss nicht, ob dies im Sinne der eigentlichen und ursprünglichen Forderung war.

Und dort tatsächlich als zusätzliche Problematik finde ich die Ungleichbehandlung einer Aussendienstzulage zwischen beispielsweise der Kantonspolizei oder dem Kantonspolizisten und einem Feuerwehrmann, einem Rettungssanitäter, die ja natürlich unterschiedlich stark im Aussendienst tätig sind, aber bei Grossereignissen, die ebenfalls eine starke Belastung beispielsweise für Kantonspolizisten ist, gilt dies mindestens auch für Mitarbeitende der Sanität. Und dass man dort nun innerhalb der Blaulichtorganisationen eine Ungleichbehandlung schafft mit einer Aussendienstzulage, finde ich zumindest nicht optimal.

Nun sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir ein Geschäft haben, das ja lange in der WAK beraten wurde. Der Kommissionssprecher der Mehrheit hat ausgeführt, weshalb es lange ging. Ich möchte dazu keine inhaltliche Bewertung des Geschäftes abgeben, ob dies lang oder nicht lange war, ich persönlich finde aber, und deshalb ist mein Antrag auf Rückweisung auch damit begründet, ich finde, wir befinden uns hier zu stark im Detail. Wir machen etwas, was eigentlich nicht die Aufgabe des Parlamentes ist, zu definieren, bis zu welcher Erfahrungsstufe eine Lohnerhöhung gelten soll oder nicht. Das ist aus meiner Sicht Aufgabe des Regierungsrates.

Hier wäre es aus meiner Sicht deshalb richtig gewesen von Anfang an, auch im Wissen der beiden Motionen, die aus meiner Sicht, zumindest wenn es um die Motion Messerli/Hug geht, nicht umgesetzt wird, rückzuweisen, damit der Regierungsrat genau auf diesen spezifischen Punkt reagieren kann und eine substanzielle Lohnerhöhung für die Kantonspolizei hätte vorschlagen können. Dann wäre die heutige Diskussion sicherlich eine andere gewesen, dann wären wir auch heute nicht an diesem Punkt, dass wir, wenn wir heute rückweisen, vielleicht eine Situation haben, dass die Betroffenen noch etwas länger auf eine Lösung warten müssen. Hier, glaube ich, wäre es richtig und ratsam gewesen, wenn man eine Rückweisung früher beantragt hätte, dann hätte der Regierungsrat vielleicht auch heute bereits, im April 2026, eine andere, eine differenziertere Lösung uns präsentieren können.

Deshalb habe ich etwas Mühe damit, heute unter Druck dieser knappen Situation unseres Parlamentes einer Mehrheitslösung zuzustimmen, weil ich finde, das Anliegen der Motionäre Messerli und Hug ist nicht aufgenommen und es wird eine stark verkopfte Lösung nun hier im Parlament beschlossen, die den Regierungsrat vor weitere Herausforderungen stellen wird, und ich bis heute unterschiedliche Aussagen dazu bekomme, ob nun mit der Mehrheitsvariante oder der Variante des Regierungsrates die Polizistinnen und Polizisten im Endeffekt tatsächlich mehr Lohn haben werden. Das kann in beiden Varianten bestritten werden. Ich erinnere daran, bei einer pauschalen Aussendienstzulage ist beispielsweise diese Zulage nicht PK-versichert.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag auf Rückweisung zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für ein zweites Votum hat sich gemeldet Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Jetzt sind die Räume voll, weil wir ja zur Abstimmung kommen, das muss ich natürlich nutzen und ich muss als Grossrat auch Bezug auf meine Vorredner der SVP nehmen und teilweise der SVP widersprechen. Ich komme zu meinem Vorredner Felix Wehrli. Sie haben gesagt, die Polizei wird von den Linken angegangen. Sie haben gesagt, die Sozialisten wollen die Polizei abschaffen. Ich muss dem widersprechen. Wir ältere Grossräte, und ich darf Sie zu den älteren Grossräten beziehen, die wissen das, darum sage ich es jetzt, weil die jüngeren Grossräte das nicht wissen. Die Polizei Basel-Stadt, und das stand in der Basler Zeitung, ist durchsetzt von alten Sozis. Karl Schneider war Präsident, Minister, Vorgänger von Frau Eymann. Karl Schneider wurde in den Grossrat der SP gewählt und hat dann die DSP gemacht. Es stand in der Zeitung, dass die Polizeiführung von Basel-Stadt durchsetzt ist mit DSP-Leuten und diese Leute gehen jetzt in diesen Jahren 2026, 2027 in Rente, aber diese Leute hatte man noch in der Führung der Polizei, das kann auch Frau Eymann bestätigen. Wir hatten dort Herr Fabri, ist schon verstorben, er war auch hier im Grossrat, und er war der Chefstrategie als linker Politiker der Polizei. Und wenn man mir dann als Grossrat sagt, der Demo-Chef der Polizei 2015, Herr Weber, Sie dürfen keine Demo in Basel machen, ich werde das verhindern...

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sprechen Sie bitte zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Ja, aber das war die Polizei, die gesagt hat, Herr Weber, Sie dürfen nie eine Demo machen. Dann habe ich die Polizei reingelegt und habe einen Grossratstag für die Pegida-Demo vor dem Rathaus genommen und die Polizei hat nicht gemerkt, dass es ein Grossratstag ist. Kostenpunkt, eine Million für die 450 Polizisten. Jetzt bekomme ich wieder eine Rechnung von der Polizei und ich bin hässig, 3'850 Franken, weil ich Sie beschützen wollte, weil hier Demonstranten vor dem Rathaus mit blutverschmierten Händen mit Farbe waren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Thema zu tun. Ich bitte Sie, sich an das Thema zu halten, ansonsten gibt es den zweiten Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich gehe in Dauerkampfkampf, weil ich mir nicht so Fantasierechnungen zuschicken lasse wie letzte Woche von 3'850 Franken wegen Missbrauch der Polizei, obwohl ich nur eine Verordnung suchen wollte. Ich habe ja auch eine Rechnung Ende 2018 bekommen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das ist der zweite Ordnungsruf. Es geht hier nicht um Ihre Rechnungen.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin stolz, Frau Präsidentin, dass ich die grösste Demo in Basel organisiert habe.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Besten Dank für die angeregte Diskussion. Ich hätte mir einzig gewünscht, dass Sie etwas mehr Respekt allem Service Public-Personal entgegenbringen. Ich glaube, das ist mir jetzt einfach wichtig, das noch festzuhalten.

Ja, die Kantonspolizei ist auf der Strasse, sie ist im Fokus, sie muss viel Gewalt erfahren, aber am Ende braucht es alle. Es braucht auch die, die unsere Büros reinigen, es braucht die, die die Strassen reinigen, die die Uniformen waschen, usw. und auch die Stadtgärtnerei im Kanton braucht es, die wirklich auch unangenehme Sachen aus den Parks entfernen muss. Daher bitte ich Sie, man kann anderer Meinung sein, ohne despektierlich zu sein. Ich glaube, wir können stolz sein auf das Staatspersonal, welches der Bevölkerung zu Diensten steht. Das ist mir einfach wichtig als Vorabemerkung.

Dann möchte ich gerne zwei Dinge richtigstellen. Kienbaum, Herr Amiet, Sie haben jetzt über Kienbaum hergezogen. Ich finde es nicht ganz fair, weil wir haben gesagt, wir dürfen den Vergleich nicht veröffentlichen, vielleicht später einmal. Wir

haben nicht eine Studie in Auftrag gegeben. Die Firma Perinnova ist mit Kienbaum eine Partnerschaft eingegangen, um ab 2026 auch Vergleiche mit der Privatwirtschaft herstellen zu können. Wir haben Ihnen in der Kommission einen Pilot vorgestellt und in diesem Pilot hat Ihnen Kienbaum aufgezeigt, sie hat Fixdaten, das sind echte Lohndaten. Das ist wirklich einzigartig und daher sehr interessant für uns. Sie hat Ihnen aufgezeigt, dass es nicht nur grosse Unternehmen sind, sondern mehr als ein Drittel der Unternehmer hat weniger als 500 Mitarbeitende, und hat Ihnen auch aufgezeigt, wie sich das zusammensetzt. Also das ist jetzt nicht einfach irgendetwas, was man wegwischen kann.

Und ja, Frau von Falkenstein, Sie haben mich nicht ganz richtig zitiert, man sieht es in der Studie, die vorliegt in den Folien, da wurden beide Vergleiche gemacht. Mit Boni, das hat Kienbaum selber so dargestellt, es gibt zwei Kurven, bei der einen Kurve schneiden wir sehr schlecht ab und bei der, welcher man das nicht miteinberechnet, sind wir immer noch tiefer. Ich möchte das einfach richtigstellen, weil es uns wichtig ist, dass wir weiter mit diesem Unternehmen zusammenarbeiten können und da wir diese Vergleiche noch nicht veröffentlichen dürfen, können Sie sich da leider nicht alle versichern, was dort vorliegt.

Das zweite ist die Lohnnebenleistung und ich sage das, ich glaube, bis ich wahrscheinlich zurücktrete, die Rabattliste ist keine Lohnnebenleistung. Die Rabattliste für die Staatsangestellten kommt von Ihren Unternehmen aus der Privatwirtschaft. Die machen Sie. Die kommen und sagen, wir geben Ihnen einen Rabatt, wenn Sie beim Kanton arbeiten. Das hat nichts mit uns zu tun. Das ist der Coiffeurladen, das war mal Settelen, das Zügelunternehmen, das leider aufgekauft wurde, usw., die geben Rabatte. Das ist nicht von uns, das ist keine Lohnnebenleistung. Ja, aber gut, im Sommer kommt dann wieder die Anfrage von den Journalisten, was wir denn den Firmen zahlen für die Rabattliste. Nichts zahlen wir. Die Lohnnebenleistungen, da haben wir erst gerade eine Grundlage geschaffen, die kommt auch aus der Privatwirtschaft. Es kam auch aus dem Grossen Rat die Frage, ob wir da nicht mithalten können. Wir haben das gemacht, weil es ein Druck aus der Privatwirtschaft ist. Also Sie sehen, wir haben nicht nur einen Druck nach unten, den ich heute höre, sondern auch einen nach oben.

Unser Lohnmassnahmenpaket aus der Regierung ist nicht ein Paket für alle. Der Fokus besteht. Der Fokus ist auf der Kantonspolizei, auf den Einstiegsgehältern, die zu tief sind, und der dritte Fokus ist auf den Kosten. Ja, ich als Finanzdirektorin habe auch auf das Budget des Kantons zu schauen, sonst hätte man ja nochmal und nochmal drauflegen können. Nein, wir haben uns da geeinigt, fein justiert und es gibt einen Fokus auf die Kantonspolizei. Einzelne Massnahmen sind nur für sie sehr gezielt angesetzt. Und vor allem die Lohnkurve, die Anhebung der Lohnkurve, das ist der Kern der Sache. Das ist wirklich der Kern, daher haben wir einen Fokus. Es ging uns darum, so nachhaltig wie möglich, ja, man kann wieder kommen in zwei, drei Jahren, das wollten wir nicht, wir wollten einen Pflock einschlagen. Es ist jetzt wichtig, mal zu klären, was gilt.

Und dann mit den Kosten. Ja, der Unterschied ist noch 2.6 Millionen von der WAK-Mehrheit zu unserem Paket wiederkehrend. Dann sagt die SVP, ja, sie komme jetzt dann bald mit dem neuen Antrag, sei ihr zu wenig. Da haben Sie heute die Möglichkeit, Sie können die Aussendienstzulage auf weiss nicht wie viele Millionen erhöhen. Warum machen Sie es nicht heute? Seien Sie ehrlich, das können Sie ja. Ich finde es auch schade, da gebe ich Joël Thüring recht, und ich glaube, wir haben das beide, Stephanie Eymann und ich, von Anfang an der Kommission gesagt. Wenn Ihnen das Paket, die Gewichtung nicht passt, geben Sie es uns zurück und ich habe immer versprochen, dass wenn Sie einen klaren Auftrag haben, dann erfüllen wir das so schnell als möglich.

Wir haben versucht zu berechnen, wann hat man mehr in der Tasche. Wir wissen nicht, wie die Aussendienstzulage ausgestaltet werden soll. Wir haben zwar ein Kostendach, 1.2 Millionen, da kann man dann noch die Sozialbeiträge abziehen, dann sind es noch 125 Franken im Monat, ist es eine Pauschale, machen wir es pro Stunde, das weiss man nicht. Man sieht, die Unterschiede, die sind nicht klar, weil wir die Umsetzung noch nicht haben. Und die Tendenz, die ist nicht so gross, die Unterschiede, sie geht jetzt mit der Mehrheit eher wieder darauf, dass die, die länger bei der Polizei sind, mehr verdienen. Das sieht man ein wenig, dass dort die, die länger dabei sind, etwas mehr haben. Aber die Unterschiede, die Beispielsrechnung, die wir haben, sind nicht so gross, da gebe ich Joël Thüring recht, ich wollte diese heute auch nicht auflegen, weil wir nicht wissen, wie wir das ausgestalten sollen. Wir wollen ja auch nicht, dass es nachher Nachteile gibt ab Stufe 5, dass es dann plötzlich noch so einen Knick gibt, das muss man ja dann auch beachten. Und die AMZ, die ausläuft. Die Neuen haben die dann nicht mehr, also da gibt es viele Unklarheiten.

Wir kritisieren die Kommission nicht für ihre Beratung, die sie gebraucht hat, das ist die Sache des Grossen Rates, wie lange es geht. Wir sagen einfach, unser Paket ist austariert, durchdacht und daher würden wir beliebt machen, dass Sie daran festhalten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Pascal Pfister hat für die Minderheit das Wort.

Pascal Pfister (SP): Vielen Dank an alle für die interessante und angeregte Debatte. Ich werde nur noch zwei Punkte hervorheben. Zum Thema Konkurrenzklausele oder zum Thema Studien wurde einiges gesagt, das ich unterstützen kann. Mir ist wichtig zu sagen bei diesem Paket, es ist tatsächlich ein fokussiertes Paket. Man hat sich wirklich angeschaut, wo

bestehen die Herausforderungen und wo müssen wir handeln und es ist eben nicht ein Handeln auf Vorrat, sondern es ist wirklich ein vorausschauendes Paket. Man handelt nicht dann, wenn es zu spät ist, sondern wenn man noch handlungsfähig ist. Wir haben auch heute schon Probleme, zum Beispiel bei der IT, oder wir wissen heute schon, dass die Demografie zuschlagen wird und diese Probleme entstehen werden. Also wir handeln hier nicht auf Vorrat, sondern vorausschauend.

Zweitens, das Thema nochmals zur Ungleichbehandlung. Es ist so, 25% der Mittel sind Massnahmen, die alleine für die Polizei gemacht werden. Also bitte, bleiben wir hier bei den Fakten, es wird für die Polizei mehr gemacht, weil dort das Problem heute schon sehr aktuell ist. Und einfach zum Schichtdienst noch einmal, zur Gefährdungslage, weil das verschiedentlich genannt wurde. Ich war mal oben beim WSU, bei der KESB, dort war die Scheibe eingeschlagen, weil es dort auch schwieriges Personal gibt. Ich durfte einmal bei der Polizei mitgehen, deshalb bin ich kein Polizeixperte, aber an diesem Abend wurde jemand von der Sanität bedroht und der einzige Einsatz, den wir dort hatten, war bei der Sanität. Also ich sehe, das ist schon ein Grund, wieso wir hier handeln.

Von daher bitte ich Sie wirklich, jetzt dieses fokussierte Projekt zu unterstützen und mit einer Rückweisung gewinnen wir nichts, sondern wir verlieren wirklich wertvolle Zeit und das Signal, wenn wir jetzt heute zurückweisen, man hätte die Rückweisung vor ein paar Monaten machen können, wenn wir sie jetzt machen, ist das wirklich ein ganz schlechtes Signal und darum bitte ich Sie, sich zu entscheiden, für welche Vorlage Sie sind.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort für die Mehrheit hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Auch von meiner Seite besten Dank für diese angeregte Debatte. Ich möchte auch nochmals ein paar Punkte aufgreifen. Angefangen beim Thema Ungleichbehandlung. Ich habe mal gelernt, was der Grundsatz der Gleichbehandlung bedeutet. Der bedeutet, gleich ist nach Massgabe seiner Gleichheit gleich und ungleich ist nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln. Wir haben beim Kanton Basel-Stadt keinen Einheitslohn, der für alle gleich ist. Die geschätzten Regierungsrätinnen, die rechts von mir sitzen, die verdienen nicht gleich viel wie die Mitarbeitenden der Stadtgärtnerei. Da gibt es Unterschiede und die sind sicher auch berechtigt.

Der Kanton Basel-Stadt hat vor einigen Jahren eine Systempflege vorgenommen. Das war ein riesiges Projekt, da ging es darum, genau anzuschauen, welche Funktion hat jetzt welchen angemessenen Lohn anhand der Kenntnisse, die mitgebracht werden müssen, anhand von den Erfahrungen, etc. Das hat uns ja auch eine Stange Geld gekostet. Natürlich spielt auch die Situation am Arbeitsmarkt eine Rolle und da ist es jetzt halt so, wir haben bei der Kantonspolizei Basel-Stadt, das wurde verschiedentlich gesagt, einen erheblichen Unterbestand, den wir angehen müssen und der Lohn ist nicht die einzige, aber eine wesentliche Massnahme, um diesem Unterbestand zu begegnen.

Ich glaube, es kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass der Aussendienst bei der Polizei etwas anderes ist als andere Tätigkeiten, die von anderen Kantonsangestellten ausgeübt werden. Felix Wehrli hat da die Risiken und Probleme aufgezeigt. Ja, natürlich, es gibt auch Sanitäter, die bedroht werden, es gibt sicher auch bei der Feuerwehr entsprechende Situationen und bei anderen Staatsangestellten auch, aber nirgendwo ist es so häufig und quasi so Teil vom Jobbeschrieb, muss man fast sagen, wie das bei den Aussendienstmitarbeitenden der Kantonspolizei der Fall ist.

Dann zum Thema Einstiegsgehälter. Ich habe das Gefühl, wir müssen darüber sprechen, was Einstiegsgehälter sind. Ich glaube nicht, dass man bei knapp 50% der Staatsangestellten noch davon sprechen kann, dass es rein um die Einstiegsgehälter geht. Die Stufen A bis 4, da reden wir von 7 Jahren, die Stufen A bis 11, da reden wir von 14 Jahren und wir haben gesagt, und das hat auch ein Sprecher gesagt, die Zufriedenheit bei den Jüngeren ist, was den Lohn betrifft, am tiefsten. Die steigen ja nicht bei der Erfahrungsstufe 11 ein. Die Einstufung erfolgt anhand von Berufs- und Lebenserfahrung, das heisst, je höher Sie auf dieser Stufe landen, desto älter sind Sie, desto mehr Erfahrung haben Sie. Deshalb haben wir gesagt, wir fokussieren tatsächlich auf die Einstiegsgehälter und das sind eben nicht A bis 11, sondern A bis 4, das ist immer noch ein Viertel der Staatsangestellten, aber ich glaube, irgendwann ist es dann mit dem Einstiegslohn auch vorbei.

Dann wurde gesagt, die Konkurrenzklausel, ich komme nochmals auf diese zurück, die ist demokratiepolitisch fragwürdig und der Kanton konkurrenziert ja nicht nur mit den KMU. Es gibt halt auch, das ist eine Tatsache, den Wettbewerb des Kantons, wenn er um Mitarbeitende wirbt, mit den Privaten, und auch die Privaten an die Wand zu drücken mit Steuergeldern, ist fragwürdig. Wenn wir ins Gesetz schreiben, dass es diese Konkurrenzklausel gibt, dann ist diese demokratisch legitimiert, also da haben wir kein Problem mit der demokratischen Legitimation, dann hat dieses Parlament, vielleicht ja allenfalls das Volk, wer weiss, gesagt, wir wollen das entsprechend so haben. Und wenn man sich jetzt wirklich versteigt, dann zu sagen, hier handle es sich also um neoliberale Ideologie und der Service Public wird auf das Minimum gekürzt bis hin zu Lohndumping, also ich kann Ihnen gerne die Telefonnummer meines Augenarztes empfehlen, damit Sie den Bericht nochmals lesen können, wir sprechen hier von einer Erhöhung von satten 22.3 Mio. Franken gegenüber Status quo. Also wenn Sie jetzt kommen und sagen, das ist eine Kürzung beim Service Public, dann weiss ich ehrlich gesagt nicht, was Sie hier gelesen haben.

Ich verstehe ehrlich gesagt auch diesen grossen Widerstand gegen diese Konkurrenzklausel nicht. Sie von der linken Seite fordern bei jeder Gelegenheit, die sich ergibt, Transparenz. Und hier jetzt, wenn es um die Anstellungsbedingungen des Staatspersonals geht, wehren Sie sich mit Händen und Füssen dagegen, dass diese Transparenz geschaffen wird. Am Schluss läuft es ja darauf hinaus, wenn wir eine solche Klausel ins Gesetz schreiben, muss der Regierungsrat entsprechende Untersuchungen vornehmen, eben nicht nur von den Löhnen, sondern auch sämtlichen anderen Leistungen und das in Vergleich setzen zur Privatwirtschaft und transparent offenlegen, wie da die Situation ist. Und selbstverständlich ist das bei den unterschiedlichen Funktionen anders, ob man jetzt mit einem KMU vergleichen muss oder ob man jetzt mit einem grossen Unternehmen vergleichen muss. Da malen Sie wirklich ein Problem an die Wand, das es nicht gibt.

Auch bei den Schichtzulagen wurde gesagt, da wird jetzt gekürzt und die Attraktivität reduziert und so, schauen Sie sich das nochmals an. Wir machen eine substanzielle Erhöhung der Schichtzulagen um einen Viertel. In Basel-Stadt werden die Schichtzulagen um einen Viertel höher sein als im schweizerischen Durchschnitt. Es wurden die Unterbestände bei Sanität und Feuerwehr angesprochen. Ja, auch die bekommen höhere Schichtzulagen und, und das ist etwas, was in der Vorlage der Minderheit nicht drin ist, wir haben diese 3.2 Millionen höhere Ausbildungslöhne für Quereinsteiger. Das ist etwas, was direkt den Unterbestand bei Sanität und Feuerwehr entsprechend adressiert.

Es wurde tatsächlich gesagt, das Paket hätten wir so geändert, damit die Bedingungen für die KMU bequem bleiben. Also das kann ja nicht ernsthaft gemeint sein. KMU kämpfen Tag für Tag dafür, dass sie wirtschaftlich überleben können. Fragen Sie mal die KMU-Vertreter*innen hier im Saal, wie bequem es entsprechend ist, wir sprechen ja nachher noch über die Baustellensituation, Baustellen gleichbedeutend mit Einnahmeverlusten, wie es da entsprechend aussieht.

Die zügige Behandlung, die da gewünscht wurde, da wurde als Beispiel das Standortpaket genannt. Da will ich jetzt nicht im Detail darauf eingehen, nur ein Punkt, wir haben länger gebraucht als bis Dezember, auch beim Standortpaket, und dort gab es einen Kompromiss zwischen Mehr- und Minderheit, den wir dann zusammen ausgearbeitet haben. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Die Minderheit hat sich hier in diesem Fall einem Kompromiss konsequent verweigert.

Dann noch die Sozialpartnerschaft in aller Kürze. Sozialpartnerschaft bedeutet nicht ein Vetorecht für Personalverbände. Die Verhandlungen finden statt im von der Politik vorgegebenen Rahmen und es steht alles unter Vorbehalt der Genehmigung des Grossen Rates. Es kann also nicht sein, dass das, was zwischen den Sozialpartnern verhandelt wurde, hier drin sakrosankt ist, sonst können wir uns als Parlament abmelden, dann müssen wir solche Sachen hier drin nicht mehr diskutieren, dann winken wir das einfach durch.

Und zum Schluss noch das Thema Rückweisung. Das haben wir auch mehrfach diskutiert innerhalb der Kommissionsmehrheit. Das Problem ist einfach, man hätte auch dann sagen müssen, was man mit der Rückweisung erreichen will, und auch für das muss man das Geschäft im Detail anschauen, auch dafür muss man sich verständigen, was in der Rückweisung überhaupt eigentlich gefordert werden soll. Also da kann man dann, wenn man sich dann auf das verständigt, gleich sagen, ja, wir haben uns jetzt darauf verständigt, also schreiben wir doch das jetzt gleich direkt ins Gesetz. Wir brauchen jetzt einen Schritt vorwärts, Rückweisung wirft uns einfach mehrere Monate zurück ohne Lösung. Sie können ja, Joël Thüring, da mit neuen Vorstössen nachdoppeln, dann kann man da nachbessern, aber jetzt geht es darum, heute ein klares Signal zu setzen, wir wollen jetzt die Arbeitsbedingungen insbesondere für die Kantonspolizei verbessern, und dann gezielt noch bei den Einstiegslohnen ansetzen. Der Kanton Basel-Stadt ist heute bereits ein sehr attraktiver Arbeitgeber, ich betone das nochmal, und jetzt machen wir einen Fokus auf die Kantonspolizeieinstiegslohne. Das ist eine runde Sache und deshalb bitte ich Sie nochmals, der Vorlage der Mehrheit zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eintreten wurde bestritten durch Eric Weber. Wir stimmen nun jetzt ab, ob wir auf das Geschäft eintreten.

Abstimmung

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008667, 22.04.26 11:51:46]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 95 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme.

Rückweisung an den Regierungsrat wurde beantragt von Eric Weber und Joël Thüring.

Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

4 Ja, 90 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008669, 22.04.26 11:52:37]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen den Bericht nicht zurückweisen mit 90 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsmehrheit (Seite 29 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 8 Abs. 2bis (neu)

§ 15a (geändert)

Abs. 1 bis 4

§ 22 Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

Das Personalgesetz wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2 lit. h (neu)

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2026 (Seite 42 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

§ 22 Abs. 2 (aufgehoben)

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (geändert)

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrates. Er fordert in der Tabelle «Stufenverlauf gültig ab 1. Januar 2026» zu streichen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat die Vorsteherin des Finanzdepartements, Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Die Diskussion geht eigentlich nur darum, ab wann das Paket in Kraft getreten werden kann. Die Minderheit in ihrem Vorschlag möchte, dass das ab 1. Juli ist. Das ist zwar ein Antrag, der erst nachher kommt, aber das hängt jetzt mit dieser Lohntabelle zusammen. Wir beantragen, dass wie bei der Mehrheit das Inkrafttreten vom Regierungsrat bestimmt werden kann. Das wird wohl eher 1. September werden als 1. Juli, weil wir die Umsetzungen auch noch in die Systeme einfügen müssen. Das benötigt eine gewisse Zeit, daher können wir die Tabelle jetzt auch nicht rückwirkend anpassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Pascal Pfister für die Minderheit.

Pascal Pfister (SP): Wir von der Minderheit können der Regierung folgen. Wir haben das diskutiert. Es ist so, dass wir natürlich möchten, dass es beschleunigt wird, wenn aber angekündigt wird, dass das so schnell wie möglich umgesetzt wird, dann werden wir der Regierung folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort für die Mehrheit hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Es geht ja da um den Vorschlag der Minderheit. Die Mehrheit hat da nicht gross dazu beraten. Wir sind der Meinung, dass die Minderheit ja festlegen muss, wie ihr Vorschlag aussehen soll. Inhaltlich steht ja da dasselbe drin, wie wir auch bei uns reingeschrieben haben, über das Inkrafttreten soll der Regierungsrat entsprechend entscheiden, inklusive den Anpassungen beim Datum. Dem können wir uns entsprechend anschliessen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Frau Regierungsrätin verzichtet auf ein weiteres Votum, ebenfalls die Minderheit und Mehrheit. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008671, 22.04.26 11:57:19]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Änderungsantrag mit 94 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit empfehle ich, dass wir heute Nachmittag weiterfahren. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Fortfahren mit dem Geschäft, NEIN heisst Unterbrechen.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008673, 22.04.26 11:58:31]

Der Grosse Rat beschliesst

das Geschäft fertig zu beraten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 70 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen dazu entschlossen, dass wir weiterfahren.

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Hier gibt es einen Änderungsantrag des Regierungsrats. Er beantragt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmen zu können.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet, ebenfalls die Minderheit, ebenfalls die Mehrheit. Es haben sich auch keine Fraktionssprechenden eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

96 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008675, 22.04.26 11:59:39]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben dem Änderungsantrag mit 96 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme zugestimmt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1 der Kommissionsminderheit, Lohntabelle ab 2027 (Seite 45 des Berichts)

Lohngesetz

Titel und Ingress

I. Änderung Lohngesetz

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2, Stufenverlauf (geändert)

II. Änderung anderer Erlasse

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Die Detailberatung der beiden Anträge ist nun abgeschlossen. Wir stimmen nun ab, welcher der beiden Anträge Sie vorziehen und führen danach die Schlussabstimmung durch. Abstimmung über Variante Mehrheit oder Minderheit.

Abstimmung

JA heisst dem Mehrheitsantrag folgen, NEIN heisst dem Minderheitsantrag folgen.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008677, 22.04.26 12:01:07]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Minderheitsantrag zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 48 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen für die Variante Minderheit entschlossen.

Wir kommen nun zu zwei Schlussabstimmungen, da die Kommissionsminderheit zwei Grossratsbeschlüsse vorgelegt hat. Schlussabstimmung 1.1 Lohngesetz und Lohntabellen 2026.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 2 Nein, 43 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008679, 22.04.26 12:02:13]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Lohngesetz (LG) vom 18. Januar 1995 [1]) (Stand 13. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

§ 22 Abs. 2 (aufgehoben)

2 Aufgehoben.

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (**geändert**)

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 52 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss der Kommissionsminderheit zugestimmt.

Schlussabstimmung 1.2 Lohngesetz und Lohntabellen 2027.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 2 Nein, 43 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008681, 22.04.26 12:03:07]

Der Grosse Rat beschliesst

I. Lohngesetz (LG) vom 18. Januar 1995 [1]) (Stand 13. Februar 2025) wird wie folgt geändert:

Anhänge

Anhang 164.100.2: Anhang 2 Stufenverlauf (**geändert**)

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und tritt nach der Publikation des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist am 1. Januar 2027 in Kraft.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 52 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und 43 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss der Kommissionsminderheit zugestimmt.

- Wiederkehrende Ausgaben ab 2027, Finanzierung der Mehrkosten

Hier liegt ebenfalls ein Änderungsantrag des Regierungsrats vor. Er beantragt, «ab 2027» sowie die Klammerbemerkungen zu streichen.

Wir eröffnen dazu die Debatte. Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ich muss Ihnen hier leider gestehen, dass unser ursprünglicher Antrag im Ratschlag nicht falsch war, aber irreführend. Wir wollten zur Präzisierung bei der Ausgabenbewilligung jeweils in der Klammer anfügen, wie viel Geld wir im 2026 und wie viel wir im nächsten Jahr brauchen. Das ist finanzrechtlich nicht relevant, weil die Ausgabenbewilligung, insbesondere die wiederkehrende, ab dann gilt, wenn das Inkrafttreten besteht und das Budget vorhanden ist. Daher diese Irritation. Ich werde daher alle Anträge zurückziehen. Ich habe der Minderheit angeboten, dass sie das macht, aber ich ziehe hiermit alle Anträge zurück, damit wir jetzt nicht einzeln über Klammerbemerkungen abstimmen müssen, die finanzrechtlich nicht relevant sind. Es tut mir leid, dass ich hier für Verwirrung und für mehr Arbeit gesorgt habe.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat für die Minderheit Pascal Pfister.

Pascal Pfister (SP): Dementsprechend folgen wir hier der Regierung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Für die Mehrheit das Wort hat Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Auch wir halten nicht an diesen Anträgen fest und folgen dem Regierungsrat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Publikations- und Referendumsklausel

Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 1 Nein, 42 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008686, 22.04.26 12:06:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für die Umsetzung der Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei werden Ausgaben von Fr. 24'500'000 bewilligt.

Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 13'500'000 wiederkehrende Ausgaben für die Finanzierung der Mehrkosten aufgrund der Anpassung der Lohnkurve zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.
- Fr. 1'200'000 wiederkehrende Ausgaben für die Finanzierung der Mehrkosten für die Finanzierung der aufgrund der Anpassung der Lohnkurve erhöhten Staatsbeiträge Kinderbetreuung zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements (Dienststelle Jugend, Familie und Sport).
- Fr. 500'000 wiederkehrende Ausgaben für die Finanzierung der Mehrkosten infolge Aufhebung der Degression beim Teuerungsausgleich zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements.
- Fr. 3'100'000 wiederkehrende Ausgaben für die Erhöhung der Geldzulagen für Nacht-, Sonn- Feiertags- und Pikettdienst gemäss §§ 23 bis 33 der Verordnung zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt vom 6. Juli 2004 (Arbeitszeitverordnung, AZV, SG 162.200) zu Lasten der Erfolgsrechnung des Kantons Basel-Stadt.
- Fr. 1'600'000 wiederkehrende Ausgaben für die Erhöhung der Einstufung ad personam der Mitarbeitenden der Kantonspolizei und der Kriminalpolizei auf Polizeistellen bis und mit Lohnklasse 16 um je eine Erfahrungsstufe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 700'000 wiederkehrende Ausgaben für die Erhöhung der Ausbildungslöhne bei der Kantonspolizei zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).
- Fr. 3'900'000 einmalige Ausgaben für den Ausgleich verbleibender Einkommenseinbussen aufgrund des Wegfalls der Arbeitsmarktzulage zu Lasten der Erfolgsrechnung des Justiz- und Sicherheitsdepartements (Dienststelle Kantonspolizei).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 49 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 42 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

Die WAK beantragt, die Motion Pascal Messerli und Michael Hug betreffend «der Polizeiberuf muss in Basel-Stadt wieder attraktiv werden: Lohnerhöhung jetzt!» als erledigt abzuschreiben. Lorenz Amiet beantragt, die Motion stehen zu lassen.

Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0008688, 22.04.26 12:08:02]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 78 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gemäss Antrag WAK die Motion abgeschrieben.

Die WAK beantragt, den Anzug Michael Hug und Tobias Christ betreffend «Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenbetrieb» als erledigt abzuschreiben. Die WAK verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Schluss der 10. Sitzung

12:08 Uhr



Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 22. April 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Georg Mattmüller (SP), Heidi Mück (BastA!), Sandra Bothe-Wenk (GLP), Thomas Widmer-Hueber (die Mitte/EVP), Lea Wirz (Grüne/jgb).</i>

Verhandlungsgegenstände:

23.	Anzug 1 Michael Graber und Konsorten betreffend Tramdepot Eglisee aus dem Dornröschenschlaf wecken.....	3
24.	Anzug 2 Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende	3
25.	Anzug 3 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Beschilderung des Schulstandortes Gartenstrasse Sek I.....	6
26.	Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Verschlechterung der Umsteigebeziehung von Bus 80 und 81 am Aeschenplatz	7
27.	Anzug 5 Michael Graber und Konsorten betreffend Feuerwerks-Littering	7
28.	Motion Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt, Stellungnahme des RR	7
29.	Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	11
30.	Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking, Schreiben des RR.....	11
31.	Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR.....	12
32.	Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen, Schreiben des RR.....	16
33.	Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung, Schreiben des RR.....	17
34.	Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR, Schreiben des RR.....	18
35.	Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf, Schreiben des RR	19
36.	Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR	19
37.	Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“), Stellungnahme des RR.....	22
38.	Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR	23
39.	Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen), Stellungnahme des RR.....	25
40.	Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur, Schreiben des RR.....	30



41. Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR 32
42. Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten, Stellungnahme des RR 36
43. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR 36
44. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel, Schreiben des RR 37



Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 22. April 2026, 15:00 Uhr

23. Anzug 1 Michael Graber und Konsorten betreffend Tramdepot Eglisee aus dem Dornröschenschlaf wecken

[22.04.26 15:00:12, 26.5052.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilungen zu machen:

Nachtrag zum Lohnmassnahmenpaket

Wie viele mitbekommen haben, konnte heute Morgen eine Person nicht digital an der Abstimmung betreffend dem Lohnmassnahmenpaket teilnehmen. Die gesetzliche Grundlage dazu ist klar. Gemäss § 30b betreffend Abstimmungen in Abwesenheit wurde unter Abs. 4 festgelegt, Abstimmungen werden nicht wiederholt, wenn abwesende Ratsmitglieder ihre Stimme aus technischen Gründen nicht abgeben konnten. Der Parlamentsdienst und das Ratsbüro werden den Vorgang analysieren und falls nötig Massnahmen treffen.

Kärtli einstecken

Auch heute Nachmittag bitte ich Sie, wieder das Kärtli einzustecken, damit Sie im Abstimmungssystem anwesend sind.

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Pascal Pfister hat den Rücktritt aus dem Grossen Rat per 8. September 2026 eingereicht. Wir werden Pascal Pfister an seiner letzten Sitzung gebührend verabschieden.

Nachtsitzung

Zu guter Letzt, wir werden heute Abend eine Nachtsitzung durchführen.

Wir fahren weiter mit Traktandum 23. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

24. Anzug 2 Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende

[22.04.26 15:02:05, 26.5055.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich bin nicht aus Prinzip gegen faire Honorare, aber das Verfahren, das hier angewandt werden soll, ist doch relativ ungewöhnlich. Heute Morgen wurde das hohe Lied der Sozialpartnerschaft gesungen und hier, wenn ich es richtig verstehe, soll abgestellt werden auf Empfehlungen der Berufsverbände. Das ist nur ein Teil im Arbeitsmarkt der Kulturschaffenden, Auftraggeber und Arbeitgeber scheinen da keine Stimme zu haben. Und ich kann Ihnen einfach sagen, früher hatten die Anwaltsverbände alle Honorarempfehlungen, die wurden dann von der, damals hiess sie, glaube ich, noch Kartellkommission, gekippt und gesagt, das geht nicht, dass da einseitig quasi sich alle verpflichten, sich an so etwas zu



halten und die Mitgliedschaft in Verbänden war ja bei Anwälten auch nicht bindend. Ich glaube, das ist ein Instrument, das aus der Zeit gefallen ist. Also ich glaube, da wird etwas verlangt, das man einfach dann abstellt auf die sicherlich sehr gut gemeinten Forderungen nur einer Seite, der Marktteilnehmer.

Und dann ist auch noch von den Honorarempfehlungen die Rede und das andere ist von den branchenüblichen Mindeststandards. Ob das das gleiche ist oder nicht, ich weiss nicht, warum man da unterschiedliche Standards anwendet.

Und dann ja, die Mittel, die zur Verfügung stehen, sind begrenzt. Wir setzen ja jetzt in Leistungsvereinbarungen durch, dass «faire» Honorare bezahlt werden, aber das kann auch nicht heissen, dass dann, und da staune ich, dass da auch finanzbewusste Mitglieder oder ein Mitglied der Liberaldemokraten unterschrieben hat, dass dann einfach unbeschränkt wieder die staatlichen Mittel ausgeweitet werden.

Ich weiss, ich kämpfe da vergebens, aber ich will doch gewisse Sachen zu bedenken geben, dass das Instrumentarium hier doch eine gewisse Fragwürdigkeit hat, und bitte Sie erfolglos, dies mitzuberücksichtigen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Ich lese heute das Votum in Vertretung für Johannes Sieber vor. Der vorliegende Anzug greift ein politisch wichtiges Thema auf, faire Honorare für Kulturschaffende. Für uns Grünliberale ist klar, wo der Staat Kultur fördert oder als Auftraggeber auftritt, trägt er Verantwortung und dazu gehören auch faire Honorare. In diesem Sinne unterstützen wir den vorliegenden Vorstoss. Gleichzeitig ist eine ehrliche Diskussion aber wichtig.

Der Anzug nimmt Bezug auf die Musikvielfalt-Initiative. Diese wurde von der Bevölkerung deutlich abgelehnt und das aus guten Gründen. Die Initiative vermittelte den Eindruck, dass sich das strukturelle Prekariat in der Sparte Musik politisch umfassend lösen lässt. Das ist ein Versprechen, das so alt wie leer ist, auch im farbigen Gewand der Vielfalt. Tatsächlich ist das weder mit der Initiative möglich gewesen noch mit diesem Vorstoss. Denn wir müssen uns eine unbequeme Realität eingestehen, nicht alle Kulturschaffenden können von ihrer Arbeit leben und werden es auch künftig nicht können. Selbst wenn der Staat überall dort, wo er engagiert ist, faire Honorare sicherstellt, bleibt die Anzahl der Auftrittsmöglichkeiten für Musikerinnen und Musiker begrenzt. Diese strukturelle Begrenzung lässt sich politisch nicht aufheben, auch nicht mit unbegrenzter Finanzierung.

Ein Beispiel verdeutlicht dies. Will man einem Musiker allein durch öffentlich finanzierte Auftritte ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, müsste er gemäss gängigen Honorarempfehlungen praktisch wöchentlich ein Konzert spielen. Nun mögen Einzelne sagen, das wäre machbar, doch entscheidend ist nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage. Keine Stadt in der Grösse von Basel möchte pro Jahr 52 Konzerte desselben Musikers hören und schon gar nicht 52 Konzerte von allen Musikerinnen und Musikern dieser Stadt. Ein solches Überangebot fände kein Publikum, nicht in der Musik und schon gar nicht, wenn derselbe Meccano in allen Kultursparten angewandt würde.

Es ist und bleibt darum eine falsche Erwartung, dass der Staat das Prekariat unter den Kulturschaffenden beseitigen könne. Diese Realität dürfen wir nicht ausblenden und es gehört zur Verantwortung von uns Politikerinnen und Politikern, hier ehrlich zu sein. Ehrlich sein bedeutet konkret, dort, wo der Staat sich engagiert, soll er für faire Honorare sorgen, ja, aber er kann nicht dafür sorgen, dass alle Kulturschaffenden von ihrer Tätigkeit leben können.

Der Anzug ist aus GLP-Sicht genau deshalb sinnvoll, weil er diese Diskussion anstösst. Welche Verantwortung trägt der Staat konkret und wie kann er dieser Verantwortung gerecht werden, ohne falsche Erwartungen zu wecken? In diesem Sinne empfehlen wir Grünliberalen die Überweisung des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Ich stehe heute in einer besonderen Rolle vor Ihnen. Ich habe diesen Anzug mitunterzeichnet, weil mir die faire Entlohnung von Kulturschaffenden ein persönliches Anliegen ist. In der Zwischenzeit habe ich mich jedoch intensiv mit der aktuellen Entwicklung unserer Kulturpolitik auseinandergesetzt und dabei musste ich feststellen, die Realität hat unseren Anzug ein Stück weit überholt, und zwar im positiven Sinn.

Das neue Kulturleitbild Basel-Stadt greift die Forderung nämlich direkt auf. Dort ist unmissverständlich festgehalten, ich zitiere: Von den Betriebsbeiträgen geförderten Institutionen wird neu erwartet, dass sie branchenspezifische Fair-Pay-Grundlagen berücksichtigen. Auch in der freien Szene sollen Programm- und Projektförderung hohe Qualität und faire Gagen und Löhne begünstigen. Zitat Ende. Damit ist ein Ziel des Anzugs, die Verankerung von Fair-Pay in der kantonalen Förderpolitik, bereits fast schon eine offizielle Strategie des Regierungsrats geworden.



Ich darf hierbei festhalten, dass meine Fraktion, die LDP, in deren Namen ich heute auch sprechen darf, hierbei derselbe Meinung ist. Wir wollen wirksame Politik betreiben und keine unnötigen Doppelspurigkeiten schaffen. Da das Leitbild genau jene Mechanismen einführt, die in dem Anzug gefordert werden, soll die Verwaltung und die Institutionen nun die nötige Zeit haben, um die Vorgaben in die Praxis umzusetzen. Wir möchten zuerst konkrete Ergebnisse des Leitbilds abwarten, bevor wir irgendwelche weiteren Vorstösse vornehmen möchten.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen heute auch im Namen der LDP, die Umsetzung des Kulturleitbildes abzuwarten und den Anzug zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter zu verfolgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Eine Kulturstadt kann nur dann florieren, wenn Kulturschaffende fair bezahlt werden. Es ist eine Diskussion, die wir hier drin immer wieder führen, entgegen dem Schluss der LDP, die wegen dem Kulturleitbild zum Schluss kommt, dieser Anzug sei überflüssig. Wir als Fraktion sind fest davon überzeugt, dass auch diese Antworten, die der Anzug liefern kann, die vielleicht im Kulturleitbild auf einer ganz anderen Flughöhe im Moment diskutiert werden und in ihrer Dauer der Diskussion auch nicht vorgreifen, finden wir es sehr wichtig, hier diese Diskussion anzustossen.

Fakt ist nämlich, das haben wir gehört, dass diese existenzsichernden Honorare auch für ein einzelnes Konzert im Moment nicht Realität sind. Kulturschaffende sind trotz ihrer Expertise und ihrer Relevanz meistens unterbezahlt und leben in sehr prekären Verhältnissen, können auch nicht unbedingt von ihrer Arbeit leben. Es gibt also da, und ich glaube, das ist ein Punkt, auf den wir unbedingt hinweisen möchten, und der dieses neue Leitbild, also sowohl der Entwurf des Leitbilds, wo der Kanton sich selber dieses Fair-Pay schon sehr gross hineingeschrieben hat und betont, ich glaube, da muss man ganz stark vorsichtig sein, was für ein Fördersystem man einführen möchte, in welchen Formen diese Anpassungen kommen, für wen gelten denn diese branchenüblichen Honorare, die da ausbezahlt werden, was bedeutet es, eine professionelle Kulturschaffende zu sein oder halb professionell.

Dieser Anzug von Julia Baumgartner ist darum extrem wichtig, um diese Klärung voranzutreiben. Auch unsere Überweisung ist wichtig, um zu zeigen, hier gibt es ein ganz grosses Potenzial, ganz viele Fragen, die geklärt werden müssen. Auch eine Fair-Pay-Leitlinie des Kantons bedeutet nicht gleich, alle Kulturschaffenden, die mit dem Kanton in Verbindung kommen, werden gleich gut ausgelöhnt, weil es dann auch immer wieder Nebeneffekte gibt. Dementsprechend ist es uns insbesondere wichtig, dass diese Trennung zwischen professionell, nicht professionell, halb professionell, laienhaft, praxisnah und realitätsnah umgesetzt wird, ob jetzt im Kulturleitbild oder durch die Überweisung des Anzugs Baumgartner, weil dieses halbprofessionelle oder nebenbei in der Kultur zu arbeiten, um auf der anderen Seite noch einen Job zu haben, um die Existenz zu sichern, auch flexible Lösungen bedarf und eine Unterstützung beispielsweise auch im Übergang von halbprofessionell in professionelles Kulturschaffen möglich sein muss.

Also ein Bewusstsein für die Auswirkungen, ob man das jetzt mit diesem Anzug macht oder ob man das dann im Kulturleitbild macht, wo der Kanton am Ende nämlich dieses Fair-Pay sich jetzt auf die Fahne schreibt und umsetzen muss. Eine Weitsichtigkeit und ein wirkliches Abschätzen der Auswirkungen von solchen Einführungen sehen wir als wichtig an und nichtsdestotrotz natürlich auch als extrem wichtig für unsere Kulturszene, dass diese existenzsichernden Löhne Standard werden und wir so diese Prekarität im Kulturschaffen, egal in welchem Bereich, nicht abhängig machen von Förderung und Stiftung extern, sondern da als Kanton vorbildlich vorangehen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Das Wort hat die Anzugsstellerin Julia Baumgartner.

Julia Baumgartner (SP): Ich habe diesen Anzug aus einer indirekten Betroffenheit auch formuliert. Viele meiner Freund*innen aus dem Studium leben von ihrem Kunstschaffen bzw. sie versuchen davon zu leben. Wenn ich den Umfang und die Qualität ihrer Arbeit sehe und dann höre, wie viel sie verdienen, dann stimmt mich das ehrlich gesagt fassungslos. Für mich ist ganz klar, es braucht eine angemessene finanzielle und soziale Absicherung von Kulturschaffenden und dafür tragen wir als Kanton auch eine Verantwortung. Und vielleicht einfach noch kurz auf den Kommentar von Johannes Sieber oder jetzt vorgetragen von Bülent Pekerman, es geht nicht nur um Musikschaffende, sondern der Anzug ist extra so formuliert, dass es um kulturelles Schaffen generell geht. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig in der kulturpolitischen Debatte, dass wir diese Gräben, die doch immer wieder bestehen, dass wir diese überwinden.

Für mich ist klar, der Kanton ist nicht einfach Zuschauer, der sagt, ja, das ist Markt und nicht mein Problem, der Kanton ist eben aktiver Käufer und Ermöglicher von Kultur. Er finanziert Institutionen und Projekte und das ist der zentrale Punkt. Wenn der Kanton Gelder spricht, egal, ob dies nun für eine Institution wie die Basler Madrigalisten oder das Sinfonieorchester ist



oder für ein einzelnes Projekt, dann muss dies unter der Bedingung geschehen, dass Honorare auch anständig gestaltet sind. Und ja, wir können nicht dafür sorgen, dass alle Kulturschaffenden in unserem Kanton davon leben können mit diesem Anzug, aber es geht eben darum, um die Projekte, die von unserem Kanton mitfinanziert werden, dass dort gewährleistet ist, dass die Entschädigung auch korrekt ist.

Ein wichtiger Punkt gleichzeitig ist jedoch natürlich, dass wir der Vielfalt in unserem Kanton Sorge tragen, und das Kulturfördergesetz gibt dem Kanton den Auftrag, für ein vielfältiges Angebot zu sorgen und das müssen wir auch berücksichtigen. Deshalb auch die Frage im Anzug, wie das umgesetzt werden kann. Die LDP-Fraktion und Kollege Battaglia verweisen auf das Kulturleitbild und sagen, man soll jetzt mal abwarten. Ja, ich begrüsse es sehr, dass die Frage nach Fair-Pay im Kulturleitbild aufgenommen wurde und wir haben das von Seiten SP in der Vernehmlassungsantwort auch so gewürdigt, aber es stellt sich ganz klar die Frage nach der Umsetzung und dafür braucht es diesen Anzug, denn es darf nicht bei diesem sympathischen Satz bleiben, es braucht konkrete Massnahmen und die Frage, wie werden Honorare und Gagen bei Projekten im Förderprozess geprüft und wie werden sie bei der Abrechnung transparent ausgewiesen und was das für die Fördervielfalt bedeutet.

Ich habe es vorher schon ein bisschen erwähnt, der Kanton kann nicht garantieren, dass alle, die Künstler*innen sein wollen, davon leben können, der Vorstoss fordert einzig, dass Institutionen und Projekte, die der Kanton mitfinanziert, professionelle Kultur zu fairen Bedingungen produzieren sollen. Der Kanton hat da eine Verantwortung und ich danke Ihnen sehr für die Überweisung dieses Anzugs und es stimmt mich optimistisch, dass wir kulturpolitisch auch sparten- und parteiübergreifend vorwärts machen können in Zukunft. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen in diesem Bereich.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008696, 22.04.26 15:20:03]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 60 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen überwiesen.

25. Anzug 3 Jenny Schweizer und Konsorten betreffend Beschilderung des Schulstandortes Gartenstrasse Sek I

[22.04.26 15:20:09, 26.5056.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



26. Anzug 4 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Verschlechterung der Umsteigebeziehung von Bus 80 und 81 am Aeschenplatz

[22.04.26 15:20:32, 26.5064.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

27. Anzug 5 Michael Graber und Konsorten betreffend Feuerwerks-Littering

[22.04.26 15:20:58, 26.5065.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

28. Motion Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[22.04.26 15:21:20, 25.5282.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Frau Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Eingetragen als Fraktionssprecherin für die SVP hat sich Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Bei der Erstüberweisung im September haben wir viel darüber diskutiert, wie dieser Vorstoss verstanden werden muss und wie umfassend er gemeint ist, denn obwohl es sich hier um eine verbindliche Motion handelt, ist er unklar formuliert und es ist unklar, wie die Umsetzung hier dann gedacht ist oder was genau damit gemeint war und das hat auch die Regierung in ihrer Stellungnahme festgehalten.

Ich erinnere, wir sprechen hier von der Ausweitung der Elternzeit, die als Kompromiss im Standortförderpaket beschlossen wurde, erst im letzten Jahr, und diese soll nun ausgeweitet werden. In welcher Form, drei Wochen, mehr als bestehend, drei Wochen, mehr als gesetzlich, wie es genau im Motionstext dann gemeint ist, drei Wochen insgesamt, das ist eben, wie gesagt, trotz Motion unklar.

Fakt ist aber, die Regierung hat das bereits festgehalten, dass die Elternzeit nicht freiwillig festgehalten werden könnte im Personalgesetz. Das heisst, man könnte hier nicht wie vorgeschlagen und wie auch im Standortförderpaket die Elternzeit freiwillig vorsehen. Sie würde also hier fix eingeführt, womit wir schon mal nicht analog dem Standortförderpaket sprechen könnten, wie es hier auch gemacht wird, dass man sagt, es soll ähnlich eingeführt werden. Und weil es auch hier immer wieder als Argument verwendet wird und weil man es einfach nicht oft genug wiederholen kann, die Gewährung von Elternzeit in anderen Ländern ist nicht zwingend besser als hier in der Schweiz, weil wir hier in der Schweiz gewähren 80% des versicherten Lohnes über die EO. Wenn man Zeit gewährt, ist das schön und gut, wenn sie nicht entlöhnt ist, bringt es wenig. Und das wird in der Argumentation von der linken Seite oft einfach weggelassen.

Ein paar Beispiele, um das zu veranschaulichen. Die EU-Staaten müssen einen Elternurlaub von mindestens vier Monaten vorsehen, aber sie bestimmen selbst, ob das vergütet ist oder nicht. Deutschland als Beispiel. Elternzeit, während der man



65 bis 67% des Lohnes erhält. Frankreich hat zwar eine Elternzeit, diese wird aber nur mit einer Pauschalhilfe von ein paar wenig 100 Euro abgedeckt. Spanien hat 16 Wochen Mutterschutz und vier Wochen Vaterschaftsurlaub, danach gibt es unbezahlte Elternzeit. Man hat einen Anspruch, bis zu drei Jahre zu Hause zu bleiben, mal schauen, wer das alles nützt, wenn man ja diese nicht bezahlt bekommt. Portugal zahlt nach dem Mutterschutz nur noch 25% des Lohnes. Da muss man sich je nach Lohn gut überlegen, ob man dafür zu Hause bleiben kann. Die Beispiele zeigen also, unsere Mutter- und Vaterschaftsentschädigung bzw. die Entschädigung für den anderen Elternteil ist nicht so schlecht. Sie ist nicht wesentlich kürzer und sie ist vor allem sehr gut bezahlt, so, dass man eben mit dem gleichen Standard weiterleben kann.

Und noch zu dem Argument, das meines Erachtens in der Erstüberweisung etwas zu kurz gekommen ist und das die Regierung indirekt aufnimmt, indem sie sagt, sie möchte am Prinzip der Eigenleistung festhalten, das Geld. Denn es ist ein Nice-to-have, das wir hier wieder einführen möchten und das kostet Geld, es kostet wieder den Steuerzahler. Wir haben heute Morgen sehr viel Geld ausgegeben, gesprochen, hier soll wieder Geld gesprochen werden. Es ist ein Nice-to-have für wenige statt für alle, liebe SP.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich selbst bin ja gegen jegliche Ausweitung von Elternurlaube. Trotzdem verweise ich jetzt hier auf die Motion Wyss/Gölgeli, die ja weiterhin hängig ist, das hat Nicole Amacher auch gesagt. Gerne können wir dort diese Debatte weiterführen, ich debattiere ja auch sehr gerne mit Nicole Amacher, aber hier dieser Vorstoss, das ist einfach wieder eine Salamiaktik, wo man hier wieder diese Elternzeit nach und nach ausweiten will, um am Schluss das eigentliche Ziel, das haben Sie, Nicole Amacher, ja auch gesagt, eine Elternzeit für alle und sehr ausgeweitet eingeführt wird.

Deshalb im Namen der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Wir von der GLP gehen jetzt nicht mehr auf die inhaltlichen Aspekte dieser Motion ein. Meine Vorrednerin hat es schon erwähnt, dass da auch Unklarheiten bestanden, die, glaube ich, mittlerweile aber einigermaßen geklärt sind. Was bei mir zurückbleibt, ist einfach Zweifel, ob jetzt diese Motion, wenn man sie überweisen würde, wirklich so viel verbessern würde. Es würde vielleicht dazu führen, dass man dann schneller Elternzeitregelungen verbessert in gewissen angeschlossenen Betrieben, namentlich zum Beispiel beim Unispital, aber ich denke trotzdem, dass da noch andere Sachen im Moment im Weg stehen. Und wenn das Unispital, und ich will da die operationelle Selbstständigkeit vom Unispital überhaupt nicht anzweifeln, auch nicht an dieser Stelle, ich würde es denen durchaus anraten, das mal zu überdenken, vielleicht sollten sie eine bessere Elternzeit einführen, aber ich denke, das sollte von ihnen auskommen und an der Finanzierung wird das, glaube ich, nicht scheitern. Politisch wäre der Rückhalt da, das dann auch zu versorgen, dass sie das finanzieren würden. Oder zum Beispiel die IWB oder was auch immer.

Das wäre die inhaltliche Ebene, deshalb nicht so wichtig, für uns ist die politische Ebene hier im Vordergrund. Wir von der GLP, wie auch schon vorher ausgeführt, es ist ja auch in der Motion explizit so genannt, es ist diese Verbindung mit dem Standortpaket, da wurde das diskutiert, da ist die linke Seite nicht durchgedrungen mit ihrem Wunsch und bringt das jetzt hier mit dieser Motion noch einmal auf den Tisch. Ich sage gar nicht, dass man das nicht machen darf, natürlich, man darf die Diskussion jederzeit wieder aufnehmen, aber wir von der GLP finden, dass es im Moment sachlich nicht nötig und gerechtfertigt ist. Ich nutze noch die Gelegenheit, hier auf die Familienzeit-Initiative hinzuweisen, für die auf Bundesebene im Moment Unterschriften gesammelt wird und die eine Lösung beinhalten würde zum Thema Elternzeit, wie es die GLP auch begrüßen würde.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Amacher. Diese wird angenommen.

Nicole Amacher (SP): Danke für die Annahme der Zwischenfrage. Ich verstehe es nicht ganz. Sie haben gesagt, der Rückhalt der GLP wäre grundsätzlich da, der Bedarf ist eigentlich auch da. Es ist ja dann freiwillig immer noch für alle. Wieso wollen Sie das jetzt nicht?

Tobias Christ (GLP): Wie gesagt, erstens finden wir, jetzt ist nicht der Moment. Wir haben das diskutiert im Rahmen des Standortpakets und jetzt müssen wir das nicht mehr diskutieren. Zweite kleine Antwort, wir finden es eine gute Idee, aber wir glauben nicht, dass mit der Freiwilligkeit das jetzt im Moment irgendetwas ändern würde. Wenn schon müsste man es so verstehen, dass es eingeführt werden muss, dann wäre es was anderes, aber das haben Sie jetzt mit Ihrer Frage auch gesagt, dass Sie es auch nicht so verstehen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt die Zweitüberweisung dieses Geschäfts als Motion. Inhaltlich bleiben wir natürlich bei unserer Haltung. Es darf und soll keine Ungleichbehandlung von Arbeitnehmenden verschiedener Unternehmen und Institutionen im Kanton geben, davon hatten wir es heute ja schon bereits einmal.

Als Grüne setzen wir uns seit langem für Elternzeit ein, die diesen Namen auch verdient. Die heutige Situation in der Schweiz zeigt klar, weshalb Handlungsbedarf besteht. Aktuell haben Mütter lediglich 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und Väter nur zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Damit liegt die Schweiz im europäischen Vergleich fast am Ende der Rangliste bezahlter Elternzeitregelungen. Nun haben wir mit dem Standortförderpaket eine Ungleichbehandlung geschaffen für Arbeitnehmende im Kanton. Wir von der Fraktion GRÜNE/jgb hätten es begrüsst, wenn dieses Anliegen bereits im Rahmen der StaföG-Beratung aufgenommen worden wäre. Auch wenn wir die fehlende Unterstützung der SP damals bedauern, bleibt für uns klar, das Kernanliegen ist richtig.

Eine echte Elternzeit ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument. Sie entlastet Familien, stärkt die Gleichstellung und verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einer verlängerten Elternzeit wird Elternschaft von Anfang an als gemeinsame Verantwortung verstanden. Davon profitieren nicht nur Familien, sondern auch Wirtschaft und Gesellschaft. Studien zeigen deutlich, dass durch bessere Elternzeitregelungen mehr Mütter im Erwerbsleben bleiben oder früher zurückkehren, was langfristig auch dem Fachkräftemangel entgegenwirkt. Es ist für uns daher wichtig und richtig, dass faire und moderne Rahmenbedingungen nicht nur in einzelnen Unternehmen gelten, sondern möglichst für alle Arbeitnehmenden im Kanton.

Gerne möchte ich zum Schluss noch einen fast etwas historischen Exkurs machen. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme auf den Anzug Edibe Gölgeci und Sarah Wyss betreffend Einführung Elternzeit im Kanton Basel-Stadt, der notabene 2019 als Motion eingereicht wurde und 2020 als Anzug überwiesen wurde und dessen Frist in einem Jahr abläuft und dann gut sieben Jahre in der Verwaltung bearbeitet wurde. Der Regierungsrat verweist auf diesen Vorstoss und sagt, das Anliegen werde bereits geprüft. Mit allem Verständnis für komplexe und vielschichtige Arbeiten, die damit verbunden sind, erweckt dies schon etwas den Anschein, dass man das Anliegen auf die lange Bank schieben möchte.

Die Fraktion GRÜNE/jgb möchte aber einen verbindlichen Auftrag für Verbesserungen der Elternzeit im Kanton und unterstützt deshalb die Zweitüberweisung und sagt Ja zur Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Die LDP lehnt auch die Zweitüberweisung dieser Motion ab, und zwar einerseits, weil wir uns noch gut an den Kompromiss, den wir im Rahmen des Standortförderpakets gemacht haben, erinnern, wo es darum ging, Wirtschaftsförderung zu betreiben und deswegen über diesen Topf Gesellschaft und Umwelt auch im Bereich Elternzeit Fortschritte zu erzielen und das war in dem Sinn eigentlich ein Einschluss dieser Massnahme. Jetzt geht es hier aber ein bisschen paradigmenschwermässig um die ausgeschlossenen Betriebe, was ich speziell finde, denn wir haben uns auf eine Lösung im Rahmen eines Kompromisses geeinigt in der WAK, dann hier im Plenum und jetzt wird eigentlich das gleich schon als Standard genommen und die ausgeschlossenen Betriebe werden jetzt hier moniert. Ich finde das schade für unsere Konsenspolitik.

Ich finde auch, aus dem Text geht nicht ganz klar hervor, ob es jetzt eigentlich darum geht, einfach die Elternzeit im Kanton Basel-Stadt und den staatsnahen Betrieben einzuführen und das fix ins Budget aufzunehmen. Das ist dann nicht mehr freiwillig, das ist dann im Reglement drin und wird dann so gemacht. Und wenn wir es heute ja schon von den Verbesserungen hatten, die noch anstehen, müssen wir das jetzt auch mitdenken, dass das nochmal ein grosser Vorteil wäre.

Wir sehen auch, der Topf funktioniert noch nicht in der Privatwirtschaft, das konnten wir gestern lesen, wo jetzt Massnahmen getroffen werden, um das anzukurbeln. Von dem her fände ich es falsch, jetzt hier diese Massnahme fix einzuführen für den Kanton, während offenbar der Anklang dafür in der Privatwirtschaft gar noch nicht so hier ist, wie das antizipiert wurde.

Von dem her bitte ich Sie im Namen der Liberaldemokratischen Fraktion, die Zweitüberweisung abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Nicole Amacher.



Nicole Amacher (SP): Ja, die Regierung stuft die Motion als rechtlich zulässig ein, sagt aber, dass sie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerade andere Prioritäten haben. Ja, jetzt haben Sie vielleicht auch noch ein Ohr nach heute Morgen für diese Haltung. Denn mit Ihrer Haltung verwehren Sie nicht nur Ihnen die Möglichkeit, sie ist ja freiwillig, auch die Verwaltung könnte es freiwillig einführen, wenn sie denn wollte, das ist sehr klar formuliert in der Motion, aber dann auch allen anderen zugleich, die noch ausgeschlossen sind. Denn mit dem Standortpaket wurden nur einem exklusiven Teil der Unternehmen die Finanzierung von zusätzlichen drei Wochen Elternzeit zugesprochen. Das ist einerseits für diese und deren Arbeitnehmenden gut, aber eine nicht akzeptable Ungleichbehandlung für diejenigen, die nun nicht profitieren können. Deshalb wollen wir mit dieser Motion diese Ungleichbehandlung beseitigen und nun allen Unternehmen in Basel-Stadt, die bis jetzt ausgeschlossen sind, auch die Möglichkeit dieser freiwilligen zusätzlichen drei Wochen Elternzeit anbieten zu können, zu gewähren. Mit einer Annahme dieser Motion bleibt es ja ohnehin eben allen offen, ob sie das anbieten wollen oder nicht. Sie hätten einfach die Möglichkeit, das finanziert zu bekommen, wenn sie es anbieten wollen würden.

Wenn ich jetzt sehe, dass Sie diese Motion mit dieser moderaten Verbesserung der Elternzeit laut «Chrüzlistisch» ablehnen, dann frage ich mich schon, was Sie denn stattdessen wollen. Und das hat eben auch Anina Ineichen schon gesagt. Seit nun sieben Jahren stehen Vorstösse im Raum, die eine echte Elternzeit in Basel-Stadt fordern, die weit über diese Forderungen hinausgehen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben letztes Jahr einen dieser Vorstösse, der eben viel mehr fordert als diese Motion jetzt, stehen gelassen. Ich interpretiere das so, Sie wollen mehr, gut, wir auch, aber lassen Sie uns jetzt diesen ersten Schritt tun, damit wenigstens alle Arbeitgeber*innen und damit alle Arbeitnehmenden die gleichen Möglichkeiten offen haben.

Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn Sie diese Motion überweisen würden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie reden von Ungleichbehandlung. Gut, ich möchte gleich hier einhaken. Der Fonds, das Standortpaket, ist ja ein Paket in sich. Wir wollten damit die höheren Steuereinnahmen weiterverwenden in die Standortattraktivität. Und ja, dort sind gewisse Unternehmen ausgeschlossen, das macht ja zum Teil auch Sinn, das sind ja vor allem Unternehmen, die keine Steuern bezahlen. Und jetzt sagen Sie, Ungleichbehandlung, da wehre ich mich ein wenig, weil die bezahlen ja auch nicht die Steuern. Man hat das abgegrenzt, wer dort profitieren kann und wer nicht. Und es ist ja so, dass jeder selber entscheiden kann, wie er Elternzeit ausrichten möchte oder nicht, da gibt es ja auch unterschiedliche Vorgehensweisen, das sehen Sie ja auch, das ist ja nicht überall gleich.

Wenn Sie jetzt diese Liste anschauen, für wen dann diese Beiträge wären, dann staune ich schon ein wenig. Wir reden dann vom Bund und seine Anstalten, finanzieren wir hier mit unseren Steuergeldern die Elternzeit. Wie auch der beruflichen Vorsorge, der PK, Krankenkassen und Krankenversicherer. Ist das wirklich die Idee? Gut, kann man haben, aber ob wir das jetzt wirklich mit unseren Steuergeldern machen sollen, erachte ich für fragwürdig.

Sie sagen freiwillig, ich sehe nicht, dass wir in der Verwaltung eine freiwillige Elternzeit machen können. Das kann ich mir gerade nicht vorstellen, wie wir das machen. Wir müssten in der Verwaltung weitergehen, als wir heute schon sind. Nein, da muss ich jetzt eben sagen, wir hatten jetzt andere Prioritäten. Eine davon haben wir heute Morgen beschlossen, das ist eine Priorität, die jetzt auch Geld kostet. Und wir haben einen attraktiven Mutterschaftsurlaub von 16 Wochen bei vollem Lohn, ein bezahlter vierwöchiger Urlaub für den anderen Elternteil, dann haben wir noch einen dreiwöchigen bezahlten Schwangerschaftsurlaub und eine grosszügige Familienzulage. Da haben wir andere Bedingungen als andere Arbeitgeber, aber ich glaube, wir haben gute Bedingungen. Und der Regierungsrat sieht das jetzt einfach nicht, das war auch der Grund, dass wir damals beim Standortpaket nicht gesagt haben, die Verwaltung muss nun auch gleich viel bekommen, dass wir dort nachziehen. Und wir sehen auch nicht, dass wir das jetzt für all die Institutionen bezahlen sollten übers Budget. Das wäre dann eine Budgetposition, das wären nicht Steuermehrerträge, sondern das heisst dann immer, Verzicht auf etwas anderes.

Ich verstehe Ihre Kritik wegen dem Anzug. Ja, das wird geprüft, ob man das machen soll. Selbstverständlich sind solche Themen immer schwierig, weil wenn sie nicht auf Bundesebene eingeführt werden, führen sie ja zu noch mehr Ungleichbehandlungen in unserem Land.

Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen daher, die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen, weil wir glauben, wir schaffen damit, so wie sie jetzt ausgestaltet ist, nur noch mehr Ungleichbehandlungen und wir würden uns gerne auf die Priorität, wie heute Morgen beschlossen, jetzt eigentlich mal fokussieren. Daher besten Dank, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.



David Jenny (FDP): Regierungsrätin Tanja Soland, ist meine Auffassung rechtlich richtig, dass die Umsetzung der Motion nur durch die Schaffung einer formell gesetzlichen Grundlage möglich ist, weil eine Zweitmotionsüberweisung keine genügende finanzrechtliche Grundlage für solche Ausgaben bietet?

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Ja, ich glaube, das haben wir aber auch geschrieben, dass eine gesetzliche Grundlage für Förderbeiträge fehlt, das müssten wir dann machen. Wir müssten eine Rechtsgrundlage ausarbeiten, ja klar.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Anina Ineichen und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Der Regierungsrat und Laetitia Block und weitere beantragen Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008701, 22.04.26 15:42:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 46 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Motion nicht überwiesen.

29. Anzug der Wirtschafts- und Abgabekommission betreffend Analyse zu den aktuellen Steuerabzügen im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[22.04.26 15:43:01, 21.5708.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

30. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend Nutzung des Horburg-Parkings als Quartierparking, Schreiben des RR

[22.04.26 15:43:32, 24.5032.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

31. Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[22.04.26 15:43:54, 25.54.10.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Als erste Fraktionssprechende eingetragen habe ich für die SP Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Die Regierung, wir haben es gehört, möchte die Motion leider nicht überweisen. Deshalb möchten wir von der SP-Fraktion den Vorstoss als Anzug überweisen. Die Regierung schreibt unter anderem, ungeachtet dessen, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist, besteht aus Sicht des Regierungsrats kein Bedarf für die Einführung des Swiss LGBTI-Labels. Der Regierungsrat setzt sich bereits heute im Bereich der Diversität und Inklusion vielfältig ein und verfolgt eine Nulltoleranz bei Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz.

Dieses Zitat zeigt meiner Meinung nach eigentlich schon alles. Zuerst wird der Vorstoss sehr juristisch beantwortet. Auch wenn die Motion rechtlich scheinbar nicht zulässig ist, hätte man ja vorschlagen können, sie als Anzug zu überweisen. Ich erkenne von der Regierung deshalb hier kein Goodwill. Auch zeigt diese Beantwortung, dass die Regierung denkt, sich für LGBTIQ einsetzen heisst, sich gegen Diskriminierung und Belästigung einzusetzen. Das heisst es zwar auch, aber nicht nur. Sich vielfältig einsetzen heisst zum Beispiel auch, dass man etwas über LGBTIQ weiss und den Arbeitnehmenden ein breites Angebot dazu bietet. Es heisst auch, dass man solidarisch sein kann, bevor eine Diskriminierung vorgefallen ist. Es heisst auch, nicht ein zeitlich begrenztes, sondern ein nachhaltiges, breit gefächertes Angebot zu haben, und es heisst auch, eine Willkommenskultur aktiv zu gestalten.

Genau deshalb wäre das Label gut für den Kanton als Arbeitgeber, weil damit informiert und sensibilisiert wird, dass es nicht reicht, sich gegen Diskriminierung einzusetzen und dass der Bedarf, von dem die Regierung denkt, keinen zu haben, sehr wohl nach wie vor ziemlich hoch ist. Entsprechend dem Vorstoss Bertschi von 2017 ist Basel seit März 2026 offizielles Mitglied des Rainbow Cities Network und setzt sich damit aktiv für die Stärkung von LGBTIQ-Rechten und gegen Diskriminierung ein. Davon unabhängig oder in Ergänzung dazu wäre das Label perfekt. Denn ein Vorteil des Labels ist, dass die Angebote vom Verein in Anspruch genommen werden können und man dadurch eben nicht mehr alles selbst erfinden und zusammenstellen muss. Man könnte damit also auch Geld sparen und hätte gute Inputs von aussen. Für mich ist durch die Beantwortung dieser Motion noch klarer, dass der Kanton sich um das Label bewerben müsste. Es würde dem Kanton als Arbeitgeber gut stehen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen.

Würde der Vorstoss als Anzug überwiesen, könnte die Regierung prüfen und berichten, was immer noch unverbindlich ist. Falls sich dann herausstellen würde, dass eine Zertifizierung nicht passend ist oder mit der Mitgliedschaft bei Rainbow Cities vieles schon abgedeckt ist, könnten Sie dies dem Grossen Rat ja entsprechend aufzeigen. Ich habe auch etwas Angst, dass im Zuge der allgemeinen politischen Weltlage die Meinung herrscht, man hätte nun genug getan für LGBTI-Gleichstellung, Chancengleichheit, etc. Aber gerade jetzt scheint es umso wichtiger, an diesen elementaren und existenziellen Themen dran zu bleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP eingetragen hat sich Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Für einmal verzichte ich auf eine inhaltliche Debatte und Diskussion über die Regenbogendoktrin, auch wenn sie es weiss Gott verdient hat, vertieft diskutiert zu werden. Auch wenn ich persönlich es bedaure, dass nicht mehr Leute hinstehen und nicht nur die Sonnen, sondern eben auch die Schattenseiten dieser Doktrin öffentlich machen. Beschäftigen wir uns mit dem Thema Label, Neudeutsch für Etikette, und Etiketten begleiten uns ja das ganze Leben hindurch. Wir sehen sie, begegnen ihnen praktisch jeden Tag beim Einkauf, das wird wo draufgeklebt und normalerweise steht auf der Etikette, was drin ist und wie teuer das ist.



Das verlangte Label macht das aber nicht, es zeigt nicht wirklich, was drin ist, es zeigt nicht, was in Basel drin ist. Es beschreibt einen kleinen Teil der Bevölkerung und macht vor, dieser Teil stehe für die Gesamtheit und das ist nachweislich nicht der Fall. Die Motion will die Stellung der LBTQI-Bevölkerungsgruppe stärken. Gut, ja, das ist ein absolut legitimes Ziel, darüber können wir diskutieren. Die beantragte Etikette täuscht aber etwas vor, was wie gesagt nachweislich nicht ist. Basel ist nicht LGBTIQ. Richtig ist, ein kleiner Teil der Bevölkerung identifiziert sich mit dieser Gruppierung, mit dieser Doktrin. Zu sagen, ganz Basel wäre das, das wäre im wahrsten Sinne des Wortes Etikettenschwindel. Laut Pink Cross ist der gesellschaftliche Rückhalt zu Gleichstellung und Schutz von LGBTIQ-Personen breit verankert und parteiübergreifend. Diese Aussage greift zu kurz. Der Schutz aller, nicht nur der LGBTI-Community, muss breit verankert sein. Ich betone hier, der Schutz aller. Die Motion zeichnet explizit einen einzigen kleinen Teil der Bevölkerung aus und berücksichtigt die grosse Mehrheit nicht. Das ist ein Beitrag zur Spaltung, die das Trennende betont.

Das beantragte Label wird von einer Non-Profit-Organisation vergeben, die aus den Dachverbänden einschlägiger Aktivistengruppen entstanden ist. Es sind gerade diese intransparenten NGOs. Sie kennen den Ausdruck NGO, Non-governmental organization, welche nach eigenen Vorgaben ein Urteil abgeben, ob eine Stadt das Etikett verdient. Die Labelerteilung erfolgt üblicherweise über das Abarbeiten von Checklisten und wer bei erfüllt genügend Häkchen sammelt, der darf sich dann das Etikett anhängen. Für die Urteile dieser selbst ernannten Moralhüter gibt es praktisch keine demokratische Einspruchsmöglichkeit und wer sich dennoch kritisch äussert, der läuft Gefahr, als Homophob, Transphob, Nazi und was es sonst noch alles an Ausdrücken gibt, beschimpft zu werden. Ja, meine Damen und Herren, ich frage Sie wirklich, ist es wirklich Aufgabe des Staates, Identitätspolitik zu betreiben? Ich sage namens der SVP, nein, ganz klar nicht. Aufgabe des Staates ist es, Rechte zu garantieren, nicht sich Labels anzuhängen. Labels sind Privataufgabe und nicht eine Staatsaufgabe.

Reden wir über den zweiten Teil der Etikette, den Preis. Die Folgekosten eines solchen Labels sind für unseren Kanton völlig im Dunkeln. Sicher ist einzig, dass es Kosten auslösen wird. Das Label verlangt Audits, Monitoring, Berichte, Re-Audits, wieder Berichte, vermutlich noch Diskussionen hier im Grossen Rat, die Verwaltung wird belastet, die Politik wird belastet, ohne dass die Betroffenen direkt profitieren. Schon aus diesem Grund ist es nicht ersichtlich, wieso sich Basel dieses Label ankleben soll. Und es ist schon interessant, dass sich politische Kreise in unserem Kanton für dieses Pinkwashing statt für konkrete Massnahmen einsetzen. Auch die Begehrlichkeiten, die aus dem Etikett erwachsen, die sind völlig unbekannt, aber dass sie kommen werden, darauf können wir uns verlassen. Zu behaupten, Basel sei bei diesem Thema dermassen hintendrin, dass es dieses Label braucht, ist offensichtlich falsch. Basel ist in diesem Bereich ganz vorne mit dabei, wie es ja auch der Regierungsrat schreibt. Schliesslich und endlich kommt hinzu, dass die Motion unzulässig ist.

Alles in allem, eine Überweisung der Motion ist Symbolpolitik, ändert nichts an der jetzigen Situation, verursacht unbekannte Folge- und Verwaltungskosten, privilegiert einen kleinen Teil der Bevölkerung, basiert auf undemokratischen Prinzipien und ist nicht Staatsaufgabe und auch nicht rechtlich zulässig. Ich verspreche Ihnen, Sie können heute Nacht gut schlafen, wenn Sie diese Motion nicht überweisen, worum ich Sie namens der SVP bitte und ich danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Wir von BastA unterstützen ebenfalls den Vorschlag, diese Motion als Anzug zu überweisen. Wir haben durchaus Verständnis für die Haltung der Regierung, dass es eine übergeordnete kohärente Strategie im Umgang mit Labels und Sichtbarkeit geben soll. Eine gewisse Systematik und eine Gesamtstrategie sind sinnvoll, aber sie dürfen nicht zum Vorwand werden, konkrete Schritte aufzuschieben.

Die politische Realität für sehr viele queere Menschen hat sich in sehr kurzer Zeit massiv verändert. Bis vor etwas mehr als einem Jahr schmückten sich auch Grosskonzerne im Labeling und Pinkwashing. Konzerne sponsorten europaweit die Pride-Events, stellten eigene Wägen, usw. Doch mit den Dekreten von Donald Trump wurde der Regenbogen vieler Konzerne weggespült. Kurz, die Zeiten für LGBTIQ+-Personen werden rauer. Nicht irgendwo weit weg, sondern auch in Europa, auch in der Schweiz, auch in Basel. Rechte werden immer mehr in Frage gestellt, Sichtbarkeit wird angegriffen und das gesellschaftliche Klima wird in Teilen kälter. Das hat die Rede von Grossrat Beat Schaller gerade auch sehr eindrücklich bewiesen.

Gerade in einem solchen Kontext reicht es eben nicht, sich auf abstrakte Gesamtstrategien zurückzuziehen. Es braucht klare, sichtbare Zeichen der Unterstützung und es braucht ebenso konkrete, manchmal aber auch sehr sichtbare Massnahmen, die Schutz, Anerkennung und Teilhabe im Alltag stärken. Das LGBTI-Label oder eine sichtbare Positionierung ist dabei nicht einfach nur Symbolpolitik. Es ist ein Signal, wir sehen euch, wir schützen euch und dass wir und unser Kanton Haltung zeigen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, wir wollen keine unkoordinierte Labelpolitik, darum unterstützen wir eben den Weg der Überweisung als Anzug. So kann geprüft werden, wie solche Massnahmen sinnvoll in eine Gesamtstrategie eingebettet werden können, ohne ihre politische Wirkung zu verlieren. Denn eines ist klar, eine vermeintliche Neutralität in diesen Fragen ist falsch.



Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion BastA die Überweisung als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich schliesse gerne zu Ihrer Überraschung an meine Vorrednerin an, ich bin sehr für eine koordinierte Labelpolitik. Ich kündige jetzt an, dass ich, wenn ich vielleicht fünf Mal geschlafen habe, eine Motion einreichen werde für einen labellosen Kanton. Ich bin gespannt, ob diese Motion dann als rechtlich zulässig beurteilt wird. Aber das ist wirklich kein Scherz. Diese Labels, und ich rede von Label aller Art, sei es Sportstadt, Musikstadt, was auch immer Sie sich denken können, wir verursachen zuerst mal Aufwand, dann versprechen wir etwas nach aussen, aber ich meine, durch ein Label schafft man keine Rechte und schafft man keine Pflichten, man schafft zuerst mal Aufwand. Und ich glaube, die Gefahr von leeren Versprechungen ist sehr gross und einfach sagen, ja, wir müssen jetzt ein Zeichen setzen, sei es für irgendwas, ist einfach kein ausreichender Grund, auch im Kanton Basel-Stadt nicht, um Geld auszugeben. Und ich glaube, ich wäre froh, wenn wir vielleicht einmal ein Schild haben, Baselland hat ja immer «Willkommen im Basbiet», wir können sagen, «Willkommen in Basel-Stadt», ein labelloser Kanton, Taten statt Worte und damit bitte ich Sie, diese Motion auch als Anzug zu versenken.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Fleur Weibel.

Fleur Weibel (GRÜNE/jgb): Ich kann mich eigentlich grossmehrheitlich an die Voten meiner Vorrednerinnen Michela Seggiani und Franziska Stier anschliessen und bis zu einem gewissen Grad bin ich auch bei David Jenny, wenn es um die Frage der Sinnhaftigkeit von Labels geht. Ich selber frage mich manchmal auch ein bisschen, was Label bringen und bin deshalb eigentlich jetzt auch nicht unglücklich, dass wir diese Motion als Anzug nochmal überweisen, was ich hiermit auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb beantrage, dass nämlich der Kanton das nochmal prüft, im Rahmen des Projekts Arbeitgeberattraktivität zu schauen, welche Label hier Sinn machen und was es an Mehrwert für die kantonale Verwaltung bedeuten würde, dieses Label einzuführen.

Was ich gleichzeitig auch sagen möchte, solange in der Gesellschaft, aber zum Beispiel auch hier im Grossen Rat die Position vertreten wird, dass die LGBTIQ-Community in irgendeiner Art und Weise privilegiert wäre oder privilegiert würde durch so ein Label, brauchen wir diese Auseinandersetzung mit diesem Thema. Wir brauchen Sensibilisierung, wir brauchen Aufklärung, weil nach wie vor offensichtlich nicht verstanden worden ist, dass aufgrund der Diskriminierung dieser verschiedenen Personengruppen, die hier benannt werden, das übrigens auch nicht einfach eine Community ist, mit der sich dann gewisse Leute identifizieren oder irgendwie die fördern möchten, sondern dass das ganz konkrete Personen sind, deren Leben so verläuft, und die hier im Kanton und überall sind und die garantiert nicht privilegiert werden, sondern wo weiterhin sensibilisiert und aufgeklärt werden muss, inwiefern diese Personen von Diskriminierung betroffen sind und noch nicht gleichgestellt sind. So lange müssen wir diese Thematik besprechen und so lange müssen wir uns auch Gedanken machen, ob so ein Label etwas bringt, und vielleicht zum Beispiel eine gute Ergänzung ist zum Beitritt zum Rainbow Cities Network, das der Kanton jetzt gerade gemacht hat.

Was ich vor allem noch sagen möchte, und das ist ja eigentlich auch schön, die Regierung zeigt ja auch auf, wie viele Massnahmen bereits auch am Laufen sind im Rahmen des neuen Gleichstellungsgesetzes, im Rahmen der Diversitätsstrategie. In Anbetracht dieser verschiedenen Massnahmen denke ich, wäre es wahrscheinlich auch nicht so schwierig, dieses Label dann auch zu erhalten, wenn man sich dafür bewirbt. Und wie Michela Seggiani gesagt hat, es dürfte ja auch ein Mehrwert für die Kantonsverwaltung bestehen. Aber eben, diese Dinge sind zu prüfen und dann ist darüber zu berichten, wie das aussehen könnte.

Und ein Punkt, auf den ich noch eingehen möchte, über den wir jetzt nicht gesprochen haben, den ich aber sehr problematisch finde, ist der Hinweis der Regierung darauf, dass es im HR BS eine 50%-Stelle gibt, die für die gesamte Diversität und Gleichstellung in der kantonalen Verwaltung zuständig ist, so ein bisschen übergeordnet koordinierend, und gleichzeitig in einer schriftlichen Beantwortung einer Anfrage, die ich im Juli 2024 an die Regierung gestellt habe, nämlich genau mit der Frage, reicht eine 50%-Stelle für die ganzen Diversitätsthemen in der kantonalen Verwaltung, dann wie so ausführt, ja, tatsächlich, die Komplexität im Fachbereich Chancengleichheit und Diversität hat zugenommen, es gibt neue Aufgabestellungen, auch das Bedürfnis und die Sensibilisierung der Mitarbeitenden ist gestiegen. Diese Position vertritt die Regierung in dieser schriftlichen Anfrage und sie sagt da, dass sie die Entwicklung des Fachbereichs beobachten werde und schauen werde, ob die Ressourcen ausreichend sind. Und dann jetzt heute in der Stellungnahme zu dieser Motion zu sagen, ja, durch dass es nur eine 50%-Stelle ist, die für Gleichstellung und Diversität zuständig ist, wäre es eine ungebührliche Ressourcenbindung für eines dieser Themen, damit zeigt die Regierung ja eigentlich, dass diese 50%-Stelle eben nicht ausreichend ist, um das gesamte Spektrum an Diversitätsthemen, wo es bei weitem nicht nur um LGBTIQ-Themen geht,



abzudecken. Ich möchte deshalb an dieser Stelle der Finanzdirektorin auch mitgeben, doch nochmal die Ressourcen dieser Fachstelle in HR BS genauer anzuschauen und sich zu überlegen, ob es da nicht allenfalls eine Ressourcenaufstockung braucht.

In diesem Sinne bittet die Fraktion GRÜNE/jgb Sie, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Wenn ich Bezug nehme auf meinen Vorredner, Beat Schaller, er hat gesagt, es ist keine Staatsaufgabe, das stimmt. Und Beat Schaller hat auch gesagt, wenn man Nein stimmt, wird man gut schlafen, also werde ich Nein stimmen und ich hoffe, ich werde gut schlafen.

Ich kann mich eigentlich kurz fassen, ich möchte nur zwei Sachen sagen, zwei Punkte zu dieser Diskussion. Die meisten Meldungen, die ich als Grossrat bekomme, sind zu diesem Thema LGBTIQ. Es sind vor allem junge Menschen, die sich bei mir melden, ich kann es schon nicht mehr hören, aber ich muss ja als Grossrat alles entgegennehmen und bin voll dabei, und die jungen Leute beklagen sich bei mir und sagen, Eric, wir wollen mit dem Thema nichts zu tun haben, das interessiert uns nicht. Und dann werde ich immer mit diesen Themen angesprochen und sage, ja gut, danke, dass ihr mir das sagt, aber ihr müsst es eurem Lehrer sagen. Aber wie gesagt, ich stelle fest, dass das Thema, das wir jetzt diskutieren, die jungen Menschen zwischen 12 und 19 Jahren massiv beschäftigt und dass sie das gar nicht wollen. Und wir haben ja schon oft gesagt, und das darf man sagen, es ist eine Minderheit, nicht eine Mehrheit.

Ich komme jetzt zum Schluss. Es gibt eine berühmte Parlamentsrede, die findet man in Google, wo ein Abgeordneter im Landtag Brandenburg die ganzen verschiedenen Geschlechter begrüsst hat, und er hat dann gesagt, es gibt Schwule, es gibt Lesben, es gibt, ich weiss gar nicht, was das ist, Androgyne, Bigender, Frau zum Mann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es geht hier um das Label. Sprechen Sie bitte zum Thema.

Eric Weber (Fraktionslos): Das ist die berühmteste Parlamentsrede, die einer in Deutschland gehalten hat. Es gibt 60 verschiedene Geschlechter, das habe ich gelesen bei Google, und da komme ich einfach nicht draus. Das wollte ich sagen und ich fühle mich normal.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Frau Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Es geht nicht um den Inhalt, einfach um das nochmals zu betonen. Wir haben ja ein sehr modernes Gleichstellungsgesetz, wir haben auch einen Gleichstellungsplan und versuchen das umzusetzen. Also es ist nicht inhaltlich bestritten, dass wir in diesen Bereichen weitere Massnahmen benötigen, sensibilisiert werden müssen und weiter sensibilisieren müssen. Ich glaube, es ist wirklich eine Label-Diskussion.

Einerseits ist die Motion nicht zulässig und andererseits haben wir Ihnen ja bereits angetönt, dass wir der Meinung sind, wir würden uns lieber auf substantielle und nachhaltige Verbesserungen der Arbeitskultur konzentrieren, als das Label zu prüfen. Klar, das klingt immer gut und man kann das dann auch voranstellen, das habe ich schon verstanden. Ich gebe auch zu, dass ich eher im Departement bin, ich mache jetzt vielleicht auch nicht so gerne Bilder und Videos, gebe ich zu, darum ist bei mir Label, ja, ich brauche Inhalt, ich brauche Massnahmen, ich will etwas umsetzen, etwas erreichen.

Und die Stelle, die wurde endlich ja auch besetzt. Wir haben heute wirklich eine tolle Person, die dort arbeitet. Das war lange Zeit nicht so einfach und ich glaube, die Strategie wird jetzt auch sehr gut gemacht inhaltlich, weil am Schluss brauche ich nicht bei HR BS auf der hohen Ebene viel Ressourcen, ich brauche sie bei den Mitarbeitenden ganz nah bei den dezentralen HRs. Es muss nah sein, sonst machen wir da Luftschlösser. Ich glaube, das wollen wir ja nicht, sondern wir wollen etwas Konkretes für die Mitarbeitenden machen. Daher klingt das jetzt vielleicht nach wenig, aber wenn es mehr Ressourcen braucht, ist das eher bei den dezentralen HRs und da haben wir im Budget, ich glaube, Budget 2026, auf dieses Jahr, haben wir ja aufgestockt bei allen dezentralen HRs, weil die immer mehr Aufgaben kriegen. Das finde ich dann auch sinnvoll, dass sie dort auch mehr Ressourcen haben.

Natürlich können Sie uns den Anzug überweisen und wir prüfen und berichten, das gibt sicher nochmals Druck. Wir waren jetzt einfach der Meinung, der Mehrwert vom Label, der ist nicht so hoch. Das haben meine Fachleute mir gesagt, ich würde



mir das da nicht anmassen, da weiss ich zu wenig. Es geht also nur darum, braucht man das Label noch dazu, inhaltlich ist es selbstverständlich nicht umstritten, wollen wir uns diesen sehr wichtigen Themen annehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Michela Seggiani und weitere beantragen Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Damit wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008705, 22.04.26 16:11:06]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

32. Interpellation Nr. 141 Brigitta Gerber betreffend Stand Aufsichtsstruktur der CMS - transparentes Vorgehen, Schreiben des RR

[22.04.26 16:11:14, 25.5594.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber (BastA): Zwischenzeitlich wurde dieses Geschäft schon dreimal verschoben und ich wollte schon sagen, und wir wissen immer noch nicht mehr als vor einem Jahr, auch in der ersten Märzsession des Jahres hat die Bürgergemeinde wiederum keine neuen Informationen gegeben, und so haben wir gewartet. Aber nun dies, am Dienstag wurde ohne grossen Kommentar, auch wenn es scheint, es ist der Aufmerksamkeit von Christian Mensch der BZ nicht entgangen, erscheint ein Bericht mit dem Titel «Bericht des Bürgerrates zum Übertrag der Aufsicht über die CMS an die BSABB». An den Bürgergemeinderat wurde das versandt. Der Bericht und auch die Ausführungen des Gutachters, Herrn Thomas Specht, sind auf der Homepage des Bürgergemeinderates für die Junisession zu finden. Ich empfehle Ihnen sehr, diese zu lesen.

Der Bürgerrat schreibt darin, dass er den Übertrag der Aufsicht über die CMS an die BPVG und die Stiftungsaufsicht befürworte und in die Wege leiten werde. Aha. Er schreibt, es sei ein weiteres Gutachten, von Herrn Thomas Specht, in Auftrag gegeben worden und auch dieser habe empfohlen und klar Stellung bezogen, dass die CMS unter die Stiftungsaufsicht sich begeben soll, und er halte diesen Übertrag auch für absolut möglich. Aha, zum zweiten. Das freut natürlich ausserordentlich. Dafür sei die Übertragung der CMS von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung in eine zivilrechtliche Stiftung vorzunehmen und dies wird auch beschrieben als juristischer Kleiderwechsel als zwingend, die Praktikabilität aber als machbar.

Folgende konkrete Vorgehensschritte werden aufgezeigt, erstens ein Beschluss durch den Bürgergemeinderat, zweitens Bereinigung der einschlägigen Erlasse, die auch schon vorliegen. Alles nun sehr zielorientiert und rasch. Wer da jetzt von den Beteiligten was vorangetrieben hat, ist nicht ersichtlich, das Resultat jedoch durchaus zufriedenstellend. Denn eine moderne und transparente Regelung und die Unterstellung unter die Stiftungsaufsicht beider Basel, ist im Sinne der Good Governance sehr zu begrüssen. Wir versuchen schon länger, in diese Richtung zu überzeugen, auch wenn Christian Mensch



natürlich recht hat, dass sich der Bürgerrat weiterhin alle Macht- und Einflussmöglichkeiten erhalten will, so wie Wahl und Abwahl des CMS-Direktors oder allfällige Anpassungen des Stiftungszwecks. Aber als erster Schritt würde ich sagen, in die richtige Richtung. Transparenz begrüssen wir.

Damit bin ich zufrieden mit der Umsetzung des ersten Themenkreises der Interpellation, auch wenn dieses Ansinnen, natürlich auch das Resultat nicht in der Antwort der Regierung vom Januar zu lesen ist.

Mit dem zweiten Teil der Nachfrage in der Interpellation, der zu Hälfte nicht ausgeschöpften Fördermittel der letzten Berichterstattung, die ja nicht verloren gingen, sondern für das nächste Jahr bzw. die nächste Förderperiode stehen blieben, natürlich stellt sich hier die Frage, ob der Stifter dies so wollte, sozusagen auf dem Kässeli zu sitzen. Und ob es im Kanton Basel-Stadt tatsächlich keinen Bedarf gibt, sei mal dahingestellt. Die interessante Studie der CMS selbst «(K)ein Daheim?», Studie zur Obdachlosigkeit in Basel-Stadt und Engagement der Christian Merian Stiftung vom April 2014 zeigt jedenfalls eine Vielfalt von Handlungsfeldern und Möglichkeiten. Vielleicht muss man die nochmal nachlesen.

Aber für den Moment denke ich, es wurde endlich ein paar richtige Schritte gemacht, dieses kostbare Erbe nach 170 Jahren an die heutigen transparenteren Bedingungen anzugleichen. Die Strukturen zu bereinigen, das ist richtig. Wir werden sehen, wie die Stiftungsaufsicht mit diesem zweiten Aspekt des Testaments dann umgehen wird.

In diesem Sinne bin ich zufrieden mit dem vorläufigen Resultat.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

33. Interpellation Nr. 147 Anina Ineichen betreffend Verwendung von Copilot Chat in der Basler Verwaltung, Schreiben des RR

[22.04.26 16:16:41, 25.5600.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Vielen Dank für die Antwort auf die Interpellation. Ich bin teilweise zufrieden, teilweise, weil ich weiss, dass Copilot zumindest auf dem Schulcomputer vorinstalliert ist und darum sicher zur Verfügung steht. Nun ja, es gibt über 300 Versionen von Copilot. Das sind die Gratisanwendungen, die die Schüler mutmasslich auf dem Computer haben, und es gibt auch versteckte Anwendungen wie beispielsweise die neue Funktion, in der einem die Outlook-Mails kurz zusammengefasst werden, so dass man eigentlich schon im Posteingang sieht, um was es ungefähr geht.

Ich bin froh über die KI-Richtlinie. Ich bin enttäuscht von der KI-Richtlinie, dass die Verantwortung wieder erneut auf die Mitarbeitenden abgeschoben wird, meiner Meinung nach, und ich hoffe ganz fest, dass die Kantons-IT weiss, wo überall die Daten gespeichert werden. Weil Copilot, das muss man sich bewusst sein, das speichert nicht in den europäischen Clouds, das ist nahezu ausgeschlossen nach aktuellen Erkenntnissen, welche ich am Winterkongress der Digitalen Gesellschaft gewinnen konnte, sondern Copilot speichert die Daten irgendwo zwischen. Also sobald es durch Copilot beantwortet wird oder bearbeitet wird, haben wir eigentlich eine Datennutzung, die nicht mehr erlaubt wäre in unserem Datenschutzrecht. Ich hoffe, der Kanton weiss, was er macht, ich kann mir nicht anders helfen.

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Patrizia Bernasconi (BastA): Ich bin mit der Beantwortung der Interpellation durch den Regierungsrat nicht zufrieden. Erstens, es ist mir schon klar, dass die PKBS eine langfristige Strategie verfolgt, doch die hohen Kaufpreise für die Genfer Liegenschaften beruhen auf spekulativen Annahmen über zukünftige Mieteinnahmen. Das ist die klassische Discounted Cashflow-Methode. Man berechnet den Wert einer Immobilie anhand erwarteter zukünftiger Erträge. Diese Methode ist alles



anders als neutral. Sie basiert auf Erwartungen und ist damit ganz einfach spekulativ. Wenn Kaufpreise nur durch künftig steigende Mieten zu rechtfertigen sind, entsteht automatisch ein Renditedruck. Dieser Druck wirkt sich direkt auf die Mieter*innen aus und genau diese sozialen Folgen werden in der Antwort kaum gewürdigt.

Zweitens wird die ständige Vermischung von Mietrecht und Wohnschutz deutlich. Das Mietrecht regelt privatrechtliche Vertragsverhältnisse, während der Wohnschutz explizit wohnpolitische Ziele verfolgt, insbesondere den Schutz von bezahlbarem Wohnraum und die Verhinderung von Verdrängung. Entscheidend ist dabei, dass Genfer LDTR erteilt Sanierungsbewilligungen grundsätzlich unter der Prämisse, dass Sanierungen mit den bestehenden Mieterinnen und Mietern erfolgen oder deren Schutz substanziell gewährleistet wird. Wenn Kündigungen im Vorfeld ausgesprochen werden, wird dieser gesetzgeberische Grundgedanke faktisch unterlaufen. Eine formaljuristische Argumentation ersetzt keine materielle Auseinandersetzung mit diesem Schutzauftrag.

Drittens, niemand stellt in Frage, dass energetische Sanierungen nötig sind oder dass denkmalgeschützte Gebäude respektiert werden müssen. Das ist richtig und wichtig, aber das darf nicht als Vorwand dienen, um die Schutzbestimmungen des LDTR zu umgehen. Nur weil man saniert, darf man nicht gleichzeitig Mieterinnen und Mieter vertreiben. Die Sanierung muss im Einklang mit dem Wohnschutz stehen.

Viertens ist die soziale Dimension der Kündigung ungenügend gewürdigt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Kündigungen überhaupt ausgesprochen wurden, bevor ein bewilligtes und abschliessend geprüftes Sanierungskonzept vorliegt. Der Hinweis, man wolle den Mietenden frühzeitig Zeit geben, greift zu kurz und ist beinahe zynisch, insbesondere in einem extrem angespannten Wohnungsmarkt wie in Genf. Faktisch bedeutet dies für viele Betroffene eine erhebliche Verschlechterung ihrer Wohnsituation. Auch die mitgeteilte Strategieänderung seitens der PKBS ändert nichts an der Tatsache, dass den Mieterinnen und Mietern gekündigt wurde und dass die PKBS nicht bereit ist, die Kündigung zurückzuziehen.

Fünftens, andere Investoren in Genf zeigen, dass man Sanierungen auch sanft, etappiert und mit Rücksicht auf die Mieter*innen, ohne Kündigung also, durchführen kann und dabei trotzdem die verlangten energetischen Standards erfüllt. Dass die PKBS dies nicht ernsthaft geprüft hat, ist nicht nachvollziehbar.

Sechstens, die Rolle des Regierungsrats bleibt unklar und zu passiv. Er verweist auf fehlende Kompetenzen, dabei wählt er die Hälfte des Verwaltungsrats der PKBS. Er hat Einfluss und die Möglichkeit, sozialpolitische Leitplanken zu setzen, aber er tut so, als könne er nur erwarten, dass die PKBS verantwortungsvoll handelt. Das reicht nicht. Gerade bei einer öffentlich-rechtlichen Pensionskasse darf die finanzielle Strategie nicht über den Schutz von bezahlbarem Wohnraum und Mieter*innen stehen.

Schliesslich entsteht der Eindruck, dass sich die PKBS bewusst oder unbewusst in ein politisches Spannungsfeld einspannen gelassen hat und dabei Entscheidungen an Dritte delegiert hat. Da meine ich, an die Baloise und an die Genfer Liegenschaftsverwaltung Naef. Es sind Entscheidungen, die erhebliche gesellschaftliche und politische Auswirkungen haben. Mit diesen Kündigungen hat die PKBS in Genf einen schwerwiegenden politischen Präzedenzfall ausgelöst. Meiner Meinung nach sollte die PKBS die Zusammenarbeit mit Baloise und Naef dringend überdenken.

Zusammengefasst, die Kündigungen hätten gar nicht ausgesprochen werden dürfen, Sanierungen sind notwendig, aber sie müssen im Einklang mit dem LDTR und dem Schutz der Mieterinnen und Mieter durchgeführt werden, alternative Modelle wie etappierte Sanierungen oder Sanierung in bewohntem Zustand hätten ernsthaft geprüft werden müssen. Und es ist immer noch nicht zu spät, die Kündigungen können zurückgezogen werden. Ebenso muss der Regierungsrat seine Verantwortung wahrnehmen und klare sozialpolitische Leitplanken setzen.

34. Interpellation Nr. 4 Patrizia Bernasconi betreffend Massenkündigung von 107 Mietverhältnissen in Genf durch die Pensionskasse Basel-Stadt – renditegetriebene Verdrängung trotz Art. 42 LDTR, Schreiben des RR

[22.04.26 16:23:57, 26.5027.02]

Michael Hug (LDP): Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



35. Interpellation Nr. 6 Ivo Balmer betreffend Leerkündigung von über 100 Mietparteien durch die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) in der Stadt Genf, Schreiben des RR

[22.04.26 16:24:05, 26.5040.02]

Michael Hug (LDP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Ivo Balmer (SP): Ich schliesse an meine Vorrednerin Patrizia Bernasconi an. Das ist so die Doppelinterpellation hier. Also erstmals, ich danke dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung dieser ausführlichen Interpellationen. Ich danke dem Regierungsrat auch, dass er die Pensionskasse um Stellungnahme gebeten hat und die auch eingefordert hat und die uns jetzt nun schriftlich vorliegt, weil das bringt uns politisch weiter und an dem müssen und werden wir dranbleiben.

Vorneweg möchte ich sagen, dass diese beiden Interpellationen zeigen, dass sich etwas bewegt. Ich meine, die Pensionskasse BS hat jetzt angekündigt, die Sanierung in Etappen umzusetzen und nicht nur zu prüfen, wie das der Regierungsrat verdankenswerterweise in der ersten medialen Veröffentlichung unserer Beantwortung gefordert hat oder nochmals zu überprüfen angeregt hat, nennen wir es so, das ist ein wichtiger Schritt. Aber ich glaube, Patrizia Bernasconi hat klar gesagt, das löst das Grundproblem nicht und deshalb müssen jetzt weitere Schritte folgen bei der PKBS im Umgang mit diesen Mietverhältnissen in der Stadt Genf. Die Kündigungen sind nicht vom Tisch und das ist das Problem für die Betroffenen von diesen Massnahmen und von dieser absurden Tabula Rasa-Strategie, die hier eine Verwaltungsinstitution vorgeschlagen hat. Also diese Kündigungen müssen vom Tisch, sonst haben wir das Problem einer Leerkündigung gar nicht bearbeitet. Also ich glaube, Etappierung ist die bauliche Voraussetzung und jetzt muss auch nachgebessert werden, dass diese Kündigungen zurückgenommen werden.

Es gibt dann den wichtigen weiteren Schritt, und das ist für mich die grundsätzliche Frage, die wir uns hier als Parlament schon auch stellen müssen und natürlich die Pensionskasse Basel-Stadt als öffentlich-rechtliche Pensionskasse sich stellen muss, und sie muss sich die Frage stellen, mit wem zur Hölle arbeitet die eigentlich in Genf zusammen. Ich meine hier, und das macht Sinn, in der Deutschschweiz ist es die Immobilien Basel-Stadt, die sicherlich, die macht auch Fehler, es ist nicht immer meine Freundin, das gebe ich offen zu, aber nichtsdestotrotz ist es eine öffentliche Verwalterin von Mietwohnungen und von Grundstücken. In der Romandie arbeitet unsere Pensionskasse nicht mit einer öffentlichen Verwaltung zusammen, sondern mit der Baloise, die jetzt Helvetia heisst, und mit Naef Immobilien. Das haben wir abgefragt. Es ist klar, diese Zusammenarbeit kann bei diesem überkauften Kauf einer Riesenliegenschaft zu einem exorbitanten Preis mit den entsprechenden Problemen, die es dann gibt, weil man ja dann auch das Pensionskassengeld richtig wieder verzinsen kann, eigentlich ist das Spekulation auf Rentenguthaben, ob das so eine risikoarme Investition in Genf war, das weiss ich jetzt auch nicht so genau, aber was mein Punkt ist, dieser Vorschlag, den hier Helvetia Baloise oder Naef Immobilien gemacht hat, das in einer Leerkündigung und Tabula Rasa-Strategie durchzuziehen, also ich meine, jetzt hat sich doch wirklich diese Verwaltung disqualifiziert.

Und ich möchte wirklich an den Regierungsrat appellieren, aber auch an uns alle Parlamentarier, ich glaube, Patrizia Bernasconi und ich werden sicherlich dranbleiben, die PKBS muss für die Romandie eine neue Lösung finden. Das geht nicht mehr mit Helvetia Baloise, das geht nicht mehr mit Immobilien Naef, es gibt genügend öffentliche Verwaltungen da, die gute und auch die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen kennen, sei es bei der Stadt Lausanne oder bei der Stadt Genf oder beim Kanton, da könnten Sie ja mal gerne nachfragen. Ich bin somit teilweise befriedigt und dieses Thema wird uns noch beschäftigen.

Michael Hug (LDP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

36. Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:29:08, 25.5567.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.



RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Bereits im Frühjahr 2025 hat das Erziehungsdepartement eine Änderung der Verordnung über die auswärtigen Schulanlässe in Konsultation gegeben. Diese Änderung wird aktuell bearbeitet. Neu soll dort geregelt sein, dass den Erziehungsberechtigten bei Lagern und Exkursionen nur noch die Verpflegungskosten in Rechnung gestellt werden dürfen. Das ist aber schon heute Praxis. Erziehungsberechtigte bezahlen bei obligatorischen Lagern maximal 25 Franken pro Tag für die Verpflegung. Darin enthalten sind die täglichen Mahlzeiten sowie sonstige Verpflegungskosten. Dieser Betrag liegt im von Preisüberwacher ausgewiesenen zugelassenen Bereich. Alle Schulstandorte bekommen seit 2026 pro Kalenderjahr eine Frist, das Lager im bevorstehenden Kalenderjahr anzumelden. Die Budgets werden zentral gesprochen, unabhängig davon, wie viele weitere Lager an einem Standort geplant sind. Die Standorte erhalten dann vor Beginn des Lagers Pauschalbeiträge pro Schülerinnen und Schüler. Solange eine Klasse Anspruch gemäss den Vorgaben auf ein Lager hat und dieses innerhalb der Frist angemeldet wird, wird dieses bewilligt.

Anders als in anderen Kantonen haben finanziell schlecht gestellte Erziehungsberechtigte im Kanton Basel-Stadt Anspruch auf eine Beitragsreduktion. Diese bemisst sich am für Prämienverbilligung massgebendes Einkommen. Sobald eine Schule ein Lager angemeldet hat, überprüft die Schülerinnen- und Schüleradministration im kantonalen Datenmarkt, ob die Eltern der Klasse Anspruch auf Prämienverbilligung haben. Auf dieser Grundlage wird der Schule dann eine Liste zugestellt, auf welcher die Höhe der allfälligen Beitragsreduktionen pro Schülerin respektive Schüler ersichtlich ist. Das heisst, die Erziehungsberechtigten müssen bei einem Anspruch nicht selbst aktiv werden, sondern der Anspruch auf allfällige Beitragsreduktionen wird von den Volksschulen bereits bei der Rechnungsstellung berücksichtigt. Die Erziehungsberechtigten müssen die Beitragsreduktion nicht im Nachhinein einfordern.

Bei einer Annahme des Budgetpostulats werden die Elternbeiträge für alle Einkommensgruppen reduziert. Der aktuelle Elternbeitrag liegt schon jetzt im vom Preisüberwacher als zulässig erachteten Bereich. Ich bitte Sie daher, das Budgetpostulat Anina Ineichen nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher eingetragen für die GLP hat sich Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich halte dieses Votum für meine abwesende Fraktionskollegin. Die Ausgangslage ist eigentlich klar. Gemäss Bundesgericht dürfen Eltern bei obligatorischen Lagern und Exkursionen nur an den Verpflegungskosten beteiligt werden. Gleichzeitig sind Lager und Exkursionen ein sehr wichtiger Bestandteil der Volksschule. Dort geht es nicht nur um Unterricht, sondern um Gemeinschaft, Selbstständigkeit und persönliche Erfahrungen. Kinder und Jugendliche wachsen als Gruppe zusammen, übernehmen Verantwortung für das Miteinander und erleben Schule als Lernfeld in einem anderen Rahmen. Im Leben der Schülerinnen und Schüler sind das unbestritten wertvolle Momente. Hingegen war für die GLP lange unklar, was das vorliegende Budgetpostulat genau bewirken will. Die Begründung stellt stark auf die Begrenzung der Elternbeiträge ab. Das kann man so lesen, dass hier eine Art Finanzierungslücke gegenüber den Eltern geschlossen werden soll. In der Diskussion innerhalb und ausserhalb der GLP wurde dann aber klar, es geht gar nicht primär um die Elternbeiträge, sondern um eine grundsätzliche Aufstockung des Lagerbudgets, dies, weil die Mittel für Lager und Exkursionen insgesamt nicht mehr ausreichen.

Die Situation hat sich seit Anfang 2026 verschärft. Das Lagerbudget wird neu teilautonom geführt, direkt über die einzelnen Schulstandorte und nicht mehr zentral, was bisher eine gewisse Flexibilität und Querfinanzierung ermöglicht hat. Wegen der Kostensteigerung der letzten Jahre lassen sich Unterkunft, Verpflegung, Reise und Betreuung in der Praxis kaum kostendeckend finanzieren und in der Konsequenz geraten Lager unter Druck oder finden gar nicht mehr statt. Und genau hier liegt für die GLP der Knackpunkt. Das Postulat ist missverständlich formuliert, man kann es unterschiedlich lesen. Für die GLP ist aber klar, wir wollen keine Anpassung der Elternbeiträge mit der Folge, eine Finanzierungslücke schliessen zu müssen. Ein Teil der GLP sagt deshalb, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für Lager an den einzelnen Schulen zu sichern, ist eine Budgeterhöhung absolut nachvollziehbar. Ein anderer Teil meint, gerade bei einem solchen Anliegen müsste klarer formuliert sein, was genau erreicht werden soll.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Fraktion der Grünliberalen heute offen gegenüber dem Budgetpostulat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Ja, ich muss mich da, glaube ich, erklären. Es ist ein Thema, das mich immer wieder beschäftigt, weil ich als Mutter doch immer wieder in die Situation komme, dass ich eben mehr zahlen muss als der eigentliche Elternbeitrag. Schulen führen dann sogenannte, muss man fast sagen, schwarze Kassen, weil sie bei den Eltern



Geld verlangen für Bastelmaterial, für Ausflüge, etc. Das wird natürlich nicht im Rahmen des Lagers oder des Ausflugs verlangt, sondern im Rahmen eines Elternabends. Das ist je nach Schule unterschiedlich, aber es sind locker mal 50 bis 100 Franken und ich habe mich dann ein bisschen fest auf diesen Punkt konzentriert, weil wir hier als Eltern halt tatsächlich diese Lücke ausfüllen müssen.

Nun gut, es geht mir tatsächlich um diese 300'000 Franken, die ja auch im Kopf des Budgetpostulats klar ersichtlich sind. Es geht um eine Erhöhung des Lagerbudgets, weil das Leben immer teurer wird. Das ist nicht ein Gefühl, sondern das beweisen zahlreiche Studien, ergo darf man daraus schliessen, dass auch die Lagerhäuser teurer werden, dass das Essen teurer wird für die Kinder und das Reisen, etc. Lager sind wertvoll, auch das ist nicht nur ein Gefühl, sondern das wird auch durch diverse Studien bestärkt.

Das Geld für das Lager muss von uns kommen. Regierungsrat Mustafa Atici hat es schon bereits ausgeführt, die Schulen haben ein bestimmtes Budget, welches sie für Lager benutzen können und dies ist nicht mehr sehr flexibel, wie das in der Vergangenheit war. Eltern bezahlen einen Beitrag, diese sind ausgeschöpft und können nicht wesentlich erhöht werden, ohne dass der Preisüberwacher anklopfen würde. Also diese Türen sind verschlossen. Es bleibt nur eine Budgeterhöhung, wenn wir sicherstellen wollen, dass erneut wieder Lager stattfinden können und Schulen frei sind von finanziellen Problemen. Es gibt ja noch eine ganz kleine Türe und das ist der sogenannte Kuchenverkauf, aber darauf würde ich wirklich nicht abstimmen. Ich glaube nicht, dass wir 300'000 Franken, das ist das, was das ED damals eigentlich verlangt hatte angeblich, dass wir das mit Kuchenverkauf lösen können.

Ich bitte Sie darum, diese Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Wir behandeln hier eine ganze Reihe von Budgetpostulaten, die zusätzliche Ausgaben für verschiedene Departemente fordern. Die Haltung der LDP-Fraktion ist hierbei klar und konsequent. Wir lehnen sämtliche heute traktandierten Budgetpostulate ab, so wie wir dies bereits in der ersten Lesung getan haben. Der Zeitpunkt ist falsch gewählt. Der richtige Zeitpunkt für solche Begehren ist nicht heute, sondern die Budgetdebatte 2026, die wir in wenigen Monaten führen werden. Nur im Rahmen der Gesamtschau über alle Departemente hinweg lässt sich seriös beurteilen, welche zusätzlichen Ausgaben im Vergleich zu anderen Prioritäten tragbar und notwendig sind. Budgetpolitik erfordert Disziplin und einen Blick auf das Ganze statt einer Salamiaktik über Postulate. Wir werden also der Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern gerecht und führen diese Debatte dann, wenn die Gesamtzahlen für die kommenden Jahre auf dem Tisch liegen. Aus diesem Grund bittet Sie die LDP-Fraktion, sämtliche vorliegende Budgetpostulate, die kommen, abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich mache es ganz kurz, ich schliesse mich meinen Vorvoten an.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ganz kurz, die Regierung lehnt ja alle Budgetpostulate aus finanztechnischen Gründen ab, aber hier möchte ich noch etwas erwähnen. Das Ziel der Schulen ist ja nicht, schwarze Kassen zu führen, es geht darum, je nach Projekt einem Kind etwas zu ermöglichen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.



Ergebnis der Abstimmung

33 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008711, 22.04.26 16:40:42]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Anina Ineichen werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 300'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 230 Volksschulen, 31 Sach- und Betriebsaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 33 Ja-Stimmen gegen 57 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung den Antrag entgegengenommen, das heisst, Sie haben damit das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

37. Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:41:00, 25.5568.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Budgetpostulat wird beantragt, die Finanzhilfen für das offene Spielangebot auf dem Landhof an den Jugendförderverein oink oink Productions für die Jahre 2026 und 2027 um je 13'000 Franken zu erhöhen. Der Kanton gewährt dem Jugendförderverein Finanzhilfen für das wichtige Freizeitangebot auf dem Landhof. Der Betrag wurde mit der Finanzierungsperiode 2024 bis 2027 bereits deutlich erhöht, von 45'000 Franken auf 65'000 Franken pro Jahr. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung um 44%. Eine weitere Erhöhung lehnt der Regierungsrat aus finanzpolitischen Gründen ab. Der Kanton kompensiert drohende oder tatsächlich wegfallende Stiftungsgelder allgemein nicht durch eine Erhöhung der Staatsbeiträge. Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dieses Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb eingetragen hat sich Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ich möchte sehr gerne an diesem Budgetpostulat festhalten und Sie bitten, das auch ein zweites Mal zur Erfüllung zu überweisen. In der Antwort des Regierungsrats kam eigentlich nichts Neues mehr hervor und die Antwort ist auch relativ kurz gehalten. Da möchte ich mich gleich verhalten und es möglichst kurz machen. Wir haben ja letztes Mal schon ausführlich darüber gesprochen, ich konnte meine Argumente schon damals anbringen. Was sich jetzt noch geändert hat gegenüber der Situation der letzten Behandlung, ist, dass beschlossen wurde, dass die Verhandlungen zu den Staatsbeiträgen ein Jahr nach hinten verschoben wurden. Das heisst, es wird eine längere Phase der Unsicherheit für diesen Verein geschaffen, wo er nicht weiss, wie viele Mittel er dann in Zukunft vom Staatsbeitrag her erwarten kann. Das wird ja da erwähnt in der Beantwortung des Regierungsrats. Von dem her, für mich hat sich nichts geändert, wir haben es ein erstes Mal überwiesen und ich danke Ihnen, wenn Sie das auch ein zweites Mal unterstützen und ich hoffe, dass es überwiesen wird und wir dann für den Verein eine bessere und gute finanzielle Situation schaffen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 50 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008714, 22.04.26 16:44:43]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Harald Friedl werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 13'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 40 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllt. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

38. Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:44:58, 25.5570.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Mit dem Budgetpostulat wird beantragt, einmalig 150'000 Franken für den Neubau einer Spielbaracke im Giesslipark ins Budget 2026 des Erziehungsdepartements einzustellen. Der Verein Robi-Spiel-Aktionen bietet im Giesslipark im Klybeck Spielanimationen im öffentlichen Raum. Dafür nutzt er eine Holzbaracke. Diese soll durch einen Neubau ersetzt werden. Mit dem Budgetpostulat soll dieser Neubau finanziell unterstützt werden. Der Kanton unterstützt die Arbeit des Vereins Robi-Spiel-Aktionen mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2'230'000 Franken. Die Baracke ist im Besitz und im exklusiven Nutzungsrecht des Vereins. Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass der Neubau der Baracke nicht über Staatsbeiträge, sondern über Drittmittel finanziert werden sollte. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, dieses Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erste Fraktionssprecherin eingetragen hat sich Franziska Stier für die BastA.

Franziska Stier (BastA): In Vertretung werde ich heute das Budgetpostulat von Heidi Mück verteidigen. Der Regierungsrat möchte das Budgetpostulat für die Erneuerung der Spielbaracke im Giesslipark nicht erfüllen. So weit, so klar. Er stellt sich gegen nahezu jedes Budgetpostulat. Gleichzeitig bestreitet er nicht, dass sich die Baracke in einem schlechten Zustand befindet. Diesen schlechten Zustand will er aber nicht über Staatsbeiträge, wie wir gehört haben, sondern über Drittmittel wie Stiftungsgelder finanzieren. Aber ist es nicht vor allem die Aufgabe unseres Kantons, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder lustvolle, kreative und vor allem sichere Orte zum Spielen haben? Ganz besonders in Kleinbasel. Und ja, vielleicht hätte der Verein selbst einen Antrag beim ED einreichen können, doch, und das ist auch Teil der Geschichte, ist man schlicht nicht davon ausgegangen, dass ein solcher Antrag Zuspruch gefunden hätte. Auch wenn diese Einschätzung rückblickend



vielleicht nicht ganz richtig war, sollte das nicht dazu führen, dass sich der Kanton aus der Mitfinanzierung verabschiedet. Gelder für eine Holzbaracke, für ein Spielangebot im Klybeck-Kleinhüningen sind nicht leicht zu finden und die Gesamtsumme von 200'000 Franken wird kaum über Drittmittel finanzierbar sein. Deshalb bitte ich Sie, nicht nur im Namen der Robi-Spiel-Aktionen, sondern vor allem im Namen der Kinder und der aktiven Elterngruppen im Kleinbasel, das Budgetpostulat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich darf hier gerne das Votum meiner Fraktionskollegin Sandra Bothe-Wenk vortragen. Der kritische Zustand der bestehenden Spielbaracke im Giesslipark aus dem Jahr 1982 zeigt klar, ein Ersatz ist notwendig. Die Stadtgärtnerei Basel und die Allmendverwaltung würden deshalb einen Ersatzneubau begrüssen. Dies geht aus ihrem Schreiben an die Robi-Spiel-Aktionen hervor.

Worum geht es konkret? Wir sprechen von einem etablierten Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit, das im Quartier stark verankert ist, gut funktioniert, von verschiedenen Anspruchsgruppen genutzt wird und zur Aufwertung des Giesslipark und des Quartiers beiträgt. Für die GLP ist deshalb klar, die Spielbaracke liegt im öffentlichen Interesse als niederschwelliger Ort für Freizeit- und Bildungsangebote und als wertvoller Beitrag für das Zusammenleben im Quartier.

In unserer Fraktion haben wir dabei zwei Punkte intensiv diskutiert. Ein erster Punkt dreht sich um die Frage, ob hier der richtige Prozess gewählt bzw. weshalb kein Investitionsantrag beim ED eingereicht wurde. Wir haben bei den Robi-Spiel-Aktionen nachgefragt. Der Verein stand im laufenden Austausch mit der Stadtgärtnerei und der Allmendverwaltung. Er ist davon ausgegangen, sich im richtigen Prozedere zu bewegen. Es ging also nicht um ein bewusstes Umgehen des ordentlichen Wegs.

Ein zweiter Punkt betrifft den Bericht des Regierungsrats. Sowohl der Neubau als auch die bestehende Baracke sind im Besitz und im exklusiven Nutzungsrecht des Vereins. Vor diesem Hintergrund kommt er zum Schluss, dass der Neubau nicht über Staatsbeiträge, sondern ganz über Drittmittel finanziert werden sollte. Gleichzeitig wissen wir aber auch, für solche Konstellationen gibt es Lösungen. Über Vereinbarungen lassen sich Finanzierungsfragen so regeln, dass auch staatliche Beiträge möglich sind, zum Beispiel mit der Option, dass die Spielbaracke bei Wegfall des Vereinszwecks an den Kanton übergeht.

Und genau hier wird es politisch. Lehnen wir dieses Budgetpostulat ab, besteht die Gefahr, dass dies als fehlende politische Unterstützung verstanden wird mit entsprechenden Konsequenzen für das Projekt und dies, obwohl das Vorhaben fachlich abgestützt ist und Bedarf sowie Bedürfnis klar belegt sind. Diese Abwägung hat auch die GLP-Fraktion beschäftigt. Innerhalb der Fraktion werden diese Punkte unterschiedlich gewichtet. Ein Teil setzt auf einen pragmatischen Weg zur Umsetzung, ein anderer betont den ordentlichen Prozess über einen Investitionsantrag beim ED und gewichtet die Frage des politischen Signals weniger hoch.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich die Fraktion der Grünliberalen heute offen gegenüber diesem Budgetpostulat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Die SVP lehnt dieses Budgetpostulat nach wie vor ab. Wir sind sehr froh, dass die Regierung das ähnlich begründet hat, wie ich es schon in meinem ersten Votum bei der Erstberatung gesagt hatte. Man kann das hier mit Drittmitteln bestreiten, diesen Ersatzneubau, man kann Stiftungsgelder beantragen, man kann auch vorausschauend planen. Klar, der Bedarf ist gegeben hier, aber trotzdem ist es nicht so, dass man hier jetzt nicht auch planen und diese Mittel einholen kann, bevor man hier losbaut. Es ist also hier nicht derart dringend. Und ich denke, man muss hier nicht immer Staatsgelder einfordern, sondern man kann hier diesen Effort auch leisten. Man kann hier nicht einfach eine Baracke nützen, bis sie auseinanderfällt und nachher sagen, so und jetzt machen wir die hohle Hand und der Staat soll dafür aufkommen, dass es hier jetzt schnell und sofort neu gebaut wird. Deshalb lehnen wir als SVP-Fraktion dieses Budgetpostulat nach wie vor ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich glaube, meine Vorrednerinnen Franziska Stier und Claudia Baumgartner haben die inhaltlichen Punkte sehr gut ausgeführt. Ich glaube, was ich hier nochmals einfach betonen möchte, ist, das Argument, hier werde irgendwie ein



privater Bau mit öffentlichen Geldern, wo der Prozess nicht eingehalten wird, gefördert, das greift einfach definitiv zu kurz. Ich meine, Robi-Spiel-Aktionen, und das bestätigen alle, gerade auch aus der Verwaltung und so oder so, wenn Sie in dieses Quartier gehen und mit den Menschen vor Ort sprechen, den Kindern, den Jugendlichen und auch quasi die Spielgruppe der Erwachsenen, also die, die diese Spielgruppe organisieren, die sind zufrieden. Es geht hier um Aneignung von einem öffentlichen Raum und dafür wurde diese Baracke zur Verfügung gestellt und ich meine, dass dieser Prozess in der ordentlichen Leistungsperiode jetzt durch Robi-Spiel-Aktionen nicht abgebildet werden konnte, hängt auch damit zusammen, dass ganz lange gar nicht klar war, wem gehört eigentlich diese Baracke. Und eigentlich können wir superfroh sein, alle hier drin, gerade auch aus liberaler Perspektive, dass dieser Verein jetzt diese Verantwortung da übernimmt und er hat ein gutes Konzept, ein einfaches Konzept und hier werden nicht Riesengelder irgendwie verlangt, sondern es ist ein supereffizientes Reuse-Projekt, das auch nachhaltig ist und es ist dann auch finanziell tragbar und deshalb hoffe ich sehr, dass wir an diesem Budgetpostulat festhalten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 52 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008717, 22.04.26 16:55:05]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Heidi Mück werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 150'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 37 Ja-Stimmen gegen 52 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllen. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

39. Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen), Stellungnahme des RR

[22.04.26 16:55:22, 25.5569.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Das vorliegende Budgetpostulat soll die Frühlüftung in Schulen an Hitzetagen ermöglichen. Der Regierungsrat weiss um die grosse Bedeutung des Hitzeschutzes an Schulen. Der dringende Handlungsbedarf ist ebenfalls nicht bestritten. Das gewählte Mittel, die Frühlüftung während Hitzeperioden, erscheint dem Regierungsrat jedoch



als wenig geeignet. Hitzeperioden zeichnen sich durch Tropennächte aus. Die Zimmertemperatur und die Aussentemperatur sind fast gleich. Die Frühlüftung senkt daher die Zimmertemperatur nur sehr wenig. Es wird damit höchstens eine kurzfristige leichte Abkühlung der Raumluft erreicht, nicht aber die nötige Bauteilabkühlung für einen länger anhaltenden Effekt. Der Effekt hält im Klassenzimmer nur sehr kurz, auch weil viele Personen gleichzeitig im Zimmer sind. Für die individuelle Wahrnehmung der Temperatur hilft die Frühlüftung vermutlich. Die Kosten und der Aufwand, der die Frühlüftung verursachen, beurteilt der Regierungsrat im Verhältnis dennoch als zu hoch. Es werden auf den Sommer im Rahmen der Bearbeitung des Anzugs Sandra Bothe Pilotprojekte mit Deckenventilatoren, Aussenraumkühlung und manuelle Nachtauskühlung gestartet. Der Regierungsrat ist bestrebt, die Situation an den Schulen so schnell wie möglich nachhaltig zu verbessern. Darauf möchten wir die Ressourcen fokussieren und beantragen, das Budgetpostulat abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erste Fraktionssprecherin für die GLP eingetragen hat sich Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Auch hier spreche ich gerne nochmals für Sandra Bothe-Wenk. Die Hitze in unseren Schulhäusern ist real. Sie belastet Schülerinnen und Lehrpersonen gleichermassen, das ist unbestritten. Und ja, Frühlüften ersetzt keine Nachtauskühlung. Gerade bei Tropennächten stösst es an Grenzen. Diese Einschätzung der Regierung ist nachvollziehbar. Und trotzdem bleibt die Massnahme bei uns aktuell, denn es macht Sinn, das Frühlüften nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil eines Gesamtpakets im Kontext des im Mai 2025 überwiesenen entsprechenden Anzugs.

Zu den Sofortmassnahmen. Die Regierung hält selber fest, Frühlüften kann die Raumtemperatur am Morgen senken, und genau diese Stunden zählen, und in Kombination mit einfachen Massnahmen wie Ventilatoren lässt sich diese Wirkung sogar noch verstärken. In Schulzimmern, die schon am Morgen überhitzt sind, leidet die Konzentration und die Leistungsfähigkeit sinkt. Gerade etwa in Prüfungssituationen ist dies belastend. Wir sprechen hier nicht über Komfort, wir sprechen über Lärmbedingungen und Gesundheitsschutz.

Der Regierungsrat verweist auf betriebliche Massnahmen, nennt aber keine konkrete Alternative, die bereits auf den kommenden Sommer hin eine vergleichbare Wirkung hätte. Und genau hier stehen wir doch vor einer einfachen Entscheidung. Wollen wir eine begrenzte, aber konkrete Entlastung bereits diesen Sommer ermöglichen oder entscheiden wir uns bewusst dafür, kurzfristig wieder nichts zu tun?

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass die Umsetzung nicht überall einfach sein wird, organisatorisch wie personell. Und ja, das stimmt, aber genau deshalb wählen wir doch das Instrument des Budgetpostulats. Wir schaffen einen finanziellen Rahmen, ohne dass alles sofort und überall umgesetzt werden muss. Wir setzen uns fürs Handeln dort ein, wo es möglich ist, denn jeder Schulstandort ist anders und genau deshalb braucht es auch spezifische Lösungen.

Der Regierungsrat meint auch, der Aufwand sei hoch. Für die GLP ist dies jedoch kein valables Gegenargument, im Gegenteil, denn dieser Aufwand wird so oder so entstehen, unabhängig davon, welche mittel- und langfristige Lösung wir später umsetzen. Die Frage ist also nicht ob, sondern wann. Wenn wir jetzt handeln, entlasten wir die Schulen kurzfristig und sammeln gleichzeitig wichtige Erfahrungen. Was funktioniert unter welchen Bedingungen? Mit Blick auf spätere Lösungen wie automatische Nachtauskühlungssysteme sind genau diese Erfahrungen wichtige Bausteine für eine langfristige Strategie.

Für die GLP ist auch klar, dies ist keine endgültige Lösung, aber das ist auch nicht der Anspruch. Es ist eine Übergangsmassnahme, eine pragmatische, umsetzbare Entlastung für den kommenden Sommer. Wenn wir diese ablehnen, dann entscheiden wir uns faktisch dafür, kurzfristig nichts zu tun, obwohl keine bessere Alternative auf dem Tisch liegt. Und wir senden damit auch ein Signal an die Schulen, dass selbst dort nicht gehandelt wird, wo eine konkrete Verbesserung möglich wäre. Wir Grünliberalen sind deshalb klar der Meinung, das können wir uns gegenüber den Schüler*innen und dem Schulpersonal kein weiteres Jahr leisten, wenn wir die vielen Stimmen aus der Bevölkerung ernst nehmen wollen, aber auch die Rückmeldungen von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Fach- und Lehrpersonen oder auch von Kinderärzt*innen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der GLP-Fraktion, dieses Budgetpostulat ein zweites Mal zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Das Wohlbefinden der Kinder und Schülerinnen und Schüler sollen in unseren Überlegungen und Entscheidungsfindungen stets Vorrang haben. Deshalb ist es mir etwas schwer gefallen, dieses Votum zu formulieren. Dieses Budgetpostulat fordert Massnahmen, dass es in unseren Schulgebäuden für das Lernen und Lehren nicht zu heiss wird. Der Gedanke ist gut, die Lösung dafür im Budgetpostulat sehr naiv.



Eine Auskühlung wird angestrebt, die von externen Stellen ausgeführt wird. Wenn also tatsächlich eine Firma gefunden werden sollte, die die Fenster in Schulhäusern der Stadt um 4 Uhr morgens öffnet, ist ja dann nicht der Auftrag erledigt. Nein, die Gebäude brauchen ab dann einen Sicherheitsdienst, weil ja zwischen 4 Uhr morgens und 7.30 Uhr, bis die ersten Lehrpersonen ankommen, eventuell eingebrochen werden könnte. Sollte kein Einbruchrisiko bestehen, könnten auch gleich über Nacht die Fenster geöffnet bleiben, wenigstens in den oberen Etagen.

Im Budgetpostulat geht man von 40 Kindergärten und 50 Schularealen aus. Basel-Stadt hat 250 Schulstandorte, was ist mit den anderen 160? Wie kann eine Sofortmassnahme funktionieren, wenn zuerst, wie beschrieben, Lüftungskonzepte erstellt, Hauswartdienste und Sicherheitsfirmen gefunden werden müssen, aber nur für heisse Tage, nicht regelmässig also, weil das Wetter schliesslich veränderlich ist, und dies für mindestens 40 Areale ab 4 Uhr morgens? Stellen Sie sich vor, was hier für eine Armada von Hauswartdiensten ausrücken muss, weil die Lüftung schliesslich innerhalb kürzester Zeit geschehen soll, weil es sonst ab 6 Uhr auch nichts mehr nützt und hoffentlich sind alle per Velo unterwegs, weil wir ja nicht mit dem Auto quer durch die Stadt fahren sollten. Ich kann auch noch ins Feld führen, dass wir mit der Sommerzeit am Morgen Temperaturen haben, die eine Stunde früher und deshalb kühler sind.

An Frau Mazzotti gerichtet muss ich Ihnen sagen, wenn Sie in Ihrem Januarvotum behaupten, dass die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht erfüllen können, weil es ihnen zu heiss ist, dann stellen Sie sich mal vor, wie es im Sommer den Arbeitern an der prallen Sonne geht. Ich denke nicht, dass diese dann einfach ihren Auftraggebern und Kunden sagen können, sie sind nicht fähig, ihre Arbeit korrekt auszuführen.

Sie sehen, dieses Budgetpostulat ist schlichtweg nicht zu erfüllen. Wer immer sich dies mit Frau Bothe ausgedacht hat, blendete alle logischen Konsequenzen aus. Da das Postulat nicht erfüllbar ist, lehnen wir dies ab, aber nicht, weil uns die Gesundheit der Kinder egal ist. Wäre eine interne Lösung an den Schulen gefordert worden, die natürlich finanziell entschädigt worden wäre, hätten wir dem zustimmen können. So aber erkennen die Schulen das Problem oder die Lehrpersonen wollen einen kühlen Arbeitsplatz, aber dafür einen zusätzlichen Aufwand zu leisten, wollen sie auch nicht. Somit zweifle ich sehr, ob ihnen tatsächlich die Gesundheit der Kinder, wie Sie behaupten, mehr am Herzen liegt als mir.

Und zu guter Letzt einen Gedankenanstoss an die bedauernswerte Regierung, die ja gemäss «Chrüzlistich» dieses Postulat zur Erfüllung überwiesen bekommt. Prüfen Sie doch auch bitte, ob für diese Aufgaben die Zivildienstler eingesetzt werden können oder sie als Studentenjobs anzubieten. Alles andere wird wahrscheinlich nicht machbar sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Strahm. Diese wird angenommen.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Vielleicht ist Ihnen das ja nicht bekannt, aber die Lehrpersonen gehen jetzt schon freiwillig um 5.30/6 Uhr in die Schulen und lüften selbst und wir haben gleichzeitig Massnahmen zu ergreifen zum Schutz der Gesundheit der Lehrpersonen, die überlastet sind.

Jenny Schweizer (SVP): Nein, mir ist nicht bekannt, dass die Lehrpersonen unterdessen die Fenster öffnen, aber umso besser, wenn sie dies tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Ich verstehe die Kritik von Jenny Schweizer und auch von der Regierung und darum möchte ich folgendes vorausschicken. Das Budgetpostulat ist notwendig, weil einfach lange nichts passiert ist. Also es ist ja nicht erst seit letztem Jahr, wo wir heisse Sommer haben. Sehr bedauernswert ist es eigentlich, dass es überhaupt Vorstösse braucht, damit etwas in den Gang kommt.

Die Motion Bothe zur Hitzebelastung haben wir zur Erfüllung überwiesen. Sie muss im Oktober 2029 erfüllt werden. Das würde bedeuten, dass die IBS, die ja eigentlich für Schulhäuser zuständig ist, dies im Sommer 2030, kommt das dann erst zur Umsetzung. Das ist etwas schwarz gemalt von mir, ich weiss. Ich gehe davon aus, dass das ED, denen sowohl die gerade erwähnte Motion wie auch der Anzug zum selben Thema überwiesen wurde, auf Hochtouren arbeitet und hoffentlich früher mit einer nachhaltigen Lösung kommen wird. Herr Atici hat da schon etwas erwähnt.

Zum Vorschlag des frühen Lüftens für die kommende Zeit. Ja, es stimmt, Frühlüften ersetzt keine Nachtauskühlung und hat insbesondere bei Tropennächten ihre Grenzen. Diese sachliche Einschätzung der Regierung kann ich absolut nachvollziehen. Entscheidend ist aber, welchen konkreten Beitrag diese Lüftung dennoch leisten kann. Der FHNW-Bericht weist nach, dass sich die Bausubstanz durch eine Stunde Frühlüften nicht nachhaltig herunterkühlen lässt, also wenn wir



Lehrpersonen um halb sieben schon da wären. Darum würden die vorgeschlagenen drei Stunden immerhin an den Vormittagen Erleichterung bringen und ein effizienteres Lernen ermöglichen. Eine Ablehnung des Frühlüftens hat zur Folge, dass die Schulzimmer während der Hitzeperiode weiterhin um 8 Uhr schon sehr heiss sind und nicht erst ab 11 Uhr.

Der Sommer steht fast vor der Tür und weit und breit gibt es noch keine wirksame Alternative, die mir bekannt ist. Es geht um den Gesundheitsschutz von Schülerinnen und Schülern und des Schulpersonals. Eine Ablehnung des Frühlüftens würde signalisieren, dass der Arbeitgeber Basel-Stadt den Schutz von Schulkinder und Personal sowie die Qualität der Bildung in den Sommermonaten nicht für dringlich hält.

Und jetzt habe ich hier viel reingekritzelt, der zusätzliche Aufwand der Lehrpersonen. Dieses Argument hatte ich lustigerweise schon mal gehört. Ja, wir könnten um 4 Uhr morgens doch schon in die Schule gehen, um dann diese drei, vier Stunden zu lüften. Im Gegensatz zu anderen Leuten, die vielleicht in der Verwaltung arbeiten, die dann auch gerade mit ihrer Arbeit beginnen können und vielleicht um 11 Uhr schon nach Hause gehen können, können wir Lehrpersonen das nicht, wir müssen bis 8 Uhr warten, bis die Schülerinnen und Schüler da sind. Die Lehrpersonen können übrigens in der Hitze ihren Auftrag erfüllen als Lehrperson, aber für die Schülerinnen und Schüler, die zum Teil sehr klein sind und für die es gesundheitliche Folgen gibt, für die ist es nicht sehr gut möglich.

Ich habe noch eine Notiz, die Massnahmen, der Regierungsrat hat es erwähnt, sie seien schon so weit. Das dürfen Sie gerne machen, denn wissen Sie, dieses Geld müssen wir dann nicht ausgeben, falls die Regierung jetzt doch mit was Tollem kommt diesen Sommer. Ja, es heisst nirgends, es muss alles bis auf den Rappen ausgegeben werden. Ansonsten könnte ich empfehlen, die Erfahrung zu machen und für die künftigen Massnahmen zu nutzen.

Ich habe es oben erwähnt, für mich ist nicht klar, warum diese Vorstösse und das Budgetpostulat an den Besteller, also an das ED gehen und nicht an die, die für die Gebäude eigentlich zuständig sind, nämlich die IBS. Vielleicht kann man das in Zukunft etwas genauer definieren oder mir fundiert erläutern, warum das so sein muss, wie es jetzt ist.

Auf jeden Fall bedanke ich mich für die Überweisung des Budgetpostulates, dass wir diesen Sommer ab und zu unter etwas anderen Bedingungen unterrichten können und vor allem, dass die Schülerinnen und Schüler unter anderen Bedingungen lernen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Jetzt schon kann ich allen versprechen, dass der nächste Sommer und die nächsten Hitzetage sicher kommen. Wir werden sicher wieder Tage erleben, wo wir über 30 Grad und vielleicht sogar gegen 40 Grad in den Schulzimmern haben und da überrascht es dann schon sehr, wenn es schon fast ein mutiges Handeln der Regierung ist, wenn sie sagt, ja, wir machen halt jetzt erstmal nichts und wir warten mal ab. Ich weiss noch nicht, wie Sie das dann wirklich der Bevölkerung dann verklickern wollen, umso mehr, da wir in Zwischenzeit doch immerhin eine Motion hier hatten, die durchgegangen ist. Wir haben einen Anzug, also eine Motion für Langzeitmassnahmen, da kann ich noch verstehen, dass Sie sagen, ja, wir werden Konzepte machen, wir werden etwas auf den Weg bringen, aber wir haben ganz klar auch von Sandra Bothe einen Anzug stehen, der Sofortmassnahmen verlangt und Sofortmassnahmen heisst wirklich sofort und nicht noch einen Sommer warten und deshalb ist diese Haltung nur schwer verständlich.

Bei der Lüftung ist es ja so, dass es vor allem eigentlich darum geht, das weiss ich auch als Hausbesitzer, dass man die Hitze erstmal aus dem Haus herausbringt und da geht es schon darum, dass man das schon schaffen kann in drei Stunden, dass die Wärme aus dem Haus kommt und man so auch zumindest wieder auf eine kühle Temperatur kommt, die eben dann gleich der ist, die man am Morgen eben hat. Das ist eigentlich der Grund der Lüftung und nicht das Herunterkühlen im Sinne einer künstlichen Kühlung.

Und was ich auch noch gehört habe, wir sprechen natürlich bei weitem nicht von allen Schulhäusern, sondern es gibt Schulhäuser, die sind bestens schon heute klimatisiert. Also es geht wirklich um diese Schulhäuser und diese Kindergärten, die eben eine schlechte Klimatisierung haben, und da ist es wirklich, muss man sagen, jetzt erst einmal eine Notlösung, dieses Lüften. Aber es ist eine Lösung, wenn auch nicht super und nicht das Beste, was man machen kann, aber im Moment sicher sehr vorteilhaft.

Wir müssen sehen, dass diese Vertröstung auf später, das kann nicht mehr der Wahrheit letzter Schluss sein und deshalb sind wir sehr dafür, dieses Budgetpostulat ein zweites Mal zu überweisen. Und wie wir schon vorher gehört haben, es geht nicht darum, das Geld alles auszugeben, sondern es geht darum, einfach mal wirklich auch der Bevölkerung zu zeigen und den Schülerinnen und den Lehrer*innen auch zu zeigen, dass man sehr wohl willens ist, wenigstens etwas zu versuchen, eine gewisse Verbesserung an gewissen Orten zu erreichen. Besten Dank für die Überweisung des Budgetpostulats.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte-EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Auch die Fraktion Mitte-EVP bittet Sie um Überweisung. Es geht, es wurde jetzt schon gesagt, ja nicht darum, dass das, wie das vielleicht bei anderen Budgetpostulaten ist, mit der Überweisung dann das Geld automatisch vollumfänglich ausgegeben ist. Es freut uns auch als Mitte-EVP zum Beispiel, dass jetzt doch schon im Votum von Herrn Atici etwas konkreter wurde, was denn jetzt schon in Umsetzung ist als Pilotprojekt, und wie vorhin jemand schon gesagt hat, wenn natürlich dann zum Beispiel an einer Schule der Ventilator getestet wird, dann kann man ja dort dann darauf verzichten zu prüfen, ob es dann auch noch ein Frühlüften geben soll. Es geht darum zu schauen, dass dort, wo es sinnvollerweise möglich ist, so etwas einzurichten, dass dafür Geld vorhanden ist. Und auch wenn es zugegeben sicher nicht den ganzen Tag die Situation löst, dann müssen ja nicht die Kinder auch noch die ersten zwei, drei Lektionen aus Prinzip schwitzen, nur weil es nicht für den ganzen Tag hält. Dann kann man doch wenigstens für diese Morgenstunden eine Situation schaffen, die das Arbeiten etwas verbessert und damit auch effektiver macht, was im Unterricht geschieht.

Wir bitten Sie darum, die Möglichkeit dort, wo das sinnvoll ist, zu geben, indem man dafür Geld bereitstellt, dass wenigstens teilweise an heissen Tagen die Situation verbessert wird. Und so nebenbei, das ist vielleicht nur mein subjektives Empfinden, aber ich habe den Eindruck, die heissesten Tage im Jahr sind immer zielgenau vor und nach den Sommerferien und leider nicht während der Sommerferien, wo es alle lieber hätten, aber so ist es nun mal, dass es oft schon im Juni gewisse sehr heisse Tage gibt und dann nach dem August auch wieder und dort eine Erleichterung zu verschaffen, das wäre doch auch kurzfristig wichtig.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetreten hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe hier ein bisschen zugehört, aber ich meine, man muss einfach lüften und das ist die Lösung, lüften, Durchzug, viel Wasser trinken, aber wenn wir hier über Hitzestau und so reden, wenn ich es richtig verstanden habe, muss ich schon sagen, das ist übertrieben. Ich sehe da überhaupt gar keine Gefahr und ich bitte Sie wirklich einmal, ein bisschen realistisch zu bleiben. Ich bin kein Arzt, aber ich lese die ganzen Arztberichte. Junge Menschen vertragen die Hitze. Risikopatienten, um in Corona-Worte zu bleiben, sind eher die älteren Leute, solche, die Diabetes haben, solche, die ein bisschen viele Kilos haben, das sind Risikopatienten, die auch mehr schwitzen. Aber junge Leute, denken Sie mal, wo sie gewesen sind, 10, 11, 12, 13, 14 Jahre. Ich bin normal ins Hirzbrunnen-Schulhaus gegangen, ich habe da nie übermässig heiss gehabt und ich möchte dem nicht zustimmen und nicht überweisen und ich möchte Sie einfach bitten, mal den Ball ein bisschen flachzuhalten.

Wir haben hier ein mitteleuropäisches Klima. Wir sind nicht in Italien oder Griechenland. Wenn Sie Basel mit ihrem Ferienaufenthalt in Italien und Griechenland, Türkei verwechseln, kann ich es auch nicht ändern. Aber wenn Sie zurückdenken, vor 30, 40, 50 Jahren haben wir so eine Diskussion hier gar nicht geführt und jetzt plötzlich kommen so Diskussionen. Ich weiss jetzt nicht, wie viel der Betrag ist, weil ich habe ja als Grossrat nichts mehr auf Papier, darum kann ich keine Zahlen nennen, aber es sind ja bestimmt hunderttausende von Franken, die da jetzt in Gebäude investiert werden und das sehe ich nicht ein. Also das ist für mich eine Plagerei vom Steuerzahler und so heiss ist es ja auch nicht, meine Damen und Herren, wir haben ja hier keine Klimaanlage und keiner schwitzt hier im Haus. Man kann das Fenster öffnen.

Ich staune schon, was in den letzten 20 Jahren für Sachen hier in den Grossen Rat kommen, die wir vor 50 Jahren hier nicht diskutiert hätten. Vor 50 Jahren hätten Sie sich mit solchen Vorstössen lächerlich gemacht, aber heute, also verkehrte Welt. Ich stimme Nein und ich hoffe, dass ich auch ein paar Leute habe, die sagen, okay, Eric hat noch klaren Verstand und sieht das. Und es gibt ja hitzefrei, dann müssen Sie ja hitzefrei abschaffen. Wenn man jetzt logisch denkt, ich komme jetzt gerade auf Ideen und ins Gespräch, wenn Sie jetzt logisch denken, dann müssten wir ja hitzefrei abschaffen, weil Sie ja wie in Abu Dhabi das Klima runtersetzen. Wenn Sie schon einmal in Abu Dhabi waren, dort gibt es Klimaanlage, aber dort, Sie dürfen nicht Abu Dhabi mit Basel verwechseln, dort sind 50 Grad im Sommer und hier sind es 25 Grad im Sommer und wenn Sie einen warmen Kopf haben, springen Sie in den Rhein und gehen schwimmen.

Aber wie gesagt, ich staune immer mehr, was hier für Gelder ausgegeben werden, was früher einfach nicht der Fall war. Die Schulen sind, Mustafa Atici, gut ausgerüstet und dann bitte ich Sie, Mustafa Atici, hitzefrei abzuschaffen, wenn wir so viel Geld in die Klassen investieren. Und dann müsste man ja fragen, ob dann die Eltern auch in die Schule kommen dürfen, damit sie sich dort abkühlen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.



RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Ich versuche mich kurz zu halten. Es ist nicht so, dass wir nichts tun, dass wir nichts unternehmen. Das Problem ist uns bekannt und dass es auch dringenden Handlungsbedarf gibt, ist nicht zu bestreiten. Ich habe vorhin erwähnt, im Rahmen der Bearbeitung Anzug Sandra Bothe werden wir ab diesem Sommer Pilotprojekte mit Deckenventilatoren, Aussenraumkühlung und manuelle Nachtauskühlungen vornehmen. Für langfristige Lösungen braucht man tatsächlich Zeit und gute Planung, weil in der Gebäudesubstanz baulich etwas zu ändern, das braucht Zeit, das braucht gute Planung. Das werden wir auch im Rahmen bestehender Vorstösse bearbeiten. Einfach eine Realität möchte ich nochmals erwähnen, es wurde von den Votanten auch betont, in diesen 250 Standorten eine Firma zu finden, die morgens um vier Uhr diesen Auftrag ausführen, wird nicht so einfach sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 58 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008720, 22.04.26 17:22:08]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Sandra Bothe werden im Budget 2026 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 290'000 eingestellt.

(Position Erziehungsdepartement, 201 Zentrale Dienste und Generalsekretariat, 31 Sach- und Betriebsaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie wollen mit 32 Ja-Stimmen gegen 58 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung das Budgetpostulat erfüllen. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

40. Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur, Schreiben des RR

[22.04.26 17:22:25, 26.5088.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Alex Ebi (LDP): Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bei der Regierung und der Verwaltung bedanken, dass ich nun seit Jahren immer wieder die Gelegenheit erhalte, in diesem hohen Hause über den Sport, die fehlende Infrastruktur und die fehlende ideelle und finanzielle Wertschätzung der Sportlerinnen und Sportler sprechen zu dürfen. Von verschiedenen Seiten, Medien, Ärzte, Politiker, ist schon lange immer wieder zu vernehmen, dass sich Menschen, insbesondere auch junge, oft schlecht ernähren, sich zu wenig bewegen, sich sozial isolieren und dass dies nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle zum Nachteil werden könne. Verringerung der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft, Drogenproblematik, Kriminalität, usw., und dass die Behebung eines entstandenen Schadens folgend von Tabak, Alkohol oder Fettleibigkeit letztlich deutlich teurer sei, als in die Prophylaxe zu investieren.



Dass der Sport, ob Nachwuchs-, Breiten- oder Spitzensport, für eine Gesellschaft von enormer Bedeutung ist, steht ausser Frage. Physische und psychische Gesundheit, Sozialkompetenz, Integration, Abbau von Vorurteilen, Umgang mit Siegen, aber auch Niederlagen, Teamgeist, Respekt vor dem Gegner und Mitspieler, Definition von persönlichen Zielen und deren Erreichbarkeit sind nur ein paar Stichworte, die verdeutlichen, wie wichtig der Sport, insbesondere der Mannschaftssport ist. Zudem bildet er ausserordentlich gute Ventile, um mit dem Leistungsdruck in Schule, Beruf und anderen täglichen Herausforderungen besser umgehen zu können.

Viele Sportlerinnen und Sportler, viele Sportvereine finden im Kanton seit Jahrzehnten keine idealen Voraussetzungen für Bewegung, Trainings oder Wettkämpfe vor. Es fehlen Trainingshallen und moderne Spielstätten ohne 70er-Jahre-MIV und Dutzenden Linien am Boden, dafür mit VIP-Bereich und Tribünen für Zuschauer, für Unihockey, Volleyball, Eishockey, Handball und Basketball. Es fehlt eine Schwimmhalle mit 50 Meter-Wettkampfbecken, es fehlen Eisflächen, es fehlen Infrastrukturen, die von Sportvereinen, Verbänden und Sportlerinnen als Meeting-Points genutzt werden können. Natürlich am liebsten alles im Joggeli, wo denn sonst, fragt sich der Sportaffine, dort ist unser Basler Sport zu Hause.

Dieses Votum ist kein neues, ein wenig kosmetisch verändert zwar, aber genau das habe ich schon vor sechs Jahren gehalten. Wie die Zeit vergeht. Heute stehe ich hier und muss feststellen, dass seit Jahrzehnten die Sportinfrastruktur in unserer Stadt keine Priorität genossen hat, offenbar auch an den Schulen nicht. Anders ist beispielsweise nicht zu erklären, erst recht in Basel mit seinen eingeschränkten Platzverhältnissen, dass bei Renovationen von alten kleinen Schulturnhallen Pinselsanierungen bevorzugt werden, statt die Gelegenheit zu nutzen, stattdessen auf der nahezu gleichen Fläche eine neue zeitgemässe Dreifachhalle hinzustellen, zum Beispiel im Campus Bäumlihof. Das ist nicht nur sehr bedauerlich, sondern aus oben erwähnten Gründen völlig unverständlich.

Nun, das ist offenbar nun alles alter Kaffee. Das Rummeiern, Schubladisieren und Aussitzen scheint vorbei. Nach der Antwort des Regierungsrates wird jetzt offensichtlich alles besser. Die Verwaltung zeigt für die vielschichtigen Probleme der Vereine Verständnis und sucht kurzfristige Lösungen und Verbesserungen. Die alten Schulturnhallen sollen mit höchster Priorität modernisiert werden, die Sportinfrastruktur wurde priorisiert und in drei Klassen aufgeteilt. Alles hat hohe, höchste oder allerhöchste Priorität. So weit, so gut, so weit, so euphemistisch.

Der Regierungsrat erklärt, dass leider nicht alles zeitgleich gebaut werden kann, also gestaffelt vorgegangen werden muss. Okay, das kann sein, muss aber nicht. Ebenfalls wird betont, dass die Eishallen, die im Bachgrabengebiet gebaut werden sollen, in der Kategorie 1 eingeteilt werden, also allerhöchste Priorität geniessen. Okay, das kann man so sehen, muss man aber nicht. Aber wenn ich dann vernehme, dass diese Eishallen mit Prio 1 frühestens im 2035 voraussichtlich bezugsbereit sind, stellen sich bei mir schon die Fragen, wann denn Prio 2 und Prio 3 an der Reihe sind. Prio 2 im 2045, Prio 3, die Publikumssporthalle im 2055. Ich vermute, das Herzstück kommt schneller.

Kurzum, sehr geehrter Regierungsrat, vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen. Ich spüre Ihr Verständnis für die Unzufriedenheit der Sportlerinnen und Sportler, die fehlende Infrastruktur und Ihren Verbesserungswillen. Dafür möchte ich mich bedanken. Der zeitliche Ablauf jedoch ist selbstverständlich kein akzeptabler Plan. Deshalb bin ich mit der Beantwortung der Interpellation nur teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Ich habe einen Ordnungsantrag von Annina von Falkenstein betreffend Absage der heutigen Nachtsitzung. Möchten Sie begründen?

Annina von Falkenstein (LDP): Im Namen von FDP, SVP und LDP beantragen wir Ihnen, die Nachtsitzung heute auszulassen, weil wir davon ausgehen, dass wir nicht 2.5 Stunden brauchen, um die Traktanden abzuarbeiten und wir dann Restzeit übrig hätten, die zwar einkalkuliert ist im Sitzungsgeld, aber nicht genutzt wird, und weil wir auch finden, es sind heute relativ viele Leute abwesend, die digital dabei wären, die wahrscheinlich auch froh sind, wenn sie sich der Genesung ihrer Krankheit widmen können und nicht noch so halb dabei digital mitvegetieren müssen. Von dem her beantragen wir Ihnen die Absage und wären froh, wenn Sie sich da anschliessen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich empfehle Ihnen, dass wir die Nachtsitzung machen, da wir doch auch noch Budgetpostulate haben, über die wir heute abstimmen könnten und nicht erst im Mai. Herr Weber hat sich noch gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie können sich ja denken, was ich sage. Respekt vor dem Amt der Präsidentin, eigentlich wäre Herr Schallert dort oben, aber jetzt ist es Gianna Hablützel.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es geht hier um Abstimmen.

Eric Weber (Fraktionslos): Sie haben gesagt, wir machen eine Nachtsitzung und ich finde, das sollte man respektieren, was unser Chef sagt, Frau Präsidentin. Wir brauchen das Geld und ich bin für eine Nachtsitzung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Nachtsitzung absagen, NEIN heisst durchführen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 49 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008723, 22.04.26 17:31:49]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachtsitzung durchzuführen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 37 Ja-Stimmen gegen 49 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dazu entschieden, dass wir die Nachtsitzung heute durchführen.

41. Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR

[22.04.26 17:32:01, 25.5576.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Das Therapiebad der Universitären Altersmedizin Felix Platter wurde seit Eröffnung der UAFP im Jahr 2019 für die Behandlung von Patientinnen und Patienten genutzt sowie für Nebennutzungen an externe Schwimmschulen und Schwimmvereine vermietet. In den letzten Jahren hat sich jedoch der therapeutische Bedarf deutlich verringert. Moderne Therapieformen haben die Wassertherapie weitgehend ersetzt, vor allem für schwer beeinträchtigte Patientinnen und Patienten. Entsprechend ist ein Therapiebad seit 2025 auch kein zwingendes Kriterium mehr für die Swiss Reha-Zertifizierung. Gleichzeitig sind die Betriebskosten hoch, die Einnahmen aus der Vermietung jedoch gering. Die Spitalleitung hat deshalb entschieden, das Bad per Ende 2025 zu schliessen. Vorgängig wurde mit den Schwimmschulen Verhandlungen über eine vollständige Kostenübernahme geführt, die jedoch erfolglos blieben. Der Regierungsrat ist dagegen, das Spital mit einem Weiterbetrieb wider Willen zu beauftragen.

Das vorliegende Budgetpostulat, das wir deshalb ablehnen, betrifft das Budget für das laufende Jahr. Bei Annahme müssten wir Verhandlungen über einen Weiterbetrieb für das Jahr 2026 mit dem Spital aufnehmen. Allerdings kann die UAFP keine mehrheitlich therapeutische Nutzung mehr sicherstellen. Das Spital würde daher lediglich die Infrastruktur bereitstellen müssen. Ob genügend externe Therapieanbieter das Bad nutzen würden, ist offen. Bei einer Annahme des Budgetpostulats für das aktuelle Jahr würde also keine Planungssicherheit für das Spital bestehen. Es geht dann auch noch um die Folgejahre. Deshalb empfehlen wir Ihnen Ablehnung, dann wird das Bad dauerhaft geschlossen und es wird für die Fläche eine neue Nutzung geprüft werden.



Es ist zuzugeben, dass das Anliegen des Postulats zunächst nachvollziehbar und verständlich klingt. Geeignete und günstige Schwimmmöglichkeiten für Kinder und ältere Menschen sind sympathisch. Die Situation ist jedoch eindeutig, das Bad wird intern kaum genutzt, ist therapeutisch nicht mehr erforderlich und ermöglicht keinen kostendeckenden Betrieb. Entscheidend aus Sicht des Regierungsrats ist, dass eine finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bads aus Mitteln des Kantonshaushalts unter dem Titel der Gesundheitsversorgung nicht gerechtfertigt ist, wenn keine ausreichende therapeutische Nutzung mehr durch das Spital erfolgt. Deshalb noch einmal beantrage ich Ihnen, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als erster Fraktionssprecher für die Fraktion BastA eingetragen hat sich Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA unterstützt auch weiterhin das Budgetpostulat für den Erhalt des Therapie- bzw. Schwimmbads am Felix Platter-Spital. Die Antwort der Regierung überzeugt uns nicht, im Gegenteil, die Antwort verstärkt uns in unserer Haltung, dass diese Schwimmfläche im Grossbasel West dringend erhalten werden muss. Der Bedarf an Schwimmmöglichkeiten ist hier auch schon bekannt sehr hoch. Es macht also keinen Sinn, bereits bestehende Wasserfläche zu zerstören. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dieses Bad erst vor sieben Jahren mit dem Zweck damals eines Therapiebads für das Felix Platter gebaut wurde, aber auch die Nutzung von Schwimmschulen und für den Altersgesundheitswassersport damit ermöglicht wurde. Es ist also neu und gut erhalten. Nur weil ein Therapiebad keine Auflage mehr für die Zertifizierung als Rehaklinik darstellt und das UAFP aus meiner Sicht auch nicht ganz nachvollziehbaren Gründen überhaupt keinen Therapiebedarf mehr sieht, sollte dies aus Sicht der Regierung aber keine Begründung für einen Rückbau nach sieben Jahren darstellen.

Es verwundert mich, dass die Regierung ein Budgetpostulat benötigt, um mit dem UAFP, so steht es in der Antwort, in Kontakt zu treten, um Verhandlungen für die Fortsetzung des Betriebs aufzunehmen. Aus unserer Sicht hat der Regierungsrat einerseits als Miteigner des Felix Platter und vor allem aber aufgrund der Verantwortung zur Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Bevölkerung auch so den Auftrag, sich für den Erhalt des Schwimmbads und für pragmatische Lösungen, damit jenes weiterbetrieben werden kann und das UAFP auch entlastet werden kann, einzusetzen. Nichts spricht dagegen, dass der Regierungsrat sich über das Fortbestehen des Schwimmbads Gedanken machen darf, schliesslich ist das UAFP kein Privatspital, sondern gehört dem Kanton. Wenn das Therapiebad nicht verwendet wird, dafür das Bad aber für andere Zwecke sinnvoll ist, dann müsste dies doch als Begründung ausreichen.

Der Kanton soll mittels Budgetpostulat den Betrieb für das laufende Jahr sicherstellen und gleichzeitig prüfen, ob sich nicht beispielsweise das Sportamt einklinken könnte, um die zukünftige Sicherstellung des Betriebs zu gewährleisten. Weil, wie schon gesagt, die Fortsetzung des Schwimmbads ist auch ohne therapeutische Verwendung des Felix Platter, gerade unter Berücksichtigung der Gesundheitsversorgung wichtig und müsste finanziell unterstützt werden. Und ich denke, es wäre eh sinnvoller, nicht das UAFP würde mit den Schwimmschulen, etc. verhandeln, sondern der Kanton, falls er das nicht getan hat. Die Interessenslage des Felix Platter ist aufgrund des Finanzdrucks halt verständlicherweise ein ganz anderer und steht dort dann im Widerspruch zur Sport- und Gesundheitsförderung für die Allgemeinbevölkerung. Den Rückbau des Bads und damit die Fläche für eine andere Nutzung oder zur weiteren Vermietung zur Verfügung zu stellen, macht aus einer politischen Gesamtbetrachtung keinen Sinn. Es ist auch nicht die Lösung für den finanziellen Druck des Felix Platter, da benötigt es dann schon andere Massnahmen.

Besten Dank, dass Sie dieses Budgetpostulat nochmal überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Während die SP-Fraktion bei der Erstüberweisung noch geschlossen hinter diesem Budgetpostulat stand, sind wir heute offen. Ich glaube, was unbestritten ist, ist, dass kein Bedarf mehr besteht für eine therapeutische Nutzung. Es stellt sich die Frage, ob dieser Bedarf je tatsächlich da gewesen ist oder ob das Bad wirklich nur gebaut wurde, weil es eben für diese Reha-Zertifizierung notwendig war. Ich stelle deshalb auch ein bisschen in Frage, ob das als Argument gegen dieses Budgetpostulat überhaupt noch gewertet werden soll, weil das Budgetpostulat zielt ja nicht auf eine therapeutische Nutzung, sondern eben auf ergänzende Nutzung.

Nun, das Spital hat keinen Nutzen mehr an diesem Bad und entsprechend ist es betrieblich ein Nachteil und das Spital kann auch glaubwürdig vermitteln, dass es diese Flächen für den eigenen Betrieb mit einer anderen Nutzung gut einsetzen könnte. Dieses Argument ist auch für einen Teil der SP-Fraktion ausschlaggebend, heute auf eine Zweitüberweisung dieses Budgetpostulats zu verzichten. So weit so nachvollziehbar. Für einen anderen Teil der SP-Fraktion, und da zähle auch ich



dazu, überwiegen jedoch die Vorteile einer Aufrechterhaltung dieses Bads, und zwar nicht Vorteile für das Spital, sondern eben für uns, für die Bevölkerung, für die Gesellschaft. Das Bad eignet sich nämlich auch für andere Nutzungen, für Freizeitnutzungen, das hat die tatsächliche Nutzung gezeigt, denn bis Ende letztes Jahr wurde das Bad durch mehrere Vereine genutzt, vor allem für Schwimmkurse für Jung und Alt.

Nun, ich glaube persönlich wirklich, dass es unsinnig ist, eine nur sieben Jahre junge, teure Infrastruktur zu vernichten, insbesondere wenn ein Bedarf, diese zu nutzen, noch da ist. Es kommt hinzu, dass der Regierungsrat selber in der Beantwortung eines Anzugs zu den Schulschwimmbädern geschrieben hat, dass er das Bad im Felix Platter-Spital als ergänzende Option für den Schwimmunterricht der Primarschulen prüfen wolle. Ich sehe da also auch einen gewissen Widerspruch.

Es stellt sich nun die Frage, was gewichten wir höher, und das meine ich jetzt wirklich ernst, was gewichten wir höher, die betrieblichen Ansprüche des öffentlichen Spitals, und da denke ich, das ist Teil unserer Aufgabe, das auch mitzubestimmen, oder gewichten wir höher den konkreten Nutzen, den es für die Bevölkerung gibt, wenn wir das Bad erhalten. Entscheiden Sie weise.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich danke meinen Vorrednern für ihre wertvollen Voten im Namen all derer, welchen das Schwimmen, das sich bewegen im Wasser eine Erholung bringt und einen Nutzen bringt. Deshalb bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat zu erfüllen.

Es ist schon interessant, wie mit dieser unzweifelhaft wertvollen Infrastruktur umgegangen wird. Das Schwimmbad im UAFFP wurde vor wenigen Jahren im Rahmen des Neubaus eingebaut, weil damals ein Therapiebad zwingendes Kriterium für die Swiss Reha-Zertifizierung war, und laut Regierungsrat ist dies seit 2025 nicht mehr zwingend der Fall. Das heisst also, wenn der Regierungsrat etwas als nicht zwingend erachtet, dann kann man es stilllegen, zumachen, das Geld, das aufgewendet worden ist, kübeln, den Deckel darüber, ich finde das eine etwas schwierige Einstellung. Es gibt nämlich in dieser Situation zwei mögliche Strategien, die man verfolgen kann. Die bequeme, einfache, nicht nachhaltige Lösung oder die aufwendigere, aber nachhaltige Lösung. Leider haben sich Regierungsrat und UAFFP für die bequeme Lösung entschieden. Die aufwendige, aber richtige und nachhaltige Lösung ist alles, aber wirklich alles zu unternehmen, um die bestehende Infrastruktur weiterverwenden zu können.

Die Lösung liegt auf der Hand und sie wurde auch schon in der Debatte im Januar auch von mir angesprochen, wir verwenden das Bad als ein Quartierbad, auch und gerade für die Jüngsten und Jüngeren und für die Älteren und Ältesten. Es wird wohl niemand bezweifeln, dass gerade für ältere, kranke und beeinträchtigte Menschen die Bewegung im Wasser ein wertvoller Beitrag zu einer besseren Lebensqualität ist. Diesen Menschen die Möglichkeit zu nehmen, sich etwas Erholung, vielleicht sogar Heilung zu verschaffen, ist einer modernen Gesellschaft und einer Stadt wie Basel unwürdig. Der Regierungsrat bezieht sich in seiner Stellungnahme einzig auf Schwimmschulen und Schwimmvereine. Wie schon ausgeführt, greift dies aber zu kurz. Es gibt noch zahlreiche andere Organisationen, welche das Quartierbad benutzen könnten, Aquafit, Aquapower, Aquagym, etc. Alles Angebote, an deren Nutzen wohl niemand ernsthaft zweifeln kann. Schwimmen lernen und üben, sich erholen, Schmerzen lindern, wer will so etwas der Bevölkerung verweigern, vor allem wenn die Infrastruktur bereits vorhanden ist, wenn sie funktioniert, wenn der Betrieb funktioniert, wenn man weiss, wie man damit umgehen muss. Ein Quartierbad zu betreiben, ist nicht unmöglich, es ist einfach eine Frage des guten Willens.

Für den Betrieb dieses Bads sind, wie wir bereits erfahren haben in der früheren Debatte, Leistungen nötig, die das Spital brachte, die jetzt finanziert werden müssen. Hausschliesstechnik, Garderoben zum Beispiel. Das Budgetpostulat beinhaltet eben gerade diese Leistungen, welche notabene vom UAFFP selbst so aufgelistet worden sind. Wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen, die Versorgung von kranken Menschen, Sicherheit von Kindern, Therapie von Patienten nachhaltig zu unterstützen. Die Finanzierung erlaubt es dem UAFFP und den zahlreichen interessierten Gruppen, ein nachhaltiges Betriebskonzept zu erarbeiten.

Wie ich immer betone, besteht ein Bedarf und ein Interesse am Bad, gerade in einem Quartier, welches mit solchen Schwimmmöglichkeiten nicht gesegnet ist. In nicht allzu grosser Entfernung ist das Bachgrabenbad, aber dieses Bad hat eine ganz andere Klientel. Sie bedient einen ganz anderen Kundenkreis, nämlich es ist für das Freizeitschwimmen gedacht, gerade für mehrheitlich jüngere oder auch etwas ältere, es ist aber sicher nicht gedacht als ein Schwimmbad für Leute, welche sich heilen wollen oder welche ihren Kleinkindern das Schwimmen beibringen möchten. Es ist schwierig, gerade für behinderte Menschen dann zu verlangen, dass sie sich durch die halbe Stadt bewegen, um eine solche Erholungsmöglichkeit zu finden. Es gibt am Weiherweg noch ein solches Schwimmbad, das ist aber doch schon eine ganze Strecke weg. In einer Gegend, in welcher bereits ein Mangel besteht, eine existierende Möglichkeit abzubauen, erachten wir als wenig sinnvoll.



Der beantragte Betrag geht über das Angebot von Therapiemöglichkeiten hinaus in Richtung einer gesamtheitlichen Gesundheitsförderung. Er ist auch eine Massnahme zur Prävention von Unfällen, ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität von älteren Mitmenschen, ein Angebot zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, alles in allem ein Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Ja, meine Damen und Herren, also wer mich kennt, weiss, dass ich mich eher nicht im linken Teil des politischen Spektrums verorte, aber für einmal muss ich doch sagen, ich bitte Sie jetzt, in dieser Angelegenheit des Quartierbads, einer wichtigen Gesundheitsinstallation, dem schnöden Mammon zu frönen, das finde ich falsch. Geben wir doch dem Quartierbad die Chance, die es verdient hat. Ich bitte Sie, dieses Budgetpostulat zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich möchte kurz auf die Diskussion hier im Saal noch eingehen und muss Ihnen sagen, das Felix Platter-Spital ist unsere universitäre Altersmedizin. Es ist nicht eine Badeanstalt. Wenn Sie im Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons nachlesen und mir den Badeparagrafen zeigen mögen, dann bin ich bereit, das in Wiedererwägung zu ziehen, aber es geht nicht darum, das Spital mit diesem Badeauftrag nun zu lancieren. Das Bad ist für therapeutische Zwecke von Spitalpatientinnen und -patienten gebaut worden, die nun nicht mehr diesen Bedarf haben. Man mag das als Fehler bezeichnen jetzt und bedauern, dass gewisse Infrastrukturinvestitionen sich als obsolet erweisen, einverstanden, aber das ist nicht wegleitend jetzt für den Umgang mit dieser Infrastruktur, die jetzt einmal da ist in Zukunft.

Wir haben geprüft, das möchte ich sagen, mit den zuständigen Stellen im Kanton, was die Eignung ist für Schwimmunterricht von Schulen oder für Sportnutzungen und das Resultat ist ernüchternd. Das Bad ist klein, das müssen Sie wissen, die Garderobenausstattungen sind minimalst, das bitte ich Sie auch zu bedenken, und die Zugangssituation ist nicht so, dass das für das Spital und den Betrieb unproblematisch wäre. Es ist gesagt worden, man habe hier Nutzungsabwägungen vorzunehmen, das ist richtig. Sie haben zu entscheiden zwischen den Nutzerinteressen von Patientinnen und Patienten, die ein klinisches Interesse haben an diesem Ort, und denjenigen, die es vielleicht amüsant finden, dort etwas schwimmen zu gehen. Das ist ja letztlich, wenn man ehrlich ist, ein bisschen was hinter dem Anliegen Quartierbad steht. Wir belasten das Spital mit der Organisation des Zugangs für alle möglichen Freiwilligen, wenn wir sagen, es müsse nun ein Bad im Sinne eines Quartierbads vorhalten. Dafür ist die Zugangssituation ungünstig und ich muss Ihnen sagen, ich möchte dem Spital diese Hypothek nicht mitgeben.

Deshalb bin ich dankbar, wenn Sie das Budgetpostulat ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Erfüllung.

Ergebnis der Abstimmung

43 Ja, 46 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008725, 22.04.26 17:52:17]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Beat K. Schaller werden im Budget 2026 des Gesundheitsdepartements zusätzlich Fr. 282'000 eingestellt.

(Position Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 43 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen das Budgetpostulat erfüllt. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert, entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

42. Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten, Stellungnahme des RR

[22.04.26 17:52:32, 25.5320.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Bereits vor Einreichung dieser Motion wurde im Austausch mit dem Apothekerverband darauf hingearbeitet, dass die Impfkompetenzen an Fachfrauen und Fachmänner Apotheke delegiert werden sollen, um Apothekerinnen und Apotheker gezielt zu entlasten. Zur Erfüllung dieses Anliegens hat der Regierungsrat einen pragmatischen und flexiblen Lösungsweg gewählt. Anstelle einer Anpassung der Heilmittelverordnung erliess die Kantonsapothekerin am 15. Dezember 2025 eine ergänzende Weisung. Diese sieht nun vor, dass Fachfrauen und Fachmänner Apotheke nach Abschluss eines anerkannten Impfkurses befugt sind, Impfungen unter Aufsicht einer Apothekerin oder eines Apothekers durchzuführen. Seit Januar 2026 ist ergänzend dazu ein Impfkurs für Lernende im dritten Ausbildungsjahr an der Berufsfachschule Basel vorgesehen. Diplomierte Fachfrauen und Fachmänner Apotheke können bei Bedarf einen gleichwertigen anerkannten Kurs besuchen und sich so die Kompetenz aneignen. Mit diesen Massnahmen ist gewährleistet, dass Fachpersonen Apotheke die erforderlichen Impfkompetenzen erwerben und diese gezielt in ihrem beruflichen Umfeld einsetzen können. Wir sind der Auffassung, dass wir damit eine zweckmässige Lösung gefunden haben, die jetzt Eintreten und weitere Bearbeitung dieser Motion überflüssig macht, und bitten Sie deshalb, diese Motion uns nicht mehr zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion abzulehnen.

43. Anzug Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen, Schreiben des RR

[22.04.26 17:54:41, 21.5630.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben grosses Verständnis für das Anliegen, das formuliert ist im Anzug, und wir sind uns der Problematik der übermässigen Vermehrung von Katzen bewusst. Der Regierungsrat hat sich deshalb nochmals vertieft mit dem Anliegen des Anzugs auseinandergesetzt und insbesondere die rechtliche Situation noch einmal eingehend geprüft. Dabei zeigt sich, die Kompetenz zur Regelung des Tierschutzes liegt abschliessend beim Bund, so dass die Kantone auf diesem Gebiet grundsätzlich keine materiellen Regelungen erlassen dürfen. Folglich dürfte sich eine Chip-Registrierungs- oder Kastrationspflicht im kantonalen Tierschutzrecht als unzulässig erweisen. Wir haben das weiter schriftlich ausgeführt, angesichts der Zeit möchte ich an dieser Stelle hier enden und Sie bitten, den Anzug abzuschreiben.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Fraktionssprecherin eingetragen hat sich Claudia Baumgartner für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich mache es kurz, ich möchte mich nur noch kurz melden, weil auch wir beantragen, dass wir dieses Geschäft jetzt abschreiben, aber nicht etwa, weil wir da der gleichen juristischen Ansicht sind, wie das der Regierungsrat sieht, sondern eigentlich im Gegenteil. Sie haben das vielleicht gesehen in der Antwort des Regierungsrats, da wird verwiesen auf ein Rechtsgutachten aus dem Kanton Aargau, das sich auf Registrierungspflicht bezieht. Aus unserer Sicht, die das gleich sehen, denken wir doch sehr wohl, endlich hat jetzt einmal ein Gutachten gezeigt, dass eigentlich im Bereich Tierschutz nicht nur der Bund zuständig ist, sondern die Kantone natürlich auch im Vollzug, aber auch gesetzgeberisch selbstständig tätig werden können, wenn sie das Bundesrecht in dem Sinn nicht widersprechen, sondern wenn sie es eben sogar auch noch unterstützen. Und wir haben nun mal in der nationalen Tierschutzverordnung die Regelung, dass alle Tierhaltenden einfach schauen müssen, dass ihre Tiere sich nicht übermässig vermehren. Es ist klar, bei einer Katze ist das relativ schwierig. Welches andere gehaltene Tier kann einfach machen, was es will?

Und von daher denke ich eigentlich schon, dass wenn man natürlich mit einer Kastrationspflicht kommen würde, würde natürlich dieses Anliegen aus der nationalen Tierschutzverordnung sehr wohl unterstützt werden, weil es einfach anerkannt ist, dass eine Kastration natürlich dieses Problem massgeblich lösen könnte. In anderen Ländern ist das zum Teil schon flächendeckend geregelt, zum Beispiel in Österreich oder auch in Deutschland bundesländerweit oder auf Kommunen. Ich denke, ich bin froh, dass der Regierungsrat hier auch anerkannt hat, dass es wirklich ein Problem ist im Tierwohl und von daher sehe ich das toll, dass Sie das so sehen, aber schade, dass Sie hier nicht den Mut haben und sich eigentlich auf dieses Gutachten jetzt stützen und daraus etwas machen. Und ja, schade um alle Tiere, die jetzt seit fünf Jahren mit diesem Anzug herumgehen und in unseren Industriebrachen und Familiengärten wirklich am Leiden sind, aber ich würde sagen, lassen wir es gut sein jetzt mit dieser juristischen Beurteilung, wo wir uns uneins sind und ich denke, Katzen haben viele Leben, also von daher, there is no use crying over spilt milk. Wir können nochmals Anläufe nehmen und Sie können sicher sein, dass ich an dieser Sache im Interesse aller Streunerkatzen natürlich dranbleibe.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

44. Interpellation Nr. 19 Tobias Christ betreffend Digitalisierung im Gesundheitswesen – Auswirkungen der Auswahl des neuen Klinikinformationssystems (KIS) des Universitätsspital Basel (USB) Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Basel, Schreiben des RR

[22.04.26 17:58:51, 26.5076.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Tobias Christ (GLP): Ich bin mit der Antwort zufrieden. Interessant ist, was in der Antwort steht, ist sehr zufriedenstellend. Ich bin froh, dass das anständig geprüft wird und auch, dass der Regierungsrat gemäss seiner Aussage sich der politischen Tragweite der Thematik bewusst ist, nämlich mit was für ein Klinikinformationssystem das Unispital in Zukunft arbeiten wird. Interessant ist aber auch, was nicht in der Interpellationsantwort steht. Offenbar ist der Regierung nicht bewusst, dass intern im USB schon informiert wurde von Seiten der Direktion, dass die eigentlich eine klare Präferenz haben, was ein Stückchen weit in einem Widerspruch steht zu dem, was in der Interpellationsantwort ausgeführt wird, quasi als offizielle Antwort. Das ändert aber nichts daran, dass ich mit der Antwort zufrieden bin. Es ist einfach ein Punkt, auf den ich noch hinweisen wollte.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt. Ich schliesse an dieser Stelle die Sitzung. Wir sehen uns wieder um 20 Uhr.



Schluss der 11. Sitzung

18:00 Uhr



Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 22. April 2026, um 20:00 Uhr

Vorsitz: *Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Johannes Sieber (GLP), Melanie Eberhard (SP), Georg Mattmüller (SP), Heidi Mück (BastA!), Sandra Bothe-Wenk (GLP), Thomas Widmer-Hueber (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

45. Interpellation Nr. 26 Christine Keller betreffend alarmierender Legionellenbefunde in öffentlichen Duschanlagen und Alters – und Pflegeheimen, Schreiben des RR 2
46. Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel), Stellungnahme des RR 3
47. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung, Stellungnahme des RR 5
48. Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen", Schreiben des RR 10
49. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR 11
50. Budgetpostulat 2026 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi), Stellungnahme des RR 15
51. Budgetpostulat 2026 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa), Stellungnahme des RR 18
52. Interpellation Nr. 16 Eric Weber betreffend Fragerecht des Abgeordneten, dass immer mehr bemängelt wird, Schreiben des RR 20
53. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Uesetuelete 2.0» in Basel-Stadt, Schreiben des RR 21
54. Anzug Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung, Schreiben des RR 21
55. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend "Betonpiste Dreirosenbrücke", Schreiben des RR 21
56. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz, Stellungnahme des RR 23
57. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR 25



Beginn der 12. Sitzung

Mittwoch, 22. April 2026, 20:04 Uhr

45. Interpellation Nr. 26 Christine Keller betreffend alarmierender Legionellenbefunde in öffentlichen Duschanlagen und Alters – und Pflegeheimen, Schreiben des RR

[22.04.26 20:04:48, 26.5089.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Christine Keller (SP): Ich darf die Nachtsitzung mit dem eher unappetitlichen Thema der Legionellen eröffnen. Ich hatte sehr viele detaillierte Fragen gestellt, die auch sehr detailliert beantwortet wurden. Dafür möchte ich mich bedanken. Es bringt niemandem hier einen Erkenntnisgewinn, wenn ich auf die vielen Fragen und Antworten einzeln eingehe, ich möchte vielmehr noch einmal auf folgende Fakten eingehen: Kontrollen des kantonalen Laboratoriums im Jahr 2025 belegen, dass rund ein Viertel der untersuchten Proben aus Alters- und Pflegeheimen, Fitnessstudios sowie Hotelschiffe mit Legionellen belastet waren. Im Jahr 2021 und 2022 hatten sich ebenfalls Beanstandungsraten von 23%, also nach Adam Riese auch beinahe einem Viertel ergeben. Wir erkennen bereits daraus, dass nicht wirklich eine Verbesserung stattgefunden hat.

Amtlich belegt und im Bericht festgehalten, sind Legionellen häufig auch in Wasserleitungen von Privaten und der öffentlichen Hand gehörenden Wohnhäusern zu finden. In einer grösseren Liegenschaft, die Immobilien Basel gehört, ist der Höchstwert von 1'000 Fortpflanzungseinheiten pro Liter mit unglaublichen 27'000 pro Liter vielfachst überschritten worden.

Für gesunde Menschen sind Legionellen in der Regel nicht gefährlich, aber genau für jene vulnerable Personen, die sich beispielsweise in Alters- und Pflegeheimen aufzuhalten pflegen, Menschen mit Multimorbiditäten, mit Diabetes, chronischen Herz- Lungenerkrankungen, geschwächtem Immunsystem, generell älteren Personen, und ja auch Raucherinnen und Raucher. Die Krankheitsformen reichen von Grippe-symptomen bis zu schweren Lungenentzündungen. In einem mir und auch den Behörden bekannten Krankheitsfall in einer staatlichen Liegenschaft wurde bei einem Freund von mir, der in Basel kein unbekannter Mann ist, eine schwere Lungenentzündung in Form der Legionärskrankheit nachgewiesen, verursacht durch diese Legionellen. In Folge dieser Kontamination benötigte er einen mehrwöchigen Spitalaufenthalt inklusive Rehaklinik, und es gab mehrere Tage, an denen wir um sein Leben gebangt haben.

Ja, ca. 5-10% der erkrankten Personen sterben an den Folgen der Legionärskrankheit. Trotz dieser klaren Fakten und obwohl sich nichts wirklich verbessert hat, sieht der Regierungsrat, wie seiner Antwort zu entnehmen ist, eigentlich keinen Handlungsbedarf. Die bisherige Praxis genüge. Verwiesen wird auf die Selbstkontrolle, diese sei genügend und es werden ausführlich bestehende Gesetze und Vorschriften aufgezählt. Zusätzliche Vollzugshilfen seien redundant, die bisherige Strategie ausreichend. Legionellen kommen ubiquitär in der Natur vor, aber dieser Hinweis ist etwas arbiträr. Denn diese Legionellen kommen in der Natur vor, aber man oder frau steckt sich nicht damit an, indem man auf sie tritt oder nicht einmal, indem man sie schluckt, sondern die Ansteckung erfolgt durch Aerosole, und diese wiederum namentlich in Duschen, aber auch in Klimaanlage, Luftbefeuchtern und ähnlichem.

Wie gesagt, der Regierungsrat ist der Meinung, es werde genug getan, auf die vermeidbaren Ursachen der Kontamination, namentlich der ungenügenden Erhitzung des Wassers zur Abtötung der Killerbakterien oder auf Vermeidung von stagnierendem Wasser geht er kaum ein. Auch nicht thematisiert wird das Spannungsfeld zwischen Krankheitsrisiko der Mietenden und dem natürlich wünschbaren Bestreben der Vermietenden, eine möglichst tiefe Erhitzung vorzunehmen, um Energiekosten zu sparen. Ebenfalls wird nicht gross auf den Bereich Wohnen in privaten und öffentlichen Liegenschaften eingegangen. Dies macht die Antwort wirklich etwas enttäuschend.

Die Information des Kantons auf der Website ist gut, aber wer kennt sie schon? Ich selbst wurde nie auf diese aufmerksam gemacht. Ich möchte gerne eine Umfrage machen um zu sehen, wie viele Personen hier drin diese Regeln kennen. Da kann und sollte doch mehr getan werden. Dass Kaltwasser nicht wärmer als 25 Grad, Warmwasser aber mindestens 55 Grad sein sollte und all die Vermeidungen von leerstehenden und zu wenig genutzten Wasserleitungen bis hin dazu, wenn Sie länger in den Ferien sind, Ihre Dusche zuerst laufen lassen sollten und rasch in Deckung gehen sollten, damit Sie vor einer allfälligen Infektion von sich anstauenden Legionellen geschützt werden.



Wenn bei einer Kontrolle der Befall festgestellt wird, wie es hier in beunruhigend vielen Fällen der Fall war, dann kann es halt schon zu spät sein, wenn jemand bereits infiziert wurde. Ich darf das Merkblatt des BAG zitieren: Kontrolle ist wichtig, aber Kontrolle ist keine Prävention. Und das bisherige System ist eben nicht, wie die Antwort behauptet, wirksam und führt in der Regel auch nicht zu einer Verbesserung. Ich denke, der Kanton kann und muss mehr für Prävention und Kontrolle tun, gerade im Interesse der älteren und vulnerablen Personen. Ich weiss, es ist Bundeskompetenz, aber mindestens in Bezug auf die eigenen Liegenschaften von Immobilien Basel-Stadt und Verwaltungsliegenschaften könnte und sollte mehr getan werden. Wir werden uns daher einen weiteren Vorstoss überlegen müssen. Ich kann mich leider mit der Antwort nicht zufrieden erklären.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

46. Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel), Stellungnahme des RR

[22.04.26 20:12:50, 25.5575.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Der Regierungsrat anerkennt den Nutzen und die Wichtigkeit der Umweltpädagogik. Der Bedarf der Schulklassen von Basel-Stadt nach Angeboten in Wald und Natur kann aber im Rahmen des bestehenden Budgets abgedeckt werden. Naturpädagogische Angebote sind Bestandteil des Lehrplans 21. Lehrpersonen können dafür bei Bedarf beim Erziehungsdepartement Finanzierungsanträge einreichen.

Ich möchte auch noch betonen, dass in diesem Bereich keine Gelder gestrichen wurden. Es fand innerhalb des Departements eine Umverlagerung statt. Das Geld ist also da. Wie das in Zukunft weitergehen soll, über das genaue Vorgehen finden zurzeit Absprachen statt zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren, dem Amt für Wald und Wild, dem Erziehungsdepartement und Anbietern wie Naturforum und Waldschule der Region Basel.

Aus diesem Grund erachtet der Regierungsrat dieses Budgetpostulat, diese Erhöhung nicht als notwendig und beantragt Ihnen, dieses nicht zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erstes eingetragen hat sich Brigitta Gerber für die BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Heidi Mück ist leider krank, sie muss im Bett liegen und ich werde deshalb hier ihre Rede verlesen.

Auch dieses Budgetpostulat will der Regierungsrat nicht erfüllen, die Argumentation kann ich aber überhaupt nicht nachvollziehen, zumal die Schilderung des Hintergrunds in der Stellungnahme des Regierungsrates nahelegt, dass es hier wirklich mehr finanzielle Mittel braucht. Es stimmt einfach nicht, dass die Nachfrage für naturpädagogische Angebote in ausreichendem Umfang abgedeckt ist. Im Gegenteil, die aktuellen Angebote, die durch das Amt für Wald und Wild beider Basel mit dem Leistungsauftrag an das Naturforum Region Basel finanziert werden, decken den Bedarf in keinsten Weise ab. Es gab in den letzten Jahren einen stetigen Abbau der Angebote von 60 Halbtagen im Jahr 2024, über 40 Halbtage im Jahr 2025 auf 30 Halbtage im Jahr 2026. Gleichzeitig stieg die Nachfrage und die Stiftungsgelder brachen ein.

Und jetzt wird einfach behauptet, die Erhöhung sei nicht notwendig und die Finanzierung könne in der Grössenordnung von 2024 innerhalb der bestehenden Mittel des ED sichergestellt werden. Wir haben gerade letzte Woche praktisch einstimmig entschieden, 325'000 Franken pro Jahr zusätzlich für Präventionsprogramme im Bereich der sexualisierten Gewalt zu bewilligen. Warum war das nötig? Weil die Finanzen für die Präventionsprogramme äusserst knapp bemessen sind. Die naturpädagogischen Angebote wurden deshalb auch an das Amt für Wald und Wild ausgelagert, weil sie keine klassischen Präventionsprogramme im engeren Sinne der Gesundheitsförderung sind. Sie sollen diese Angebote nicht konkurrenzieren.



Und auch das Argument mit dem administrativen Mehraufwand, der entstehen würde, wenn ein dritter Finanzierungstopf im Amt für Umwelt geschaffen würde, stimmt schlicht nicht. Auch das AUE könnte nämlich die Gelder mittels Leistungsauftrag dem Naturforum Region Basel übergeben. Damit wären alle Ämter und Departemente entlastet, weil das Naturforum wie gewohnt und bewährt die gesamte Administration, Koordination und Auszahlung der Unterstützungsgelder an die Klassen übernimmt.

Das Naturforum arbeitet dabei mit den Qualitätskriterien des AFWW beider Basel. Die Lehrpersonen buchen zentral auf der Plattform, beantragen den Unterstützungsbeitrag und erhalten danach den Unterstützungsbeitrag vom Naturforum. Ich sehe den administrativen Mehraufwand einfach nicht. Im Gegenteil, die Buchungsplattform entlastet nämlich auch die Lehrpersonen, weil es auch für sie überschaubar wird, wenn alle naturpädagogischen Angebote über einen Kanal fliessen und sie nicht bei jedem Angebot überlegen müssen, wo sie dies nun beantragen müssen.

Ich kann zum Schluss nur nochmals wiederholen, dass die naturpädagogischen Angebote nicht grundlos so beliebt sind. Die Kinder und Jugendlichen lernen bei diesen ganz praktischen Naturerlebnissen nicht nur komplexe ökologische Zusammenhänge kennen, sondern erleben die ganze gesundheitsfördernde Wirkung eines Aufenthalts in der Natur, zum Beispiel Stressminderung, Konzentrationsförderung, Beruhigung und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Es braucht deshalb nicht weniger, sondern eigentlich mehr solche Angebote. Mit der Erfüllung dieses Budgetpostulats verhindern wir immerhin einen Abbau. Ich bitte Sie deshalb besonders im Namen der Antragstellerin, das Budgetpostulat zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Dieses Votum halte ich für Sandra Bothe-Wenk. Die naturpädagogischen Angebote sind unbestritten wertvoll. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung, für nachhaltige Entwicklung und sind bei den Schulen sehr stark nachgefragt. Gleichzeitig zeigt der Bericht des Regierungsrats, dass das Problem weniger bei der Höhe der Mittel liegt, sondern bei der Zuständigkeit. Mit der Verschiebung der Angebote zum Amt für Wald und Wild ist seit 2024 eine Lücke entstanden, die nun wieder korrigiert werden soll.

Der Regierungsrat hält fest, dass die Angebote künftig wieder über das Erziehungsdepartement bereitgestellt und dort innerhalb des bestehenden Budgets finanziert werden können, dies in einer Grössenordnung, wie sie bis 2024 bereits bestand. Auf diese Aussage bauen und vertrauen wir. Für uns Grünliberale ist entscheidend, wenn diese Rückführung und Finanzierung tatsächlich erfolgt, braucht es keine zusätzliche Budgeterhöhung. Wir anerkennen also klar den Handlungsbedarf, finden jedoch, basierend auf dem Bericht der Regierung, dass eine Zweitüberweisung des Budgetpostulats nicht das richtige Vorgehen ist. Wir lehnen es deshalb ab, verbunden mit der klaren Erwartung, dass das Erziehungsdepartement die Angebote nun tatsächlich wieder sicherstellt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir haben keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Auch der Regierungsrat verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag des Regierungsrats, NEIN heisst Erfüllung gemäss Antrag Brigitta Gerber.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008738, 22.04.26 20:22:23]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Heidi Mück werden im Budget 2026 des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt zusätzlich Fr. 35'000 eingestellt.

(Position Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, 831 Amt für Umwelt und Energie, 36 Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 44 Ja-Stimmen, 50 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zur Erfüllung des Auftrags entschieden. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

47. Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung, Stellungnahme des RR

[22.04.26 20:22:47, 25.54.12.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt Ihnen, diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Mit der Plattform-Ökonomie kommen neue Anbieterinnen und Anbieter in ursprünglich bekannte Märkte und stellen den Vollzug von neuen Aufgaben und diese packen wir auch an. Dem Regierungsrat ist es dabei wichtig, dass solche neuen Anbieter möglich sind, aber dass sie sich selbstverständlich an die geltenden Regeln halten müssen und diese auch entsprechend kontrolliert und vollzogen werden müssen.

Was verlangt diese Motion? Sie bezieht sich auf ein Bundesgerichtsurteil im Frühling 2025 zu Uber Eats. Die Hauptaussagen dieses Urteils ist, dass wenn ein Kurierunternehmen seine Arbeitnehmenden über die Uber Eats-Applikation einsetzt, dann ist das Personalverleih im Sinne des Arbeitsvermittlungsgesetzes des Bundes. Also Uber Eats ist in diesem Fall der Einsatzbetrieb und erteilt Weisungen, die Kurierunternehmerin ist die rechtliche Arbeitgeberin und braucht entsprechend diese Bewilligung, wie sie festgelegt ist im eidgenössischen Gesetz. Das war die Hauptaussage und dieses Urteil gilt schweizweit.

Und selbstverständlich wird dies bei uns so umgesetzt. Wenn jemand nicht bei der Plattform direkt angestellt ist, sondern bei einem anderen Unternehmen, dann wird diese als Arbeitsvermittlungs- als Personalverleih gemäss AVG eingestuft und entsprechend braucht diese Personalverleihfirma auch die entsprechende Bewilligung. In Basel-Stadt ist dieses Modell nicht wirklich im Einsatz bei den 200 Kontrollen, die es gab. Es gab bis jetzt einmal eine Situation, wo ein Unternehmen eine eigene Mitarbeiterin, Mitarbeiter auf der Plattform eingesetzt hat, diese wurde dann entsprechend darauf hingewiesen, dass sie diese Bewilligung braucht und sie hat diese Bewilligung erhalten, weil sie alle Verordnungen des Bundesgesetzes erfüllt. Dieses Urteil wird also vollzogen, dieser Teil der Motion ist erfüllt.

Der zweite Teil ist ein Eventualiter-Antrag, dass falls notwendig zum Vollzug dieses Gesetzes eine Gesetzesanpassung vollzogen werden soll beim Kanton. Bei diesem Gesetz hier aber, auf das sich das Bundesgerichtsurteil bezieht, geht es eben um das erwähnte Arbeitsvermittlungsgesetz und es geht um die Sozialversicherung. Beides sind Bereiche, die abschliessend in Bundeskompetenz sind. Wir haben hier keine Möglichkeit, kantonal zu legiferieren, also ist dieser Eventualiter-Antrag gar nicht erfüllbar, weil er nicht bundesrechtskonform ist. Aus diesem Fall, Sie sehen, ist diese Motion bereits heute erfüllt und Sie müssen uns diese nicht ein zweites Mal überweisen.

Wenn es dann um die grundsätzliche Forderung geht von der konsequenten Durchsetzung, dann ist dies im Gange hier bei uns im Kanton Basel-Stadt aufgrund der geltenden Gesetze, sei es die kantonalen Gesetze und die eidgenössischen. Wie schon gesagt, wurden bereits über 200 Essenskuriere kontrolliert, die meisten davon sind bei Uber Eats tätig. Die werden von den Kontrollbehörden als unselbstständig eingestuft und entsprechend der Ausgleichskasse Basel-Stadt gemeldet, damit sichergestellt werden kann, dass die entsprechenden Sozialbeiträge gezahlt werden.

Das Ganze wird dann gebündelt bei der SVA Zürich, weil der Sitz von Uber in Zürich ist und entsprechend das Zürcher SVA, also die Sozialversicherungsanstalt, zuständig ist und die verfügt das auch. Es ist aber so, dass quasi alle Verfügungen, die die SVA gegenüber den Plattformfirmen macht, mit Einsprachen an die Gerichtsbehörden weitergezogen werden. Und das ist sehr oft der Fall und bringt eine zeitliche Verzögerung. Sobald ein Urteil da liegt, wird in der Zwischenzeit auch das Geschäftsmodell ist angepasst in gewissen Punkten und das Spiel fängt von vorne an. Das ist eine Schwierigkeit im Vollzug der geltenden Gesetze, aber sie werden vollzogen.

Wenn Firmen beim Personalverleih angestellt sind, dann gilt das Arbeitsvermittlungsgesetz, da gilt dieser GAV-Personalverleih, der muss eingehalten werden, und wenn sie dann noch quasi einer Branche zur Verfügung gestellt werden, die einen Landes-GAV kennt, dann gilt auch dieser. Also bei Essenskuriere ist zurzeit die Position auch der paritätischen Kommission, dass diese dem LGAV Gastronomie unterstehen. Aber auch diese Feststellung ist zurzeit Gegenstand von Rekursen und wird gerichtlich geklärt werden müssen. Das entscheidet dann auch, wer dann die Bedingungen kontrolliert.



Wenn es unter dem GAV ist, dann ist es die paritätische Kommission, wenn nicht, dann gilt der kantonale Mindestlohn und dann wird der durch die kantonalen Behörden kontrolliert.

Sie sehen, die konkrete Forderung und die Eventualiter-Forderung sind erfüllt respektive sind nicht erfüllbar, weil keine Regulierungskompetenz beim Kanton liegt und der Vollzug der bestehenden Gesetze wird vollzogen. Wenn es darum geht, ob die rechtlichen Grundlagen beim gewerbemässigen Personentransport in Basel-Stadt genügend sind oder nicht, dann stellt sich diese Frage nicht hier bei dieser Motion, sondern diese Frage stellt sich bei der Motion Baumgartner, die Sie ein erstes Mal überwiesen haben, wo Sie ja verlangen, dass im Taxigesetz auch andere Anbieter von Personentransport geregelt werden. Diese Frage wird dort entschieden, wenn Sie dann demnächst diese Motion ein zweites Mal überweisen oder auch nicht. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Das Wort hat Beda Baumgartner für die SP.

Beda Baumgartner (SP): Lassen Sie mich zu Beginn mal positiv feststellen, dass ich finde, dass sich in diesem Thema in den letzten Jahren wir ein, zwei Jahre doch deutlich etwas bewegt hat hier im Kanton, auch auf Seiten Vollzug der Verwaltung. Ich möchte das auch anerkennen, man muss ja nicht immer nur die Sachen überkritisch einfordern, sondern das dann auch mal festhalten. Ich muss aber auch sagen, dass ein Teil, so wie man die Antwort des Regierungsrates liest, halt auch wieder überhaupt zustande gekommen ist, weil es diese Motion hier gegeben hat.

Also um die positive Aufzählung von Regierungsrat Kaspar Sutter fortzusetzen, aus einer anderen Warte: Ich finde es sehr gut, dass endlich verfügt wurde, dass Uber Eats Arbeitgeberstellung hat beziehungsweise Uber und dass das auch für Uber Eats gilt. Es ist klar, dass Uber das wieder rekurriert. Das ist natürlich fast gegeben bei all den Feststellungen, die wir schweizweit zu diesem Konzern haben. Ich finde es auch gut, dass die Ausgleichskasse Basel-Stadt konsequent keine selbstständigen Uber Eats-Fahrer:innen mehr akzeptiert und immer verfügt, dass Uber Arbeitgeberstatus hat. Das finde ich alles gut und richtig. Ich finde es auch gut, dass es einen AVG-Vollzug gibt, wie ihn Regierungsrat Kaspar Sutter beschrieben hat, wie er auch ausführlicher beschrieben ist in der Antwort zur Motion.

Warum beantrage ich Ihnen im Namen der SP-Fraktion trotzdem, diese Motion noch einmal zu überweisen? Dazu möchte ich kurz einfach noch einmal zur Erinnerung führen, wie der Konzern und auch andere Plattformfirmen – es geht gar nicht nur um Uber allein, es sind ja mittlerweile auch andere Player in diesem Markt aktiv - vorgehen. Regierungsrat Kaspar Sutter hat die Bundeskompetenz und das Sozialversicherungsgesetz angesprochen. Uber hat einfach die Verträge in den letzten sechs Jahren, glaube ich, fünf bis sechs Mal geändert, die sogenannten Terms and Conditions, was bei der SVA Zürich, die die Fälle bündelt, dazu führt, dass sie jedes Mal neu feststellen und verfügen muss, ob Uber Arbeitgeberstatus hat oder Arbeitgeberbereitschaft. Das ist schon das Recht von Uber, aber es ist auch völlig klar, dass es darum geht, die Feststellungen zu verzögern und den Vollzug in den Kantonen stark zu erschweren.

Die genau gleiche Frage haben wir mit den Ausweichmanövern auf Drittfirmen. Nur da haben wir einen grossen Unterschied und das ist auch der Grund, warum ich hier wünsche, dass wir diese Motion noch einmal überweisen. In der Romandie haben gewisse Kantone, namentlich der Kanton Waadt, gesagt, jetzt geht es nicht mehr so. Das akzeptieren wir nicht mehr. Diese Kette von Ausweichmanövern, das geht einfach nicht. Es gibt aus meiner Sicht auch noch Kompetenzen, die der Kanton hat im Bereich der Gastronomie, die er vielleicht bei Uber dann halt auch klarmachen müsste, seien es Hygienevorschriften, seien es andere Verordnungen. Aber man muss auch, und das ist auch meine Forderung in Richtung Vollzug, ein bisschen kreativ sein im Umgang, weil der Punkt ist, dass der Konzern unglaublich kreativ und gleichzeitig auch unglaublich unnachgiebig ist. Und im Kanton Waadt hat das dann dazu geführt, dass die Fahrerinnen und Fahrer und die Kuriere bei Drittunternehmen angestellt werden. Jetzt kann man sagen, das ist ja auch wieder ein Problem, weil dann haben wir den Personalvollzug. Aber dann haben wir wenigstens mal die Daten von allen angestellten Fahrerinnen und Fahrern, die bei einem Unternehmen angestellt werden müssen und die Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Denn wenn man sich das fertig überlegt, ist das schon absurd. Kein Kurierdienstleistungsunternehmen im Kanton kann sich das Vorgehen dieses internationalen Plattformkonzerns leisten. Velogourmet kann nicht plötzlich sagen, Verträge und so, das ist uns eigentlich nicht wichtig. Die Ausgleichskasse stellt zwar die ganze Zeit fest, dass unsere Fahrerinnen und Fahrer bei uns angestellt sind, aber nein, wir fühlen uns nicht zuständig, wir stellen keine Arbeitsverträge aus. Ich gehe davon aus, dass der Vollzug beim Kanton relativ schnell auf der Matte stehen wird und sagen wird, so geht das nicht. Und das ist ein bisschen die Krux.

Gewisse Punkte werden sehr gut vollzogen. Dieser Konzern ist 2014 in diesen Kanton gekommen, es ist auch gut, wenn wir 12 Jahre später vielleicht an einem Punkt sind, wo wir sagen, wir vollziehen auch die Sachen konsequent. Aber wir müssen auch sagen, wir müssen vielleicht im Vollzug einen Schritt weitergehen, weil die Ausweichmanöver stützen sich auf das, was dem Konzern zur Verfügung steht, das stimmt, aber dann appelliere ich an die Behörden, dass sie auch alles, was ihnen zur Verfügung steht, nutzen, um einen Vollzug zu regulieren.



Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, diese Motion ein zweites Mal zu überweisen. Es wird viel über die Kontrollen geredet und ich finde es auch richtig, dass es Kontrollen gibt und ich finde es auch richtig, dass es genügend Kontrollen gibt, aber wir müssen uns auch keine Illusionen machen. Die Fahrerinnen und Fahrer, die kontrolliert werden und die vielleicht dann sogar gebüsst werden, verzeigt werden, die sind ja in diesem. Ablauf und in diesem Game nicht das Problem, sondern das Problem ist, dass wir eine Plattformfirma haben, die sich jeglicher Verantwortung entzieht und der wir jetzt so gut wie möglich endlich habhaft werden müssen in diesem Kanton.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Sie haben der Kreuztabelle wahrscheinlich entnommen, dass die Mitte-EVP-Fraktion für Zweitüberweisung dieser Motion ist und ich werde Ihnen dies begründen. Vielleicht sind Sie auch etwas überrascht, weil ich ja von Beruf Anwalt bin und eigentlich Rechtsumgehung eine Art Teil meines Berufs sein sollte, aber was mich eben sehr ärgert ist, wenn es tatsächlich passiert, und zwar so billig und so, wie das eben Über Eats und andere Plattformanbieter machen.

Wir finden die Antwort des Regierungsrates etwas mutlos und sie ist zu sehr auf den Personalverleih fokussiert. Dieser Fokus geht eigentlich an der Sache vorbei, denn in Basel gibt es noch keinen ausgelagerten Ersatzarbeitgeber für Über Eats-Fahrer, weil Über Eats sich eben weigert, das zu tun, was sie müssten. Die eigentliche Frage ist, sind Über Eats-Fahrer Arbeitnehmer oder Selbständige? Und auch diese Frage, nicht nur die vom Personalverleih, wurde durch das Bundesgericht in einem anderen Urteil klar beantwortet. Sie sind Arbeitnehmende und als solche korrekt zu versichern, insbesondere bei AHV und IV.

Es ist nun unerheblich, wie Über Eats diese Vorgabe umsetzt, indem das Unternehmen die Fahrer selber anstellt oder indem sie die Anstellung an einen Dritten auslagert. Natürlich müssen im zweiten Fall die Vorgaben des Personalverleihs eingehalten werden, aber der Personalverleih ist nicht der Kern des Problems. Meines Wissens, und Beda Baumgartner hat dies vorhin bestätigt, haben andere Kantone durchgesetzt, dass Über Eats alle seine Kuriere im betreffenden Kanton bekanntgeben musste, damit sie vorschriftsgemäss sozial versichert werden können. In zwei Kantonen hat Über Eats in der Folge seine Fahrer an eine Drittfirma ausgelagert, dort sind sie angestellt und korrekt sozial versichert.

Genf hat es geschafft, die Waadt hat es geschafft, Neuenburg ist meines Wissens kurz vor der Umsetzung, nur Basel-Stadt wirkt in dieser Frage etwas hilflos, nicht nur Basel-Stadt, aber auch Basel-Stadt. Bereits bei der Erstüberweisung habe ich ausgeführt in meinem damaligen Votum, dass Über Eats in Basel eine grosse Zahl an Fahrerinnen und Auslieferern unter Vertrag hat, interpoliert aus den Zahlen von Zürich dürften es in Basel derzeit rund 700 Personen sein, ca. 250 Vollzeitstellen zu einem guten Teil aus dem Elsass und dem süddeutschen Raum. Nur Über Eats kennt die genaue Zahl. Von den mutmasslich 700 sind ca. mittlerweile, wir haben es gehört, 250 Fahrer den Basler Behörden bekannt und bezahlen Sozialabgaben. Also wenn man mal zufällig einen solchen Fahrer findet, kann man ihn dazu verpflichten, aber eigentlich wäre die systematische Vorgehensweise, dass man eben genauso viel Druck auf einen Anbieter aufsetzt, wie man es bei den lokalen Firmen tut, das wäre eben angebracht.

Auch das hat Beda Baumgartner schon erwähnt, lokale Betriebe, auch Kurierdienste werden durch kantonale Behörden, etwa das AWA, regelmässig auf sozialversicherungsrechtliche und arbeitsgesetzliche Konformität geprüft und bezüglich Auskunft und Transparenz teilweise mit kurzen Fristen und Androhung schwerwiegender Massnahmen diszipliniert. Teilweise wird das als Drangsalierung empfunden, aber hier sind die Behörden sehr konsequent, wenn es um die lokalen Anbieter geht. Demgegenüber wird Über Eats mit Sandhandschuhen angefasst, kommt damit durch und kann seine widerrechtliche Anstellungspraxis weiter hinziehen. Behauptet wird, dass die Behörden die Vorgaben nicht in dem Mass durchsetzen können, wie das nötig wäre. Wenn ich auf andere Kantone sehe, ist es eher eine Frage des Willens als des Könnens.

Und es geht eben auch darum, dass die lokalen Kurierbetriebe einen Wettbewerbsnachteil haben und mit ungleich langen Spiessen kämpfen müssen. Wie konkret dieser Wettbewerbsnachteil ist, wird aus jüngsten Medienberichten ersichtlich, Zusammenfassung eines Medienberichts vom 1. März: Über Eats arbeitet weiterhin mit selbstständigen Kurieren. Das Bundesgericht stufte Fahrer grundsätzlich als Angestellte ein, Konkurrenten wie Smood ziehen sich derweil vom Markt zurück. Und das Fazit im Artikel, der anhaltende Konflikt hat auch Auswirkungen auf den Markt. Lieferdienste wie Smood oder Wiesner Gastronomie haben ihren Betrieb eingestellt, hunderte Stellen gingen verloren.

Also es ist nicht eine Lapalie, es geht um Hunderte von Stellen, weil wir eine Marktverzerrung haben durch einen ausländischen Anbieter und das ist schwerwiegend. Kritiker sprechen von einer Uberisierung der Branche, bei dem reguläre lokale Anbieter unter Druck geraten. Wenn das Schule macht und wir das einfach hinnehmen und das Recht nicht durchgesetzt wird, dann stehen uns in diversen Branchen grosse Umwälzungen bevor, das kann ich Ihnen versprechen. Man gründet eine BV in Holland und lässt dann die Leistung durch Scheinselbstständige hier in der Schweiz erbringen. Das geht nicht nur bei Kurierdiensten, sondern zum Beispiel auch bei Reinigungspersonal oder anderen Branchen.



Überrascht hat mich daher wegen dieser Wettbewerbsverzerrung und dieser Austrocknung des Marktes nicht nur die Haltung von FDP, GLP, LDP und SVP gegenüber diesem Vorstoss, sondern auch die Position der Wirtschaftsverbände, namentlich des Arbeitgeber- und des Gewerbeverbandes. Diese beiden Verbände finden, man könne die Motion gemäss Antrag Regierungsrat abschreiben. Es werde seitens Regierung genügend getan, obwohl es gerade ihre Mitglieder sind, vor allem Basler KMU, welche sich an die hiesigen Regeln halten müssen und dadurch erheblichen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt sind. Lokale Gewerbetreibende, auch Kurierdienste, haben, wie die jüngsten Beispiele zeigen, bei diesen ungleich langen Spiessen wenig Chancen gegen das Gebaren eines Players im Wettbewerb, der sich durch sein Geschäftsmodell einen unfairen und ungesetzlichen Vorteil verschafft.

Was ist unsere Erwartung? Dass unsere Regierung auch gegenüber einem ausländischen Arbeitgeber oder Anbieter das Recht durchsetzt, den Anbieter zur Angabe seiner Kuriere auffordert und zwar lückenlos und ihn verpflichtet, sein Personal korrekt bei den Sozialversicherungen anzumelden. Falls dazu eine kantonale gesetzliche Grundlage erforderlich wäre, sind wir offen, das steht ja auch im Text. Daher ist die Fraktion Mitte-EVP für eine Zweitüberweisung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Gleiche Spiesse für alle. Und ich komme da auch auf die Ansichten des Gewerbeverbandes, der zumindest schreibt in seinem Infoletter, dass er die Haltung der Regierung richtig findet, aber eben auch erwartet, dass Arbeitsmarktkontrollen konsequent sichergestellt werden. Und das ist doch zumindest ein Punkt, der in die richtige Richtung geht, man muss hier weitermachen und sich damit für faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle einsetzen. Diese sollen für alle Marktteilnehmenden dauerhaft gewährleistet werden, denn sonst ist alles sehr ungewiss. Denn der anhaltende Konflikt hat auch Auswirkungen auf den Markt, das muss ich Ihnen nicht sagen, aber ich spreche jetzt speziell die bürgerlichen Ecken an. Konkurrenzierende Lieferdienste mit mehr Verantwortungsgefühl wie eben Smood und Wiesner aus der Gastronomie haben ihre Betriebe einstellen müssen, weil die Konkurrenz so nicht durchzuhalten ist und eben, auch Daniel Albietz hat es gesagt, hunderte von Stellen gingen verloren. Kritiker sprechen von einer Überisierung der Branche, bei dem reguläre Anbieter unter Druck geraten.

Die Arbeitsbedingungen sind, wie gesagt, unhaltbar, das sagt ja auch das Bundesgericht, aber es wird noch nicht richtig umgesetzt wegen der vielen Rekurse. Das hat uns der Regierungsrat auch nochmal vor die Augen geführt. Über bezahlt seine Kuriere in der Schweiz pro Lieferung und nicht im Stundenlohn. Sozialabgaben, Spesen und ein garantierter Mindestlohn sind in diesem Modell nicht vorgesehen. Systematisch werden Sozialversicherungsbeiträge umgangen und sogar die NZZ am Sonntag berichtet kürzlich, dass zahlreiche Verdachtsmeldungen an die zuständigen Ausgleichskassen im Kanton Zürich eingingen, weil es eben nicht so ist. Über diktiert die Bedingungen, seine Angestellten werden um ihre Rechte gebracht und um viel Geld geprellt, und der Sozialversicherung entgehen dadurch weitere Millionenbeträge.

Ich sage das einfach nochmals, weil ich nicht verstehen kann, dass Gastronomiebetriebe wie zum Beispiel das KFC immer noch mit den Uber-Eats-Kurierdiensten zusammenarbeitet. Auch für die Kunden ist dieses System nicht immer sehr zufriedenstellend. Essen kommt nicht, kommt zu spät, der sogenannte Kundenservice fühlt sich nicht zuständig, Refunds werden oft verweigert. Auch hier könnte sich der Kanton durchaus einsetzen, um zu verhindern, dass Leute geprellt werden. Unternehmen wie Uber erlauben schamlos und ohne jegliche Verantwortung, Gewinne einzufahren und die negativen Folgen anderen zu überlassen, und, da eine soziale Absicherung fehlt, die Gemeinden und Kantone für die Risiken aufkommen müssen.

Was braucht es aktuell? Gibt es keine offiziellen oder eben öffentlich zugängliche Statistiken zur genauen Anzahl der Uber Eats-Fahrer in Basel? Beda Baugartner hat schon ausgeführt, dass wir das gerne hätten. Da genügt die Umfrage mit einem Minisample aus dem Jahre 2021 nicht. In der Schweiz gibt es insgesamt etwa 2'500 Uber-Fahrende, wobei die Zahl sowohl Personen- als auch Essenslieferantendienste umfasst. Für Basel allein ist diese genaue Zahl jedoch nicht bekannt.

So erwarte ich zum Beispiel auch Nichteinhalten verbindlicher Massnahmen für die Betriebe, die weiterhin trotz Bundesgerichtsentscheid auf Uber Eats setzen, wie zum Beispiel Konventionalstrafen und andere Sanktionen oder zumindest eine Informationskampagne, dass hier der Kanton etwas proaktiv macht. Klar, wir warten auf nächste gerichtliche Entscheide, eine Taktik von Uber Eats, immer wieder neue zu generieren, aber wie lange wollen wir da noch zuschauen? Wir brauchen griffige Massnahmen, Engagement, die Unterstützung anderer Kantone wäre zum Beispiel auch etwas Positives.

Deshalb bitte ich Sie, die vorliegende Motion als Motion zu überweisen in einem zweiten Schritt. Ich spreche hier auch für die Grünen und das junge grüne Bündnis, die auch das Anliegen als Motion unterstützen möchten und ich möchte Sie von der bürgerlichen Seite dazu bringen, sich es noch einmal zu überlegen und doch noch einmal zu sagen, dass es hier einfach endlich eine Aktion braucht. Ich denke, der Kanton hat schon sehr viele positive Sachen gemacht, aber hier könnte er sich tatsächlich noch etwas kreativer zeigen. Das wäre sehr in unserem Sinne.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich wollte eigentlich gar nichts sagen, denn der Regierungsrat hat ja eigentlich schon in seinem Votum alles gesagt, dass es dort, wo der Kanton Vollziehungskompetenzen hat, auch vollzogen wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass hier offensichtlich die Mehrheit des Parlaments trotzdem weiterhin Verwaltungsbeschäftigung betreiben möchte, inklusive auch die Mitte, welche hier dafür ist, dass die Motion weiter überwiesen wird. Ich verweise gerne auf das Votum von Regierungspräsident Conradin Cramer von letzter Woche, welcher darauf hingewiesen hat, dass eine Motion auch Geld kostet und Verwaltungsbeschäftigung ist und hier hätte man vielleicht auch diese Motion als erledigt abschreiben können, weil der Regierungsrat ja schon bereits gesagt hat, dass er dort auch vollzieht, wo er Vollzugskompetenzen hat. Entsprechend ist diese Zwängerei relativ unnötig.

Dass diese Zwängerei von den linken Fraktionen weiterhin vorangetrieben wird, ist hingegen wenig überraschend. Es ist glaube ich schon der Vorstoss Nummer 556 gegen Uber, wo man den anderen seinen Uber-Hass mitteilen möchte. Also irgendwo kann man dann auch mal wieder ein paar Gänge runterfahren. Ich nehme es ja zur Kenntnis und bin ja erfreut, dass man in diesem Bereich eine ganz starke Law & Order-Fraktion sein möchte auf der linken Seite. Es wäre ja schön, wenn Sie auch in anderen Bereichen Law & Order leben würden, beispielsweise wenn es darum geht, nicht die kriminellste Stadt oder der kriminellste Kanton zu sein. Entsprechend frage ich mich dann schon, ob das hier wirklich der allergrösste Schwerpunkt und das allergrösste Problem ist, das wir hier in diesem Kanton haben.

Ich finde es ja auch spannend, Ratskollege Beda Baumgartner hat gesagt, die kleinen Fahrer und die kleinen Kurier seien nicht das Problem. Aber wenn Sie gerade hier in diesem Bereich Law & Order betreiben, dann kriminalisieren Sie ja gerade die Fahrer und die Kurierer, was im Übrigen auch in sehr vielen Bereichen auch Taxifahrer sind, welche nebenbei dann noch für Uber Geld verdienen und entsprechend ist es hier eine gewisse Zwängerei.

Wir sind der Meinung, dass eine gewisse Regulierung durchaus Sinn machen kann, das hat jetzt auch der Regierungsrat gesagt, dass er das macht, aber alles darüber hinaus und auch diese Überweisung der Motion ist eine pure Zwängerei und entsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen. Und wenn ich auf die Zeit schaue, bin ich jetzt auch der Meinung, dass wir etwas vorangehen sollten und entsprechend nehme ich heute keine Zwischenfragen mehr an.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Sie haben jetzt viel über Uber gesprochen, einiges davon teile ich, anderes nicht. Sie haben über Uber gesprochen, aber eigentlich nicht über die vorliegende Motion. Weil die vorliegende Motion ist eigentlich klar, es gibt ein Bundesgerichtsurteil zum Personalverleih und es fordert, dass der Kanton dieses Bundesgerichtsurteil umsetzt. Der Kanton tut dies. Keiner der Redner und Rednerinnen hat irgendein Beispiel gebracht, wo der Kanton dieses Bundesgerichtsurteil nicht umsetzen würde. Ich habe gesagt, es gab einen Fall in diesem Personalverleih, der wurde konsequent vollzogen. Falls es diese Fälle gibt, dann melden Sie diese bitte den Vollzugsbehörden. Aber hier drin haben Sie nicht einen Fall jetzt genannt, wo die Behörde dieses Bundesgerichtsurteil nicht umsetzen würde.

Ich verstehe, dass Sie nicht über die Motion gesprochen haben, weil die ist erfüllt, und eine erfüllte Motion ein zweites Mal zu überweisen, macht keinen Sinn. Das ist relativ einfach. Zur anderen Thematik, dem Vollzug in anderen Bereichen, ob sie etwa Sozialversicherungsbeiträge zahlen, habe ich Ihnen gesagt, das ist klar verfügt, es wird dagegen rekuriert. Es ist klar verfügt, dass es dem GAV Gastro untersteht, es ist beschlossen, ist verfügt, wird rekuriert. Diese Sachen sind am Laufen und der Handlungsbedarf, den man sehen kann, ist im Taxigesetz, da geht es um die Frage, wie man um mit gewerblichem Transport umgeht, ob es da Änderungen braucht. Genf hat da ein anderes Gesetz, sie haben die gesetzliche Grundlage und deshalb wird auch dort Personal eingesetzt, weil das so im Taxigesetz steht, es gibt die rechtliche Grundlage.

Deshalb habe ich auch ein bisschen gestaunt darüber, dass man kreativ sein soll. Ja, staatliches Handeln in einem Rechtsstaat setzt eine gesetzliche Grundlage voraus. Ich möchte das hier doch auch noch kurz betonen, kreativ muss trotzdem rechtsstaatlich sein und aufgrund der gesetzlichen Grundlagen erfolgen. Alles andere ist, glaube ich, ein Weg, den wir nicht gehen sollten als Kanton.

Und ganz klar zurückweisen möchte ich die Behauptung von Daniel Albiets von der ungleichen Behandlung. Er hat auch keine Belege dazu gebracht. Die Vollzugsbehörden machen keine Ungleichbehandlung, sie wenden das Gesetz gegen alle Anbieter an. Wer sich ungleich verhält, das sind die Kontrollierten, aber nicht die Vollzugsbehörde. Diese Behauptung möchte ich deutlich zurückweisen, dass man bei kleinen KMU mit schweizerischer Herkunft strenger sei als mit Konzernen, die ihren Hauptsitz in Amsterdam haben oder in Zürich ihren nationalen Sitz. Dem ist nicht so. Es sind die Firmen, die sich unterschiedlich verhalten und nicht die Vollzugsbehörden.

Deshalb möchte ich Sie bitten, diese Motion nicht zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Beda Baumgartner und weitere beantragen Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Regierungsrat und Pascal Messerli beantragen Nichtüberweisung der Motion. Wir starten die Abstimmung jetzt.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008741, 22.04.26 20:54:35]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 56 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und einer Enthaltung die Motion überwiesen.

48. Anzug Daniel Albietz und Konsorten betreffend "Die Region Basel fit für Wasserstoff machen", Schreiben des RR

[22.04.26 20:54:48, 23.5340.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Daniel Albietz hat sich als Fraktionssprecher für die Mitte-EVP gemeldet.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Manchmal darf man der Regierung auch einen Dank aussprechen und darum danke ich zunächst auch dem Regierungsrat, dass das Anliegen, das in meinem Anzug formuliert wurde, umgesetzt ist und nun eine regionale Wasserstoffstrategie vorliegt. Mit Befriedigung nehme ich zur Kenntnis, dass die beiden Basel damit die Chancen von grünem Wasserstoff als Baustein der Dekarbonisierung anerkennen.

Die vorgelegte Strategie ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Wasserstoff kann dort einen entscheidenden Beitrag leisten, wo direkte Elektrifizierung nicht genügt, insbesondere in Industrie, Logistik und Mobilität. Was die leichte Kritik an der Strategie betrifft, sehe ich es wie die Handelskammer beider Basel in ihrer Würdigung. Die Strategie bleibt in der Umsetzung etwas zu unverbindlich. Damit aus dem strategischen Bekenntnis ein Standortvorteil wird, braucht es nun konkrete nächste Schritte, insbesondere bei Flächen, Pilotprojekten und einer klaren Roadmap. Mein Wunsch oder eher meine Erwartung ist, dass die Region Basel ihre Rolle als Energie- und Logistikdrehscheibe aktiv nutzt und die Entwicklung des Wasserstoffmarktes entschlossen begleitet und diese Energieform durch gute Rahmenbedingungen aktiv fördert.

Darum erkläre auch ich mich im Ergebnis mit der Abschreibung des Anzugs einverstanden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.



49. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde MuttENZ für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

[22.04.26 20:56:55, 21.5027.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet. Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen hat sich Raffaella Hanauer für die GRÜNE/jgb.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Wie stellt Basel seine Trinkwasserqualität langfristig und vorsorglich sicher? Das ist eigentlich die zentrale Frage dieses Anzugs und leider bleibt sie auch nach diesem Schreiben der Regierung noch nicht beantwortet. Ich beantrage Ihnen deshalb im Namen meiner Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

Wir wollten mit diesem Anzug eigentlich, dass gesundheitsschädigende Substanzen im Trinkwasser frühzeitig bemerkt oder eliminiert werden, bevor sie konsumiert werden von der Bevölkerung. Dazu forderten wir ein HACCP-Konzept, Hazard Analysis Critical Control Points, also ein Konzept, welches erlaubt, frühzeitig sicherzustellen, dass man Qualitätsmängel oder gesundheitsschädigende Substanzen direkt sicherstellt oder eine mehrstufige Trinkwasseraufbereitung, das heisst die Einführung zum Beispiel einer Oxidationsstufe, wie man sie in MuttENZ gebaut hat.

Mit diesem Anzug haben wir schon viel bewirkt. Die IWB hat mehrere zusätzlich mögliche oder ergänzende Trinkwasseraufbereitungsschritte geprüft und an dieser Stelle möchte ich auch meinen Dank aussprechen für diese Prüfungen und auch die Erläuterungen dazu in der Beantwortung. Diese sind sehr wertvoll, und nichtsdestotrotz ist die zentrale Frage noch nicht beantwortet und mehrere Problematiken bestehen weiterhin. Ich liste ein paar auf.

Im Schreiben der Regierung wird aufgezeigt, dass die aktuellen Grenzwerte auch bezüglich PFAS eingehalten werden, aber wir alle wissen, dass Grenzwerte sich verschieben können und das auch tun, sobald neue wissenschaftliche Erkenntnisse darüber bekannt werden. Ebenfalls problematisch ist, wenn Stoffe unbemerkt ins Grundwasser kommen, nicht ausreichend herausgefiltert werden und dann im Trinkglas auf dem Küchentisch landen. Stoffe, für die es vielleicht noch gar keine Grenzwerte gibt oder mit denen man im Grundwasser gar nicht erst rechnet. Aktuell können diese jahrelang unbemerkt im Trinkwasser sein und es gibt auch zahlreiche Stoffe, die man noch gar nicht kennt. 2020 hat man 40 solche unbekannte Einzelstoffe, von denen nicht bekannt ist, auch ob sie schädlich sind, festgestellt.

Hier ein Beispiel für einen der bekannten Stoffe, der sich unbemerkt in unser Trinkwasser geschlichen hat. Er heisst Ethyldimethylkarbonat, er wurde 2019 im Basler Trinkwasser nachgewiesen und er ist ein krebserregender Stoff, ein Nebenprodukt aus der Pestizidproduktion von Bayer in MuttENZ Schweizerhalle. Über den Rhein gelangte er in unser Grundwasser und von da aus ins Trinkwasser. Er blieb jahrelang unentdeckt und war jahrelang im Trinkwasser. Irgendwann hat man mit neueren Messmethoden dann diesen Stoff gefunden. Die Konzentration damals lag unter den Grenzwerten, also hatten wir nochmals Glück, aber das Beispiel zeigt eben genau, man findet nur das, was auch wirklich gemessen wird, und dies sieht man auch beim Schreiben der Regierung. Dort wird auch deutlich, dass vor allem gemessen wird, was man bereits kennt. Alles andere weiss man nicht, unser Trinkwasser ist also zu teilen eine Blackbox. Ein solches HACCP-Konzept wäre hier ein guter Schritt und eben auch eine zusätzliche Aufbereitungsstufe, weil diese sehr vorbeugend wirken würde.

Nun, die IWB hat verschiedene Techniken und Zusatzstufen geprüft, das freut uns natürlich, aber schade ist, dass man aus diesen Tests nun auch nicht weiterdenkt und plant und überlegt, wie man sich verbessern könnte, sondern nach den Tests und den gezogenen Fazitten bei der Anzahl Stufen beim Status Quo zu bleiben scheint. Wir hätten uns mehr zukunftsgerichtete Strategie für die noch immer aktuelle Problematik gewünscht und daher begründet sich auch der Antrag auf Stehenlassen des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Michael Graber für die Mitte-EVP.

Michael Graber (Mitte-EVP): Als Chemiker möchte ich es mir nicht nehmen lassen, zu diesem spannenden Geschäft ein Votum zu halten. Ich möchte dabei gleich zu Beginn festhalten, dass ich kein Experte in Trinkwasseranalytik bin, aber von meinem Beruf her bin ich es mir gewohnt, Analysedaten zu lesen und zu interpretieren und genau das habe ich hier bei diesem Geschäft gemacht.

Wir sind uns ja alle einig, die Qualität unseres Trinkwassers ist essenziell wichtig und es lohnt sich, regelmässig zu überprüfen, ob und wie dessen Aufbereitung verbessert werden kann. Ich möchte im Rahmen dieses Votums ein biomedizinisches Experiment durchführen, und zwar habe ich hier ein Fläschchen mit einer Lösung. Es sieht sehr harmlos



aus, aber darin tummeln sich viele verschiedene Stoffe. Da es eine wässrige Lösung ist, enthält diese Flüssigkeit vor allem Wassermoleküle. Es sind ungefähr 840 Trilliarden H₂O-Moleküle. So weit, so gut. Aber es befinden sich auch Stoffe hier drin, die problematisch sind, insbesondere auch per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, sogenannte PFAS, die aktuell viel in den Medien diskutiert werden. Diese Flüssigkeit hier enthält Perfluor-Oktansäure, Perfluor-Oktan-Sulfonsäure, Perfluor-Nonansäure, Perfluor-Hexan-Sulfonsäure sowie tausende weitere Chemikalien, die uns Schaden zufügen können. Ein besonders problematischer Stoff ist Perfluor-Oktan-Sulfonsäure PFOS. In diesem Fläschchen hier drin sind 15 Milliarden dieser PFOS-Moleküle. Das Experiment besteht nun darin, dass ich dieses Fläschchen trinke und wir schauen, ob ich irgendwelche Schäden davontrage. Raoul Furlano, ich bin sehr froh, dass Sie noch hier sind, damit Sie einspringen können, wenn irgendwas passiert.

Sie haben es sicher geahnt, was ich hier getrunken habe, war Trinkwasser, frisch gezapft vom Wasserhahn hier im Rathaus. Es schmeckte ganz normal und ich gehe davon aus, dass ich keine Schäden davontragen werde. Was will ich jetzt mit diesem Experiment zeigen? Unser Körper ist ständig verschiedensten Giftstoffen aus unserer Umwelt ausgesetzt. Beim Essen, beim Trinken, ja sogar beim Atmen kommen wir pausenlos in Kontakt mit Giftstoffen. Das war schon früher so und ist auch jetzt so. Die gute Nachricht ist die, solange es sich nur um kleine Mengen handelt, kann unser Körper gut damit umgehen. Sie kennen den Spruch von Paracelsus sicher auch, *dosis fatid venenum*, die Dosis macht das Gift. Warum ist das so?

Unsere Leber nimmt bei uns die Rolle einer Kläranlage ein. Sie metabolisiert Giftstoffe so, dass sie schadlos wieder ausgeschieden werden können. Ich wiederhole nochmals, ich spreche hier von kleinen Mengen. Und genau hier kommen die Grenzwerte ins Spiel. Die Frage ist, welche Menge ist die Menge, mit der unser Körper schadlos umgehen kann. Diese Frage ist alles andere als trivial und für jeden einzelnen Stoff gilt ein anderer Grenzwert.

Bei den vier schlimmsten PFAS, die sogenannten PFAS 4, hat Dänemark die strengsten Grenzwerte gesetzt, und zwar mit zwei Nanogramm pro Liter. Das sind zwei Milliardstel Gramm pro Liter Wasser. ~~sdaassaa~~ Unser Basler Trinkwasser unterbietet selbst diesen strengen Grenzwert um mehr als die Hälfte, nämlich mit 0,9 Nanogramm pro Liter. Was ist also jetzt das Fazit? Ja, ich habe PFAS geschluckt und ja, PFAS sind Giftstoffe, die meinem Körper schaden können, aber die Mengen, die wir mit unserem Trinkwasser schlucken, sind deutlich unter den strengsten Limiten. Ich vertraue also darauf, dass mein Körper damit umgehen kann und ich sowohl kurz- wie auch langfristig keine Schäden davontragen werde.

Mir ist es wichtig zu betonen, ich finde es richtig und wichtig, dass man regelmässig die Qualität unseres Trinkwassers hinterfragt. Die Technik macht laufend Fortschritte und es lohnt sich zu prüfen, ob und wie die Konzentration von Schadstoffen im Trinkwasser weiter reduziert werden kann. Aber das Schreiben der Regierung zu diesem Geschäft zeigt in meinen Augen sehr klar, dass unser Trinkwasser selbst die höchsten Anforderungen erfüllt und bedenkenlos getrunken werden kann. Wir von der Mitte-EVP empfehlen Ihnen daher, den Anzug abzuschreiben. Gleichzeitig begrüßen wir es aber auch, dass die IWB laufend die Entwicklung neuer Technologien bezüglich Trinkwasseraufbereitung verfolgt und die Gelegenheit ergreift, wenn mit neuer Technologie die Qualität unseres Trinkwassers weiter verbessert werden kann.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Als ich die Kreuztabelle gesehen habe, war ich ehrlich gesagt sprachlos. Ich verstehe nicht, warum die Mehrheit der Fraktionen diesen Anzug und damit eine zentrale Frage unserer Versorgungssicherheit, nämlich unserem Trinkwasser einfach abschreiben will und ich finde. Sie, wir, schulden der Basler Bevölkerung dafür eine Erklärung.

Der Rhein ist kein unberührter Fluss, er ist das gereinigte Abwassersystem der Schweiz. Unser Trinkwasser basiert auf Rheinwasser, das durch Versickerung und Aktivkohle aufbereitet wird und dieses Rheinwasser wird unter anderem auf Höhe von Weil am Rhein überwacht, um Schadstoffspitzen frühzeitig zu erkennen. Aber genau hier liegt das erste Problem, denn wenn eine Schadstoffspitze sichtbar wird, ist die Chemikalie längst in unserem Trinkwassersystem. Und wir wissen, dass am Rhein immer wieder problematische Stoffe nachgewiesen werden, darunter auch potenziell krebserregende Stoffe.

Und ja, unser Trinkwasser wird gereinigt. Ja, Aktivkohle leistet hier einen wichtigen Beitrag, aber sie entfernt eben vor allem grössere und eher unpolare Stoffe. Sehr mobile Stoffe wie Nitrat oder kurzkettige PFAS bleiben deutlich schwieriger zu handeln. Und kein System entfernt alles. Die IWB prüft täglich hunderte Stoffe bei gleichzeitig tausenden potenziellen Chemikalien im Wasserkreislauf. Wir sprechen zudem nicht nur von bekannten Stoffen, sondern auch von Abbauprodukten, deren Wirkung oft unklar ist. Und wir sprechen von Mischungseffekten, obwohl Grenzwerte immer nur für Einzelstoffe gelten. Darum schreibt die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz 2021: Mit Rheinwasser angereichertes Trinkwasser wie in Basel sei eine mehrstufige Aufbereitung des Trinkwassers ohnehin unvermeidlich.

Und als ob das nicht genug wäre, kommt in unserer Region ein weiterer Faktor dazu, die Altlasten. Die Chemiemülldeponie Feldreben, betrieben von den Vorgängerfirmen BAFS, Novartis und Syngenta, liegt unmittelbar neben dem Trinkwassergebiet der Muttenzer Hard. Rund 20'000 Tonnen Chemiemüll sind dort vergraben. Und hier steht uns eine Sanierung bevor, die zwangsläufig Stoffe mobilisieren wird. Das umgekehrte Problem zeigt sich mit der Deponie Maienbühl.



Riehen, aber auch die Verursacher weigern sich, hier eine Sanierung vorzunehmen und der Chemiemüll modert vor sich hin und bedroht unser Trinkwasserreservoir in der Langen Erle.

Das heisst, wir haben nicht nur ein einzelnes Risiko, wir haben eine Kombination aus diffuser Belastung durch den Rhein und konkreten lokalen Risiken durch die Altlasten. Und vor diesem Hintergrund sagt die Regierung, es bestehe kein Handlungsbedarf, wir schauen. Ich bin die erste, die ein naturnahes energieschonendes System einer aufwendigen technischen Lösung vorzieht, aber wir müssen uns fragen, ob dieses System in einer Region mit dieser spezifischen Belastung langfristig ausreicht. Und jetzt komme ich zur entscheidenden Frage. Wie begründen Sie es gegenüber der Bevölkerung, dass wir im Wissen von all dem nichts tun, und wer übernimmt die Verantwortung, wenn sich in einigen Jahren zeigt, dass wir zu spät gehandelt haben? Und darum bitte ich Sie, den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort auf, dass die Fachleute in der Verwaltung aus unserer Sicht solide unterwegs sind betreffend Monitoring, Einordnung sowie den technologischen Entwicklungen. So weit, so gut. Aber ob die zwei Sätze in den letzten Paragraphen wirklich stimmen?

Zitat Satz 1: Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass die Gesetzgebung künftig den Eintrag solcher Stoffe, gemeint sind TFA und EDTA, in die Umwelt beziehungsweise die Gewässer stärker sanktionieren wird. Zitat Satz 2: Auch die sich abzeichnenden strengeren Anforderungen bei einigen Substanzen, PFAS, werden sicher erreicht.

Wir Grünliberalen zweifeln an diesen Aussagen, denn, wir haben es gerade kürzlich gehört und gelesen, PFAS, die sogenannten Ewigkeitschemikalien, werden in Böden und Organismen sowie in Schweizer Gewässern und Fischen nachgewiesen. Zum Beispiel im Hallwiler- und Zugersee, Steinach und Goldach im Kanton St.Gallen sowie im Stockalperkanal im Kanton Wallis. Sie stellen eine zunehmende Herausforderung für Fischerei und Gewässerschutz dar, denn PFAS können sich in Fischen sogar akkumulieren. Sie haben es vielleicht gelesen, in mehreren Kantonen mussten bereits Einschränkungen beim Fischfang und Fischkonsum erlassen werden. Die Situation und die Entwicklung ist äusserst besorgniserregend. Wir können PFAS nicht sinnvoll wegfiltern, weil wir gleichzeitig weiterhin grosse Mengen in die Umwelt eintragen. Das Ziel soll daher sein, Einträge zu reduzieren, Risiken zu steuern und die Kosten fair zu verteilen.

Wir Grünliberalen schreiben diesen spezifischen Vorstoss nun ab, werden jedoch mit einem neuen Vorstoss am Thema dranbleiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist Jean-Luc Perret für die SP.

Jean-Luc Perret (SP): Wir verstehen auch, weshalb man diesen Anzug vielleicht stehen lassen wollen könnte, er benennt ein wichtiges Anliegen, das finden wir auch, nämlich den sorgfältigen Umgang mit Schadstoffen im Trinkwasser. Trotzdem begründe ich in aller Kürze, weshalb wir heute für Abschreiben sind, nämlich nicht wegen den grundsätzlichen Fragen, wie sie jetzt hier am Rednerpult schon ein paar Mal aufgeworfen wurden, sondern weil der vorliegende Anzug nun wirklich sehr konkret eine zusätzliche Aufbereitungsstufe verlangt, wie sie in Muttenz schon in Betrieb ist. Und genau das wurde auch nochmals vertieft geprüft und die Tests zeigen, dass alternative Verfahren die Reinigungsleistung zwar leicht verbessern könnten insgesamt, aber das heutige Verfahren in der Gesamtbeurteilung am besten abschneidet.

Der Bericht hält zudem fest, dass die heutigen und auch die absehbaren strengeren Anforderungen derzeit alle eingehalten werden. Beim ersten Stehenlassen hatten wir, und damit bin ich jetzt wieder beim Grundsatz, bereits die Frage nach einer übergeordneten Vorsorgestrategie gestellt. Diese ist nicht deckungsgleich mit der konkreten Forderung dieses Anzugs, das sehen wir jetzt auch ein. Und wenn wir eine solche Strategie wollen für bekannte, neu auftauchende oder vielleicht auch noch unbekannte Stoffe, dann braucht es einen neuen Vorstoss, der genau das verlangt, so etwas wie Brigitte Kühne das soeben angetönt hat. Und wir könnten uns auch durchaus vorstellen, das dann zu unterstützen. Diesen Anzug werden wir nun aber heute abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher ist für die SVP Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Ich möchte gleich zu Beginn festhalten, dass das Anliegen hinter diesem Vorstoss absolut berechtigt ist. Die Qualität unseres Trinkwassers ist wichtig. Sie ist eine zentrale Frage der öffentlichen Gesundheit, der Umweltpolitik und



letztlich auch des Vertrauens in unseren Staat. Gerade in Zeiten, in denen wir vermehrt über Mikrofonreinigungen, Pestizidrückstände oder Spurenstoffe diskutieren, ist es richtig, dass dieses Parlament genau hinschaut.

Aber, und das ist entscheidend, gute Politik bedeutet nicht, jede theoretisch mögliche Massnahme umzusetzen. Gute Politik bedeutet, verhältnismässig, faktenbasierend und zielgerichtet zu handeln. Und genau hier überzeugt mich die Antwort des Regierungsrats. Die Situation in Basel-Stadt ist schlicht nicht mit jener in Muttenz vergleichbar. Während dort konkrete Belastungen den Bau zusätzliche Reinigungsstufen notwendig gemacht haben, verfügen wir in Basel über ein System, das bereits heute auf einem sehr hohen Niveau funktioniert. Wir setzen auf ein Prinzip, das ich für absolut richtig halte. Wir verhindern Verunreinigungen, bevor sie überhaupt ins Trinkwasser gelangen. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoller, es ist auch volkswirtschaftlich klüger. Denn seien wir ehrlich: Eine flächendeckende, mehrstufige Aufbereitung würde enorme Investitionen nach sich ziehen, Investitionen, die wir am Ende alle bezahlen, ohne dass ein klarer zusätzlicher Nutzen ausgewiesen ist.

Und genau hier müssen wir als Parlament Verantwortung übernehmen. Es ist nicht unsere Aufgabe, symbolpolitische Infrastrukturprojekte zu beschliessen. Es ist unsere Aufgabe, dort zu handeln, wo ein konkreter Bedarf besteht. Der Regierungsrat hat den Auftrag dieses Anzugs ernst genommen. Er hat geprüft, analysiert und transparent dargelegt, weshalb eine solche Anlage für Basel aktuell nicht notwendig ist. Damit hat der Anzug seinen Zweck erfüllt. Er hat eine wichtige Diskussion ausgelöst, er hat zu einer vertieften Prüfung geführt und er hat Klarheit geschaffen. Mehr kann und muss ein Anzug nicht leisten.

Deshalb ist es konsequent, ihn heute abzuschreiben und somit dem Antrag des Regierungsrats zu folgen. Und Franziska Stier, wenn Sie es nicht besser wissen, sollten Sie solche Aussagen über Riechen lassen. Es gab eine Volksabstimmung, die klar dargelegt hat, dass das nicht gemacht werden muss.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir alle wollen sauberes Trinkwasser, aber die Frage, die wir uns stellen müssen als Regierung und als Grosser Rat ist, wie organisieren wir das, dass die Verantwortlichkeiten stimmen, dass die richtigen Leute die richtige Verantwortung und Kompetenzen haben, um dieses Ziel sicherzustellen. Und diese Verantwortlichkeit ist festgelegt. Die Verantwortung über die Trinkwasseraufbereitung obliegt nicht dem Grossen Rat, Sie tragen diese Verantwortung nicht, sie obliegt auch nicht dem Regierungsrat. Sie obliegt der IWB. Das haben Sie so im Gesetz festgelegt und ich denke, es ist richtig, dass Fachleute, Expertinnen und Experten zuständig sind, die richtigen Aufbereitungsmethoden zu installieren, die Kontrollen vorzunehmen, dass das Trinkwasser die Qualität hat, die vorgegeben ist. Und die IWB macht das und die IWB hat auch transparent dargelegt, wie sie diesen Job macht mit der mehrmaligen Beantwortung dieses Anzugs.

Das allein reicht nicht, es braucht eine Kontrolle, eine staatliche Kontrolle des Trinkwassers, ob das auch alles gemacht wird. Das obliegt dem Kantonslabor. Das Kantonslabor prüft das Trinkwasser der IWB und der Hardwasser AG, ob die Bedingungen erfüllt sind. Und sie sind erfüllt. Und wer definiert die Bedingungen, die Grenzwerte, wie Michael Graber das schön gesagt hat, die festgelegt sind? Wo sind die Grenzwerte, wo sichergestellt werden kann, dass das Wasser keine gesundheitlichen Schäden verursacht? Das macht der Bund. Er definiert diese Grenzwerte.

Und die Beantwortung geht noch weiter. Sie schaut nämlich nicht nur, ob die Grenzwerte, die heute gelten in der Schweiz, eingehalten sind, sondern sie nimmt die strengsten Grenzwerte, die es in der EU gibt. Und ja, es ist wahrscheinlich, dass die Schweiz in diese Richtung gehen wird, aber auch diese strengen Grenzwerte, die zu finden sind in der EU, werden eingehalten.

Die Technologie und die Methoden entwickeln sich weiter und es ist der Auftrag an die IWB, da immer dran zu bleiben in diesem Erfahrungsgewinn, der stetig stattfindet. Wir finden heute andere Stoffe als vor 20 Jahren und in 20 weiteren Jahren werden es wieder andere Stoffe sein und andere Erkenntnisse vorliegen. Entsprechend muss das auch immer wieder überprüft werden, angepasst werden. Der Bund muss schauen, ob seine Grenzwerte stimmen, die IWB muss schauen, ob ihre Aufbereitungsmethoden stimmen und das Kantonslabor muss entsprechend seine Kontrollmessungen anpassen, damit diese Entwicklung auch abgebildet wird.

All dies ist der Fall und ich glaube, es ist wirklich wichtig, diese Verantwortlichkeiten klar zu benennen. Die Qualität des Trinkwassers ist nicht die Verantwortung des Grossen Rates, die Verantwortung des Grossen Rates ist, diese Verantwortlichkeit im Gesetz klar festzulegen und dies haben Sie getan. Aus diesem Grunde und nach der nochmaligen Berichterstattung möchte ich Sie bitten, diesen Anzug heute abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 19 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008744, 22.04.26 21:22:50]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 74 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgeschrieben.

50. Budgetpostulat 2026 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi), Stellungnahme des RR

[22.04.26 21:23:03, 25.5572.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und ins Budget 2026 zusätzlich einen Betrag von 20'000 Franken einzustellen. Das Wort hat für das Präsidialdepartement Regierungspräsident Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich spreche sogar für den Regierungsrat, wir machen diese Sachen ja immer zusammen und nicht departementsweise, sonst sähe es vielleicht da und dort ja auch ein bisschen anders aus, aber Budget ist ein Kollektivwert. Nun aber jetzt ernsthaft zum Thema der Kulturlegi. Das Projekt wird seit 2019 vom Kanton Basel-Stadt mit einem Staatsbeitrag unterstützt. Die Höhe dieses Staatsbeitrags ist 20'000 Franken pro Jahr. Das Gesamtbudget des Projekts beträgt 180'000 Franken. Es finanzieren neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Basel-Landschaft im hälftigen Umfang 10'000 Franken sowie die CMS 20'000 Franken. Weitere Mittel werden durch spezifische Aktionen der Trägerschaft und auch beispielsweise durch Spendenrufe beigetragen.

Nun, der Regierungsrat konnte schon im letzten Jahr beobachten, dass sich gemäss den aktuellen statistischen Informationen die Nutzungszahlen der Kulturlegi erfreulich entwickeln und dazu haben massgebliche technische Optimierungen bei Caritas in Zusammenarbeit mit dem Kanton beigetragen. Wir haben in der Beantwortung des Anzugs Sieber entsprechend auch erläutert, dass wir das Projekt weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten durch die relevanten Stellen im Kanton unterstützen möchten und zusammen mit der privaten Trägerschaft den niederschweligen Zugang für die Anspruchsgruppen weiterhin und immer besser schaffen wollen.

Wir hatten ursprünglich die Weiterführung des Staatsvertrags in der bisherigen Höhe ins Auge gefasst, dies auf Basis des Antrags der Caritas beider Basel für die Staatsbeitragsperiode 2026 bis 2029. Zusätzlich hat die Abteilung Kultur für 2026 für ein spezifisches Projekt der Trägerschaft zusätzliche Mittel von 10'000 Franken in Aussicht gestellt.

Wir haben nun nach deutlicher Überweisung des Budgetpostulats, über das wir heute sprechen, unsere Position erarbeitet und auch noch die ganz aktuellen Statistiken und Nutzungszahlen einbezogen und diese bestätigen eine erneute substanzielle Zunahme von ausgestellten Ausweisen und von Nutzungen, besonders auch im Kanton Basel-Stadt. Vor diesem Hintergrund hält der Regierungsrat eine Erhöhung, ja eine Verdoppelung der wiederkehrenden Beiträge von 20'000 Franken auf 40'000 Franken pro Jahr für gerechtfertigt. Damit kann die steigende operative Belastung der Geschäftsstelle der Caritas aufgefangen und auch Spielraum für eine Weiterentwicklung des Angebots geschaffen werden.

Der Regierungsrat ist hier also bereit, dem Anliegen des Budgetpostulats teilweise entgegenzukommen. Der Regierungsrat befürwortet nicht eine einmalige, sondern eine dauerhafte Erhöhung des mehrjährigen Staatsbeitrags. Damit soll dem



wachsenden Tagesgeschäft im Kontext der Kulturlegi eben Rechnung getragen werden, dass hier weiterhin in guter angemessener Qualität gearbeitet werden kann.

Eine Verdreifachung des bisherigen Beitrags von 20'000 auf 60'000 Franken einseitig von Seiten Basel-Stadt hält der Regierungsrat bei einem Gesamtbudget des Projekts von rund 80'000 Franken nach wie vor nicht für gerechtfertigt und lehnt das ab, auch natürlich immer in Relation zu anderen Antragstellenden, zu anderen Projekten, die vielfach ebenso förderungswürdig sind. Wir dürfen aber festhalten, dass der Regierungsrat mit seinem Vorschlag dem Budgetpostulat substanziell entgegenkommt, damit auch seinen Willen unterstreicht, die Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten mit dem niederschweligen Angebot der Kulturlegi beider Basel in Zukunft noch stärker zu fördern. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den Fraktionssprechenden. Eigentragen hat sich Bruno Lötscher für die Mitte-EVP.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Zunächst Herr Regierungspräsident Conradin Cramer, mein ganz herzliches Dankeschön dafür, dass der Regierungsrat diesem Budgetpostulat so viel Bedeutung zugemessen hat und ihm als einzigem substanziell entgegenkommt. Das wissen wir sehr zu schätzen. Ich weiss, dass das nicht einfach ist, weil Budgetpostulate nicht gerne gesehen werden, und ich begreife einerseits warum, auf der anderen Seite muss ich das doch kurz sagen, weil heute Morgen ja mein sehr geschätzter Kollege Olivier Battaglia gesagt hat, dass das eigentlich der falsche Moment sei, das müsste man in der Budgetdebatte sagen und Daniel Seiler hat das dann auch bestätigt, indem er gesagt hat, er folge Olivier Battaglia. In der Budgetdebatte kann man das ja eben nicht sagen, man muss in der Budgetdebatte einen schriftlichen Antrag stellen, damit die Regierung das beurteilen kann. Das ist ja der Weg, der die Geschäftsordnung des Grossen Rates vorsieht. Wir müssen das so machen, wenn wir das parlamentarische Instrument nicht ganz aushebeln wollen. Das wäre eine Möglichkeit, aber dann müssten wir es aus der Geschäftsordnung streichen. Jetzt läuft es halt nun mal über diese Zweistufigkeit, nachdem das Budget fertig ist, es macht aber Sinn, weil man es sorgfältig prüfen kann.

Ich beantrage trotzdem weiterhin, auch namens meiner Fraktion, dass das Budgetpostulat in vollem Umfang genehmigt wird, also nicht 20'000, sondern 40'000 Franken Erhöhung. Jetzt sind ja das relativ kleine Beträge. Wenn wir über 20 Millionen, 200 Millionen reden, reden wir oft fast gleich lang wie über einen solchen Betrag. Ich begründe Ihnen gerne, weshalb ich der Überzeugung bin, dass hier die 60'000 Franken statt 40'000 Franken gerechtfertigt sind. Wir geben im Bereich Kultur gemäss Kulturleitbild 160 Mio. Franken aus pro Jahr. Auf der Angebotsseite machen wir also ganz viel. Wir helfen und wir tragen dazu bei, dass ein tolles Angebot besteht. Auf der Nutzerseite hingegen, wo es halt nicht jedem so einfach fällt, ein Ticket für 50 Franken zu kaufen, für 40, 70, 80 Franken, machen wir eigentlich nichts. Und da ist die Kulturlegi ganz wichtig und da kommen wir jetzt mit einem Antrag von 60'000 Franken. Jetzt machen wir natürlich nicht nichts, das stimmt nicht und ich kann die Museen ja abziehen von diesen 160 Millionen, dann sind es, ich meine, noch 95 Millionen, die wir investieren. Und wenn wir auf der Nutzerseite 60'000 Franken investieren, haben wir einen riesigen Hebeleffekt, mit dem wir tausenden von Leuten helfen können. Und ich denke, so gut investiertes Geld gibt es ganz selten wie hier.

Und deshalb meine ich, dass es nicht ganz richtig ist, was als Berechnungsgrundlage vorliegt. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme geschrieben, dass man basierend auf dem Budget 2024, das 80'000 oder 85'000 Franken ausweist, auf dieses Bedürfnis kommt. Das ist in mehrfacher Hinsicht nicht die richtige Ausgangslage. Dieses Referenzbudget ist natürlich falsch. Wenn man für 2024 Budgetzahlen macht, macht man das im 2023 und wenn man im 2023 Budget macht, hat man erst Zahlen fürs 2022. Im 2022, das kann ich Ihnen sagen, gab es 2'173 solcher Kultur-Legis. Schon im 2024 waren es aber 4'582, mehr als doppelt so viele, und jetzt sind es 6'220. Seit der letzten Diskussion um diese Unterstützung von den 20'000 Franken hat sich die Zahl der Nutzenden vervierfacht. Nicht verdoppelt, nicht verdreifacht, sondern vervierfacht, und deshalb ist diese Erhöhung um das Dreifache nicht ein überbordender, ein übermässiger Antrag, sondern ein Antrag, der das Funktionieren dieses Kulturlegiangebotes garantiert und weiterhin ermöglicht.

Ich bitte Sie also hier, das nochmals sehr genau durchzurechnen. Wir haben mehrere Zahler, die das ermöglichen, in grossem Umfang die CMS, höchst verdankenswert gegen 20'000 Franken, die Caritas mit etwa 30'000 Franken, für den Kanton Baselland soll 20'000 werden und für Basel-Stadt sollen es 60'000 sein. 73% der Kartennutzer sind Menschen vom Kanton Basel-Stadt. Auch aus diesem Grund rechtfertigt es sich, dass der Kanton Basel-Stadt sich bei diesem Angebot mit 60'000 Franken engagiert. Das ist nicht alle Welt, das ist ein kleiner Betrag, natürlich viel, sonst würde man es ja nicht beantragen. Für die Caritas ist es viel, das Projekt braucht dieses Geld, aber der Nutzen ist riesig. Und ich bitte Sie deshalb, dem Antrag insgesamt zuzustimmen und eine Erhöhung auf 60'000 Franken zu bewilligen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Julia Baumgartner für die SP.



Julia Baumgartner (SP): Gerne spreche ich im Namen der SP-Fraktion zu diesem Budgetpostulat. Die Kulturlegi ist ein wichtiges Projekt zur Ermöglichung von kultureller Teilhabe für Menschen mit tiefem Einkommen. Und in den vergangenen Jahren ist die Nachfrage massiv gewachsen, mein Vorredner hat es bereits ausgeführt. Es ist ein Beweis dafür, dass dieses Angebot dringend gebraucht wird und wir begrüssen es deshalb grundsätzlich, dass auch der Regierungsrat erkannt hat, dass auf diese wachsende Nachfrage reagiert werden muss.

Aber, und das ist entscheidend, der Regierungsrat schlägt vor, nur die Hälfte der beantragten Mittel zu gewähren und das wird dem Problem nicht gerecht. Es geht nicht nur darum, bestehende Nutzende zu bedienen, sondern das Angebot auch deutlich bekannter zu machen, damit Berechtigte vom Angebot wissen und dann auch Gebrauch machen. Die SP-Fraktion hält deshalb am vollständigen Budgetpostulat fest. Kulturelle Teilhabe ist ein Auftrag, den wir uns selber gegeben haben, es ist ein Grundrecht und wir haben die Mittel, um das auch ernst zu nehmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Regierungspräsident Conradin Cramer wünscht das Wort nicht mehr. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat, Titel und Ingress einziger Absatz. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Antrag gemäss Bruno Lötscher Steiger und weiteren, den Betrag auf 40'000 Franken zu sprechen. NEIN heisst Antrag gemäss Regierungsrat, das Budgetpostulat nur teilweise zu erfüllen und 20'000 Franken zu sprechen.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008746, 22.04.26 21:36:27]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Antrag von Bruno Lötscher zu folgen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 60 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für 40'000 Franken entschieden. Jetzt kommen wir noch zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

61 Ja, 25 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008748, 22.04.26 21:37:11]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Bruno Lötscher-Steiger werden im Budget 2026 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 40'000 eingestellt.

(Position Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Caritas beider Basel KulturLegi).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 61 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen dem Grossratsbeschluss zugestimmt.



51. Budgetpostulat 2026 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa), Stellungnahme des RR

[22.04.26 21:37:24, 25.5573.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Regierungsräsident Conradin Cramer hat das Wort.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Ich glaube, Sie kennen die Ausgangslage und ich kann es auch entsprechend kurz machen. Zusammenfassend, das Budgetpostulat fordert die Überführung von drei mehrjährigen Projekten der Quartierarbeit in die Regelstruktur, die mobile Quartierarbeit St. Johann des Quartiertreffpunkts Lola, die mobile Quartierarbeit Breite und St. Alban des Treffpunktes Breite sowie Altersgerechtes Wettstein des Quartiertreffpunkts Wettstein. Insgesamt werden 439'000 Franken pro Jahr dafür beantragt.

Die Quartierarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt gegen Einsamkeit, und die Quartierarbeit bietet auch Informationsvermittlung, Beratung und Triage bei individuellen Fragestellungen. Der Bedarf für mobile Quartierarbeit sowie der Fokus auf die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Das ist anerkannt und deshalb soll im Rahmen der nächsten Staatsbeitragsverhandlungen im Jahr 2027 im gesamtstädtischen Kontext die Ausgangslage neu betrachtet und beurteilt werden und eventuell dann auch Erhöhungsanträge gestellt werden.

Der Regierungsrat lehnt es aber ab, zum jetzigen Zeitpunkt diese drei als Projekte ausgelegten Projekte in die Regelstruktur zu überführen. Er wird aber die langfristige Finanzierung dieser Projekte für die Staatsbeitragsperiode 2028 bis 2031 prüfen und daher bitte ich Sie, das Budgetpostulat abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Eingetragen für die Fraktion GRÜNE/jgb hat sich Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb): Zuerst etwas, was mich grundsätzlich beschäftigt und das nicht nur mein Budgetpostulat, sondern alle Budgetpostulate, die wir heute behandelt haben, betrifft. Die Antworten sind alle bemerkenswert kurz und auf die Debatten, die wir in der Erstbehandlung geführt hatten und auf die Fragen, die da aufgekommen sind, wurde eigentlich überhaupt nicht eingegangen.

Als ich den Bericht der Regierung gelesen habe, war ich entsprechend enttäuscht, 200 Wörter lang war er und die Hälfte davon beschreibt eigentlich das Projekt, wie toll es ist, lobt dieses und ist durchaus eigentlich nur positiv und zeigt auch, wie wichtig das für Basel ist, und trotzdem sagt dann der Regierungsrat, bis 2028 zu warten, sie würden das dann prüfen.

Was er dabei aber nicht sagt, ist, dass während sie das prüfen, diese Menschen, die auf diese Angebote angewiesen sind, vielleicht auf sich alleine gestellt sind, die älteren Menschen, die durch die mobile Altersarbeit überhaupt erst den Weg in das Quartierangebot finden, die Familien im St. Johann, die einen niederschweligen Anlaufpunkt brauchen. Für diese Menschen bedeutet *wir prüfen* das schlicht kein Angebot. Das scheint der Regierungsrat aber in Kauf nehmen zu wollen.

Der Regierungsrat hat in seinem Legislaturplan für 2025 bis 2029 geschrieben, er wolle künftig eine bedarfsgerechte Versorgung mit soziokultureller Infrastruktur sicherstellen. Künftig, als hätte dieses künftig mit den drei langjährigen, zweimal extern evaluierten und mehrfach als Best Practice genannten Projekten nichts zu tun. Was passiert in diesen zwei Jahren 2028, wenn wir nichts tun? Es geht Fachpersonal verloren, Vertrauensbeziehungen, die über Jahre aufgebaut wurden, werden abbrechen und wenn wir warten, bis die Staatsbeitragsverhandlungen laufen, fangen die Quartiertreffpunkte wieder von vorne an, müssen wieder erklären, warum es diesen Bedarf gibt und wieso es so ein Projekt braucht. Worüber wir hier reden, sind keine Pilotprojekte, das sind wirklich bewährte Angebote, deren Bedarf auch wirklich klar ausgewiesen ist. Das streitet ja der Regierungsrat auch gar nicht ab.

Ich will es jetzt auch nicht allzu lange halten, ich bitte Sie deshalb auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, das Budgetpostulat dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Fraktionssprechende für die SP ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die zweite Überweisung dieses Budgetpostulats mit Nachdruck. Die Regierung stellt zwar eine Regelung der Finanzierung in Aussicht, aber erst auf 2027, wie wir eben gehört haben. Genau das ist das Problem. Für die betroffenen Treffpunkte ist das schlicht zu spät. Breite, Wettstein und Lola brauchen jetzt Planungssicherheit und Mittel ab 2026, nicht erst irgendwann später.

Ein weiteres Ja deshalb, weil Unsicherheit konkret bedeutet, dass Personal nicht gehalten werden kann, gewachsene Beziehungen im Quartier wegbrechen, bewährte Strukturen ins Wanken geraten. Was über Jahre erfolgreich aufgebaut wurde, darf nicht wegen eines finanzpolitischen Aufschubs aufs Spiel gesetzt werden. Gerade deshalb ist die Zweitüberweisung notwendig. Sie macht klar, dass dieser Rat nicht akzeptiert, dass funktionierende und evaluierte Quartierarbeit in eine Finanzierungslücke fällt, nur weil die Regierung erst im Jahr 2027 handeln will.

Wer lebenswerte Quartiere und soziale Teilhabe ernst meint, darf nicht auf später vertrösten. Diese Treffpunkte wirken heute, sie verhindern Isolation, stärken Nachbarschaften und erreichen Menschen, die sonst oft durch das Raster fallen. Wer hier zögert, riskiert Schäden, die sich später nur mit weit höheren Kosten beheben lassen. Darum sagt die SP-Fraktion klar, die Finanzierung muss ab 2026 gesichert werden, nicht 2027, sondern jetzt. Deshalb unterstützen wir die Zweitüberweisung entschieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Roger Stalder. Diese wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Sind Sie sich bewusst, dass die Vereine das gewusst haben, dass sie halt bis 2027 haushalten müssen?

Amina Trevisan (SP): Es spielt eben nicht so eine Rolle, ob es Ihnen bewusst war oder nicht, sondern Fakt ist, dass eine Zusammenarbeit eingegangen wurde auch mit der Regierung und die Regierung hat einfach in Kauf genommen, dass zwei Jahre Lücken entstehen. Diese Zusammenarbeit ist fragwürdig unter diesen Umständen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als nächste Fraktionssprecher für die GLP ist Niggi Rechsteiner eingetragen.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Am 21. Januar, immerhin drei Monate ist es her, stand ich hier und hielt ein Votum über unsere Zweifel betreffend Überweisung des Budgetpostulats zugunsten der Treffpunkte Breite, Wettstein und Lola. Es ging damals um folgende Punkte. Der Betrag ist sehr hoch und die Ausführungen waren zu vage, um via Budgetpostulat gesprochen zu werden. Die weiterführende Finanzierung der aufgeführten Projekte müsste von einer vorberatenden Kommission geprüft werden. Die Prüfung der Sicherung der Wirkung über den Kreis der aufgeführten Quartiertreffpunkte hinaus wäre eigentlich notwendig. Die Schaffung von Klarheit, weshalb in einigen Quartiertreffpunkten ähnliche Leistungen mit den bestehenden Ressourcen erbracht werden können und in anderen nicht.

Der Regierungsrat beantragt nun, das Budgetpostulat nicht zu erfüllen. Auf knapp einer halben Seite wird eine Miniaturbegründung zur Ablehnung geliefert. Erstaunlich. Die Regierung führt an, dass sie die Angebote und deren Finanzierung für die Staatsbeitragsperiode 2028 prüfen und beurteilen wird. Eine Überführung in die Regelstruktur scheint ihr zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, egal, ob die Angebote nun unnötig für zwei Jahre unterbrochen werden oder noch Fragen offen sind.

Es ist auch in höchstem Masse unverständlich, dass die Regierung in keiner Weise auf die Fragen aus der Debatte eingeht. So wurde nach Evaluationsberichten gefragt, welche nicht veröffentlicht wurden. Fakten aus den Berichten wären möglicherweise für die Beurteilung des Budgetpostulats entscheidend und es wäre wohl ein leichtes, die Informationen zugänglich zu machen. So hätten wir allenfalls dem Regierungsrat folgen können.

Wir wissen aus den Quartieren, dass die genannten Projekte wichtig sind, die Chance auf die Weiterführung ab der nächsten Staatsbeitragsperiode 2028 ist wahrscheinlich, doch bis dahin erleiden die angelaufenen und wie man hört erfolgreichen Projekte einen unnötigen Unterbruch. Diese Zwischenphase beziehungsweise die Pausierung der Projekte bedeutet Know-how-Verlust, Stillstand und ein Neuanfang 2028. Das macht generell wenig Sinn, insbesondere wäre ein Unterbruch auch fragwürdig, da Einzelprojekte von Beteiligten aus der Verwaltung angeregt und auch als notwendig erachtet wurden.

Die Fraktion der Grünliberalen empfiehlt aufgrund der heutigen Erkenntnisse die Überweisung des Budgetpostulats zugunsten der Zivilgesellschaft, welche aufgrund von nicht nachvollziehbaren Vorgaben – nennen wir es auch Bürokratie –,



keine Leistungsergebnisse erleiden soll. Wir wünschen uns vom Regierungsrat in künftigen Geschäften, dass nach Möglichkeit auf die Punkte eingegangen wird, die in Debatten aufgezeigt werden. Mit einer nachvollziehbaren Antwort wären die Gründe der ablehnenden Haltung möglicherweise plausibilisiert worden, und ich sage es nochmals, dann hätte man allenfalls der Regierung folgen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Roger Stalder. Sie wird angenommen.

Roger Stalder (SVP): Sie wissen auch, dass es bei diesen Vereinen Stiftungen gibt. Die könnten ja die Überbrückung übernehmen, oder nicht?

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Ja, das könnten Sie.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Auch der Regierungspräsident verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Ablehnung, NEIN heisst Zustimmung.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008750, 22.04.26 21:51:00]

Der Grosse Rat beschliesst

In Entsprechung des Budgetpostulats 2026 Laurin Hoppler werden im Budget 2026 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 439'000 eingestellt.

(Position Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 30 Ja-Stimmen, 62 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Erfüllung des Budgetpostulats entschieden. Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

52. Interpellation Nr. 16 Eric Weber betreffend Fragerecht des Abgeordneten, dass immer mehr bemängelt wird, Schreiben des RR

[22.04.26 21:51:22, 26.5063.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat mitgeteilt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist.



53. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Uestuelete 2.0» in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[22.04.26 21:51:41, 24.5099.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

54. Anzug Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreuung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung, Schreiben des RR

[22.04.26 21:52:10, 23.5659.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben den Anzug als erledigt abgeschrieben.

55. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend "Betonpiste Dreirosenbrücke", Schreiben des RR

[22.04.26 21:52:36, 22.5172.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, diesen Anzug abzuschreiben. Die Ausgangslage hat sich seit der letzten Berichterstattung deutlich verändert. Das Bauwerk, über das wir hier reden, die Dreirosenbrücke, gehört dem Bund. Im Zusammenhang mit dem Bau des Rheintunnels war die Aufwertung der Dreirosenbrücke eine der möglichen Massnahmen, um den teilweisen Wegfall der Grünanlage Dreirosen während der Bauzeit des Rheintunnels zu kompensieren.

Mit dem Nein zum Autobahnausbau fällt diese Planung dahin, denn ohne Einverständnis des Eigentümers und ohne finanzielle Beteiligung des Bundes wäre das ein sehr schwieriges und kostspieliges Unterfangen. Um die Brücke substanziell zu begrünen, bräuchte es aufwendige Substrataufbauten und Bewässerungssysteme. Inwiefern das statisch funktionieren würde, ist die nächste Frage.

Zudem fragt sich auch, ob gewisse Freiräume nicht auch einfach Freiräume bleiben dürfen, also ohne staatlichen Eingriff. Schon heute ist die Brücke beliebt, stark genutzt, die Menschen bringen Lautsprecher mit, tanzen dort oben, bringen etwas mit zum Essen und Trinken, es gibt Sitzgelegenheiten, ich habe den Eindruck, dass diese Brücke wirklich schon sehr belebt ist und deshalb auch einfach ein Freiraum bleiben darf. Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Jetzt kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Für die Fraktion GRÜNE/jgb haat Béla Bartha das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Dass wir hier Stehenlassen postulieren, ist dem geschuldet, dass wir es nicht ganz verstehen. Wir haben verstanden, dass der Bund da hineinreden kann, auf der anderen Seite muss man sagen, dass man im Zusammenhang mit dem Rheintunnel schon die Möglichkeit gesehen hat, zu begrünen. Nun kommt der Rheintunnel ja nicht, aber das Problem besteht immer noch. Trotzdem geht man von 100 auf 0 zurück.



Wir sehen eigentlich schon Möglichkeiten, eine Begrünung oder eine Entlastung von der Hitze auf dieser Betonpiste zu versuchen und es gibt sicher Möglichkeiten, die nicht so aufwendig sind, damit dann die Leute nicht schwitzend und keuchend und Hunde, die fast vertrocknen auf dem Weg, über diese Brücke gehen. Das könnte vielleicht ein bisschen und niederschwellig verbessert werden.

Wir sehen sehr wohl, dass diese Problematik besteht. Aber man muss ja nicht gerade Bäume dahin pflanzen. Wir verstehen diesen hundertprozentigen Rückzug der Regierung, die nun gar nichts tun will auf dieser Brücke, nicht ganz und bleiben bei Stehenlassen. Vielleicht bekommen wir noch einmal eine Runde der Überlegung hin und wir hoffen, dass die Regierung vielleicht noch etwas mehr Fantasie aufbringt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Unser Stehenlassen begründet sich damit, dass es uns doch etwas befremdet hat, dass, wie Béla Bartha das auch schon erwähnt hat, sich sehr viel in der Beantwortung und auch in Ihrem Votum um die veränderte Situation bezüglich des Rheintunnels dreht. In diesem Anzug geht es ja gar nicht um den Rheintunnel. Dort ging es ja allgemein um die Möglichkeiten, solche grossen zubetonierten oder asphaltierten Flächen nutzbar zu machen, zu kühlen und dort etwas zu machen. Die Begründung, dass man das jetzt sein lässt, weil es keinen Rheintunnel gibt, geht für uns logisch nicht auf.

Zudem glauben wir, dass das Thema einfach präsent bleiben muss, auch wenn es vielleicht jetzt nicht erste Priorität hat in der Umsetzung. Das können wir nachvollziehen. Auch die Herleitungen mit der Beantwortung der schriftlichen Anfragen, etc. das können wir nachvollziehen, aber nur weil es nicht erste Priorität hat, muss man es ja nicht gleich abschreiben und ganz begraben. Wir sind überzeugt, dass diese Brücken, die eine wichtige Verbindung sind vom einen Stadtteil in den anderen, so gestaltet werden müssen in Zukunft, dass man dort Kühlung erreichen kann. Ich kann mich erinnern, Regierungsrätin Esther Keller, dass Sie das auch mal gut fanden und dort Bäume hingestellt haben in Töpfen. Vielleicht weiss man jetzt, dass das jetzt noch nicht so gut funktioniert und nicht gereicht hat, aber deshalb das jetzt ganz zu begraben, fänden wir schade. Wir sind überzeugt, dass man die Idee weiterverfolgen muss und weiter darüber nachdenken muss und herausfinden muss, wie wir für diese Asphaltflächen eine Kühlung und Begrünung erreichen können, auch wenn es nicht erste Priorität hat. Darum möchten wir den Anzug stehen lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Es ist etwas speziell, ich als Anzugssteller plädiere für Abschreiben und meine Kollegen möchten stehen lassen. Ich möchte schnell begründen, warum. Die Rückmeldung von Teilen der Bewohnenden lauteten, dass sie diese Brücke vor allem dann nutzen, wenn es nicht mehr so heiss ist, in der Nacht, wenn die Sonne nicht scheint. Sie schätzen es, dass sie einen Ort haben, wo sie Freiräume haben und ich kann das nachvollziehen. Ich bitte die Personen, die jetzt stehen lassen möchten, für Abschreiben zu stimmen und einen neuen Anzug ohne meinen Namen zu machen und dann konkret zu fordern. Also bitte abschreiben und einen neuen Anzug formulieren.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Stört es Sie sehr, wenn wir gute Dinge machen, auch wenn Ihr Name draufsteht und wären Sie dafür zu haben, weiterführende und präzisierte Anzüge wieder mitzutragen?

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Ja.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Was für eine spontane Wendung. Ich wollte eigentlich nochmal sehr ausführlich darüber sprechen, wie wichtig es ist, den Hitzeschutz auf der Dreirosenbrücke voranzubringen, weil es weder für ältere Menschen noch für Menschen mit einem Hund im Sommer möglich ist, diese Brücke zu Fuss zu überqueren. Ich glaube, ich kann an dieser Stelle beenden und mache es kürzer und ziehe mein Votum und den Antrag auf Stehenlassen zurück.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dann versuche ich wieder etwas Klärung reinzubringen. Vielen Dank auch für die Gedanken. Ich habe mich jetzt gerade gefreut, auch über die Bestätigung von Franz-Xaver Leonhardt, dass dieser Raum eben sehr gut als Freiraum funktioniert. Und nochmals, ich finde nicht, dass wir jeden Raum in der Stadt mit staatlichem Eingriff irgendwie bespielen müssen oder verändern müssen. Ich glaube, gewisse Dinge entstehen auch wirklich von alleine.

Dann auf der Dreirosenbrücke oder insgesamt auf Brücken, aber insbesondere bei der Dreirosenbrücke weht immer ein Lüftchen. Das ist jetzt nicht ein Ort wie der Aeschenplatz, wo die Luft steht, wo es dann wirklich so drückend heiss wird. Diejenigen, die in der Nähe wohnen, nicken, die kennen das, das ist ein angenehmer Ort, auch im Sommer und eben abends.

Die Idee mit den kleinen Pflanzgefässen traue ich nicht mehr, da war ich jetzt ordentlich Fasnachtssujet mit kleineren Blumentöpfen auf der Dreirosenbrücke, also habe ich angenommen, Sie wünschen da schon was Richtiges, was Grosses und dann eben sind wir doch bei rechten Substrataufbauten, bei ziemlichlichen Bewässerungssystemen. Das ist dann nicht mehr CO₂-neutral, wenn wir das auf so einem Bauwerk hinstellen müssen, damit das funktioniert.

Und ja, es kann sein, dass es irgendwann wieder Thema wird. Wenn es wieder aktuell wird, nehmen wir das wieder auf, aber im Moment möchte ich die Planungsprioritäten wirklich auf andere, nachhaltigere Projekte setzen, nachhaltige Begrünung mit Bäumen gerade im Zuge von Fernwärme, und ich bitte Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ja heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, Nein heisst Stehenlassen gemäss Antrag Béla Bartha und weiteren. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Béla Bartha

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008756, 22.04.26 22:02:59]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 45 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

56. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz, Stellungnahme des RR

[22.04.26 22:03:14, 25.5459.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen. Sie ist rechtlich unzulässig, da die Motion den Regierungsrat zu einer Massnahme auf Grund und Boden der SBB verpflichten möchte. Das ist natürlich nicht möglich.



Hingegen teilen wir das Anliegen inhaltlich. Die heutige Situation mit dem Provisorium ist wirklich keine gute, das wissen wir alle, und ab Sommer 2026, also ab diesem Sommer, wird eine neue Fernbushaltestelle mit mehreren Standplätzen zur Verfügung stehen, nach den umfangreichen Bauarbeiten, die in diesem Perimeter von den SBB eben in Gang waren. Dort wird es mehr Sitzgelegenheiten geben, auch einen Unterstand und einen direkten Zugang zur Passerelle. Auch die Wege zu den öffentlichen Toiletten werden besser ausgeschildert und wir sind auch in Kontakt mit den SBB, um eine fixe Toilettenanlage an diesem Ort zu realisieren. Und wenn Sie die Motion als Anzug überweisen, dann stärken Sie uns eben in diesem Auftrag, diese Gespräche mit der SBB zu führen und die Vorbereitungen voranzutreiben, und das werden wir sehr gerne tun.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Das Wort hat Oliver Thommen für die Fraktion GRÜNE/jgb.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Es ist ja Trend, dass man Voten vorliest von anderen. Ich habe jetzt mein eigenes dabei, ich hoffe, das ist okay und ich lese Ihnen das auch nicht vor. Sie können es in der Gundeli-Zeitung der letzten Ausgabe nachlesen. Die Position der Regierung haben Sie auch schon gehört. Ich sehe das ein bisschen anders, gerade weil wir jetzt dann bald den IWB-Park nebenan eröffnen werden, wo eine Grünanlage gebaut wird, wo es auch keine Toilette gibt. Wir wissen, was dann passiert. Aber ich möchte eigentlich nicht so sehr auf das Inhaltliche gehen sondern vielleicht für die SVP-Fraktion jetzt noch etwas Binäres sagen, weil sie sich also immer so freuen darüber.

Denn gesellschaftliche Systeme sind sehr oft binär kodiert. Wenn Sie die Verhaltenssoziologie ein bisschen kennen, wissen Sie das vielleicht. In der Wissenschaft gibt es eigentlich grundsätzlich richtig und falsch, oder in der Religion ist es kodiert nach gut und böse. Das ist relativ einfach, so konstruieren sich gesellschaftliche Systeme. Der Regierungsrat hat jetzt hier gesagt, gemäss Recht sei die Motion unzulässig, ich würde sagen zulässig, ist auch kodiert. Die Frage, die Sie sich hier aber stellen müssen, ist politisch und da müssen Sie fragen, was erhöht die Chance, dass dort irgendwann mal eine sanitäre Anlage steht. Eine Motion oder ein Anzug? Unsere Fraktion glaubt nur an eine Motion. Alles andere ist wahrscheinlich nicht der Fall.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Als Einzelsprecher eingetragen hat sich David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich habe diese Motion auch unterschrieben. In der Motionsforderung steht ja, falls nötig gemeinsam mit den SBB. Also man hat daran gedacht, dass es vielleicht die SBB braucht und warum das rechtlich unzulässig sein soll, erschliesst sich mir auch bei grösster Fantasie nicht ganz.

Und dann der Hinweis auf die Signalisierung. Ich kann auch klar eine Toilettenanlage signalisieren, die sich in einer Entfernung von 10'000 Kilometern befindet, aber das hilft mir nicht sehr. Ich glaube, als erzieherische Massnahme für die Regierung ist diese Motion zu überweisen und ja, Erziehung ist vielleicht nicht immer ganz binär, aber ich glaube, hier würde ich jetzt wirklich überweisen. Man hat einfach das Gefühl, das wird nicht ernst genommen, sowohl von der Regierung wie von den SBB. Das mag der Stimmungslage in einer Nachtsitzung geschuldet sein, aber ich würde trotzdem empfehlen, dies jetzt als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein weiteres Votum. Wir kommen damit zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

Ja heisst Weiterbehandlung als Anzug. Nein heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

54 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008758, 22.04.26 22:09:05]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug und diesen stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 54 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben den Anzug dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

57. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

[22.04.26 22:09:29, 25.5394.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie sehen, dass die Regierung die Motion nicht erfüllen möchte, nicht weil wir nicht wissen, dass Baustellen eine Belastung sind, das wissen wir sehr wohl, sondern weil der Vorschlag, so wie ihn hier die Motionäre präsentieren, sehr weit geht. Bereits heute erlassen wir Allmendgebühren für Betriebe, die von Baustellen eingeschränkt sind. Häufig erlassen wir diese Gebühren für eine längere Zeit als die eigentliche Bauzeit, so jüngst in der Clarastrasse. Wer darüber hinausgehend Einnahmeeinbussen hat über längere Zeit und substanzieller Natur, kann Entschädigungen beim Kanton beantragen, dies gleich wie sonst in der ganzen Schweiz.

Und ja, das ist eine gewisse Hürde. Man muss die Bücher offenlegen und nachweisen, dass diese Einnahmeausfälle tatsächlich eingetroffen sind. Aber das ist aus Sicht des Regierungsrats auch richtig, denn wir möchten ja sicherstellen, dass das Geld zu Recht ausbezahlt wird. Alles andere würde eine Art Giesskannenprinzip bedeuten, sprich, die Unternehmen erhalten Geld, unabhängig davon, ob sie wirklich darauf angewiesen sind oder nicht, und das finanziert aus Steuergeldern. Der Regierungsrat hat den Auftrag, mit finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen. Wir sind der Meinung, dass ein solches Entschädigungssystem für Baustellen hohe Kosten verursacht.

Wichtig scheint mir schon auch nochmals festzuhalten, dass die Baustellen ja dazu da sind, den Geschäften und den Anwohnenden die Infrastruktur zu erneuern, also für diejenigen, die sie nutzen. Die Geschäfte und die Anwohnenden haben einen unmittelbaren Nutzen aus den Bauarbeiten und häufig sind sie verbunden mit attraktiven Umgestaltungen und Begrünungen des Strassenraums. Die bisherige Rechtsprechung, dass die Einschränkung deshalb grundsätzlich von den Betrieben zu tragen ist, scheint dem Regierungsrat deshalb richtig. Diese Auslegung wurde vom Bundesgericht auch so gestützt. Für starke wirtschaftliche Einbussen gibt es, wie erwähnt, bereits heute Möglichkeiten, eine Entschädigung zu beantragen.

Das sind einige der Gründe, weshalb der Regierungsrat Sie bittet, die Motion nicht zur Erfüllung zu überweisen und jetzt bin ich gespannt auf die Diskussion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Für die LDP eingetragen hat sich Lukas Faesch.

Lukas Faesch (LDP): Schauen Sie das Bild mal an. Das sind Unannehmlichkeiten, die einfach so von einem Gewerbetreibenden zu verdauen sind, und zwar entschädigungslos. Ich möchte das Beispiel vom Marktplatz nehmen, das wir kennen. Schauen Sie mal den Hund an, trotz den feinen Leckerli will nicht einmal der Hund in den Schiesser.

Gemäss Kommunikation des BVD und des BVB wird der Tramverkehr zwischen Barfüsserplatz und Schifflande im Sommer 2026 während zehn Wochen unterbrochen. Dies wurde mitgeteilt, ohne Ankündigung irgendwelcher flankierender Massnahmen, weder zur Stärkung des arg gebeutelten Gewerbes in der Kernzone noch zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der Innenstadt während der Bauphase. Die Kombination aus Tramsperre, Baustellenlärm, Staub, eingeschränkter Aufenthaltsqualität und dem kommunizierten teilweisen Wegfall des Stadtmarktes ist für das Gewerbe und den Marktplatz als ein Beispiel für die ganze Stadt, wo solche Bauarbeiten stattfinden, eine existenzielle Bedrohung.

Dass dem so ist, zeigt der Hilferuf von Stefan Schiesser, der Eigentümer der altherwürdigen Confiserie Schiesser, einer echten Basler Institution und einem Familienbetrieb seit Generationen. Confiseur Schiesser schreibt mir am 10.1.2026



folgende Mail, und ich bin autorisiert, den Inhalt hier auszugsweise publik zu machen: «Wie wir alle wissen, steht uns am Marktplatz eine Grossbaustelle bevor. Als Inhaber einer der letzten traditionsreichen Familienbetriebe in Basel werde ich als Direktor Anlieger gezwungen sein, erstmals in unserer langen Geschichte Betriebsferien oder eventuell Kurzarbeit anzuordnen. Das bedroht unsere Existenz. Wir hatten Meetings mit der Projektleitung, aber es besteht keine Hoffnung auf einen Sommer mit Boulevardbeschulung. Dass keine Trams fahren, würde nicht einmal so stören, aber Lärm, Staub, Baustellenverkehr und die Schliessung des Markts treffen uns hart. Weitere massive Unernehmlichkeiten wegen der gleichzeitigen Sanierung des Birsigtunnels sind voraussehbar. Dementsprechend kommen keine Menschen, vor allem unsere Kundschaft und Gäste, in diese einmal mehr unattraktive Innenstadt. Auch werden die verärgerten Touristen wegbleiben. Wir werden unseren Betrieb nicht aufrechterhalten können. Wir stehen, wie gesagt, vor existenziellen Nöten. Dazu kommt, dass Davidoff aus seine Filialen ausweicht, Laederach in weiser Voraussicht eine Filiale an der Freien Strasse eröffnete und die UBS temporär in die Aesche zügelt. Ein toter Marktplatz und das alles im Jahr des eidgenössischen Jodlerfestes mit gegen 300'000 erwarteten Besuchern, auf das wir uns hier am Marktplatz sehr freuen.»

Das ist ein existenzieller Hilferuf aus einem angestammten Gewerbe, der ernst zu nehmen ist, wenn wir nicht wollen, dass die Innenstadt-Schaufenster nur noch Fitnessstudios und Autofirmen beherbergen. Diese aufgezeigten Emissionen gehen weit über gewisse Einschränkungen und die gewissen Unannehmlichkeiten hinaus, die gemäss Regierungsrat entschädigungslos zu dulden sind, wie das Foto zeigt. Es ist zwar richtig, dass Infrastrukturbauten auch dem gebeutelten Gewerbe zugutekommen, aber zynischerweise eben nur, wenn diese Unternehmen die Bauphase überhaupt überleben. Die Regierung muss sehr zeitnahe finanzielle Erleichterungen für die betroffenen Betriebe, beschleunigte Kompensationsmassnahmen und Attraktivitätssteigerungen für die Bevölkerung auf den Weg bringen.

Dem in seiner Existenz bedrohten Gewerbe ist es im Übrigen egal, welche staatliche Bauherrschaft, ob IWB, BVB oder BVD finanziell eintreten muss. Solche kleinkrämerischen Argumente sind hanebüchen und nicht ernsthaft zu hören. Basel investiert Milliarden in seine Infrastruktur, von der Fernwärme bis zu den Verkehrsprojekten und all diese Budgetprojekte, wie wir heute durchgewunken haben. Und dabei lässt man die KMU im Regen beziehungsweise in der Baugrube alleine stehen. Mit dem Untergang des Innenstadtgewerbes stirbt die Innenstadt selber und das wollen wir nicht. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion ein zweites Mal zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, dieses Geschäft als Motion dem Regierungsrat zu überweisen. Man kann immerhin allen Fraktionen zugutehalten, dass sie es deutlich dringender sehen, in diesem Bereich etwas zu machen als der Regierungsrat. Alle Fraktionen sagen zumindest, dieses Geschäft solle noch einmal an den Regierungsrat gehen, sei es als Motion oder als Anzug. Nur der Regierungsrat scheint nicht bereit und gewillt zu sein, hier endlich auf das Gewerbe zu hören. Ich finde es schon ein wenig dreist, wenn immer die gleichen Kommunikationsangestellten des Departements von Regierungsrätin Esther Keller, die wahrscheinlich in der Privatwirtschaft noch nie einen Bleistift verkauft haben, immer den Gewerbetreibenden erklären wollen in den Medien, weshalb etwas nicht geht und man eben halt einfach damit umgehen müsse, dass es halt in einer Stadt wie Basel auch zu Baustellen kommen kann. Das finde ich, meine Damen und Herren, dreist.

Wir lesen momentan ja täglich von betroffenen Gewerbetreibenden, nicht nur, wie Lukas Faesch nun ausgeführt hat, auf dem Marktplatz. Wir haben ähnliche Situationen gehabt und immer noch an dieser unsäglich langen Baustelle des einmal so genannten Boulevards Clarastrasse. Diese Clarastrasse wird ja nun auch schon bald Jahre umgebaut und auch dort sind diese Betriebe stark von diesen Baustellen beeinträchtigt. Und wir lesen es ja nun auch an der Missionsstrasse, auch dort hat es gewerbetreibende Familienbetriebe, die um ihr Überleben kämpfen müssen, die vielleicht auch ohne Baustellen es schon nicht ganz einfach haben in diesem Umfeld, das wir heute in unserem Land oder auch in dieser Stadt haben, um über die Runden zu kommen. Und dann kommen irgendwelche Beamten oder sonstige Schreibtischtäter aus Departementen, die diesen Menschen, die Tag für Tag für ein Einkommen für sich selbst, für Angestellte, für die Familie sorgen wollen und müssen und sagen, nein, das geht nicht.

Und der Regierungsrat übernimmt diese Argumentation und schreibt in dieser Antwort an Alex Ebi, man anerkenne zwar das Problem, aber man sei eigentlich nicht gewillt, etwas dagegen zu machen. Der Regierungsrat macht dann noch so ein tolles Bildchen in diese Motionsbeantwortung und meint dann vielleicht noch mit diesem Schild «Wir sind offen» oder was auch immer da draufsteht, sei das Problem nun behoben. Das, meine Damen und Herren, kann doch nicht Ihr Ernst sein. Wir geben hier in diesem hohen Hause Tag für Tag oder Woche für Woche Dutzende von Millionen aus für Dinge, die nur einer kleinen Gruppierung zugutekommen. Auch heute wieder haben wir Budgetpostulate überwiesen, kleinere Beträge teilweise einverstanden, aber wir haben überall gesagt, ja, dort benötigt es zusätzliche Mittel, dort muss etwas gemacht werden. Aber wenn Gewerbetreibende, die hier in diesem Kanton Steuern bezahlen, am Anschlag sind, aus Unverschulden am Anschlag sind, dann schaut dieser links-grün dominierte Regierungsrat weg und will nichts davon wissen.



Ich finde das, meine Damen und Herren, höchst bedenklich und ich kann auch diese Schönfärbereien, die dann noch weitergetragen werden von diesem Herrn Böhm von Stadtkonzept Basel, der uns Woche für Woche in der Basler Zeitung erklären will, dass die Stadt lebt und dass dies alles im Bereich der normalen Fluktuation stattfindet, nicht mehr hören. Gehen Sie doch einmal durch diese Freie Strasse, Frau Regierungsrätin Esther Keller. Sie haben diese Freie Strasse für teures Geld umgebaut mit einem Alpnacher Sandsteinquarz, es passiert in dieser Freien Strasse genau gar nichts. Diese Freie Strasse «tötelt» Tag für Tag. Wenn Sie dann nach links oder rechts schauen, dann müssen Sie feststellen, es «tötelt» nicht nur in der Strasse, sondern auch in den Liegenschaften. Sie haben unattraktive Läden, irgendwelche Fitnesscenter, die ihre Geräte zeigen wollen, irgendwelche Autos, die hinter Glasscheiben stehen oder sonstige Telefongesellschaften, die sich dort breit machen für irgendwelche Handyabos, die kein Mensch mehr braucht, weil jeder schon mindestens eines hat.

Und in den Aussenquartieren haben Sie das Problem, dass diese Baustellen ja ohnehin auch noch zusätzlich für Sie eine Betroffenheit auslösen, weil es in den Quartieren heute auch aus anderen Gründen sehr schwierig ist zu überleben, weil auch wir hier in diesem Hause diese Quartiere mit diesen Baustellen belasten und mit zusätzlichen absurden Ideen wie beispielsweise Superblocks, die, wie wir heute lesen mussten, dazu führen, dass nun Restaurationsbetriebe Konkurs anmelden müssen, weil die Menschen einfach nicht mehr dorthin gehen können. Es können und wollen eben nicht alle gehen, sondern einige wollen auch noch mit dem Auto von A nach B kommen und sie wollen, wenn schon nicht mit dem Auto, dann ohne ewige Umleitungen des ÖV oder anderen Verkehrsmitteln von A nach B gelangen.

Ich finde es schon etwas mutig vom Regierungsrat, dass er keine Bereitschaft zeigt, dieses Thema nun endlich anzugehen und eine Lösung zu finden, die diesen Gewerbetreibenden entgegenkommt. Wir sprechen hier von Möglichkeiten, die die Motion Ebi einfordert und ich finde, dass wir mit Überweisung der Motion Ebi auch ein Zeichen an diese Gewerbetreibenden senden, dass sie uns nicht egal sind, dass wir nicht nur dafür schauen, dass es Novartis und Roche in diesem Kanton gut geht, sondern eben auch den vielen kleinen KMU, die Tag für Tag Grosses für unseren Kanton leisten und nicht einfach aus der Stadt wegzudenken sind. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die Mitte-EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Im November 2025 haben wir sehr deutlich mit 92 Stimmen die Motion von Alex Ebi überwiesen, die einen Unterstützungsfonds für Unternehmen fordert, die durch Baustellen wirtschaftlich erheblich beeinträchtigt sind. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass es solche Entschädigungen bereits heute gibt. Das stimmt theoretisch schon, funktioniert aber in der Praxis nicht. Die Hürden sind viel zu hoch. Eine Entschädigung gibt es nur bei übermässigen Immissionen von mehr als sechs Monaten Dauer. Es braucht aber nicht Bagger und Presslufthammer vor dem Haus, um grosse Umsatzeinbussen zu verursachen. Normale Strassenbaustellen mit Lärm, Staub und Umleitungen reichen vollkommen aus, um die Kundschaft von den Geschäften, Restaurants und Cafés fernzuhalten. Eine Entschädigung kann aktuell zudem nur geltend gemacht werden, wenn die Immissionen vermeidbar waren. Werden alle rechtlichen Vorschriften und Bewilligungsaufgaben eingehalten und alle Massnahmen zur Verhinderung der Immissionen ergriffen, gelten die Immissionen aber stets als unvermeidbar und dann gibt es keine Entschädigungen.

Basel investiert Milliarden in seine Infrastruktur, von der Fernwärme bis zu Verkehrsprojekten, die durchaus sinnvoll sind. Für viele Geschäfte bedeuten die Bauarbeiten weniger Laufkundschaft und allgemein weniger Kundschaft und deshalb massive Umsatzeinbussen, was zu existenziellen Sorgen führen kann. Ein paar Beispiele aus den Medien: Am Neuweilerplatz erleidet ein Geschäft wegen der grossen langzeitigen Baustelle 30% Umsatzeinbussen, ein anderes sogar 70% und ein Café, das 30% Einbussen hat und deshalb den Koch entlassen musste. An der Missionsstrasse sieht es aktuell nicht besser aus. Ein Café hat wegen dortigen Baustellen 30% Umsatzeinbussen und musste das Pensum seiner Angestellten von 50 auf 10% reduzieren. Ein Kleiderladen musste drei Mitarbeiterinnen freistellen und die Inhaberinnen bezahlen sich selber weniger Lohn aus, weil ihr Umsatz stark zurückgegangen ist, an vielen Tagen sogar auf Null. Auch ein Orthopädiegeschäft an der Missionsstrasse hat einen Umsatzrückgang um einen zweistelligen Prozentsatz.

Die Stadt Lausanne hat Entschädigungen für lärmbeeinträchtigte Geschäfte bereits eingeführt, Genf wird auch bald Geld auszahlen. Es geht nicht um riesige Beträge, doch ein paar tausend Franken können für einen Kleinbetrieb sehr viel ausmachen. Meines Erachtens soll in Basel aber nicht das Lausanner Modell angewendet werden, das von der Monatsmiete der Geschäfte ausgeht. Die Entschädigungen sollten in Basel von den effektiven Umsatzeinbussen der Geschäfte abhängen, also kein Giesskannenprinzip.

Im Rahmen des Standortpakets hat Basel-Stadt im Jahr 2025 246,25 Mio. Franken Fördergelder gesprochen. So viel verlangt diese Motion nicht. Für die Entschädigungen für das Gewerbe wegen Baustellen wird nur ein Bruchteil davon nötig sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, die Motion nochmals als Motion zu überweisen und damit unser Gewerbe zu unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Michela Seggiani für die SP.



Michela Seggiani (SP): Um diese Uhrzeit so ein wichtiges Thema in diesem hohen Hause zu behandeln, ist eine grosse Herausforderung, aber wir ziehen das durch.

Über diesen Vorstoss wurde medial ja schon viel berichtet. Baustellen bewegen die Gemüter, auch hier. Wer nun aber glaubt, dass die SP nur weil sie dieser Motion nicht fraglos folgt, gegen die Unterstützung von von Baustellen betroffenen Geschäften ist, der irrt sich. Politik funktioniert nicht nach einem Entweder-oder-Prinzip, Oliver Thommen würde das binär nennen. Wir beantragen deshalb, den Vorstoss als Anzug zu überweisen, damit die Regierung weiter prüfen und berichten kann, dass der Kanton von Baustellen betroffenen Anwohnenden und Firmen helfen soll, wenn es notwendig ist, ist für die Fraktion der SP ein gangbarer Weg. Deshalb haben auch vier Grossräte und Grossrätinnen von der SP mitunterzeichnet, ich sogar als Zweitunterzeichnende, weil ich Alex Ebi beim Vorstoss auch unterstützt und ja selbst einen Anzug zum Thema eingereicht habe.

Aber dennoch, ein Fonds scheint nicht die Lösung zu sein, wie ja auch die Antwort der Regierung aufzeigt. Warum? Mit einem Fonds ist es wegen dem verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgebot und der Wirtschaftsfreiheit gar nicht möglich, die Unterstützung auf kleine Betriebe zu beschränken. Folglich müssten auch finanzstarke Unternehmen und Filialketten Anspruch auf Gelder aus dem Fonds haben. Dass grosse Firmen staatlich mitfinanziert werden, möchte die SP-Fraktion nicht. Ich persönlich würde diese Kröte schlucken, weil grosse Geschäfte viele Arbeitsplätze generieren und auch ein Teil der urbanen und sozialen Stadtstrukturen sind. Aus Respekt vor meiner Fraktion werde ich aber nicht für die Motion stimmen, sondern mich dann enthalten.

Unternehmen und Geschäfte, die unter den Baustellen leiden, müssen geschützt und unterstützt werden, wenn nicht mit einem Fonds, dann anders. Das zeigt die breite Unterstützung dieser Motion. Es geht um Existenzen und wir müssen Lösungen für eine Unterstützung finden. Die Regierung wird ja mit der Motion damit beauftragt, entweder einen Fonds einzuführen oder uns alternative Vorschläge zu unterbreiten, und auf diese Vorschläge sind wir gespannt, weil die Kreuztabelle zeigt ja, dass die Motion überwiesen werden wird.

Nur noch kurz zu leeren Gewerbeflächen: Da wäre ein Mietdeckel ja auch eine Möglichkeit oder dass wir den Onlinehandel oder die Paketversande deutlich verteuern. Baustellen sind ein Problem für die KMU, glauben Sie mir, ich weiss das persönlich, aber den Baustellen an allem die Schuld zu geben, das kann auch nicht der richtige Weg sein.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin ist Claudia Roth für die GLP.

Claudia Baumgartner (GLP): Ich möchte auch ein bisschen noch relativieren, wie Michela Seggiani schon ein bisschen gesagt hat. Vielleicht kann man das Ganze noch ein bisschen von anderer Seite anschauen. Wir möchten als Grünliberale vorab festhalten, dass Baustellen unabdingbar sind, wenn Basel bezüglich der Infrastruktur auch in 10, 20 und 30 Jahren noch fit sein soll. Dieser Aspekt wird unseres Erachtens in der Baustellendiskussion zu wenig beachtet. Niemand möchte zum Beispiel Zustände erleben wie in Italien, wo ein Grossteil des Wassers unterwegs verloren geht, weil die Leitungen so marode sind. Wir haben zudem hier drinnen beschlossen, dass wir die CO₂-freundliche Fernwärme ausbauen möchten, und auch das generiert natürlich Baustellen.

Es ist aber auch unbestritten, dass Baustellen für viele eine Belastung darstellen. Sie generieren Lärm, Staub und Verkehrsbehinderungen. Für Geschäfte bedeuten sie zudem häufig Einnahmeeinbussen, je nach Geschäftsgrösse und Typ des Unternehmens kann das existenzbedrohend sein. Unsere Fraktion unterstützt diese Motion deshalb dahingehend, dass betroffene Unternehmen unkompliziert und in moderater Höhe unterstützt werden sollen, wenn sie von Bauarbeiten stark beeinträchtigt sind. Dies kann über die Allmendgebühren erfolgen oder auch – wir haben das Beispiel aus Lausanne von Christoph Hochuli gehört – mit einem Fonds für gewisse Mietentschädigungen. Wichtig ist uns dabei eine unbürokratische Umsetzung, wohlwissend, dass auch Geschäfte profitieren können, die möglicherweise nicht darauf angewiesen wären. Aber wir schützen mit hoffentlich einer überschaubaren Summe diejenigen Geschäfte, die eine längere Bauzeit sonst nicht überleben würden. Gerade solche Kleingeschäfte machen die Vielfalt eines Quartiers aus.

Und vielleicht noch etwas: Die Stimmen, die jetzt ein bisschen kritisieren, scharf kritisieren, dass die Regierung die Motion ablehne, können wir bedingt verstehen. Eine Erstüberweisung einer Motion, egal mit welchem Unterstützungsanteil, ist immer erst einmal eine Aufforderung an die Regierung zu berichten. Das hat sie vorliegend gemacht und aufgrund der hohen Kosten eine abschlägige Empfehlung gegeben, was legitim ist. Wenn wir heute diese Motion ein zweites Mal überweisen, geben wir das Signal, dass wir uns durchaus bewusst sind, dass es Mitnahmeeffekte geben wird und dass es doch eine beachtliche Summe ist, die wir den Steuerzahlenden aufbürden, dass wir uns jedoch eine solche Lösung wünschen, zumindest für die Zeitdauer, in der wir in Basel-Stadt intensiv die Fernwärme ausbauen, das heisst sicher für die nächsten zehn Jahre.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecherin ist Luca Urgese für die FDP.

Luca Urgese (FDP): Ich denke, wir haben jetzt doch einige Beispiele aufgezählt erhalten, anhand derer man konkret sieht, wie gross die finanziellen Nöte sind, die durch Baustellen entstehe. Der Regierungsrat sagt, Entschädigungen seien möglich und stützt sich dabei auf die bundesgerichtlichen Vorgaben. Da frage ich einfach, welchen Wert hat ein Entschädigungssystem, das faktisch einfach nie zur Anwendung kommt, weil die Kriterien zu hoch sind oder zu schwer zu erreichen. Mich würde interessieren, in wie vielen Fällen in den letzten Jahren konkret eine Entschädigung ausgerichtet wurde. Ich weiss von keinem Fall, aber vielleicht kann Regierungsrätin Esther Keller da auch ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Dann ist das Entschädigungssystem einfach wertlos, wenn es nie eine Entschädigung geben kann.

Ja, natürlich, wir brauchen Bauarbeiten, wir müssen unsere Strassen, unsere Infrastruktur unterhalten. Jetzt gibt es diesen Grundsatz, Bauarbeiten der öffentlichen Hand sind grundsätzlich entschädigungslos zu dulden, weil der Unterhalt wichtig ist, ist klar und weil das ja auch im Interesse der Allgemeinheit ist. Wir kennen das auch von der Kurzarbeitsentschädigung, man muss als Unternehmen damit rechnen, dass es in einer gewissen Periodizität zu Baustellen, zu Unterhaltsarbeiten kommt und kann dann nicht sagen, ich lasse mir das jetzt vom Staat entsprechend entgelten.

Ich habe im Studium zwei Dinge gelernt, erstens den Begriff grundsätzlich. Wenn es grundsätzlich entschädigungslos zu dulden ist, dann ist das der Türöffner dafür, dass eben in gewissen Fällen doch eine Entschädigung möglich ist, darüber streiten wir jetzt gerade, und zweitens, dass man den Sinn und Zweck einer Norm ja auch sich noch ein bisschen vor Augen führen muss. Es geht darum, dass der Staat nicht jedes Mal Entschädigungen sprechen muss, wenn er den ordentlichen Unterhalt macht.

Nun müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir aus politischen Gründen nicht nur den ordentlichen Unterhalt machen, sondern dass wir aus politischen Gründen zusätzliche Baustellen verursacht haben, sei es, weil wir das Fernwärmenetz ausbauen wollen, sei es, weil wir zusätzliche Begrünungen wollen, zusätzlichen Klimaschutz, etc. Wir haben Vorstösse hängig, die fordern, dass man vor Ablauf der Lebensdauer bereits wieder eine Strasse aufreissen solle, damit man da Begrünungsmassnahmen machen kann. Also das sind politisch verursachte zusätzliche Baustellen. Wir sagen sonst in der Politik gerne, es gelte das Verursacherprinzip. Also kann man sagen, wenn die Politik zusätzliche Baustellen verursacht, die eigentlich im ordentlichen Unterhalt nicht notwendig wären, dann muss sie dafür auch geradestehen und betroffene Unternehmen auch entsprechend entschädigen. Das scheint mir relativ klar.

Das führt natürlich zu Kosten, das ist klar, aber man kann sich ja die Frage stellen, wie es denn mit den Kosten ist, die durch Ladenschliessungen verursacht werden. Das verursacht Arbeitslose, die müssen wir auch mit Steuergeldern dann entsprechend entschädigen. Das kostet auch Geld. Also wäre es nicht ein bisschen günstiger für den Staat, wenn wir kleine Entschädigungsbeiträge leisten, um Baustellen und geplagte Betriebe am Leben zu behalten.

Und dann ist ja noch die Frage, womit man jetzt als Unternehmen alles rechnen muss. Joël Thüring hat von der Clarastrasse gesprochen. Da finden immer wieder so kleine Bauarbeiten statt, ich wohne da gleich in der Nähe. Da hat man auch mal angefangen, an anderer Stelle in der Stadt hat man auch angefangen und dann gab es Einsprachen. Seitdem liegt dann alles still. Und es liegt dann nicht einfach zwei Wochen alles still, sondern es liegt über Monate und Jahre alles still, bis dann diese Einspracheverfahren endlich abgeschlossen sind. Da frage ich mich natürlich, wieso man überhaupt mit einer Baustelle beginnt, bevor alle Bewilligungen rechtskräftig vorliegen. Die Leidtragenden dessen, was hier brach liegt, sind eben die Betriebe an den entsprechenden Strassen.

Und dann das Thema des Gleichbehandlungsgebots, das Michela Seggiani angesprochen hat. Ich habe das heute Morgen schon mal gesagt, ich wiederhole es nochmals. Das Gleichbehandlungsgebot sagt, Gleiches soll nach Massgabe seiner Gleichheit gleich, Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich behandelt werden. Es gibt einen Unterschied zwischen grossen Unternehmen und kleinen Betrieben, und das ist gängige Praxis in unserem Staat. Grosse Unternehmen zahlen Serafe-Gebühren, kleine Unternehmen zahlen keine. Unternehmen mit hohen Gewinnen zahlen höhere Steuersätze als kleine Unternehmen. Also wir machen heute schon Unterschiede in unserem System zwischen grossen und kleinen Unternehmen, und daher sehe ich nicht, wo das Problem sein soll, wenn wir jetzt hier auch eine unterschiedliche Behandlung machen zwischen grossen und kleinen Unternehmen, weil der Leidensdruck natürlich bei kleinen Unternehmen viel grösser ist. Das Risiko, dass ein Betrieb schliessen muss, ist bei kleinen Unternehmen bei solchen finanziellen Ausfällen deutlich grösser als bei grösseren Unternehmen. Das kann man lösen mit Maximalbeträgen, das kann man lösen mit degressiven Entschädigungen, da muss man sich halt ein bisschen Gedanken machen, wie man das entsprechend angehen will. Es wurden ja auch bereits Beispiele erwähnt, wie andere Städte, andere Kantone das entsprechend lösen.

Der Leidensdruck der Betriebe ist gross, er ist enorm gross, wir hören das im persönlichen Gespräch, Sie hören das sicher auch, ich höre das, wir können das zur Kenntnis nehmen in der medialen Berichterstattung. Diese entsteht ja nicht einfach so, das sind konkrete Fälle mit konkreten Problemen. Und es kann nicht sein, dass wir hiervoor die Augen verschliessen. Der Handlungsbedarf scheint mir klar, er ist hoch, und deshalb funktioniert das nur, wenn wir diesen Vorstoss auch als Motion überweisen, damit das nicht als Anzug geprüft wird und wir dann in zwei Jahren erfahren dürfen, dass ja immer noch die Entschädigung gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung möglich ist. Wir brauchen da vielmehr einen verbindlichen



Auftrag, dass da etwas vorwärts geht, und deshalb bitte ich Sie im Namen der FDP-Fraktion, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprechende ist Jérôme Thiriet für die GRÜNE/jgb.

Jérôme Thiriet (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb ist für die Überweisung dieser Motion zum zweiten und letzten Mal für die Umsetzung. Ich habe ein längeres Votum vorbereitet, aber dadurch, dass ich hier als Letzter aufgelistet bin, ist eigentlich alles schon einmal gesagt worden, was ich auch sagen wollte. Darum nur zwei Kernpunkte, die wir in der Fraktion noch diskutiert hatten: Ein Teil der Fraktion will auch noch einmal darauf hinweisen, dass es sich bei diesen Baustellen, die wir jetzt haben, effektiv um Investitionen in die Infrastruktur der Stadt handelt und die wichtig sind für die Zukunft für alle, auch für die KMU. Nichtsdestotrotz sind wir aber auch der Ansicht, dass die KMU in dieser Stadt sehr wichtig sind für das Gesamtsystem bei uns und dass wir auch zu denen Sorge tragen müssen. Wir haben jetzt vielfach gehört, wie hoch der Leidensdruck ist und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir da unbedingt den Druck hoch halten wollen. Wie es Luca Urgese vorher schon gesagt hat, wollen wir jetzt die Motion zum zweiten Mal überweisen, damit die Regierung vorwärts machen kann mit dem Instrument, das effektiv ja keine Giesskanne ist. Mit einem Pilot und mit der Evaluierung kann man relativ genau messen, wie das funktioniert. Ich glaube, so ist diesen Betrieben, die jetzt am Leiden sind, am schnellsten geholfen und wir bitten Sie, die Motion zum zweiten Mal überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen jetzt zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich Lydia Isler-Christ.

Lydia Isler-Christ (LDP): Es ist schon spät, ich will auch nicht verlängern und versuche mich kurz zu halten. Ich möchte ganz bewusst als Stimme des Gewerbes reden, die ich auch betroffen bin von Baustellen und darum wirklich sagen kann, was das bedeutet. Es betrifft im Übrigen das Gewerbe in der ganzen Stadt. Wenn ich die Kreuztabelle anschau, bin ich natürlich positiv gestimmt und ich danke auch all denen, die jetzt schon ihre Wertschätzung dem Gewerbe gegenüber ausgedrückt haben, das tut sehr gut.

Die Antwort der Regierung ist aus Sicht des Gewerbes sehr lausig, um es nett auszudrücken. Ich würde mir wünschen, dass eine Regierung, die solche Aussagen macht, wirklich einmal selber schauen geht, was es heisst und worüber wir eigentlich reden, über welche Zustände. Ich kann es auch aus eigener Erfahrung sagen. Man spricht dann noch von rechtzeitiger Information, die meistens nicht wirklich stattfindet, man spricht davon Rücksichtnahme auf den Betrieb, das finde auch nicht wirklich statt. Man bringt es zustande, dass man einen Container direkt vor die Eingangstüre stellt. Das ist mir passiert und die Antwort war dann einfach, man habe vergessen, dass da noch ein Gewerbe sei.

Und wir haben es schon gesagt, wir geben Unmengen aus für Baustellen, für das Überleben der Betriebe will man nichts ausgeben. Wir haben jetzt gesagt, es soll nicht nach dem Giesskannenprinzip funktionieren, trotzdem, Lausanne hat vorgemacht, was auch eine Variante ist, unkompliziert, niederschwellig, statt jedes Mal eine teure Einzelabwägung zu machen, während noch kein einziger Rappen gesprochen worden ist. In Lausanne hat man von Mehrkosten in der Grössenordnung von 1% gesprochen. Da soll mir einfach niemand weismachen, dass deswegen unsere Baustellen sich massiv verteuern würden, wie die Regierung sagt.

Und dann, und das ist für das Gewerbe natürlich auch stossend, wird noch bemüht, wer alles darunter leiden müsste, wenn das sogenannte böse Gewerbe etwas als Entschädigung erhält. Das ist einfach absolut absurd und das zeigt für das Gewerbe einfach die absolut nicht vorhandene Wertschätzung auf, und das ist frustrierend.

Und wir haben es in der Baz am Montag lesen können, es war die Rede von Null Umsatz. Erklären Sie denen mal diese Antwort. Ich kann den Frust nachvollziehen. Ich habe, wie gesagt, auch schon seit Jahren Baustellen, nicht jedes Mal unmittelbar vor der Haustüre, aber selbstverständlich hat das einen Einfluss, man merkt, es kommen nämlich schlicht einfach weniger Kunden in den Laden.

Und die Zufahrt ist verunmöglicht, es ist eine Spiessroute durch die Baustellen. Und dann sagt man, man mache es in etappenweise. Das macht die ganze Sache nicht besser. Und dann noch als Anekdote: Kaum ist der Tiefbau fertig, kommt das Hochbauamt und wieder ist die halbe Strasse zu und dann heisst es, Hochbau und Tiefbau würden nicht miteinander kommunizieren. Das ist für das Gewerbe wirklich schwer nachvollziehbar.

Böse gesagt haben wir im 2037 eine klimaneutrale Stadt, das ist schön, aber dafür eine tote Stadt, wenn sie überhaupt nicht mehr da ist. Ich freue mich, dass die Mitglieder des Grossen Rates auch sagen, dass es als Motion überwiesen werden müsse. Ein Anzug bringt leider nichts, denn passiert wieder zwei Jahre lang nichts, dann ist es zu spät. Darum freue ich mich, wenn das weiterhin als Motion überwiesen wird.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Am Schluss eines solchen Tages zu reden ist natürlich auch nicht ganz einfach, aber ich probiere es auch kurz zu machen. Ich wollte es eigentlich ganz kurz machen, aber die Antwort der Regierung hat mich dann doch ein bisschen getriggert, vor allem wegen des Themas der rechtlichen Unzulässigkeit.

Bereits im Jahr 2022 wollte ich zu diesem Thema eine Motion einreichen, inhaltlich nahezu identisch, Baustellen geschädigte Firmen bis zu einem Jahresumsatz von 5 Millionen – damit eben die Kleinen im Vorsprung sind. Ziel, kleine Firmen und nicht grosse Ketten sind die Zielgruppe. Nach vorgängiger Rücksprache seinerzeit mit der Regierung habe ich mich überreden lassen, nicht eine Motion, sondern einen Anzug einzureichen, damit die Verwaltung mehr Spielraum bei der Gestaltung der Entschädigungsregel hat. Nach zwei Jahren, im 2024, kam die Antwort der Regierung, dass der Anzug leider rechtlich unzulässig sei, Grund Ungleichbehandlung der Unternehmen, die Umsatzlimit von 5 Millionen und so weiter, nur die Kleinen würden etwas erhalten, nicht aber die Grossen.

Hätte mir das die Regierung nicht vor Einreichung meines Anzugs sagen können? Nun denn, ich habe daraus gelernt, im Jahr 2025 habe ich einen neuen Vorstoss, diesmal eine Motion mit dem gleichen Thema eingereicht, diesmal ohne Umsatzlimite, aber selbstverständlich insgeheim weiterhin mit dem Ziel, dass nur kleine Firmen unterstützt werden sollen. Erreicht werden könnte dies beispielsweise mit einem Deckel, einer maximalen Entschädigungshöhe pro Monat, pro Fall, die Verwaltung ist ja frei in ihrer Regeldefinition. Auch dies habe ich vor Einreichung der Motion mit dem Regierungsrat besprochen.

Und nun muss ich der Antwort des Regierungsrats entnehmen, dass er meine Motion nicht entgegennehmen will, weil er unter anderem nicht will, dass auch grosse Ketten davon profitieren können. Da frage ich mich, bin ich im falschen Film? Lieber Regierungsrat, was wollen Sie denn? Zuerst eine Umsatzlimite, dann merken Sie, dass das rechtlich unzulässig ist, dann keine Umsatzlimite, dann die Angst vor Entschädigung für die grossen Ketten – da soll sich einer auskennen. Es ist eigentlich ganz einfach, machen Sie doch einfach einen Deckel drauf.

Unterdessen beschleicht mir das Gefühl, dass der Regierungsrat einfach nicht will. Er will die von ihm sonst so hochgelobten KMU nicht unterstützen. Anders kann ich seine Antwort nicht interpretieren. Er hat kein Verständnis für ihre Probleme infolge dieser unerhört vielen Baustellen und versteckt sich nun hinter teilweise absurden und auch unglaublich weither geholten Pseudoargumenten, gebetsmühlenartig wiederholend. Hier in diesem Fall würde ich mir einmal mehr wünschen, dass die Verwaltung gleich viel Zeit dafür aufbringt, etwas zu ermöglichen wie etwas zu verhindern.

Dass die kleinen Geschäfte, egal welcher politischen Lage sie angehören, unglaublich unter der Baustellenplage, so nötig sie auch sein mag, leiden, steht wohl echt ausser Zweifel. Da geht es nicht nur um ein bisschen weniger Umsatz, ein bisschen weniger Gewinn, da geht es um Konkurse, um Existenzen, um schlaflose Nächte – aus die Maus. Wir alle hier drin sind vom Volk und fürs Volk gewählt, auch die Regierungsräte. Es wäre ein echt starkes und schönes Zeichen, wenn wir alle geschlossen die Motion überweisen würden, ein klares und festes Bekenntnis zu unseren KMU, ja, die Baustellen müssen sein, aber wir sehen und anerkennen Ihre Sorgen, Ihre Probleme und lassen Sie auch finanziell nicht im Stich, unkompliziert und schnell. Deshalb bitte, lassen Sie uns die Motion als Motion überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Debatte. Inhaltlich ist vieles gesagt worden. Sie haben uns mit der Erstüberweisung den Auftrag gegeben, eine Auslegeordnung zu machen. Diese haben wir geliefert. Selbstverständlich hat der Regierungsrat Verständnis für diese Sorgen. Das ist nicht das Thema. Wir haben aber auch Sorgen angesichts der potenziellen Kosten, und das haben wir versucht in diesem Bericht darzustellen. Wenn Sie inhaltlich einen anderen Weg einschlagen möchten, sprich solche Unterstützungsleistungen einführen möchten, dann können Sie das heute mit der Zweitüberweisung bekräftigen.

Ich möchte einfach noch ganz kurz auf die beiden Fragen von Luca Urgese eingehen. Sie haben danach gefragt, wie viele Fälle es gab, wie häufig es zu solchen Auszahlungen kam. Ich habe die Zahlen nicht präsent, aber tatsächlich waren es sehr wenige, denn der Grund ist schon, dass man die Bücher offenlegen muss, man muss zeigen, dass es substanziell zu Einbussen kam. Das ist ein ziemlicher Aufwand und ich kann mir vorstellen, dass einige Unternehmen, gerade kleinere, vor diesem Aufwand zurückgeschreckt sind. Deshalb, und das ist wichtig, gehe ich heute davon aus, dass ein solches Unterstützungssystem, wie Sie es wünschen, sehr unbürokratisch sein müsste mit dem Risiko auf gewisse Mitnahmeeffekte. Dieses Dilemma kriegen wir nicht ganz weg, das geht auch an die Adresse von Alex Ebi.



Und dann noch die andere Frage von Luca Urgese, die Frage nach den Einsprachenbehandlungen. Tatsächlich passen wir das an, also wir werden neu die Planaufgabe früher machen, damit die Einsprachen schon früher hereinkommen und wir früher mit der Bearbeitung dieser zunehmenden Einsprachen starten können, dies um zu verhindern, dass es eben dann einen Baustellenunterbruch gibt. Das vielleicht einfach noch zur Klärung der offenen Fragen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Eventualabstimmung. Michela Seggiani beantragt Überweisung als Anzug. Lukas Faesch beantragt Überweisung als Motion. Wir starten die Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

28 Ja, 63 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008762, 22.04.26 22:53:12]

Der Grosse Rat beschliesst

beschliesst Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 20 Ja-Stimmen, 63 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung der Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008764, 22.04.26 22:53:59]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 63 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen die Motion überwiesen. An dieser Stelle schliesse ich die heutige Nachtsitzung. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Nachtruhe.

Schluss der 12. Sitzung

22:54 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1
23.9050

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:04:46

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	25	13	10	11	11	6	6	5	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	25	13	10	11	11	6	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	8	4	0	1	1	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5131

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:06:58

Geschäft

Wahl eines Mitglieds und des Ersatzmitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Melanie Eberhard)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	13	10	11	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	10	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5131

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:08:12

Geschäft

Wahl eines Mitglieds und des Ersatzmitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Melanie Eberhard)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	13	10	11	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	10	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3
26.5131

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:08:53

Geschäft

Wahl eines Mitglieds und des Ersatzmitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Andrea Elisabeth Knellwolf und Melanie Eberhard)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	10	11	10	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	10	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4
26.5132

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:10:06

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Delegation Districtsrat (Nachfolge Erich Bucher)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	13	10	11	11	6	6	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	10	11	11	6	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5
26.5133

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:11:14

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der IPK FHNW (Nachfolge Erich Bucher)

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	29	12	10	11	11	5	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	10	11	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6
26.0097

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:12:41

Geschäft

Ersatzwahl eines Präsidiums des Strafgerichts (50%) vom 8. März 2026, Antrag auf Validierung, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht anwesend	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	13	10	11	11	6	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	10	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7
26.5070

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:18:58

Geschäft

Erhöhung des Pensums des Präsidiums des Gerichts für fürsorgerische Unterbringungen von 50 % auf 70 %, Ratschlag des Gerichtsrats

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	13	11	11	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	13	11	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8
26.5019

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:24:27

Geschäft

Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne einer temporären Erhöhung der Pensen von lic. iur. Anita Heer, Dr. Eva Bachofner, lic. iur. Johannes Vontobel und lic. iur. Sara Lehner aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit eines Präsidiumsmitglieds am Zivilgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtes

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	13	10	11	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	10	11	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	3	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9
25.1376

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:40:39

Geschäft

Teilrevision des Notariatsgesetzes (Nachvollzug der Aktienrechtsrevision: neue Formen der Beschlussfassung), Bericht der JSSK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	93	29	13	11	10	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	10	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10
25.0711

Abstimmungsdatum

15. April 2026 09:58:37

Geschäft

Realisierung eines Erdbebensimulators im neuen Naturhistorischen Museum Basel, Ratschlag des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	28	12	11	9	11	5	5	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	12	11	9	11	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	10	2	1	0	3	0	1	2	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
22.0113

Abstimmungsdatum

15. April 2026 10:31:32

Geschäft

Evaluationsbericht der Pilotphase 2021-2024 der sozialen Städtepartnerschaft Basel-Yopougon, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	85	27	12	9	12	10	4	5	6	0	0
Ent	3	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	13	11	12	10	4	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	0	0	0	1	2	2	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11
22.0113

Abstimmungsdatum

15. April 2026 10:32:24

Geschäft

Evaluationsbericht der Pilotphase 2021-2024 der sozialen Städtepartnerschaft Basel-Yopougon, Bericht des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	30	8	7	12	11	4	5	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	9	0	5	4	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	12	11	4	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	0	0	2	2	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.0884

Abstimmungsdatum

15. April 2026 10:54:39

Geschäft

Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	12	11	12	11	5	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	12	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12
25.0884

Abstimmungsdatum

15. April 2026 10:55:30

Geschäft

Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	28	13	11	12	11	6	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	28	13	11	12	11	6	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
23.1102

Abstimmungsdatum

15. April 2026 11:09:13

Geschäft

Anpassung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FiLa) und Nachtragskredit, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	13	11	11	11	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	11	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13
23.1102

Abstimmungsdatum

15. April 2026 11:10:18

Geschäft

Anpassung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FiLa) und Nachtragskredit, Bericht der FKom

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	26	13	11	11	11	6	6	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	26	13	11	11	11	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	1	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	3	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14
22.5469

Abstimmungsdatum

15. April 2026 11:28:37

Geschäft

Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen, Bericht der BKK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	13	11	12	10	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	11	12	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	2	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19
26.5051

Abstimmungsdatum

15. April 2026 11:58:59

Geschäft

Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Stärkung des Bereichs Menschenhandel bei der Kriminalpolizei, beim Fahndungsdienst und bei der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Projekts ReoS

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	87	30	11	9	9	10	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	30	11	10	9	10	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	0	1	1	2	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	1	1	1	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20
26.5067

Abstimmungsdatum

15. April 2026 17:39:55

Geschäft

Motion 2 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Verkaufs von pyrotechnischen Gegenständen an Private

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	10	0	0	11	2	6	0	6	1	0
Nein	54	17	13	11	0	7	0	6	0	0	0
Ent	4	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	10	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21
26.5066

Abstimmungsdatum

15. April 2026 17:45:29

Geschäft

Motion 3 Andrea Strahm und Konsorten betreffend Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen durch Private

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ent
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ent
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ent	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ent	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ent
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	28	10	0	0	11	2	5	0	0	0	0
Nein	54	16	11	11	0	5	0	6	4	1	0
Ent	10	2	2	0	1	2	1	0	2	0	0
Abgestimmt	92	28	13	11	12	9	6	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22
26.5072

Abstimmungsdatum

15. April 2026 18:05:57

Geschäft

Motion 4 Laurin Hoppler und Oliver Thommen betreffend die Nutzung freierwerdender Räumlichkeiten für Kommissionen und Fraktionen des Grossen Rates

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nicht anwesend	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht anwesend	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	27	0	0	11	6	5	0	6	1	0
Nein	28	0	12	10	0	2	0	4	0	0	0
Ent	3	0	1	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	27	13	10	11	10	5	4	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	11	3	0	1	1	1	2	3	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 11:51:23

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	95	31	12	11	12	11	5	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	96	31	12	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 11:52:14

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	4	0	0	3	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	31	13	8	12	11	2	7	6	0	0
Ent	3	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 11:56:57

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	30	13	11	12	10	5	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	11	12	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 11:58:08

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	30	6	4	12	6	0	6	6	0	0
Nein	21	0	6	5	0	4	4	1	0	1	0
Ent	5	0	1	2	0	1	1	0	0	0	0
Abgestimmt	96	30	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 11:59:17

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	96	31	13	11	12	11	5	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 12:00:45

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	0	13	11	0	11	5	7	0	1	0
Nein	49	31	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 12:01:51

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	31	0	0	12	3	0	0	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	43	0	13	10	0	8	5	7	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 12:02:44

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	52	31	0	0	12	3	0	0	6	0	0
Nein	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Ent	43	0	13	10	0	8	5	7	0	0	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 12:06:27

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ent
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ent	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ent	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ent	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ent	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ent
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Ent	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ent
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ent
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ent
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ent
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ent
Thüring Joël (SVP)	Ent	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ent	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ent	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Ent
Karger Philip (LDP)	Ent		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	49	29	0	0	11	3	0	0	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	42	0	13	11	0	7	5	6	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	11	11	10	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	6	2	0	0	1	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16
25.0674

Abstimmungsdatum

22. April 2026 12:07:40

Geschäft

Lohnmassnahmen zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie Ablösung der befristeten Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei, Bericht der WAK

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	78	31	8	0	12	10	5	6	6	0	0
Nein	17	0	5	11	0	1	0	0	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	97	31	13	11	12	11	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24
26.5055

Abstimmungsdatum

22. April 2026 15:19:40

Geschäft

Anzug 2 Julia Baumgartner und Konsorten betreffend faire Honorare für professionelle Kulturschaffende

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	30	0	0	12	8	5	0	5	0	0
Nein	33	0	13	11	0	2	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	30	13	11	12	10	5	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	3	0	0	0	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28
25.5282

Abstimmungsdatum

22. April 2026 15:42:29

Geschäft

Motion Nicole Amacher und Edibe Gölgeli betreffend Ausweitung der Elternzeit für die bisher ausgeschlossenen Betriebe des Kantons Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	29	0	0	12	0	0	0	5	0	0
Nein	47	0	13	11	0	11	5	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	11	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31
25.5410

Abstimmungsdatum

22. April 2026 16:10:44

Geschäft

Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend «LGBTI-Label» für Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	28	0	0	12	2	5	0	6	0	0
Nein	40	0	13	11	0	9	0	6	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	28	13	11	12	11	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36
25.5567

Abstimmungsdatum

22. April 2026 16:40:20

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	13	10	0	5	1	4	0	0	0
Nein	57	29	0	1	12	4	4	1	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	29	13	11	12	9	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	2	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 37
25.5568

Abstimmungsdatum

22. April 2026 16:44:20

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ent
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	40	0	12	11	0	9	4	4	0	0	0
Nein	50	29	0	0	12	1	1	1	6	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	12	11	12	11	5	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 38
25.5570

Abstimmungsdatum

22. April 2026 16:54:43

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	0	11	9	0	9	2	5	0	1	0
Nein	52	29	0	1	12	0	3	1	6	0	0
Ent	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	10	12	10	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	1	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39
25.5569

Abstimmungsdatum

22. April 2026 17:21:45

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen),
Stellungnahme des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	32	0	12	11	0	3	0	6	0	0	0
Nein	58	28	0	0	11	8	5	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	28	12	11	11	11	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	1	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40
26.5088

Abstimmungsdatum

22. April 2026 17:31:27

Geschäft

Interpellation Nr. 25 Alex Ebi betreffend ungenügende Förderung des Sports und der Sport-Infrastruktur,
Schreiben des RR**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	37	2	11	11	0	6	2	5	0	0	0
Nein	49	24	2	0	11	3	2	1	6	0	0
Ent	5	2	0	0	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	13	11	11	11	5	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41
25.5576

Abstimmungsdatum

22. April 2026 17:51:54

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ent
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	6	13	5	0	10	4	5	0	0	0
Nein	46	22	0	5	12	0	0	1	6	0	0
Ent	4	1	0	0	0	1	1	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	13	10	12	11	5	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	1	0	0	2	1	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46
25.5575

Abstimmungsdatum

22. April 2026 20:22:01

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	0	13	11	0	8	5	7	0	0	0
Nein	50	30	0	0	12	2	0	0	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	95	30	13	11	12	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47
25.5412

Abstimmungsdatum

22. April 2026 20:54:13

Geschäft

Motion Brigitta Gerber und Konsorten betreffend bundesgerichtskonforme, arbeitsrechtliche Einbettung des UberEats-Anbieters; Änderung der kantonalen Handhabung, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	29	0	0	12	9	0	0	6	0	0
Nein	37	0	13	11	0	1	5	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	29	13	11	12	10	5	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	2	0	0	0	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 49
21.5027

Abstimmungsdatum

22. April 2026 21:22:28

Geschäft

Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	74	28	13	11	0	10	5	7	0	0	0
Nein	19	1	0	0	12	0	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	12	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
25.5572

Abstimmungsdatum

22. April 2026 21:36:05

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	29	0	0	12	9	4	0	6	0	0
Nein	33	0	13	11	0	1	1	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	12	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50
25.5572

Abstimmungsdatum

22. April 2026 21:36:49

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidentialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ent	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ent	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	61	29	0	0	12	9	5	0	6	0	0
Nein	25	0	9	10	0	0	0	6	0	0	0
Ent	7	0	4	1	0	1	0	1	0	0	0
Abgestimmt	93	29	13	11	12	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 51
25.5573

Abstimmungsdatum

22. April 2026 21:50:39

Geschäft

Budgetpostulat 2026 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa), Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	30	0	12	11	0	1	0	6	0	0	0
Nein	62	29	1	0	12	9	5	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	11	12	10	5	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 55
22.5172

Abstimmungsdatum

22. April 2026 22:02:37

Geschäft

Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend "Betonpiste Dreirosenbrücke", Schreiben des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ent	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	12	11	0	10	5	7	0	0	0
Nein	46	29	0	0	11	0	0	0	6	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	1	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 56
25.5459

Abstimmungsdatum

22. April 2026 22:08:43

Geschäft

Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	54	19	12	9	0	5	0	4	5	0	0
Nein	37	9	1	2	11	5	5	3	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	1	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 57
25.5394

Abstimmungsdatum

22. April 2026 22:52:49

Geschäft

Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Schai Marina (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Haller Christophe (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Stier Franziska (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nein
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Meyer Helena (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	28	28	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	63	0	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	1	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 57
25.5394

Abstimmungsdatum

22. April 2026 22:53:36

Geschäft

Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nicht anwesend	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Schai Marina (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht anwesend
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP, P)	Präsident	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Haller Christophe (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Stier Franziska (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Ja
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Meyer Helena (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht anwesend
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Leschhorn Strebel Martin (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	63	0	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Nein	25	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	11	11	10	5	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	0	1	1	2	0	0	1	0
Stimmberechtigt	100	31	13	11	12	11	7	7	6	1	1

Anhang B

Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

<u>Tagesordnung</u>	<u>Komm.</u>	<u>Dep.</u>	<u>Dokument</u>
1. Ersatzwahl eines Präsidiums des Strafgerichts (50%) vom 8. März 2026, Schreiben des RR	Ratsbüro	PD	26.0097.01
2. Petition P489 "Gegen den rechtsstaatlich unhaltbaren Personalmangel in der Strafverfolgung von Sexualstraftaten und schweren Gewaltdelikten", Bericht der PetKo	PetKo		24.5480.02
3. Teilrevision des Notariatsgesetzes (Nachvollzug der Aktienrechtsrevision: neue Formen der Beschlussfassung), Bericht der JSSK	JSSK	JSD	25.1376.02
4. Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen sowie Ausgabenbewilligung zur Umsetzung der Motion Karin Sartorius und Konsorten betreffend sexualisierte Gewalt: Prävention soll bereits in der Schule beginnen	BKK	ED	22.5469.04 25.1942.02
5. Ausgabenbewilligung und Nachtragskredit 2026 für die Umsetzung KI in der kantonalen Verwaltung, Bericht der FKom	FKom	PD	25.0884.02
6. Anpassung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs (FiLa), Bericht der FKom	FKom	FD	23.1102.02
7. Budgetpostulat 2026 Beat K. Schaller betreffend Gesundheitsdepartement, Gesundheitsversorgung, Transferaufwand (Therapiebad in der Universitären Altersmedizin Felix Platter), Stellungnahme des RR		GD	25.5576.02
8. Anzug Jo Vergeat und Konsorten betreffend einer neuen «Usestuelete 2.0» in Basel-Stadt, Schreiben des RR		BVD	24.5099.02
9. Anzug Michael Hug und Luca Urgese betreffend Vergabe zur zeitgemässen Betreibung eines Recyclingparks für die gesamte Basler Bevölkerung, Schreiben des RR		BVD	23.5659.02
10. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend "Betonpiste Dreirosenbrücke", Schreiben des RR		BVD	22.5172.03
11. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend Wasser fassen und lassen am Fernbusbahnhof der Kulturhauptstadt der Schweiz, Stellungnahme des RR		BVD	25.5459.02
12. Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Schaffung eines Unterstützungsfonds für baustellenbetroffene Unternehmen in Basel-Stadt, Stellungnahme des RR		BVD	25.5394.02
13. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen; Motion Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Bewilligungsbefreiung für Solaranlagen; Anzug Béla Bartha und Konsorten betreffend Ergänzung des Baumschutzgesetzes: Nicht nur die Anzahl, sondern auch der ökologische Wert des Baumbestandes in BS muss geschützt werden, um dessen Klimawirkung zu erhalten; Zwischenbericht des RR		BVD	23.5217.03 13.5293.05 23.5349.03
14. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Regionales Logistikflächenkonzept, Schreiben des RR		BVD	21.5837.04
15. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Prüfung einer Aufhebung von Tram- und Bushaltestellen zur Attraktivitätssteigerung eines schnelleren Tram- und Busnetzes in Basel-Stadt, Schreiben des RR		BVD	19.5429.04
16. Budgetpostulat 2026 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen), Stellungnahme des RR		ED	25.5569.02

17.	Budgetpostulat 2026 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein "oink oink Production"), Stellungnahme des RR	ED	25.5568.02
18.	Budgetpostulat 2026 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen), Stellungnahme des RR	ED	25.5567.02
19.	Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark), Stellungnahme des RR	ED	25.5570.02
20.	Budgetpostulat 2026 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Präsidialdepartement, Kultur, Transferaufwand (KulturLegi), Stellungnahme des RR	PD	25.5572.02
21.	Budgetpostulat 2026 Laurin Hoppler betreffend Präsidialdepartement, Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (Treffpunkte Breite, Wettstein und LoLa), Stellungnahme des RR	PD	25.5573.02
22.	Budgetpostulat 2026 Heidi Mück betreffend Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel), Stellungnahme des RR	WSU	25.5575.02
23.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten für eine mehrstufigen Trinkwasseraufbereitungsanlage nach dem Vorbild der Gemeinde Muttenz für das gesamte Basler Trinkwasser, Schreiben des RR	WSU	21.5027.04
24.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Sensibilisierung der friedlich Demonstrierenden und Abstand von Vermummten und Personen mit Schutzausrüstungen und Anzug Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen, Schreiben des RR	JSD	23.5214.02 23.5472.02
25.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Massnahmen gegen den illegalen Drogenhandel rund um die Kaserne, den Erasmusplatz und den Claraplatz, Schreiben des RR	JSD	23.5253.02

Überweisung an Kommissionen

26.	Ausrichtung einer Finanzhilfe für die spezialisierte Spiritual Care in den öffentlichen und privaten Spitälern sowie Gefängnissen im Kanton Basel-Stadt für vier Jahre sowie Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend Angebot sicherstellen und Qualitätssicherung für Seelsorge in Gefängnissen, Spitälern und Asylunterkünften für Angehörige nicht anerkannter Religionen, Ratschlag des RR	BKK	FD	25.1428.01 19.5090.04
27.	Kantonale Volksinitiative "50 Meter Hallenbad für Basel! - JETZT!"	JSSK	ED	22.0282.04
28.	Stand und Entwicklung der Immissionen nichtionisierender Strahlung (NIS) im Jahr 2023; Jährliche Berichterstattung an den Grossen Rat gemäss § 19b Umweltschutzgesetz Basel-Stadt (USG BS)	UVEK	WSU	26.0185.01
29.	Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt in Form eines Beitrags am «Quartierparking Riehenring 120»	UVEK	BVD	26.0219.01
30.	Petition P510 «Für den Erhalt des Bio-Gemüse kiosks und des Stadtgartens am Allschwilerplatz in Basel»	PetKo		26.5119.01
31.	Rücktritt von Monika Guth Eichner als Richterin am Strafgericht per 20. April 2026	WVKo		26.5140.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

32.	Motionen:			
1.	Laurin Hoppler und Konsorten betreffend späteren Schulbeginn am Morgen an der Sekundarstufe I und II, dem ZBA und den Berufsschulen im Kanton Basel-Stadt			26.5094.01
2.	Lisa Mathys und Konsorten betreffend Umsetzungsplanung zur Erreichung der Biodiversitätsziele durch die Immobilien Basel-Stadt			26.5100.01

33. Anzüge:

1.	Brigitte Gysin und Sandra Bothe betreffend Einführung einer stufengerechten Nachtspernung bei eduBS-Books	26.5096.01
2.	Sandra Bothe und Brigitte Gysin betreffend Evaluation des Einsatzes digitaler Instrumente an den Schulen des Kantons Basel-Stadt	26.5097.01
3.	Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Versorgungslücken bei Spitex-Leistungen für Personen unter 65 Jahren	26.5107.01
4.	Joël Thüring und Lydia Isler-Christ betreffend Sicherstellung der Information der Bevölkerung in Schutzräumen nach der geplanten Abschaltung des UKW-Notfallradios (IBBK)	26.5109.01
5.	Lea Wirz und Konsorten betreffend eine nachhaltige, gesunde und lokal verankerte Ernährungspolitik im Kanton Basel-Stadt	26.5108.01
6.	Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung und Auslandsschweizer Stimmberechtigte	26.5110.01
7.	Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Reparieren statt Wegwerfen - Reparaturbonus auch für Basel	26.5111.01
8.	Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Sicherung von Suizidhotspots	26.5112.01
9.	Barbara Heer und Konsorten betreffend Beschleunigung der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs rund um Kundgebungen	26.5113.01
10.	Fleur Weibel und Konsorten betreffend bessere Fahrgastinformationen im öffentlichen Verkehr rund um Kundgebungen	26.5114.01

Kenntnisnahme

34.	Rücktritt von Raoul Furlano als Mitglied des Grossen Rates per 21. Juni 2026		26.5120.01
35.	Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zur Kantonspolizei Basel-Stadt, Stellungnahme des Regierungsrates	JSD	26.5029.02
36.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Spenden statt Entsorgen, Pilotprojekt in Entsorgungsstellen (stehen lassen), Schreiben des RR	WSU	23.5546.02
37.	Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend Verbesserung der Zugänglichkeit von öffentlichen automatisierten externen Defibrillatoren (AED) im Aussenbereich öffentlicher Verwaltungsgebäude (stehen lassen), Schreiben des RR	JSD	24.5062.02
38.	Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Verbesserung der Parkierrmöglichkeiten beim und auf dem Friedhof Hörnli (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	21.5489.03
39.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Mietkosten im Kulturbereich und die Kostenmiete für subventionierte Institutionen und Betriebe der Kultur, Schreiben des RR	FD	25.5533.02
40.	Schriftliche Anfrage Silvia Schweizer betreffend Kehrrichtgebührenerhöhung und KVA-Rückstellungen / Rückerstattung, Schreiben des RR	WSU	25.5551.02
41.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Überlastung der Basler Polizei, Schreiben des RR	JSD	25.5559.02
42.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend illegale Grenzübertritte, Schreiben des RR	JSD	25.5561.02
43.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Abschiebungen, Schreiben des RR	JSD	25.5555.02
44.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Eingriffe in die kritische Infrastruktur, Schreiben des RR	JSD	25.5556.02

45.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend IT-Sicherheit, Schreiben des RR	FD	25.5558.02
46.	Schriftliche Anfrage Leoni Bolz betreffend Kontrolle des ruhenden Verkehrs, Schreiben des RR	JSD	25.5520.02
47.	Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die Verbesserung der Situation engagierter Asylsuchender und das Schaffen von Anreizen zur Integration, Schreiben des RR	JSD	25.5585.02
48.	Schriftliche Anfrage Thomas Widmer-Huber betreffend Wichtigkeit des interkantonalen Datenaustausches bei der Kriminalitätsbekämpfung im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	JSD	25.5583.02
49.	Schriftliche Anfrage Anouk Feurer betreffend Online-Hass, junge Frauen und Politik, Schreiben des RR	JSD	25.5578.02
50.	Schriftliche Anfrage Anina Ineichen betreffend Umsetzung Pflege Initiative, Schreiben des RR	GD	25.5584.02
51.	Schriftliche Anfrage Sasha Mazzotti zu den Stellen Medienpädagogik im Zusammenhang mit dem Ratschlag Digitalisierung, Schreiben des RR	ED	25.5591.02
52.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gender-Projekte vom Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	25.5564.02
53.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend welches sind die wichtigsten Projekte bis zum Ablauf der Legislatur-Periode Ende Januar 2029, Schreiben des RR	PD	25.5563.02
54.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Treffen der Kantonsregierung mit den Gerichten, Schreiben des RR	PD	25.5560.02
55.	Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verbindung von baltaxonline.bs.ch zu Red Hat Enterprise Linux in den USA, Schreiben des RR	FD	26.5004.02
56.	Anzug Lukas Bollack und Konsorten betreffend Rheintunnel und flankierende Massnahmen zur Entlastung der Quartiere (stehen lassen), Schreiben des RR	BVD	24.5068.02
57.	Rücktritt Marco Natoli als Mitglied des Erziehungsrates per 30. April 2026		26.5129.01